

MIÉRCOLES 18 DE ENERO DE 2006

STŘEDA, 18. LEDNA 2006

ONSDAG DEN 18. JANUAR 2006

MITTWOCH, 18. JANUAR 2006

KOLMAPÄEV, 18. JAANUAR 2006

TETAPTH 18 IANOYAPIOY 2006

WEDNESDAY, 18 JANUARY 2006

MERCREDI 18 JANVIER 2006

MERCOLEDI' 18 GENNAIO 2006

TREŠDIENA, 2006. GADA 18. JANVĀRIS

2006 M. SAUSIO 18 D., TREČIADIENIS

2006. JANUÁR 18., SZERDA

L-ERBGHA, 18 TA' JANNAR 2006

WOENSDAG 18 JANUARI 2006

ŚRODA, 18 STYCZNIA 2006

QUARTA-FEIRA, 18 DE JANEIRO DE 2006

STREDA 18. JANUÁRA 2006

SREDA, 18. JANUAR 2006

KESKIVIHKKO 18. TAMMIKUUTA 2006

ONSDAGEN DEN 18 JANUARI 2006

3-002

PRESIDENCIA DEL SR. BORRELL FONTELLES

Presidente

3-003

1 - Apertura de la sesión

3-004

(Se abre la sesión a las 9.05 horas)

3-005

2 - Presentación del programa de la Presidencia austriaca

3-006

El Presidente. – De conformidad con el orden del día se procede a la presentación del programa de la Presidencia austriaca.

3-007

Wolfgang Schüssel, amtierender Ratspräsident. – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich darf Sie sehr herzlich an diesem Morgen begrüßen.

Es ist mir eine große Freude, hier vor dem Europäischen Parlament sprechen zu dürfen. Es ist eine Ehre für den sechsmonatigen Vorsitz Österreichs, hier das Programm kurz vorstellen zu können. Das Europäische Parlament ist eine ganz besondere Institution, weil es in einer einmaligen Art und Weise die Stärke des neuen Europas darstellt.

Dieses Parlament ist aus einer historischen Wahl im Jahr 2004 hervorgegangen. Zum ersten Mal sind 25 Länder in Freiheit zu einer Wahl angetreten; sie haben ihre Volksvertretung gewählt und repräsentieren damit den *Populus Europaeus*, das europäische Volk. Damit wurde die Teilung Europas endgültig überwunden, wenn auch die Wiedervereinigung Europas noch in vollem Gang ist.

Dieses Parlament verdeutlicht in einer großartigen Form die größte Stärke dieses neuen Europas, eine Vielfalt von Ideen und Erfahrungen, seine Geschichte, auch Geschichten und Hoffnungen. Wir wissen, der Klang Europas ist kein Soloinstrument, sondern ein Orchester, wie auch dieses Parlament. Die Farbe Europas ist nicht monochrom, sondern bunt, wie das auch das Logo, das Zeichen des österreichischen Vorsitzes hier darstellt. Und diese Stärke, die Vielfalt, die verschiedenen Identitäten Europas, machen die Identität Europas aus. Kein Land hat verloren, wenn es dieser Europäischen Union beigetreten ist. Alle haben profitiert. Wir haben Freiheit, Frieden, Sicherheit und Wohlstandschancen gewonnen.

Sie werden sich jedoch mit Recht fragen: Wenn aber alles so großartig ist, woher kommt dann die spürbare Skepsis so vieler Bürger? Wir müssen da sehr genau sein und die Dinge auch ehrlich analysieren. Nach den Höhen des historischen Jahres 2004 kam eine besonders schwierige Phase. Zwei negative Verfassungsreferenden in Frankreich und in den Niederlanden nach dreijährigen intensiven Verhandlungen um eine neue Verfassung. Es kam das mühsame Tauziehen um die finanzielle Vorausschau für die nächsten sieben Jahre. Es gab Terrorangriffe in einigen EU-Hauptstädten, wachsende Sorgen der Bevölkerung gegenüber neuen Erweiterungen der EU und eine echte Vertrauenslücke zwischen den Bürgern Europas und seinen Institutionen.

Wir haben uns deshalb für den österreichischen Vorsitz vorgenommen, genau hier anzusetzen. Wir wollen, dass am Ende unseres Vorsitzes das Vertrauen der Bürger zu Europa, das Vertrauen zwischen den Mitgliedstaaten aber auch das Vertrauen zwischen den Institutionen wieder wächst. Wenn wir das erreichen wollen, dann müssen wir zuerst Klarheit über die wichtigen Fragen finden, die die Menschen bewegen.

Ein Freund von mir, der große österreichische Quantenphysiker Anton Zeilinger, hat mich auf einen Punkt in der Physik aufmerksam gemacht, der mir so nicht bewusst war, und der mich eigentlich sehr fasziniert hat. Er sagt: "Die Frage ist das Wichtigste. In der Quantenphysik ist das noch viel radikaler als im allgemeinen weltanschaulichen Kontext. Die Frage schafft Wirklichkeit, und die Art der Frage bestimmt die Qualität der Wirklichkeit." Daher werden wir zunächst diese Fragen stellen müssen. Sie müssen ehrlich sein und wir müssen uns auch der unangenehmen Perspektive dieser Fragen bewusst sein. Wir werden nicht überall gleich befriedigende Antworten haben. Wir müssen uns aber auch vor den schnellen Abkürzungen hüten. Hier ist Zuhören gefragt, denn Europa muss nützen und Europa muss auch schützen. Dabei kommen uns viele reale Bedrohungen zu Hilfe.

Als wir die Präsidentschaft am 1. Januar dieses Jahres begonnen haben, fand in Wien das Neujahrskonzert statt, bei dem wir versuchen, ein bisschen Optimismus und auch Fröhlichkeit in die Welt hinaus zu schicken. Gerade als der lettische Dirigent Maris Jansons den Taktstock hob, haben die Russen die Gaslieferungen zuerst um 30% und in der Nacht vom 1. auf den 2. Januar um 50% reduziert. Martin Bartenstein, Minister für Wirtschaft, Energie und Arbeit, hatte dann die Aufgabe, mit den Partnern, den Ukrainern, den Russen und den europäischen Partnern sowie mit Kommissar Piebalgs Lösungen zu finden. Gerade dieses Beispiel hat uns gezeigt, dass ein Thema, das bisher im Wesentlichen für nationale Kompetenzen reserviert war, in wichtigen Fragen nur noch auf europäischer Ebene gelöst werden kann. Hier braucht es mehr Europa.

(Beifall)

Wenn es um die Frage der Verringerung der Abhängigkeit von einem Lieferanten, der Diversifizierung, der ausreichenden Reservenbildung und der Sicherheit der Energienetze geht – übrigens nur dann möglich, wenn wir langfristige Investitionen fördern, wenn wir auch langfristige Lieferverbindungen und Verträge zulassen –, dann ist nicht der kurzfristige Gewinn des nächsten Quartals gefragt, sondern da sind langfristige Lösungen für Europa die einzige Antwort. Es geht aber auch um Alternativen. Ich habe immer dafür gekämpft, dass jedes Land seine Energiequellen wählen soll und muss. Wir haben unseren Weg gewählt, der nicht die Atomtechnologie und ihre friedliche Nutzung einschließt, und ich werde dabei bleiben. Aber ich werde auch darum kämpfen, dass jedes Land seine Wahlfreiheit behält.

(Beifall)

Ich glaube, dass wir sehr genau darauf achten müssen, dass wir nicht in eine einseitige Richtung abgleiten. Wir müssen gemeinsam auf europäischer Ebene europäische Sicherheitsstandards in den Vordergrund rücken, und wir müssen mehr denn je auf erneuerbare Energien und die Ausschöpfung aller Möglichkeiten achten, die für uns und unsere Umwelt wichtig sind.

(Beifall)

Diese Frage der Sicherheit der Energieversorgung wird ein sehr wichtiges Thema beim europäischen Frühjahrsgipfel sein. Hier danke ich auch der britischen Ratspräsidentschaft dafür, dass sie dieses Thema weitreichend und mit einer guten Nase für kommende Entwicklungen in Hampton Court zu einer großen Frage hochstilisiert hat. Wir werden hier auch mit der Kommission sehr eng zusammenarbeiten.

Weitere Themen sind die Bekämpfung der Vogelgrippe oder das entschlossene Auftreten gegen das iranische Atomaufrüstungsprogramm. Hier kann nur mehr Europa und ein Zusammenstehen Europas auf der Weltbühne helfen, damit wir den Menschen auf der Welt und insbesondere in Europa Sicherheiten geben.

Das zweite sehr wichtige Thema, das die Menschen bewegt, ist Wachstum und Arbeitsplätze. Es ist das zentrale Thema für den Frühjahrsgipfel, denn ohne Arbeitsplätze, ohne die Perspektive, Arbeit zu haben, wächst klarerweise das Unbehagen der Bürger Europas. Viele Menschen haben das Gefühl, Europa tut hier zu wenig für uns.

Jetzt liegen 25 Reformprogramme auf dem Tisch. Die Kommission wird sie nun bewerten. Wir haben uns vorgenommen, hier eine Mischung vorzunehmen: konkrete, überprüfbare Selbstverpflichtungen der 25 Mitgliedstaaten plus Empfehlungen der Kommission, damit wir in eine konkrete Phase der Aktion und zu sichtbaren Ergebnissen kommen. Kein Politiker kann heute Arbeitsplätze versprechen. Das ist unseriös. Aber wir können die geeigneten Rahmenbedingungen schaffen, wie etwas gelingen kann. Jeder weiß, und Sie wissen es am besten, dass man mit 1% des Bruttonationalprodukts Europas – das ist das Budget – oder mit 1,045% oder 1,1% nicht Millionen von Arbeitsplätzen schaffen kann. Aber wir können Vorbildwirkungen erzeugen, wir können die Selbstverpflichtungen der Mitgliedstaaten überprüfen. Wir können vor allem einige neue Themen auf die europäische Agenda setzen, die bisher vielleicht weniger berücksichtigt wurden.

Eines dieser Themen ist für mich die Förderung der KMU und des Mittelstands. Viele kleine und mittlere Unternehmen haben früher geklagt, sie würden zu wenig berücksichtigt, sie hätten zu wenig Zugang zu Kapital und zu den Programmen der Europäischen Union. Wir müssen aber wissen, dass die KMU die einzige wirkliche Jobmaschine auf europäischer Ebene sein können. Die KMU sind ein schlafender Riese, den wir wecken müssen. Die KMU brauchen – und da ist die Kommission mit dem Mittelstandsprogramm, das sie vorlegen wird, gefordert – Zugang zu den Kapitalmärkten, zu Forschung und Entwicklung. Sie brauchen Zugang und Berücksichtigung im Rahmen der Regionalförderung der Strukturprogramme. Auch das Better-Regulation-Programm müsste gerade für die KMU die Bürokratiekosten verringern. *Cutting red tape* ist dort besonders gefragt.

Eine weitere große Kraftquelle, die nicht ausreichend ausgeschöpft wird, sind die Europäischen Sozialpartner. Aus unserer österreichischen Erfahrung kann ich sagen: Demokratie und Marktwirtschaft funktionieren überhaupt nur mit freien, starken und unabhängigen Sozialpartnern. Da ist sicherlich das österreichische Modell ganz interessant. Nicht, dass das ohne Diskussion geschieht – da wird sehr oft diskutiert, manchmal auch gestritten. Es wäre absurd zu glauben, in einer Demokratie würde so etwas ohne Auseinandersetzungen abgehen. Sie sind oft ein Vitaminstoß für eine Debatte. Ich möchte unter unserem Vorsitz auch die europäischen Sozialpartner einladen, an solchen Lösungen – Arbeitsplätze, Wachstum, Energiesicherheit – mitzuarbeiten und ich habe bereits sehr gute Gespräche mit dem Europäischen Gewerkschaftsbund und mit der Arbeitgeberorganisation UNICE geführt.

Sehr wichtig wird dabei die Dienstleistungsrichtlinie sein. Ich weiß, dass sich das Parlament seit vielen Monaten intensiv mit dieser Frage auseinandersetzt. Bei über 1000 Änderungsanträgen sehen Sie selbst, wie schwierig es ist, die Öffnung eines so großen Marktanteils mit den Sicherheiten, die die Bürger von uns erwarten, zu kombinieren. Es ist ganz klar und auch notwendig, dass die Öffnung der Märkte mit einem entschlossenen Kampf gegen Sozialdumping und dem Schutz der öffentlichen Dienste und der Dienstleistungen, die wir auf Gemeindeebene gewohnt sind, einhergehen muss. Wir brauchen diese Balance. Öffnung und Schutz – das ist das, was erwartet wird. Hier möchte ich die Sozialpartner an unserer Seite haben, damit auch ein ausreichendes Gleichgewicht gefunden wird.

Der Schlüssel zu allem ist natürlich ein ausreichendes Wachstum. Darüber darf man sich keine Illusionen machen. Der Frühjahrsgipfel muss vor allem wachstumsstärkenden Impulsen gewidmet sein. Dazu gehören Forschung, Infrastruktur, aber auch die Erweiterung. Erweiterung, klug und richtig gemacht, kann eine Wachstumsstrategie für Europa und auch für unsere Industrien in den alten Mitgliedstaaten sein. Wenn wir 3% Wachstum hätten, verbunden mit mindestens 1% Beschäftigungswachstum, würde das in fünf Jahren die Halbierung der Arbeitslosenrate von derzeit 19 Millionen Menschen bedeuten. Das ist ein gewaltiges Ziel. Wenn wir zusätzlich eine Stärkung der Qualifikation und Flexibilisierung schaffen, dann können wir dieses Ziel erreichen. Das muss die eigentliche Arbeit sein. Beim scharfen Wettbewerb mit Asien oder den USA und der demographischen Entwicklung, die uns bevorsteht, können wir es uns auch gar nicht leisten, einen Teil unserer Arbeitskräfte nicht ausreichend und bestmöglich zu qualifizieren.

Ein ganz wichtiges Thema für die Kommission, den Rat und das Europäische Parlament wird natürlich die Verhandlung um die Finanzielle Vorausschau für die nächsten sieben Jahre sein. Ich will das gar nicht verheimlichen. Wir brauchen und suchen die Kooperation mit Ihnen, denn sieben Jahre Finanzielle Vorausschau – ungewöhnlich, denn normalerweise haben wir Jahres- oder Zweijahresbudgets – bringt natürlich Sicherheit und Planbarkeit. Ich weiß, dass viele im Europäischen Parlament mit dem, was der Europäische Rat nach vielen Mühen und Wehen im Dezember gerade noch beschließen konnte, nicht zufrieden sind. Ich sage Ihnen aber auch ganz offen, wer mehr Forschung will, muss vor allem bei den nationalen Budgets ansetzen. Würden wir das ernst nehmen, was wir Mitgliedstaaten ja schon beschlossen haben, nämlich bis 2010 3% des nationalen Budgets, dann hieße das nicht 200 Milliarden Euro jährlich für die Forschung, sondern 50% mehr, also 300 Milliarden Euro mehr – weit mehr, als eine noch so ehrgeizige Vorgabe im Budget bedeuten würde. Wir

stoßen an Grenzen – ich sage das hier offen bei der Finanziellen Vorausschau. Wenn wir weiterhin aus den nationalen Budgets die Mitgliedsbeiträge für europäische Aufgaben herausoperieren müssen oder wollen, dann wird dies das letzte Mal sein, dass wir eine Finanzielle Vorausschau zusammengebracht haben.

Ich sage jetzt ganz offen etwas, das vielleicht nicht jeder gerne hört: Europa braucht eine stärkere Eigenfinanzierung. Es geht nicht, dass wir aus den ohnedies angespannten nationalen Budgets alles herausschneiden. Wir kommen dann genau in diese unglückliche Spannung zwischen Nettozahlern und Nettoempfängern. Wer gewinnt, wer verliert? Die Idee einer stärkeren Eigenfinanzierung ist vielleicht nicht überall populär, aber meine Aufgabe als Ratsvorsitzender ist es nicht, hier etwas Populäres zu sagen, sondern das Notwendige. Ich glaube, dass wir darauf achten müssen, und ich weiß, Kommissionspräsident Barroso sieht das ganz ähnlich. Es ist Aufgabe der Kommission, all diese Aspekte bei der Überprüfung 2008/9 auf den Tisch zu legen. Es ist doch absurd, dass heute die kurzfristigen Finanzspekulationen vollkommen steuerfrei über die Bühne gehen. Es kann nicht angehen, dass es Steuerlücken gibt und der internationale Verkehr in der Luft oder per Schiff praktisch überhaupt nicht besteuert wird. Da kann doch Europa nicht zuschauen, während auf der anderen Seite wichtige Aufgaben nicht finanziert werden können.

Ich bitte daher die Kommission, dieses Thema in der Überprüfung mit einzubeziehen und ich bitte auch das Europaparlament sehr offen um Unterstützung. Wer ein starkes Europa will, darf sich nicht scheu oder ängstlich um diese Frage herumdrücken.

Ich sehe hier in der ersten Reihe Außenkommissarin Benita Ferrero-Waldner und den sehr geschätzten Javier Solana, unseren Beauftragten für die Außenpolitik, die oft mit dem Hut in der Hand herumgehen müssen, um für lebensnotwendige Friedensmissionen Geld aufzutreiben, weil wir nicht den Mut hatten, diese Fragen ausreichend zu diskutieren.

Das neue Europa, das Sie repräsentieren, braucht auch eine neue Gemeinsamkeit zwischen den Institutionen. Es macht keinen Sinn, wenn Rat, Kommission, Parlament oder die Mitgliedstaaten sich gegenseitig kritisieren. Wir alle sitzen in einem Boot und müssen auch in eine Richtung rudern. *Not head to head confrontation, but hand in hand cooperation* – das ist mein Prinzip und mein Motto für diese Vorsitzführung. Wir müssen zuhören, wenn manche Bürger den Missbrauch von eingesetzten EU-Geldern, die Verschwendung von manchen Programmen beklagen. Dagegen gibt es Rezepte, nämlich unabhängige Kontrolle. Wir müssen zuhören, wenn manche verlangen, die Transparenz bei europäischen Entscheidungen zu stärken, etwa, wenn der Rat als Gesetzgeber auftritt oder wenn die Öffentlichmachung der Subventionsvergabe gefordert wird, damit man weiß, wer konkret profitiert hat. Warum nicht? All dies gehört veröffentlicht. Es handelt sich um europäische Steuergelder. Daran wollen wir gemeinsam arbeiten.

Und es heißt zuhören, wenn manche Bürger uns fragen: Für die Wirtschaft mag es ja ganz gut funktionieren. Aber wo bleibt der Schutz der kleinen Leute? Wo bleibt der soziale Zusammenhalt? Wo bleibt die Aufmerksamkeit gegenüber den Schwachen?

Jacques Delors hat vor einigen Tagen bei einer großen Rede am European College of Parma einen Satz gesagt, der mir sehr gut gefallen hat: "Finding a balance between the market and social policy means recognizing social issues as a development factor and not as a by-product of the market economy."

3-008

‘Finding a balance between social values and the power of the market economy, and recognising social issues as a development factor and not as a by-product of the economy.’

3-009

Das finde ich unerhört interessant. Das ist genau das Motto, das letztlich unser europäisches Lebensmodell ausmacht und mit dem wir auch in die Zukunft der Europadiskussion hineingehen, mit der ich hier abschließen will.

Im ersten Halbjahr bis zum Juni-Gipfel werden wir diese Diskussion um die Zukunft Europas zu führen haben. Wir haben seit vorigen Juni den Auftrag im österreichischen Vorsitz, hier gemeinsam mit dem Europaparlament, mit der Kommission – wir bitten auch um Impulse von Ihrer Seite –, mit den nationalen Parlamenten und natürlich mit der europäischen Öffentlichkeit eine solche Diskussion zu führen. Ich weiß, das Parlament wird heute oder morgen aufgrund eines Berichts des Ausschusses für konstitutionelle Fragen einen sehr ausgewogenen und guten Beschluss fassen. Ich nehme das auch im österreichischen Vorsitz sehr ernst. Das darf kein elitärer Diskurs sein. Europa geht alle an. Es gibt bei vielen europäischen Bürgern eine Sehnsucht nach Teilhabe und Partizipation. Es geht nicht nur um einen Text. Es geht um sehr viel mehr: Es geht um die Identität Europas: Was verbindet uns? Was hält uns eigentlich im Inneren zusammen? Es geht um eine faire Aufgabenteilung: Was soll Europa wirklich tun können und müssen? Wer die großen Fragen lösen will, muss dafür die Hände freihaben. Nur wer loslässt, hat die Hände frei. Wer die großen Fragen ernstlich lösen will, der muss bereit sein, kleinere Fragen an andere Institutionen abzugeben. Da kommt das Wort der Subsidiarität ins Spiel, das wir in rhetorischen Sonntagsreden immer wieder beschwören. Wir müssen es mit Leben erfüllen. Wir werden auch dazu nach Ostern eine ganz konkrete Konferenz abhalten.

Es geht auch um die Grenzen Europas. Konkret übersetzt heißt das: Es geht um die Kriterien für die Aufnahmefähigkeit der Union. Die Grenzen Europas dürfen nicht die Landvermesser oder Geografen ziehen. Das ist ein politisches Thema. Dieses politische Thema ist in die Frage der Aufnahmefähigkeit zu übersetzen. Es geht auch um die Sichtbarkeit Europas in der Welt und nach innen. Ich halte es für falsch, wenn wir etwa nur in Brüssel oder hier in Straßburg tagen. Europa muss auch an der Peripherie, in den anderen Bereichen, sichtbar sein. Wir sehen als Präsidentschaft, wie interessant es für die Bürger ist zu sehen, zu erleben, zu begreifen, zu spüren, dass Europas sich nicht scheut, hinauszugehen und den Kontakt zu den Bürgern zu suchen. Auch Angreifen muss manchmal möglich sein, damit dieses europäische Modell funktionieren kann.

Es geht dabei um ein europäisches Lebensmodell. Ich habe nie verstanden, warum die Amerikaner stolz von ihrem *American way of life* reden dürfen, und nur wir Europäer uns niemals trauen, dieses europäische Lebensmodell offen, offensiv und stolz vor uns herzutragen: Friede, Sicherheit, Demokratie, Menschenrechte, Solidarität und Lebensqualität sind nicht selbstverständlich, und das alles gibt es auch nicht zum Nulltarif.

Daher werden wir versuchen, bis zum Juni eine Wegskizze mit Zeitplänen bzw. einen Zwischenbericht vorzulegen. Dabei sind Kontroversen und unterschiedliche Diskussionsbeiträge nicht nur erwünscht, sondern sogar willkommen. Das Schlimmste wäre, wenn ich hier eine Diskussion ausrufen würde und niemand hinginge oder niemand mitdiskutierte. Martin Buber hat gesagt: „Jeder ist berufen, etwas in der Welt zur Vollendung zu bringen.“ Das gilt besonders auch für Europa. Europa ist Teamarbeit. Die Briten haben vor uns den Vorsitz geführt. Wir bauen auf ihrer Arbeit auf und werden in diesem Jahr gemeinsam mit den Finnen, mit denen wir uns sehr gut abgestimmt haben, eine gemeinsame Vorsitzführung betreiben. Wir wollen dabei für Sie im Europäischen Parlament und für Sie in der Kommission ein verlässlicher Partner sein. Ich sehe unserer Zusammenarbeit mit großer Zuversicht entgegen, und ich hoffe dabei auch, dass wir den Bürgern draußen Freude und Lust an unserer gemeinsamen Arbeit vermitteln können. Alles Gute!

(Beifall)

3-010

José Manuel Barroso, président de la Commission. – Monsieur le Président, Monsieur le Chancelier, Mesdames et Messieurs les députés, je suis heureux d'intervenir aujourd'hui à l'occasion de la présentation du programme de travail de la Présidence autrichienne. Nous connaissons tous les compétences et les traditions de la diplomatie autrichienne. Permettez-moi de vous dire que je connais depuis longtemps l'intelligence et le dévouement à la cause européenne du Chancelier Schüssel.

Je suis particulièrement heureux que cette Présidence puisse commencer déjà avec devant elle un horizon dégagé sur les perspectives financières, grâce à l'accord obtenu au Conseil européen de décembre. Comme je l'ai déjà dit, cet accord a marqué un moment important pour l'Europe, où elle a pu démontrer qu'elle demeure efficace et pertinente. Il a permis d'instaurer un climat relativement optimiste en cette année charnière 2006.

Il faut à présent poursuivre et concrétiser cette dynamique. Si le Conseil a fait un pas en avant en décembre, il nous appartient à présent, collectivement, de faire le pas suivant, c'est-à-dire que nous devons avancer très rapidement dans la négociation et la conclusion d'un accord interinstitutionnel. Je le rappelle depuis des mois: l'accord des trois institutions est nécessaire et une bonne collaboration entre elles est indispensable. Il nous faut maintenant joindre le geste à la parole.

Dans ce contexte, permettez-moi d'insister tout particulièrement sur les actions liées à la citoyenneté, notamment la culture et la jeunesse. Un effort supplémentaire est nécessaire dans ce domaine pour répondre à notre engagement commun visant à rapprocher notre action de nos citoyens et à mettre en valeur la dimension européenne.

Dès le 1er février, la Commission proposera un projet d'accord interinstitutionnel modifié, qui servira de base à nos négociations. Comme vous le savez, outre la question des moyens, des points importants sur lesquels la Commission a usé de toute son influence restent à préciser: plus de flexibilité et de réactivité de nos moyens, création d'un fonds d'ajustement à la mondialisation, prévision d'une clause de révision. La Commission considère que ces éléments de flexibilité seront essentiels pour parvenir à un accord entre les trois institutions.

Nous devons par ailleurs travailler ensemble à l'adoption d'un train de propositions législatives qui traduiront dans les faits l'accord interinstitutionnel une fois adopté. Là encore, un effort sera nécessaire au niveau des groupes du Conseil, des commissions parlementaires et des services de la Commission. C'est un vrai défi mais nous ne pouvons l'ignorer. Nous devons en effet faire en sorte que l'Union soit à pied d'œuvre au 1er janvier 2007. Si on n'arrivait pas à respecter les délais, nous serions confrontés à un risque sérieux de retard dans la mise en œuvre des fonds structurels qui sont des éléments essentiels de la solidarité au sein de l'Europe élargie.

Mesdames et Messieurs les députés, l'année qui s'ouvre est, pour l'Europe, à la fois riche en possibilités mais lourde en responsabilités. La Présidence pourra compter pleinement sur l'appui et la coopération de la Commission. Nous voyons un élément de profonde syntonie entre le programme de la Présidence autrichienne et les objectifs poursuivis par la

Commission depuis son entrée en fonction, et notamment ses objectifs stratégiques. L'Europe, forte de sa culture et de ses valeurs, pourra progresser si elle est capable de réaliser des avancées dans trois domaines simultanément: la performance économique, la cohésion sociale et la gestion durable de ses ressources.

Pour y parvenir, l'Europe a besoin d'un vrai partenariat associant tous les acteurs. Nous avons besoin de la contribution de tous pour que l'Europe puisse libérer tout son potentiel.

³⁻⁰¹¹

Mr President, growth and jobs are the core preoccupation of our citizens. We must show them that Europe can deliver a credible response to their concerns. The Spring European Council in March is the first real test of the determination of all actors to move forward towards economic reform and modernisation. Member States have drawn up their national reform programmes. The Commission is finalising its appraisal of those programmes and will report to the Spring European Council. I should like to thank the European Parliament for its support and look forward to continuing working closely with you on the growth and jobs agenda.

The parliamentary dimension of the Lisbon Agenda is not window dressing but an essential element in promoting and ensuring support for the implementation of the necessary reforms. In that sense, we can say that the revised Lisbon Agenda has already been successful. It has managed to create a common vision and a strong consensus. Nobody seriously continues to contest that the priority should be on growth for jobs. It is now time to turn words into deeds, vision into action. The message we need from the Spring European Council is that Europe has made a credible commitment to structural reforms and is determined to exploit fully all its potential for growth and more and better jobs.

We therefore welcome the Austrian Presidency's willingness to inject new dynamism into the discussion of some pending proposals that are key to the success of the Lisbon Strategy, including the Services Directive. The establishment of a well-functioning internal market in the area of services is a key opportunity to free up the potential of Europe. The Commission will cooperate fully with the Presidency and Parliament to seek political agreement on directives between the Council and Parliament.

I welcome the fact that Parliament is actively preparing the ground for a balanced approach, that is to say, an approach that will apply the Treaty provisions on trade in services while, at the same time, ensuring compliance with working and employment conditions for posted workers and recognising the specific nature of services of general interest.

For this purpose, I believe the role of the European social partners can be a crucial one. We will be calling on our social partners for a joint contribution to a balanced *and* ambitious solution for the services sector. Let us be frank about this: the services sector and small and medium-sized enterprises are the most important drivers for the creation of jobs in Europe. They should receive the support they deserve from political leaders.

Progress on the revised Lisbon Agenda will have to factor in the work undertaken as a follow-up to the Hampton Court meeting. This covers key areas like research and development, universities, demographic change, energy, migration, security and the role of Europe in the world.

The Commission will propose new initiatives in the fields of research and education, preparing the establishment of a European institute of technology and furthering work on the mutual comparability and recognition of qualifications.

We will provide a focus for debate on demographic change and on its implications for a fairer work/life balance. We shall also present a roadmap for gender equality which will look at different European Union policies and see how they can contribute to reducing gender gaps in employment or unemployment conditions and to addressing the phenomenon of violence against women and trafficking.

We will seek to strengthen the effectiveness of the European Union in pursuing its external objectives and interests by increasing the coherence of our action. Energy issues mark the debut of this Presidency, and I want to thank the Austrian Presidency for its excellent cooperation in dealing with the recent gas dispute between Russia and Ukraine. Energy issues will remain a dominant theme of our future agenda. The recent crisis and persistently high oil prices teach a lesson to those who normally resist and obstruct the provision of a European dimension for energy policy and to all those who always resist a European dimension in politics and policy-making.

Europe must have an improved, more coordinated energy policy based on the principles of diversification of sources, security of supply and sustainability. Well before Hampton Court, when leaders clearly stressed the need for a new approach, the Commission announced a green paper on secure, competitive and sustainable energy policy. We are also preparing a series of new initiatives on energy efficiency and clean technologies. We will take up the debate initiated with the Biomass Action Plan and complement it with a communication on biofuels.

Finally, we will put forward ideas for developing a real pan-European energy market, enhancing cooperation with our neighbouring countries. This is an example of common sense driving a common approach, where no option should be excluded.

National leaders and citizens see the sense of a common, coherent European policy. Now is the moment for the European institutions to play their role with ambition and rigour. I look forward to working with you over the coming months to give shape to European energy policy.

This brings me to another important point. The Commission has presented sustainable development as an overarching objective and, last December, presented a communication on the review of the Sustainable Development Strategy. We welcome the fact that the Austrian Presidency has chosen to put that at the top of its priorities. This will provide the momentum needed to complete the preparation of a new European Union Sustainable Development Strategy. The Commission document is an ambitious and concrete one. It offers a long-term vision for addressing issues such as climate change, preservation of natural resources, social exclusion and world poverty. It sets clear objectives, realistic targets and procedures for monitoring and measuring progress. It identifies involving all stakeholders – not only institutions, but business too – in a real partnership as a priority. Regional authorities and citizens should work together to deliver concrete results.

Another issue that will remain high up on the European agenda in the coming months is security. I am pleased to see that the priorities of the Austrian Presidency in the area of freedom, justice and security match those of the Commission.

The translation of the aid programme into practical measures remains our common priority.

In the area of migration, we shall pursue the debate launched by the Policy Plan on Legal Migration, adopted in December 2005, and come forward with proposals on the long-term resident status of persons in need of international protection.

During this semester we shall also table a green paper on drugs and civil society, a proposal on the applicable law in divorce matters, and a green paper on conflict of law in the area of matrimonial property regimes. The Commission will present the first implementation report on The Hague Action Plan. We look forward to achieving significant progress on those important files during the Austrian Presidency.

One last priority that I want to comment on is our relations with our neighbours. The year 2006 will be a decisive period. In the spring, the Commission will review the progress made by Bulgaria and Romania in preparing for accession and assess the level of their readiness to join the Union.

On the Western Balkans, we welcome the priority set by the Austrian Presidency. Since 2003 the countries of the Western Balkans have had a clear European perspective. That process is critical for ensuring peace and stability in Europe. The Commission attaches a great deal of importance to the careful monitoring of the situation in the region and the region's relationship with the Union. That is why I have decided personally to visit the region in the coming weeks.

Europe also needs to prepare to take greater responsibility in Kosovo. As discussions on Kosovo's future status reach a critical stage, the European Union has to show that it is able to bring a concrete contribution to a complex and delicate issue.

Last year, Heads of State and Government launched a period of reflection on the future of Europe. Citizens, civil society and political actors are expressing and debating their views, expectations and ideas. The Commission is playing its part fully, implementing Plan 'D' for Democracy, Dialogue and Debate. I am pleased to report that members of the Commission made a total of 68 visits to national parliaments in the course of 2005, explaining our policies and their added value to European citizens, and listening, because a process of dialogue is not just about explaining; it is also, and above all, about listening to the message citizens give to us. The European Parliament, with its counterparts in the national parliaments, is putting its weight behind this debate. The Commission is ready to cooperate fully with its initiatives.

European leaders before us were prepared to dream of what could be. They had the courage of their European convictions. They opened a pathway to reconciliation and progress for Europe which none had walked before. Today we are the beneficiaries of that legacy and of their foresight. However, at a time when past achievements and current freedoms are so easily discounted, we cannot take future public consent for granted. It must be earned.

My vision is of a stronger Europe which provides a solid political, economic and social framework for our citizens, a Europe based on culture, a Europe based on common values. It is of a Europe of democracy, accountability and transparency. In our troubled world today, we more than ever need a strong European Union, a European Union which promotes security, human rights and respect for the rule of law.

Following the June European Council, the Commission will take stock of the preliminary results of the public debate and of discussions under Plan 'D'. We also intend, at the request of the Austrian Presidency, to propose an agenda for further debate and action at European level. This will provide a basis for the Heads of State and Government to determine the way forward for the Union with a renewed commitment to translate our common objectives into actions.

The Union's main asset is a core of common values and a rich culture which should inspire our reflection on the future of Europe. Institutions are important, of course they are, but institutions are instruments for achieving our goals and we should not forget the main goals of our project. We need to provide determined leadership and reinforced consensus to bring Europe forward together. We need to concentrate on the essentials. We need to focus on delivery. We need to communicate our public purpose in plain and meaningful terms.

I shall conclude by saying, as I told Chancellor Schüssel when I and other commissioners visited him in Vienna, that I think it was a great decision by the Austrian Presidency to choose all the beautiful and bright colours of Europe as its logo. I believe it is now time for us to do away with grey and black colours, to insist on the possibilities of such diversity of Europe and to use these very important six months of the Austrian Presidency to show our renewed commitment to a Europe that belongs to the future and believes in that future.

(Applause)

3-012

Hans-Gert Poettering, *im Namen der PPE-DE-Fraktion*. – Herr Präsident, Herr Präsident des Europäischen Rates, Herr Kommissionspräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Präsident des Europäischen Rates, wir erwarten viel von Ihnen, weil Europa – wie Sie selbst gesagt haben – Vertrauen und Fortschritte braucht. Wenn wir diese hohen Erwartungen in Sie und Ihre Präsidentschaft haben, dann ist das nicht ganz abstrakt, sondern weil wir begründete Hoffnung haben, dass Sie Ihre Aufgabe vernünftig, d.h. ehrgeizig, aber auch realistisch wahrnehmen werden. Ich erinnere mich gut daran, als Österreich 1998 die Ratspräsidentschaft innehatte. Wir finden bei den Verantwortlichen Ihres Landes und besonders bei Ihnen überzeugte europäische Vorstellungen, die sich aber nicht auf Rhetorik beschränken, sondern Sie engagieren sich für Europa. Und Sie sind kompetent. Ich glaube, in dieser Zusammenfügung können wir am Ende Ihrer Präsidentschaft hoffentlich sagen: Es war eine erfolgreiche Präsidentschaft. Das ist jetzt zwar noch zu früh, aber die Voraussetzungen sind gut.

Sie haben einen Begriff erwähnt, den ich für den Schlüsselbegriff Europas halte. Das ist das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die europäischen Institutionen, aber auch – und da muss es anfangen – das Vertrauen der Regierungschefs zueinander. Da habe ich wirklich die Hoffnung, dass Sie es schaffen, auch den Europäischen Rat und die Regierungen als ein entscheidendes Organ darzustellen, das gemeinsam bemüht ist, Europa voranzubringen, und dass nicht jeder Regierungschef seine vermeintlichen nationalen Interessen sieht und Europa damit vor die Hunde geht. Wir müssen anfangen, im Europäischen Rat auf der Grundlage des Vertrauens für Europa zu handeln.

(Beifall)

Wir in Europa müssen wissen: Ohne Europa wird es keine Antwort auf die großen Herausforderungen geben. Europa ist nicht die Antwort auf alle Herausforderungen, aber ohne Europa wird es eine Antwort auf die großen Herausforderungen nicht geben. Der Kommissionspräsident hat gesagt, die europäischen Institutionen sind ein Mittel zum Zweck. Ja, das ist wahr! Und das bedeutet: Wir brauchen die europäischen Institutionen, damit nicht einige Regierungen meinen, die Richtung Europas vorgeben zu müssen. Das beschränkt sich nicht auf die großen Länder. Wir sind als EVP-ED-Fraktion Gegner eines durch die großen Länder dominierten Europas. Aber wir sagen auch: Wenn wir erst gestern oder vorgestern vom Außenminister der Niederlande gehört haben, die europäische Verfassung sei tot – dann ist das genau so ein Anspruch der Dominanz, dass sich alle anderen Europäer nach diesem Land richten sollen. Deswegen werden wir dies nicht akzeptieren.

(Beifall)

Sie haben von Beschäftigung, Wirtschaft und Wachstum gesprochen. Wir unterstreichen alles, was Sie gesagt haben, aber wenn wir von der Förderung des Mittelstandes sprechen, dann geht es diesem nicht um Subventionen. Dem Mittelstand geht es um Entlastung, um steuerliche und bürokratische Entlastung. Wenn wir dies durch europäische und nationale Rahmenbedingungen schaffen, dann können auch Arbeitsplätze geschaffen werden. Deswegen sagen wir: die kleinen und mittleren Betriebe gehören in den Mittelpunkt unserer wirtschaftspolitischen Überlegungen.

(Beifall)

Dies bedeutet natürlich auch, dass wir Ja sagen zu einer europäischen Gesetzgebung, auch bei der Dienstleistungsrichtlinie. Sie haben von Öffnung und Schutz gesprochen. Genau das ist die Balance, die wir finden

müssen. Wir arbeiten im Europäischen Parlament daran, und ich hoffe, dass es uns gelingt, im Februar in der ersten Lesung eine akzeptable Lösung zu finden.

(Zwischenruf)

Ich freue mich, dass mir der sozialdemokratische Kollege zustimmt, aber ich würde mir nie anmaßen, für seine Fraktion zu sprechen. Das wird er gleich selbst tun.

Wenn wir über die Dienstleistungsrichtlinie sprechen, sage ich auch: Ohne einen europäischen Binnenmarkt wird Europa bei der Bewältigung der großen Probleme der Globalisierung schwach sein. Deswegen brauchen wir den europäischen Binnenmarkt als eine Antwort auf die Globalisierung.

(Beifall)

Zur Verfassung bitten wir Sie: Stellen Sie einen Fahrplan auf, damit wir am Ende in dieser Frage zu einem Ergebnis kommen, das alle Länder der Europäischen Union mittragen können, weil wir – das sage ich für den EVP-Teil unserer Fraktion – zutiefst davon überzeugt sind, dass wir die Verfassung brauchen.

Meine letzte Bemerkung: Hier war von Energie die Rede. Natürlich geht es bei Energie auch um unsere eigene Versorgung, um uns selbst und um unseren Wohlstand. Aber unser Wohlstand ist am Ende nichts, wenn er sich nicht auf Demokratie gründet. Deshalb werden wir es nicht zulassen, dass ein Mitgliedsland der G8 bei der Preisgestaltung Unterschiede macht zwischen Ländern wie der Ukraine, die Demokratien sind, und Ländern wie Weißrussland, die von einem schrecklichen Diktator regiert werden, der billigeres Gas bekommt. Dies werden wir nicht mitmachen, sondern wir wollen Anwalt aller unserer Nachbarn auf der Grundlage einer vernünftigen sozialen Entwicklung, auf der Grundlage der Demokratie, des Rechtsstaates und der Menschenwürde sein. Dabei wünschen wir Ihnen viel Erfolg.

(Beifall auf der rechten Seite)

3-013

Martin Schulz, im Namen der PSE-Fraktion. – Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Bundeskanzler – alleine die Anrede hat für einen deutschen Sozialdemokraten schon den Charme verträumter Nostalgie –, ich habe Ihnen sehr aufmerksam zugehört und ich muss sagen: Ihre Rede ist beeindruckend, vor allen Dingen von der Form her. Wenn man Ihnen so zuhört, hat man den Eindruck, es macht richtig Spaß, im Europäischen Rat zu sitzen, es ist richtig schön, Vorsitzender des Rates zu sein, das ist eine richtig elegante Tätigkeit. Aber der Schein trügt, wie Sie selbst bitter erfahren mussten und auch wissen. Deshalb wollen wir uns doch ein bisschen intensiver mit Ihrer Rolle als Vorsitzender dieses Rates und mit den Ergebnissen, die dieser Rat uns vorgelegt hat, auseinandersetzen und auch einen Vergleich wagen zwischen dem, was Sie als die notwendigen Perspektiven Ihrer Ratspräsidentschaft beschrieben haben, und der finanzpolitischen Wirklichkeit, die man diesen Perspektiven gegenüberstellen muss.

Zuvor allerdings eine Bemerkung: Sie müssen mir nachher noch einmal erklären, was das Neujahrskonzert mit dem Abschalten des Gases in Russland zu tun hat. Sie haben gesagt: Kaum hatte der Dirigent beim Neujahrskonzert den Taktstock gehoben, da haben die das Gas abgedreht. Und noch schlimmer: Sie haben gesagt, als das Konzert zu Ende war, haben sie es endgültig abgestellt. Also darüber, welchen Zusammenhang das Neujahrskonzert mit den Gaslieferungen nach Europa hat, müssen wir uns doch noch einmal unterhalten.

Herr Bundeskanzler, Sie haben drei Perspektiven genannt. Sie haben gesagt: Wachstum und Arbeitsplätze wollen die Bürgerinnen und Bürger in Europa haben. Jawohl, da haben Sie Recht: Wachstum und Arbeitsplätze! Und die Bürgerinnen und Bürger in Europa wollen nicht, dass Herr Solana und Frau Ferrero-Waldner mit dem Hut herumlaufen müssen, wenn wir mit unseren Aktivitäten den Gazastreifen stabilisieren müssen, wenn wir im Nahen Osten zum Frieden beitragen wollen, wenn wir in den gefährdeten Regionen dieser Welt stabilisierend wirken wollen. Richtig ist ganz ohne Zweifel auch, dass wir die Bürgerinnen und Bürger in Europa auf unserer Seite haben, wenn das, was am Sonntag in Wien beschlossen wurde, propagiert wird: ein effizienter Kampf gegen den Terrorismus, eine effiziente europäische Polizei, die den nationalen Polizeien beim Kampf gegen die organisierte Kriminalität zur Seite stehen kann. Mit diesen Maßnahmen gewinnen wir ganz ohne Zweifel die Bürgerinnen und Bürger für das europäische Projekt. Und das war der Grund, warum das Europäische Parlament bei seiner Finanziellen Vorausschau, beim Bericht Böge, mehr Wachstum und Beschäftigung, mehr Sicherheit im Inneren Europas und mehr Sicherheit in der Welt durch Europa in den Mittelpunkt seiner Finanzvorschläge gestellt hat.

Vergleichen wir doch mal unsere Vorschläge mit dem, was Sie im Dezember im Rat beschlossen haben – Sie auch, Herr Schüssel! Für Wachstum und Beschäftigung – im Verhältnis zu den Zahlen des Europäischen Parlaments: minus 35 Milliarden! Für innere Sicherheit, Effizienz bei der Polizeikooperation: minus 7,8 Milliarden! Für die internationale Politik: minus 12,8 Milliarden! Sie haben in allen Bereichen, die Sie hier als Ihre Zukunftsaufgaben für Ihre

Ratspräsidentschaft beschreiben, mit Ihrer eigenen Stimme massiv gekürzt. Und das genau ist die Krise Europas: Ihre Versprechungen im Rat und die anschließend nicht eingelösten Taten, dies ist die Krise Europas!

(Beifall)

Herr Kommissionspräsident, ich wende mich an Sie: Ich kann Sie nicht verstehen, das muss ich Ihnen wirklich sagen. Sie haben mit großem Applaus in diesem Haus den britischen Ratsvorsitz ermuntert, er solle genau in diese Richtung gehen, die ich gerade beschrieben habe, die ja unsere gemeinsame Richtung ist. Und Sie haben in Ihrem Haushaltsvorschlag noch viel mehr Geld gefordert: 1 022 Milliarden Euro haben Sie als Kommission als notwendige Finanzmittel in den nächsten sieben Jahren gefordert, um diese Aufgaben zu erfüllen. 862 Milliarden kommen dabei heraus, das sind 160 Milliarden Differenz, die Sie als großen Erfolg bezeichnen. Das kann ich nicht verstehen! Wir wollen eine Einigung, Herr Schüssel! Wir wollen, dass Europa effizient gestaltet wird. Es muss nicht zwingend mit immer mehr Geld sein. Wenn nicht mehr Geld mobilisierbar ist, akzeptieren wir dies. Aber dann müssen die Strukturen für die Ausgaben so organisiert werden, dass die Ziele, die Sie beschrieben haben, erreicht werden. Was wir erreicht haben ist, dass es bei der Struktur dieses Haushalts bleibt. Es bleibt auch dabei, dass es neben dem Lehrsatz des Pythagoras jetzt den Blair'schen Lehrsatz gibt. Tony Blair muss man eigentlich für den Mathematik-Nobelpreis vorschlagen: Der gebremste Anstieg einer Summe ist die Reduzierung der Summe – Donnerwetter!

Da wir im Mozartjahr sind, Herr Bundeskanzler, habe ich mir überlegt, dass das, was der Rat uns so vorlegt, eigentlich gut beschrieben ist durch Osmin. In der Arie des Osmin in Mozarts wunderbarer Oper „Die Entführung aus dem Serail“ sagt Osmin ein Zitat, das wirklich auf den Europäischen Rat passt: „Eure Tücken, eure Ränke, eure Finten, eure Schwänke sind mir ganz bekannt.“

(Beifall)

Aber das Europäische Parlament muss hinzufügen, was er weiter sagt: „Mich zu hintergehen, müsst ihr früh aufstehen, ich hab auch Verstand.“

Das Europäische Parlament ist bereit, mit Ihnen die Ziele anzustreben, die Sie beschrieben haben, aber mit den notwendigen Mitteln und den notwendigen Strukturen. Lassen Sie uns das gemeinsam verhandeln! Und, Herr Präsident der Kommission, jawohl, Sie haben Recht: Europa braucht weniger Grau, Europa braucht weniger Schwarz, Europa braucht mehr Rot!

(Beifall auf der linken Seite)

3-014

Graham Watson, *on behalf of the ALDE Group*. – President-in-Office, you are said to be skilled in drawing and adept at mountaineering. You have sketched for us a clear picture of your Presidency and you have mapped the contours of your summits.

Your main task over these six months will be to reach agreement with this House on the Union's seven-year spending plans. As one of the backers of the bid to slash the budget, you have belaboured the Union with its lowest capability ever. This budget will meet not even the demands of Europe's leaders, let alone the ambitions of our citizens. That is why Liberals and Democrats will vote today to reject the deal brokered by Mr Blair.

If you are to rebuild confidence in the European project, you need to convince Europeans that the EU works to serve their interests. The Erasmus Programme is one of our most visible and successful projects, yet the Council is seeking to cut the budget for young people. The Airbus project is a triumph of common endeavour, yet there will be too little money for research and development to replicate it. We trust the Council will show willingness to work with this House to redirect money towards priorities like research and development.

Each year, large sums are under-spent or decommitted in areas like agriculture or the structural funds. These should be kept for EU priorities, not refunded to Member States. Likewise, the budget should be based on the actual percentage of GNI, rather than nominal figures. With growth just half a percent greater than forecast, for example, 1.045% of GNI could be worth almost EUR 16 billion more. Should the Lisbon Agenda truly succeed in making us more competitive, that figure could be even larger. Can we count on you to study ideas like these for the Interinstitutional Agreement?

Liberals and Democrats look forward to working with you for greater economic competitiveness and more jobs. You have described this as 'the most urgent task of European policy'. But this means embracing the opportunities offered by the EU, not shrinking under pressure from protectionists.

In a wider Union, the gates of Vienna are no longer under siege, nor is your way of life threatened by the European Court of Justice.

President-in-Office, 2006 is the European Year of Workers' Mobility. How ironic, then, that you seek to prolong – for the first time in EU history – transitional arrangements which hinder the free movement of workers within our Union.

(Applause)

Liberals and Democrats reject a two-tier Europe in which citizens of the new Member States are treated as second class. Moreover, Europe's entrepreneurs need all the skilled help they can get in the absence of a consensus on immigration.

Was it not the celebrated Austrian Simon Wiesenthal who said: 'Freedom is not a gift of heaven, you have to fight for it every day'? Liberals and Democrats agree. And we trust you will maintain our commitment to individual liberties and human rights in a world where they are increasingly trodden under foot.

Let us ensure that the European Monitoring Centre for Racism and Xenophobia in Vienna becomes a fully-fledged human rights agency.

And press for a world-wide Human Rights dialogue to tackle the death of democracy in Russia, the fetters on freedom in China and the hypocrisy of an American President who kills Pakistani villagers in the name of democracy and civilisation.

I believe that Austria's Presidency could be a service to Europe, and to the world.

If you uphold the promise of transparency made in December and start holding Council meetings in public, citizens will better understand the Union.

If you can rediscover 1998's 'Pörschachsgeist' and set a positive agenda for action Liberals and Democrats will applaud your efforts.

If you work with us and your colleagues to put the constitutional debate back on the rails you will breathe hope into the Union's affairs.

We wish you courage and accomplishment in the coming months.

3-015

Daniel Marc Cohn-Bendit, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Herren Präsidenten! Meine Nachbarin erinnerte mich darin, Herr Präsident, dass Sie Eishockey spielen. Deswegen werden Sie mir einige Bodychecks verzeihen.

Ehrlich wollen wir alle sein, vertrauenswürdig sind wir ohnehin alle, das ist klar. Mein Freund Albert Einstein sagte zur Quantentheorie Folgendes zu mir: Wenn die richtige Frage das Wichtige ist, dann musst Du immer versuchen herauszufinden, was in der Frage verschwiegen wird, denn das ist das letztendlich Wichtige. Deswegen folge ich Einstein und möchte Ihnen Folgendes sagen: Natürlich sind Sie ein ehrlicher Makler, und alle sollen ihre Energie so organisieren, wie sie wollen. Das Problem ist: Wo setzen wir Prioritäten in der Forschung? Geben wir der alten Energie, die sich Kernenergie nennt, oder der Forschung in den Bereichen a) erneuerbare Energie und b) Wasserstoff, gewonnen mit Sonnenenergie, den Vorrang? Beides gleichzeitig ist nicht möglich. Also entweder Wasser oder Kohle, aber beides geht nicht. Sie können die Butter haben oder die Butter verkaufen. Sie müssen endlich einmal kundtun, was Sie selbst wollen, und nicht einfach sagen: Ich will alles, was die anderen auch wollen.

Zum Thema Mittelstand: Ich stimme Ihnen zu, aber irgendwann muss man sich auch hier entscheiden. Zur Flexibilität sagen wir Ja, aber auch zur Sicherheit. Es geht nicht, dass wir eine Gesellschaft organisieren, in der diejenigen, die Schwierigkeiten mit der Flexibilität haben, auch noch den Preis der Unsicherheit bezahlen müssen. Das heißt, wir müssen uns für ein System entscheiden, wo Flexibilität und Sicherheit gewährleistet sind. Das haben Sie nicht gesagt.

Dann sagen Sie: Wir brauchen in Europa einen Markt. Wunderbar! Wir sind auch dafür. Sie haben auch über die Dienstleistungsrichtlinie gesprochen. Interessanterweise haben Sie und Ihr Kollege, Hans-Gert Poettering, eines nicht gesagt, und das möchte ich hier hören: Was ist mit dem Ursprungslandsprinzip? Niemand stellt die Freiheit der Dienstleistungen in Europa in Frage. Was wir in Frage stellen, ist, dass das Ursprungslandsprinzip bedeuten wird, dass die soziale Gerechtigkeit in den einzelnen Mitgliedstaaten kaputt gemacht wird. Sind Sie dafür oder sind Sie dagegen? Dazu haben Sie nichts gesagt. Das ist das Problem der sozialen Gerechtigkeit. Da sieht man, dass es in diesem Parlament einen Unterschied zwischen Rechts und Links gibt.

Dann kommen wir zum Wachstum. Sie haben mit Recht die Qualifikation erwähnt. Natürlich ist die EU nicht für die Bildung zuständig, aber sie kann die bewährten Praktiken verbreiten. Ich möchte endlich eine Präsidentschaft sehen, die das Bildungswesen in Europa zusammen mit der Kommission untersucht und dann – so wie die neoliberale Organisation OECD – feststellt, dass das deutsche und das österreichische System grottenschlecht sind, weil sie einfach keine Gleichheit

gewährleisten. Das sagt nicht Cohn-Bendit, sondern die OECD in der PISA-Studie. Das sollten wir endlich verstehen. Das so genannte deutsche Leistungssystem ist ein Skandal. Das sollten wir auf europäischer Ebene überprüfen lassen.

Gehen wir weiter zu dem, was Sie nicht gesagt haben, Herr Präsident. Zum europäischen Lebensmodell möchte ich eins wissen: Das europäische Lebensmodell bedeutet doch europäisches Recht. Ist es möglich, dass es in dieser Welt Institutionen, namentlich die CIA, gibt, die sich in Europa in einem Rechtsraum bewegen, der mit dem europäischen Lebensmodell nichts zu tun hat? Welchen Beitrag wird die Präsidentschaft leisten, um den Untersuchungsausschuss des Europäischen Parlaments und den Europarat zu unterstützen und um endlich den Amerikanern und allen in dieser Welt klar zu machen: Europa ist kein Raum, in dem sich jede imperiale Macht so bedienen kann, wie sie es wünscht. Und ich möchte auch hören, welche Konflikte Europa bereit ist zu wagen, um das europäische Lebensmodell zu verteidigen. Wie Sie sehen hat mein Freund Einstein Recht: Es gibt vieles zu überprüfen, wenn jemand über bestimmte Dinge nicht redet.

(Beifall von seiner Fraktion)

3-016

Francis Wurtz, au nom du groupe GUE/NGL. – Monsieur le Président, Monsieur le Président de la Commission, Monsieur le Président du Conseil, votre présidence commence sur les chapeaux de roues: probable remise en cause par le Parlement de la directive sur la libéralisation des services portuaires, levée de boucliers contre le projet de perspectives financières au Conseil européen... Vous héritez d'un champ de mines. Bon courage! Certains de vos prédécesseurs ont vu en l'espace de six mois leur image passer d'une triomphale assurance à une piteuse défaillance. Vous entamez votre présidence avec plus de modestie et je crois que vous avez raison. Je ne m'arrêterai que sur un seul passage de votre memorandum, lorsque vous évoquez le débat sur la Constitution, vous écrivez au paragraphe 8:

3-017

Wir bemühen uns, den Sorgen der Bürgerinnen und Bürger, die sich vor dem Hintergrund der Globalisierung um den Erhalt des europäischen Lebensmodells drehen, wieder vermehrt Raum zu geben. Es geht darum, das Vertrauen zu den politischen Entscheidungsträgern der Union von Neuem zu stärken.

3-018

C'est en effet là que le bât blesse, mais dans le climat actuel de désaffection des citoyens vis-à-vis des institutions européennes, les paroles ne suffisent plus, il faudra des actes concrets, visibles et convaincants. Comme disait un illustre ancêtre "le pudding, c'est quand on le mange qu'on le juge". À cet égard, je ne vois pas dans l'immédiat de geste plus parlant qu'un appel clair et public en faveur du rejet ou du retrait définitif du projet de directive sur les services, comme de tout autre texte qui s'inspire des mêmes principes libéraux.

Jeudi dernier, mon groupe a réuni à Bruxelles, sur la question du devenir du texte emblématique de M. Bolkestein, plus de deux cents acteurs sociaux de toute l'Union, du secrétaire confédéral de la Confédération européenne des syndicats jusqu'aux représentants du forum social de Pologne ou de Roumanie, ainsi que de nombreux élus locaux, régionaux et nationaux. Tous ont exprimé leur vive opposition au texte de la Commission, qualifié de très dangereux par les dirigeants de la CES par exemple.

Vous-même, Monsieur le Président du Conseil, vous aviez pris acte à Hampton Court, en octobre dernier, du véritable phénomène de rejet qu'a suscité dans la plupart de nos pays ce projet de directive, dès que sa teneur fut connue de nos concitoyens. "Nous n'arriverons pas à le sauver, il faut le retirer", aviez-vous déclaré selon certaines indiscretions. C'est effectivement à nos yeux la voie à suivre, mais pas pour revenir avec une nouvelle mouture, légèrement écorchée, un Bolkestein *light* comme l'a appelé, à notre rencontre de jeudi dernier, un dirigeant d'ATTAC.

En vérité, ce dossier a agi comme un révélateur de ce dont de plus en plus d'Européens ne veulent plus: la mise en concurrence des travailleurs et son corollaire, le nivellement par le bas des acquis sociaux et des droits. C'est cette même logique que rejettent, tous syndicats confondus, les salariés des ports de toute l'Union. Il en va de même des salariés suédois dans l'affaire très symbolique du chantier de Vaxholm. D'autres échos semblables nous parviennent, de Finlande, d'Écosse, d'Irlande.

Subrepticement, on est passé, au fil des ans, d'une construction de l'Europe par harmonisation des législations nationales, donc par des actes politiques, par des votes grâce auxquels on pouvait espérer au moins harmoniser par le haut, à une intégration par le marché, c'est-à-dire par la concurrence à tout va, dont l'orientation naturelle est le nivellement par le bas.

Vous ne gagnerez pas la confiance des Européens, Monsieur le Président, sans rupture significative avec cette logique libérale, de façon à placer réellement au centre du projet européen, non plus le marché, mais le salarié et le citoyen. C'est à cette aune d'abord que votre Présidence sera jugée dans six mois.

(Applaudissements de son groupe)

3-019

Roger Knapman, *on behalf of the IND/DEM Group*. – Mr President-in-Office, so very wonderful was Mr Blair's Presidency and his contribution to Euroscepticism that we had hoped for an encore of a further six months; but that was not to be. However, I can assure you that you are our second choice. We are very grateful to you for your thoughts that somehow the Constitution is not dead, but presumably merely sleeping. Presumably you think that it will be brought back to life at any time, which according to the press shocked even Mr Barroso from his extended period of reflection.

So carry on as best you can! Never mind the fact that 70% of your own people in Austria do not approve of the way you have been talking this morning. Never mind that two-thirds of the British people cannot see any benefit in remaining part of this sham Parliament. Never mind about the 'no' vote in France; never mind about the 'no' vote in Holland. From your lofty position your disdain for democracy will be noticed and, I am sure, approved of in many sections of this Parliament.

Meanwhile, on a more mundane level, this is becoming a very expensive club to belong to. Never mind that during the season of goodwill Mr Blair comes along and contributes so much money – GBP 7 billion – that his would-be successor now wishes to have a national patriotic 'Britain Day' day to try and undo the damage to the perception of the British people. We have a 63% increase in our budget over seven years, and the Working Time Directive is to be brought in, so we cannot even create that wealth.

What a wonderful agenda! And to all those who came from Eastern Europe in the hope of getting money, I am sorry, but the cheque is not in the post!

3-020

Cristiana Muscardini, *a nome del gruppo UEN*. – Signor presidente, signor Presidente della Commissione, onorevoli colleghi, abbiamo fiducia che la Presidenza rispetterà le promesse e ricreerà nei cittadini la fiducia verso l'Unione, della quale abbiamo parlato, una fiducia nei confronti di un'Europa che, come è noto, necessita di una politica estera comune ma anche – e subito – del rilancio di una politica economica, oggi colpevolmente assente rispetto alle esigenze inscindibili di ricreare competitività e di non perdere le conquiste sociali che sono alla base dell'esistenza stessa dell'Unione.

L'Unione deve ritrovare la forza e la volontà per far lavorare insieme le sue istituzioni e i suoi cittadini. Oggi l'unica cosa di veramente comune che abbiamo – e solo in 12 paesi – è la politica monetaria, che è di fatto decisa dalla Banca centrale, senza i sufficienti confronti politici con le altre istituzioni. Anche di questo dovremo discutere.

Apprezziamo l'impegno della Presidenza austriaca per riaprire la strada al trattato, ci auguriamo con i necessari passaggi per renderlo più snello e attuabile, al di là di utopie e sogni spesso in contrasto con la realtà con la quale dobbiamo confrontarci, ma avendo comunque la capacità di osare. E' necessario saper prevedere, in termini realistici, il futuro e non solo saper gestire il presente. L'impegno per un'Europa più unita e più definita nelle competenze delle reciproche istituzioni, più agile e più vicina ai cittadini, deve vederci uniti e determinati anche per affrontare altre tre emergenze: l'immigrazione, il piano energetico e l'ambiente.

Per quanto riguarda l'immigrazione, abbiamo bisogno di una politica comune, sia per affrontare la realtà in termini umanitari che il pericolo del terrorismo internazionale, molte volte veicolato attraverso i flussi migratori. Solo il rispetto delle leggi e delle Costituzioni dei nostri Paesi da parte dei cittadini extracomunitari, da qualunque parte provengano, è alla base di una convivenza civile e proficua per realizzare una vera integrazione.

Senza energia non c'è sviluppo, così come lo spreco di energia crea danni irreparabili. L'energia non può prescindere dalla sicurezza, dallo smaltimento, dalla tutela dell'ambiente come bene comune e condizione della stessa sopravvivenza. I problemi collegati ai mutamenti climatici non hanno visto fino ad oggi un'attiva partecipazione dei ministri delle Finanze degli Stati membri, nonostante le numerose conseguenze economiche che questi mutamenti comportano.

È auspicio che, sotto la Presidenza austriaca, si vedano lavorare su questa emergenza anche i ministri delle finanze e della programmazione, pensando ai costi in vite umane, in patrimonio abitativo, agricolo o paesaggistico e a quelli della ricostruzione, che il mondo ha pagato per i recenti cataclismi.

Una politica ambientale comune costituisce una necessità interna dell'Unione come pure una necessità dell'Unione verso il resto del mondo, perché rientra nei doveri e negli obiettivi che ci siamo anche posti durante i lavori della Convenzione per il trattato.

Apprezziamo l'attenzione della Presidenza per la politica commerciale e quella di vicinato. Quest'ultima dovrà occuparsi del rispetto dell'*acquis* comunitario: mi riferisco alle recenti dichiarazioni inesatte – per non dire scorrette e false – di un rappresentante del governo croato. Per quanto riguarda la politica commerciale, dobbiamo ricordarci di chiedere il rispetto dei diritti umani là dove non sono rispettati.

3-021

Hans-Peter Martin (NI). – Herr Präsident, Herr Ratspräsident! Es ist ein munterer Vormittag. Machen wir weiter so! Wie viele andere Bürger bin auch ich überzeugt, dass es in Europa besser gehen würde, wenn Sie heute Vormittag auf der

anderen Seite säßen, Kommissionspräsident wären und nicht nur kurzzeitiger Ratspräsident. In Ihrer sehr beschränkten Zeit kann Ihnen ein großer Wurf nicht gelingen, aber ein paar Akzente kann man schon setzen: Energie, Subsidiarität. Und auch bei den Finanzen können Sie etwas tun. Aber lassen Sie sich bitte von denen, die historisch nachweislich mit Geld nicht umgehen können, nicht in die Irre führen. Glauben Sie nicht, dass man mit mehr Geld automatisch Besseres erreichen kann! Das Geld ist doch da. Wir haben doch 112 Milliarden Euro. Die Frage ist nur, was man damit macht. Sie selbst, Herr Bundeskanzler, haben gesagt: Die Frage ist das Wichtigste. Sie selbst haben gesagt: Vertrauen ist herzustellen. Tun Sie es! Werden Sie konkret! Sagen Sie, wer was kriegt, wer was aus europäischen Töpfen zahlt.

Wie viele Euro haben der einflussreiche Bank- und Medienmann, Christian Konrad, und seine Freunde bislang – etwa für Jagdgründe – an Förderungen bekommen? Wie viele Euro bekommen Landeshauptmann Erwin Pröll, seine Freunde und sein Verwandter, der Landwirtschaftsminister, an direkten Subventionen? Trifft es zu, dass allein in Österreich 427 einflussreiche Bauern, die fast ausschließlich Ihrer Partei nahe stehen, jedes Jahr mehr als 72 000 Euro an Direktzahlungen bekommen? Das kann man fortführen. Wie verhält es sich mit Danone und Frankreich? Wie steht es mit Müller-Milch und Deutschland? Wie sieht es im öffentlich-rechtlichen Bereich aus? Öffnen Sie die Türen! Machen Sie wirklich transparent, wer was kriegt. Machen Sie die Ratssitzungen transparent, damit wir wissen, wie es zu solchen Entscheidungen kommt. Kümmern Sie sich bei der Vertrauenswiederherstellung auch um den Regierungsfunk ORF. Was macht dort der Chefredakteur Werner Mück? Was machen die anderen Hörigen, die dort immer wieder tätig sind? Damit sind Chancen verbunden. Nehmen Sie sie wahr! Ändern Sie sich! Beenden Sie die Zeit des Schweigens der österreichischen Innenpolitik. Werden Sie zu einem europäischen Aufklärer! Das werden Ihnen viele Millionen Bürger danken.

3-022

Othmar Karas (PPE-DE). – Herr Präsident, Herr Ratspräsident, Herr Kommissionspräsident, meine Damen und Herren! Herzlich willkommen als Vorsitzender des Rates im Europäischen Parlament. Nicht nur wir Österreicher freuen uns darüber, dass Wolfgang Schüssel den Ratsvorsitz übernommen hat. Ihre Prioritäten und Ihre politischen Grundsätze sind unsere Prioritäten. Wir sitzen im Europäischen Parlament im Gegensatz zu den nationalen Parlamenten im Halbkreis, weil wir einander brauchen. Danke für den Anstoß zu einem neuen Miteinander statt des oberflächlichen Gegen- und Nebeneinanders und der tagespolitischen individuellen Profilierungsversuche. Diese Rede war ein wohlthuender Unterschied zu dem, was wir in den letzten Monaten gehört haben.

Dieser neue Anstoß setzt aber auch gegenseitigen Respekt, die Bereitschaft, aufeinander zuzugehen, einander zu vertrauen und Kompromisse miteinander zu schließen, voraus. In dem Buch „Hoffnung Europa“, in dem Sie selbst über die Strategie des Miteinanders geschrieben haben, sagt Kofi Annan: „Wir brauchen keine weiteren Versprechen. Wir müssen anfangen, die Versprechen einzuhalten, die wir bereits gegeben haben.“ Ich sehe Ihre Rede unter diesem Motto. Daher sagen wir Ja zu einer Stärkung des Mittelstandes. Aber wir sagen Nein zur 70prozentigen Kürzung des Rahmenprogramms für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation für die KMU. Wir sagen Ja zur Bildung, und daher müssen wir Nein sagen zu einer Kürzung von 40 Prozent auf diesem Gebiet. Wir sagen Ja zu einem transparenten bürgernahen, demokratischen, parlamentarischen, sozialen, stärkeren Europa. Aber daher müssen wir die europapolitische Debatte entfachen und den Bürger zum Beteiligten machen. Wir sagen Ja zur Dienstleistungsrichtlinie. Machen wir sie zur Visitenkarte der sozialen Marktwirtschaft! Wir sagen Ja zur gemeinschaftlichen EU. Entwickeln wir sie zur politischen Union weiter und stärken wir die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik! Wir müssen aufeinander zugehen, weil wir viel auf dem Tisch liegen haben. Gehen wir es an!

3-023

Hannes Swoboda (PSE). – Herr Präsident, Herr Ratspräsident, Herr Kommissionspräsident! Herr Bundeskanzler, Sie haben eigentlich relativ wenig zur zukünftigen Erweiterung gesagt, obwohl das doch ein Schwerpunkt der österreichischen Ratspräsidentschaft ist, einerseits, was Bulgarien und Rumänien betrifft, und andererseits in Bezug auf die Vorbereitung der nächsten Schritte in Südosteuropa. Betreffend Bulgarien und Rumänien möchte ich Sie an das Versprechen des Rates erinnern, mit diesem Parlament genau zu beraten, ob – was ich hoffe – der Beitritt 2007 oder erst 2008 möglich ist. Wir erwarten von der Präsidentschaft die Einhaltung der Verpflichtung, uns in dieser Sache zu konsultieren.

Was Südosteuropa betrifft, so erachte ich diese Region als einen ganz wichtigen Schwerpunkt. Sagen Sie Ihren Kolleginnen und Kollegen im Rat, dass es nicht darum geht, diese Länder von heute auf morgen, *par force*, in die Europäische Union aufzunehmen, sondern vielmehr darum, die Vision und die Möglichkeit eines Beitritts aufrechtzuerhalten, damit die jungen Menschen in dieser Gegend einen Sinn darin sehen, in ihrer Region zu bleiben, und nicht auswandern und dieses Gebiet ausdünnen. Viele Tests sind zu bestehen. Ein Test ist z.B. auch, wie sich die Länder in dieser Region zu ihren Minderheiten verhalten. Das Verhalten gegenüber Minderheiten ist für uns im Parlament immer ein wichtiger Aspekt. Herr Bundeskanzler, ich bin schon sehr enttäuscht: Wie wollen Sie als Ratspräsident für die Wahrung der Minderheiten eintreten, wenn Sie im eigenen Land Ihren Koalitionspartner Jörg Haider nicht davon überzeugen können, ein Minimum an Respekt für die slowenische Minderheit in Österreich zu zeigen und gemeinsame, zweisprachige Ortstafeln aufzustellen? Ich wünsche mir auch, dass Sie gerade in dieser Präsidentschaft alles daran setzen, dass Österreich sich vorbildlich und nicht rückschrittlich verhält, gerade auch, um international Vertrauen zu gewinnen.

Im Zusammenhang mit der Erweiterung haben wir manchmal den Eindruck, dass die Regierungschefs – und da sind Sie sicherlich nicht allein – sehr schnell zu Entscheidungen kommen. Aber wenn es dann darauf ankommt, der eigenen

Bevölkerung zu vermitteln, warum die Schritte der Erweiterung notwendig sind und welche Vorteile die Erweiterung bringt, bleibt es bei wenigen Reden. Der Rat muss gemeinsam mit dem Parlament und der Kommission überlegen – wir können das nur gemeinsam leisten –, wie wir den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber dieses große historische Projekt der Erweiterung gemeinsam vermitteln, denn Sie haben Recht, die Vertrauenslücke, von der Sie gesprochen haben, besteht. Wir müssen uns gemeinsam überlegen, was wir tun können, um diese Vertrauenslücke zu überwinden.

Zum Thema wirtschaftliche Probleme und Arbeitslosigkeit: Ich kann Sie nur voll unterstützen. Wir werden Sie auch daran messen, wie das, was Sie zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit richtigerweise gesagt haben, in dieser Präsidentschaft umgesetzt wird, und inwieweit Sie bereit sind, entsprechende Schritte zu setzen. In diesem Zusammenhang ist es besonders bedauerlich, dass wir zwar für Forschung und Entwicklung mehr Mittel zur Verfügung haben, dass dies jedoch – wie Sie ganz genau wissen – zum Teil auf Kosten des Ausbaus der Infrastruktur geht. Das europäische Bahnnetz, das für uns alle so wichtig ist – gerade auch für unser Land – wird darunter leiden, dass wir hier massiv die Mittel gekürzt haben. Das ist für uns nicht akzeptabel, und wir sollten versuchen, hier noch eine Korrektur herbeizuführen.

Herr Ratspräsident, wir als Sozialdemokraten werden Ihre Präsidentschaft objektiv beurteilen. Wir werden Sie auf der Basis dessen, was Sie heute zugesagt haben, messen. Wir wünschen der österreichischen Präsidentschaft einen vollen Erfolg. Europa ist uns zu wichtig, als dass wir uns etwas anderes wünschen könnten!

3-024

Karin Resetarits (ALDE). – Herr Präsident, sehr geehrter Herr Ratspräsident! Ich hoffe, Sie verzeihen mir, wenn ich Sie hier mit Zeus vergleiche. Aber in der Tat behandeln die meisten Regierungschefs Europa, wie der griechische Götterkönig es getan hat: Als Geliebte, um die man hier buhlt, aber die man daheim bei der Ehefrau gern verschweigt oder diskreditiert, um ja keinen Verdacht aufkommen zu lassen.

(Gelächter, Beifall)

Und die Bürger reagieren genau so, wie es Kinder in einer Familie tun, wenn keine klaren Verhältnisse herrschen. Sie sind extrem verunsichert und misstrauisch, sie reagieren mit Verweigerung, wie wir es im Fall der negativen Referenden in Frankreich und in den Niederlanden deutlich bemerkt haben.

Sie wollen Europa neuen Schwung geben, Herr Ratspräsident? Sie können es nur, wenn Sie mit gutem Beispiel vorangehen und endlich klare Verhältnisse schaffen. Der Rat muss sich daheim zu seiner Geliebten Europa bekennen, muss sich mit mehr Selbstbewusstsein für sie einsetzen, ihr auch ein intelligentes finanzielles Auskommen schaffen, seinen Bürgern daheim sagen, dass jeder einzelne Mitgliedstaat im weltweiten Wettkampf um Wohlstand nur dann eine Chance hat, wenn es ein starkes, selbstbewusstes Europa gibt, und es ist die Aufgabe Europas, Globalisierung zu kultivieren.

(Beifall)

3-025

Johannes Voggenhuber (Verts/ALE). – Herr Präsident, Herr Ratspräsident! Ich heiße Sie hier auch willkommen, und ich wünsche Ihnen Erfolg und Fortüne, wo immer Sie sich für dieses gemeinsame Europa einsetzen.

Nach einer großen, fast verzweifelten Rede des luxemburgischen Ratspräsidenten vor einem halben Jahr und einer großen demagogischen Rede des britischen Ratspräsidenten haben Sie heute eine Art europäische Harmonielehre vorgelegt und versucht, der politischen Zaubерflöte einen *Sound of Europe* zu entlocken. Aber dieser *Sound of Europe* vermag nicht die Wahrheit zu überdecken, dass Europa in der Krise ist. Er vermag das Gezänk der Regierungen und den Lärm des ewigen nationalistischen Interessenbasars nicht zu übertönen. Er vermag auch das Wehklagen Europas nicht zu übertönen, von den Regierungen in den eigenen Ländern nach Belieben als Sündenbock vorgeführt zu werden – genau für dieses Europa, das die Regierungen selbst geschaffen haben.

Sie reden vom Volk Europas. Ich habe das mit großer Aufmerksamkeit und Respekt gehört. Aber die meisten Regierungen bestreiten, dass es überhaupt existiert. Es hätte für die Verfassungsfrage enorme Konsequenzen, das Volk Europas ernst zu nehmen. Aber wie auch Kollege Cohn-Bendit schon gemeint hat: Die Zaubерflöte vermag auch nicht ihr Schweigen zu übertönen. Nicht das Schweigen der klammheimlichen Freude der Regierungen am Scheitern einer Verfassung, die Europa, dem Volk Europas, mehr Rechte gebracht, aber die Regierungen Macht gekostet hätte.

Sie stehen nirgendwo an der Front, wenn es darum geht, für die europäische Demokratie einzutreten. Das Schweigen zur sozialen Frage, Herr Bundeskanzler, Harmonielehre, ja, die europäische Lebensform ist nicht in Gefahr. Das ist auch nicht Ihre Sache. Die besteht aus vielen Dingen. Die Menschen selbst bringen die europäische Lebensform hervor. Aber das europäische Sozialmodell, die soziale Marktwirtschaft ist in Gefahr. Darüber haben Sie kein Wort gesprochen. Für die Freiheit brauchen wir keine Zaubерflöte. Aber Ihre Kooperation in der CIA-Affäre, bei einem unerhörten Angriff auf die Grundrechte mitten in diesem Europa, ...

(Der Präsident entzieht dem Redner das Wort)

3-026

Kartika Tamara Liotard (GUE/NGL). – Mijnheer Schüssel, allereerst van harte welkom. We kunnen over het algemeen stellen dat het Oostenrijks voorzitterschap in het teken zal staan van twee onderwerpen: het mislukte grondwetproces en de dienstenrichtlijn.

Over de grondwet kan ik simpel zijn: die is dood. Dat vindt het Nederlandse volk en dat vindt het Franse volk. Twee lidstaten hebben de grondwet afgewezen en daarmee is deze van de baan. Hoe eerder de Europese Unie dit toegeeft, hoe eerder we kunnen beginnen met de noodzakelijke hervormingen: het terugdringen van EU-bemoeienis met zaken die nationale verantwoordelijkheid zijn, een einde maken aan geldverspilling en fraude in Europa en het écht democratiseren van de EU.

Dan wat betreft de dienstenrichtlijn. Oostenrijk wenst een compromis tussen de verschillende kampen. Maar als wordt gestreefd naar een compromis tussen multinationals aan de ene en vakbonden aan de andere kant, zal dit altijd een verslechtering van de arbeidsvoorwaarden in Europa betekenen. Bovendien zal er over de kern van het voorstel, het oorsprongslandbeginsel, geen compromis bereikt kunnen worden.

Mijn partij en mijn fractie verwerpen concurrentie op arbeidsvoorwaarden of sociale dumping als de toekomst van Europa. Dus verwerpen wij de voorgestelde richtlijn. Europa wilde geen grondwet; Europa wil niet deze dienstenrichtlijn.

Het Oostenrijks voorzitterschap zou geschiedenis kunnen schrijven door als eerste voorzitter eens echt te luisteren naar wat het volk wil. Als er echter gekozen wordt om mensen een grondwet en deze dienstenrichtlijn door de keel te duwen, zal dit de weerstand tegen Europese samenwerking alleen maar versterken.

3-027

Mario Borghesio (IND/DEM). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la Presidenza austriaca, alla quale rivolgiamo i migliori auguri, ha molti temi su cui riflettere: la bocciatura della Costituzione europea, morta e defunta, e lo scetticismo che dilaga tra popoli europei. La invitiamo a puntare sull'Europa dei popoli e sull'Europa delle regioni.

Io ho rivolto l'invito a considerare la città di Trieste, città-simbolo dell'Europa delle etnie e di convivenza civile fra i vari popoli, come capitale dell'Europa delle regioni. A proposito dei diritti dei popoli, vorrei segnalare la presenza, qui fuori al Parlamento, degli istriani, dei dalmati e dei fiumani. Richiamo l'attenzione sul fatto che il loro diritto alle loro proprietà è ancora stato calpestato nonostante il trattato di pace del '47 ne prevedesse la tutela. E sono ancora qui! Cancelliere Schüssel, io le consegnerò un *dossier* su questa annosa questione così delicata.

Difendiamo i diritti dei popoli ed evitiamo che l'Europa sia quella dei tecnocrati di Bruxelles. I *dossier* che hanno causato questo scetticismo sono dovuti al predominio dell'Europa dei tecnocrati, delle banche, dell'Europa che auspica l'adesione della Turchia e l'approvazione della direttiva Bolkestein. Noi siamo a favore di un'altra Europa, cioè l'Europa dei popoli e delle regioni. Ed è di questo sentimento profondo che si deve rendere interprete la saggia *Austria Felix*.

3-028

Konrad Szymański (UEN). – Panie Przewodniczący! Muszę powiedzieć, że jestem zdumiony, kiedy widzę, że z jednej strony austriacki minister gospodarki deklaruje de facto zamrożenie prac nad dyrektywą usługową, a z drugiej strony plan operacyjny prac Rady jest skoncentrowany na zagadnieniach instytucjonalnych.

Chciałbym w związku z tym zapytać, czy to prawda, że zamierzacie państwo zmarnować sześć miesięcy naszego wspólnego czasu na dyskusję o odrzuconym traktacie konstytucyjnym? I jeszcze jedno pytanie, co zamierzacie państwo zrobić w zakresie budowy wspólnego rynku usług w Unii Europejskiej oraz zniesienia wszelkich barier na rynku pracy, które, dzisiaj już wiemy to na pewno, nie mają żadnego ekonomicznego uzasadnienia.

Szczególnie mnie interesuje, jaka będzie reakcja na bezprawne działanie szwedzkich związków zawodowych, które po łotewskiej sprawie Vaxholm, zamierzają zniszczyć kolejną firmę budowlaną z nowego kraju unijnego, tym razem chodzi o firmę Zojax z Polski.

3-029

Andreas Mölzer (NI). – Herr Präsident, Herr Ratsvorsitzender! Die österreichische Präsidenschaft will die richtigen Fragen stellen, um die katastrophale Ablehnung der EU durch breite Schichten der europäischen Bevölkerung abzubauen.

Da sollte man sich dann nicht um die zentrale Frage herumdrücken, was denn am Ende dieser europäischen Integration stehen soll: ein Bundesstaat mit zentralistischen Tendenzen, wie er durch den bereits gescheiterten Verfassungsvertrag entstehen müsste, oder ein Staatenbund, ein Europa der Vaterländer.

Da sollte man sich dann auch nicht um die Frage drücken, wie weit Europa reicht und warum etwa das islamische Anatolien jemals zu Europa gehören sollte, um die Frage, wie weit die Osterweiterung gehen soll und ob sie nicht besser vorbereitet werden müsste.

Und schließlich wird man sich nicht um die Frage herumdrücken können, warum die Union nur durch eine noch stärkere Belastung der Spitzen-Nettozahler, zu denen nunmehr auch Österreich zählt, funktioniert.

Ich hoffe sehr, dass Sie sich nicht genau um diese zentralen Zukunftsfragen Europas so wie heute - elegant zwar, aber doch peinlichst - herumdrücken. Sonst müsste nämlich die Skepsis der Menschen gegenüber der EU auch unter der österreichischen Ratspräsidentschaft weiter zunehmen.

3-030

Timothy Kirkhope (PPE-DE). – President-in-Office, on behalf of the European Democrats in the PPE-DE Group, and as the first British Conservative to speak, I welcome you and wish you well. You take over the Council Presidency at an important time and, in the wake of the opportunities wasted by the British Presidency, you now have the chance to make real progress in a number of key areas.

I sincerely hope that the economic reform agenda will be taken forward with some urgency. It stalled under the last Presidency and I urge you not to be deflected from pursuing the case for reform. I am somewhat concerned about the issue of the Services Directive, on which I believe you are planning some changes, and about your plans to coordinate social security systems. I hope you will not do anything that would damage the prospects of economic progress under such measures. I also ask you not to change the Working Time Directive opt-out which, certainly from a UK perspective, has been fundamental to that country's economic wellbeing of late.

I warmly welcome your call for a serious discussion on the role of the European Court of Justice. That is an extremely important debate because the Court has seemed in recent years to extend European competences into areas where there was decidedly no European law. It is therefore a timely debate and one which I am very pleased will take place.

You have made a number of comments on the European Constitution. I wish to make it clear that we truly believe it would be sensible for the Constitution not to be resurrected at present. The remarks by the Dutch Foreign Minister cannot be ignored. The citizens of Europe do not want a more centralised State and they do not want a centralised Europe. At Laeken, at the beginning of the Convention process, the leaders stated that they wanted to reconnect the EU and its institutions with the people. The Constitution failed to do that. However, the people do want a Europe that deals with jobs, economic growth, the environment, and cooperation in fighting crime and terrorism. We must break out of the tired debate on institutions and constitutions. Let us focus on those areas in which the EU can add value to people's quality of life and living standards.

I wish you all good luck.

(Applause)

3-031

Poul Nyrup Rasmussen (PSE). – Mr President, Chancellor, I fully agree with what the Chairman of my Group, Mr Schulz, said about the financial perspective. I sincerely hope, Chancellor, that with your negotiating skills you will show the necessary flexibility in the forthcoming negotiations with Parliament.

The Chairman of my Group also underlined, as you did, how important it is for this spring Presidency to promote more growth and more jobs. I noted that you said that a possible perspective might be 3% growth and 1% reduction in unemployment in the coming years. This is a marvellous perspective and one that I endorse, but we need to use the right tools to achieve this target. Let us do it, but let us use the right tools to achieve it.

I sent you a proposal a few days ago on a new growth strategy which the Socialist Group and the party share. Mr Schulz and I were in London just a day before Hampton Court, and there the Socialist leaders, presidents and prime ministers decided unanimously to bring before the European Union a new common growth strategy, recognising that we cannot achieve it merely by means of a European Union directive – we do not have the necessary competences. But we can do it together in a freely decided intergovernmental decision at the forthcoming spring Council meeting.

I sincerely hope that you share this vision brought to you by the Socialist governments of Europe and that you will bring the forces on the other side together, whether they be grey or of any other colour. It is the results that count, as you said. This growth strategy has shown that if we boost growth as a combination of reforms and guided demand on intelligent investment in education, in active labour market policy, in child care, in research, in small and medium-sized firms, then we can do it. But what we need are common decisions at the spring Council and guarded and guided decisions over the next three to four years.

I asked Commission President Barroso a couple of weeks ago whether we can do it. Could we make a new deal as a new start for the spring summit? I got the impression, Mr Barroso, that you said 'let us give it a try'. You have the opportunity, and if you do it, not only will the people of Europe hear the sound of Europe, but we will hear the voice of the people and then they will begin to listen to us. And then they will be ready to discuss a new treaty for Europe. Is that not worthwhile? I think it is.

3-032

Silvana Koch-Mehrin (ALDE). – Herr Präsident, Herr Ratspräsident! In den kommenden sechs Monaten haben Sie viele wichtige Aufgaben vor sich. Sie haben diese Aufgaben aufgezählt und sie betreffen vor allem unser tägliches Arbeiten hier. Ich glaube aber, Sie haben eine noch viel fundamentalere Aufgabe anzugehen, nämlich die europäische Identität wiederzuentdecken. Denn wenn diese gemeinsame Identität nicht sichtbar ist, kommt sofort die Frage: Woraus bezieht die Europäische Union eigentlich ihre Berechtigung? Sie müssen Antworten suchen auf die Frage: Lohnt sich Europa für mich als einzelne Bürgerin, als einzelnen Bürger? Lohnt es sich politisch, lohnt es sich finanziell? Wie ist Europa eigentlich in meinem täglichen Leben sichtbar? Wo kann ich festmachen, dass ich ein Europäer bin?

Deshalb: Führen Sie eine offene Diskussion! Lassen Sie Kontroversen zu, denn ich bin überzeugt, diejenigen, die Kritik nicht zulassen, sondern sie ignorieren, schaden Europa mehr als ihre Kritiker.

Haben Sie aber auch Mut zu ungewöhnlichen Aktionen. Ich muss sagen, ich finde Ihre Kunstaktivitäten sehr gut. Sie sind schließlich der Chef von *Felix Austria*. Sie sind ein Mannschaftsspieler. Sie sind gewohnt, mit harten Bandagen zu spielen 50 % Ihrer Minister sind schließlich Frauen. Deswegen, versprühen Sie das europäische Lebensgefühl! Das wäre ein Erfolg.

(Beifall)

3-033

PRZEWODNICZY: J. SARYUSZ-WOLSKI

Wiceprzewodniczący

3-034

Sepp Kussstatscher (Verts/ALE). – Herr Präsident, sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Drei ganz konkrete Anliegen möchte ich der derzeitigen Ratspräsidentschaft besonders ans Herz legen:

Erstens – Minderheitenschutz: Wir Südtiroler wurden von Wien aus immer mit viel Verständnis unterstützt. Gleich großzügig möge Österreich zu den Minderheiten im eigenen Lande sein, z.B. den Kärntner Slowenen gegenüber. Was sich zurzeit im Kärntner Ortstafelstreit abspielt, ist grotesk.

Zweitens – Ratifizierung des Verkehrsprotokolls der Alpenkonvention: Wenn nicht Österreich dieses alte Anliegen der Alpenländer unter Dach und Fach bringt, wer dann?

Drittens – Verhinderung des Brenner-Basistunnels: Eine Hochgeschwindigkeitsbahn durch die Alpen zu bauen, ist aus vielen Gründen sehr bedenklich: Mischverkehr auf der alten und auf der neu geplanten Strecke; eine Hochgeschwindigkeitsbahn für den Personenverkehr durch so viele und so lange Tunnels; der Güterverkehr auf der Alpenbahn eine Zumutung für die Anrainer; der voreilige Bau eines Brenner-Basistunnels selbst ohne gleichzeitige Realisierung der Zulaufstrecken. Dieses neue Großprojekt wäre noch unrentabler als der Eurotunnel unter dem Ärmelkanal.

3-035

Tobias Pflüger (GUE/NGL). – Herr Präsident! Zuerst einmal begrüße ich den Wechsel zum österreichischen Vorsitz. Vielleicht gibt es ja endlich konkrete Politik und nicht nur all die Luftblasen, wie wir sie unter dem britischen Vorsitz hatten. Doch Ihr Programm für die EU-Präsidentschaft, Herr Schüssel, ist insbesondere im Bereich der Außen- und Militärpolitik erschreckend. Auf der einen Seite heißt es, über das weitere Vorgehen beim EU-Verfassungsvertrag müsse offen diskutiert werden. Gut, aber der bisherige Verfassungsvertrag ist tot. Es fehlt im Grunde genommen nur noch der Termin für die Beerdigung. Andererseits setzt man die Teile des Verfassungsvertrages schon um, die man für den Bereich der Militärpolitik braucht, und zwar einfach so, ohne Ratifizierung. Genau dieses Programm für den Bereich der Militärpolitik ist insbesondere für einen neutralen Staat problematisch. Zwei Beispiele: Es sollen Anstrengungen unternommen werden, damit der Gefechtsverband schon ab dem 1. Januar 2007 einsatzfähig ist. Und ein besonderer Schwerpunkt soll auf die so genannte Europäische Verteidigungsagentur gesetzt werden.

Herr Schüssel, geben Sie der EU kein Militärgesicht. Geben Sie der EU ein ziviles Gesicht!

3-036

Γεώργιος Καρατζαφέρης (IND/DEM). – Κύριε Καγκελάριε, η συνταγή για να πετύχετε είναι πάρα πολύ απλή: πάρτε μια μεγάλη φωτογραφία του Μπλερ, βάλτε τη απέναντι στο γραφείο σας και γράψτε από κάτω "να μην του μοιάσω"! Είναι σίγουρο ότι θα πετύχετε.

Η άλλη συνταγή είναι να μην είστε υποχωρητικός. Σ' αυτό που πιστεύετε να επιμένετε. Η υποχωρητικότητα της 3ης Οκτωβρίου 2005 έχει χαραχτεί στη μνήμη μας.

Ένα άλλο θέμα είναι να περιορίσετε τον έλεγχο των αμερικανών στην περιοχή καθώς και τη δουλειά της CIA. Να προσέξετε να μην σας παρασύρουν σε νέες περιπέτειες στη Μέση Ανατολή και βεβαίως μην προσπαθήσετε να νεκραναστήσετε το Σύνταγμα. Ο νεκρός είναι παρελθόν. Δεν μπορεί να είναι το όραμα για τους λαούς της Ευρώπης.

Από την άλλη πλευρά, κοιτάξτε να αλλάξετε τους δείχτες του Μάαστριχτ γιατί δεν μπορούν να τους παρακολουθήσουν οι αναπτυσσόμενες χώρες της Ευρώπης. Όχι στο σκληρό ευρώ που απαγορεύει την ανάπτυξη της βιομηχανίας και όχι βεβαίως στα υψηλά επιτόκια που ρημάζουν τα νοικοκυριά.

Και κάτι ακόμη, όταν το 1945 κάνατε αίτηση να μπειτε στον ΟΗΕ ως Γερμανική Δημοκρατία της Αυστρίας, σας είπαν όχι "Γερμανική". Τώρα και εμείς λέμε όχι "Μακεδονία" στη ΠΓΔΜ !

3-037

Guntars Krasts (UEN). – Šodien Eiropas Savienība atrodas tik būtisku iekšējo un ārējo izaicinājumu priekšā, ka prezidējošai valstij nepietiek tikai ar iesākto darbu turpināšanu.

Vai piedāvātais prezidentūras darba plāns atspoguļo Eiropas Savienībai būtiskus uzdevumus? Manuprāt, prezidentūra pietiekami precīzi iezīmē tās problēmas, bez kuru atrisināšanas ir grūti iedomāties tālāku Eiropas Savienības sekmīgu attīstību.

Ir jārod skaidras atbildes uz principiāliem jautājumiem par Eiropas Savienības paplašināšanās robežām un integrācijas dziļumu. Tas ļautu atgriezties pie Konstitūcijas debatēm jau citā savstarpējās izpratnes līmenī.

Lisabonas stratēģijas īstenošanai ir pēdējais laiks ikdienas aktivitāšu intensitāti pieskaņot tās izpildes laika termiņiem. Izšķiršanās par pakalpojumu sektora liberizāciju atvērtu ne vien jaunus ekonomiskās aktivitātes avotus Eiropas Savienības tirgus ietvaros, bet būtu arī nozīmīgākais atbalsts mazā un vidējā biznesa attīstībai, ko Eiropas Savienība spēj sniegt.

Arī stratēģiskie lēmumi energoapgādes drošības jomā ir neatliekams uzdevums, lai jau šodien ievirzītu biznesa pētniecības un infrastruktūras izveides aktivitātes stratēģiskā gultnē. Tādēļ prezidējošai valstij šobrīd nevajadzētu kavēties ar principiālu problēmu uzstādījumu, liekot dalībvalstīm meklēt to risinājumus jau šīs prezidentūras laikā.

3-038

Sergej Kozlík (NI). – Mám priestor len pre kratučký štandardný odkaz. Dnes napoludnie Európsky parlament zamietne pozíciu Rady k dlhodobému finančnému výhľadu na roky 2007 - 2013. Parlament zároveň vydá signál o ochote rokovat' v rámci rakúskeho predsedníctva o finančnom výhľade s cieľom dosiahnuť dohodu. To môže vytvorit' predpoklady pre schválenie tohto rozpočtu v pléne Parlamentu na konci marca.

Polovica funkčného obdobia rakúskeho predsedníctva bude teda poznamenaná hľadaním rozpočtovej dohody, pokiaľ nemá vzniknúť krízový stav v rámci inštitúcií Európskej únie. Práve doriešenie rozpočtového výhľadu a premietnutie aspoň časti námetov Európskeho parlamentu môže napomôcť aj k dosiahnutiu parciálnych cieľov rakúskeho predsedníctva. Môže však napomôcť aj k naplneniu očakávaní občanov Európskej únie v oblastiach, ako sú vzdelávanie, tvorba pracovných miest, flexibilita pracovnej sily, či politika súdržnosti.

3-039

Jaime Mayor Oreja (PPE-DE). – Señor Presidente, señor Canciller, seis meses, sin duda, no es un período suficiente para que se le pueda exigir al señor Canciller la resolución de la actual crisis europea al final de su mandato.

Sin embargo, seis meses pueden ser suficientes para marcar la dirección adecuada en ese esfuerzo de cambio y rectificación que exige la Unión Europea. Por eso, voy a trasladarle simplemente dos urgencias que, en mi opinión, tiene la Unión Europea.

En primer lugar, después de escucharnos a todos, ya ve usted, señor Canciller, que la Unión Europea no tiene un problema de palabras, pues casi todos pedimos lo mismo: más Europa y la incorporación de los problemas reales al funcionamiento de la Unión Europea.

El problema no es un problema de palabras, sino de actitudes. Cada institución tiene que rectificar su actitud muchas veces al abordar las cuestiones que afectan a los europeos. El día en que en el Parlamento Europeo no examinemos lo que hace el Presidente del Consejo Europeo sino lo que hacen los Presidentes de Gobierno en los Consejos que no presiden, estaremos

incidiendo, sin duda, en uno de los problemas que tiene la Unión Europea, que es la falta de tenacidad, la falta de una tarea permanente por parte de todos los Gobiernos, aunque no presidan el Consejo Europeo.

En segundo lugar, señor Canciller, en unos años, los europeos van a tener que identificar y reconocer el papel político de la Unión Europea ante los grandes problemas que tenemos: la energía, la inmigración, el terrorismo, el crecimiento y el empleo.

Los europeos hoy no saben qué hace la Unión Europea en ninguno de estos temas; no valoran, ni critican, ni enjuician, porque no saben qué hace la Unión Europea en estas materias. Hace falta una tarea política para dar a conocer lo que hacen la Unión Europea y sus instituciones en estas materias. Ésta es, señor Canciller, la segunda gran urgencia que tiene la Unión.

3-040

Maria Berger (PSE). – Herr Präsident, sehr geehrter Herr Ratsvorsitzender, sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Für die Ausgestaltung Ihrer Präsidentschaft haben Sie sich aus Anlass des Jubiläumsjahres Mozart ein wenig zum Vorbild genommen. Einige Kollegen haben das auch aufgegriffen. Bei aller Liebe zu Mozart wäre uns doch ein anderer Österreicher und Europäer, dessen Geburtstag wir dieses Jahr feiern, wahrscheinlich bei der Therapie für die Krankheiten Europas hilfreicher. Ich denke hier an Sigmund Freud, der sich unter anderem mit Minderwertigkeitskomplexen, Frustrationen und Narzissmus beschäftigt hat; das scheinen mir Krankheitsbilder zu sein, an denen auch die europäische Seele leidet. Minderwertigkeitskomplexe haben wir viele. Sie haben selbst vom europäischen Lebensmodell gesprochen. Es ist vor allem ein soziales Lebensmodell, das wir exportieren sollten. Wir sollten nicht neoliberale Modelle von anderswo nach Europa importieren.

Ich appelliere daher an Sie, Herr Ratsvorsitzender: Suchen Sie den musikalischen, aber nicht den politischen Gleichklang mit Condoleezza Rice und der Regierung Bush. Vertreten Sie Europa selbstbewusst in der Welt. Frustrationen – das wissen wir von Freud – entstehen aus enttäuschten Erwartungen. Diese liefert die Union allzu häufig. Wir versprechen zum Beispiel dreißig prioritäre Verkehrsprojekte, und dann wird eine Finanzielle Vorschau beschlossen, die die Finanzierung dieser Projekte sowohl aus europäischen als auch aus nationalen Geldern unmöglich macht. Auch in Österreich selbst hat Ihr Vizekanzler schon ein Projekt, das mir besonders am Herzen liegt, nämlich die Bahnverbindung von Prag nach Linz, für tot erklärt.

All das hat meiner Meinung nach noch mit einem weiteren Phänomen zu tun, das wir insbesondere im Europäischen Rat häufig antreffen, nämlich Narzissmus und übertriebene Egozentrik, die immer wieder dafür sorgen, dass wir mit diesem Europa nicht weiterkommen.

3-041

Anne E. Jensen (ALDE). – Hr. formand. Hr. kansler! Hr. kommissionsformand! Vi afviser budgetaftalen fra december, fordi den slet ikke opfylder målene om et mere dynamisk og konkurrencedygtigt EU, og fordi den ikke sikrer et EU med en stærkere rolle på den internationale scene. Både De, hr. Barroso, og De, hr. Schüssel, har gode råd til, hvad vi i Europa-Parlamentet skal bede om og ikke bede om i budgetforhandlingerne. Men vi vil først og fremmest gerne have en større og mere fleksibel ramme, og begge de herrer har jo vist i dag, at vi får brug for en sådan ramme.

Hr. Schüssel! De har ret i, at det er på tide med et opgør med den mere ideologisk betingede modstand mod en EU-skat, for det er klart, at efter udvidelsen står vi i en ny situation. Ikke blot er der langt flere lande omkring bordet, men vi har større forskelle i velstand. Vi må finde en erstatning for den nuværende finansiering med bidrag fra statskasserne. Hvert land lægger alt for stor vægt på nettobidraget frem for at se på helheden. Det skal vi tage et opgør med. Det er jeg enig i.

3-042

Patrick Louis (IND/DEM). – Monsieur le Président, Monsieur le Chancelier, dans la *Süddeutsche Zeitung* vous avez donné une information essentielle: vous avez rappelé qu'il ne fallait pas que le Cour de justice, par ses décisions, opère un transfert de compétences au profit de la Commission et ceci en dehors du cadre des traités. Nous vous félicitons pour votre lucidité.

Effectivement, la jurisprudence marquée par l'arrêt "Marks & Spencer" du 13 décembre 2005 montre que la Cour de justice a une interprétation téléologique des traités qui l'amène à outrepasser ses droits. Nous souhaitons que notre Assemblée, à la suite de votre Présidence, redéfinisse le rôle de la Cour de justice et limite les effets de ses décisions.

Monsieur le Chancelier, si vous voulez réconcilier les peuples et l'Europe, n'ayez qu'un objectif: utilisez votre autorité pour rendre le pouvoir aux peuples souverains!

3-043

Jana Bobošíková (NI). – Pane předsedo, od vašeho předsednictví očekávám posun v jednání o Evropské ústavě. Očekávám, že konečně najdete odvahu říci občanům nahlas, že text, který politici vnucují, je nesrozumitelný, nespravedlivý a hlavně vůbec neřeší krizi současné Evropské unie. Rakousko má totiž k takovému prohlášení základní předpoklad. Cestou pokusu o evropskou integraci si už prošlo. Před necelými sto lety bylo Rakousko–Uhersko unikátním

soustátím se společnými ministerstvy zahraničí, války, financí a Nejvyšším účetním dvorem. Skládalo se z jednadvaceti evropských zemí, občané hovořili mnoha jazyky. Existovalo ale jen jednapadesát let. A proč zaniklo? Nikdo neměl odvahu řešit problémy, které s sebou takové soužití nutně nese. Politici se domnívali, že problémy tzv. vysedí, že prostě zmizí samy. Důsledky známe. Proto doufám, vážený pane předsedo, že Rakousko nepůjde ve šlépějích svých předků, ale navrhne přepsání Evropské ústavy tak, aby byla praktická, krátká, srozumitelná a pro všechny spravedlivá.

3-044

Antonio Tajani (PPE-DE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la Presidenza austriaca inizia in un momento non facile per l'Europa, anche se l'accordo sulle prospettive finanziarie può rappresentare l'avvio di una nuova fase. L'Unione si trova, infatti, di fronte a un forte attacco interno e a uno altrettanto pericoloso che viene dall'esterno.

A portare l'attacco interno sono coloro che non credono, o non credono più, al ruolo fondamentale che può e deve svolgere l'Europa; cavalcano una crisi di credibilità che ha allontanato troppi cittadini da istituzioni che considerano lontane e governate da una burocrazia onnipotente e incapace. Gli europei vogliono un'Unione politica capace di risolvere i loro problemi, ai quali Stati ed enti locali non sono in grado di fornire risposte.

Ecco perché dobbiamo lavorare per un'Europa più politica, protesa a curare gli interessi della gente. Serve un impegno forte per la crescita economica, che genera occupazione; servono aiuti alle piccole e medie imprese – come ha detto lei – nonché una riforma del bilancio e un'azione per affrontare l'importante questione dell'immigrazione. C'è inoltre bisogno di una Costituzione che permetta di raggiungere questi obiettivi, semplifichi l'iter legislativo e garantisca la continuità di un'azione politica.

Siamo convinti che nei prossimi sei mesi potremo compiere passi avanti in questa direzione, guardando con fiducia al 2007 allorché, nella felice coincidenza tra Presidenza tedesca e Cinquantenario della firma dei Trattati comunitari, si potranno adottare scelte positive per il futuro dell'Europa. La Costituzione non è morta: la sua entrata in vigore è un obiettivo fondamentale da perseguire.

L'attacco esterno è quello rappresentato dal terrorismo: dobbiamo difenderci rafforzando la cooperazione interna, mediante iniziative giudiziarie e di polizia ma soprattutto mediante un'azione politica che veda l'Unione protagonista di pace in Medio Oriente. La lotta al terrorismo si combatte soprattutto in quella parte del mondo. La garanzia di sicurezza per Israele e la nascita di uno Stato palestinese sono la chiave per il trionfo della libertà e della pace sulla violenza e il fondamentalismo.

Signor Cancelliere, Forza Italia, con il Partito popolare europeo, condivide le proposte della Presidenza austriaca per rilanciare il ruolo dell'Europa e per riavvicinare le istituzioni dell'Unione ai cittadini. Potrà contare sul nostro aiuto. Buon lavoro, signor Wolfgang Schüssel.

3-045

Ralf Walter (PSE). – Meine Herren Präsidenten, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Bundeskanzler, wir stehen vor den Beratungen über die Finanzielle Vorausschau. Sie haben anfangs gesagt, dass Sie den jährlichen Haushalt von zu Hause kennen. Den haben wir auf europäischer Ebene auch. Wir bemühen uns nur, im Rahmen einer freiwilligen interinstitutionellen Vereinbarung zwischen Parlament und Rat, für einen Zeitraum von sieben Jahren gemeinsame Regeln festzulegen, was sowohl den Umfang der Mittel als auch den Umgang mit diesen Mitteln angeht. Da es sich um eine freiwillige Vereinbarung zwischen zwei Institutionen handelt, ist es nicht verwunderlich, dass eine der beiden Institutionen nicht bereit ist, ein Ergebnis, das auf einem Ratsgipfel beschlossen wird, einfach zu akzeptieren und zu übernehmen nach dem Motto: So weit konnten wir gehen, mehr gibt es nicht! Das wäre das Ende! Jedes Parlament, das sich darauf einlassen würde, würde eines seiner Grundrechte in Zweifel ziehen und seinen entsprechenden Notwendigkeiten und Aufgaben nicht gerecht werden.

Wir wollen Ihr Ergebnis genau unter die Lupe nehmen. Wir haben den Haushalt 2006 gerade vor wenigen Wochen verabschiedet. Er umfasst 1,09 % des Bruttosozialprodukts. Sie haben im Rat gesagt, dass wir in Zukunft mit 1,045 % – also erheblich weniger – auskommen. Gleichzeitig haben wir aber große Aufgaben vor uns, die gemeistert werden müssen. Diese können dann aber entweder nicht ausreichend finanziert werden – und wir müssten die Menschen entsprechend enttäuschen –, oder aber wir müssen uns Gedanken darüber machen, wie wir Flexibilitäten erhalten können, damit wir unsere Zusagen erfüllen können. Ihre Vorgehensweise – nämlich die Zahl abzusenken – bedeutet, dass wir Entscheidungen treffen müssen: In welchen Bereichen wollen Sie denn tatsächlich kürzen? Bei der Terrorbekämpfung? Ich habe gehört, Europol soll verstärkt werden. Bei der Luftverkehrssicherheit, für die wir eine Agentur einrichten? Ich glaube, daran dürfen wir doch nicht sparen. Beim Austausch von Schülern, Studenten und Auszubildenden, die in andere europäische Staaten fahren, um ihre eigenen Fähigkeiten zu entwickeln, um europäisch arbeiten und künftig wettbewerbsfähig sein zu können? Dieser Austausch ist aber doch notwendig!

Forschung, haben Sie gesagt, soll national gemacht werden. Satellitennavigation, Großlaser, Neutronenquellen, Genombanken – alles nur national? Ich glaube, damit kommen wir nicht weiter. Wir haben uns sehr viel Arbeit gemacht, um hier einen guten Vorschlag auf den Tisch zu legen. Wir werden mit Ihnen vertrauensvoll und seriös über das, was machbar ist,

verhandeln. Ich denke aber, wir sollten uns insgesamt als Europäer einmal vor Augen führen, was uns dieses Europa tatsächlich wert ist. Werfen wir jetzt nicht mit Milliarden um uns! Ich habe es für unsere deutschen Kolleginnen und Kollegen – meine Mitbürger – ausgerechnet: Jeder deutsche Mitbürger muss nach unserem Vorschlag in Zukunft 10 Euro pro Monat aufwenden, damit all dies funktioniert. Wer da nach draußen geht und sagt, die im Europäischen Parlament sind völlig irrational oder schießen über das Ziel hinaus, der weiß wirklich nicht, was Europa wert ist.

3-046

Lena Ek (ALDE). – Herr talman! Herr Barroso, herr Schüssel! "Det krävs ett helt nytt sätt att tänka för att lösa de problem vi har skapat med det gamla sättet att tänka", sa Albert Einstein, som vi ju har varit inne på förut. Jag har därför några konkreta frågor. Vad konkret tänker ordförandeskapet göra för de små och medelstora företagen? Ni säger att ni tänker skapa arbete genom energipolitiken. Kan ni förklara hur? Tänker ni stödja frivilliga eller obligatoriska mål när det gäller alternativ energi och biomassa? Det är också en mycket viktig fråga.

Det är som bekant lättare att slåss för sina principer än att leva upp till dem. Ni talar mycket om miljö och konsumentmakt. Jag vill därför fråga när det gäller kemikaliedirektivet: kommer ni att slåss för att de allra farligaste kemikalierna ska kunna bytas ut, och förbättra den rådsöverenskommelse som togs i december? Kommer ni att lägga till rätten för konsumenten att veta vilka farliga kemikalier produkten innehåller?

Slutligen skulle jag vilja tacka för ett mycket bra möte i Wien förra veckan och önska er lycka till med ordförandeskapet.

3-047

Françoise Grossetête (PPE-DE). – Monsieur le Président, c'est avec une grande attention que je vous ai écouté, Monsieur le Chancelier, et, en ce début d'année, je formule à votre égard des vœux de succès.

La Présidence britannique a été celle des beaux discours. Votre Présidence devra être celle du concret. Il faut de l'humilité dans les propositions et de l'efficacité dans l'action. Ce que les Européens attendent de vous, ce ne sont plus les grandes envolées lyriques, les promesses jamais tenues, mais bien du concret pour la vie quotidienne.

J'approuve votre volonté de restaurer la confiance des citoyens, mais permettez-moi d'être encore sceptique. Je ne prendrai qu'un exemple, qui me tient particulièrement à cœur, celui des médicaments pédiatriques. Aujourd'hui, nos enfants disposent de très peu de médicaments conçus spécialement pour eux. Sur ce dossier, nous pouvons conclure dans les meilleurs délais. Notre Parlement s'est prononcé en première lecture et le Conseil a donné son accord politique, mais la position commune semble retardée pour des raisons injustifiées. J'attends, Monsieur le Chancelier, votre engagement personnel, ici, devant nous, pour faire de ce texte une priorité afin de le voir aboutir sous votre Présidence. Or, je m'inquiète car je n'ai pas vu dans votre programme une seule ligne sur ce dossier, ô combien important, pour nos enfants d'Europe et qui montre à tous la valeur ajoutée de l'Europe. J'attends votre soutien et vous pourrez alors compter en retour sur ma détermination.

Monsieur le Chancelier, la tâche sera rude pour restaurer la confiance du Parlement européen envers le Conseil car l'Europe ne peut pas survivre sans un véritable budget. Il y a tant à faire, à construire, à développer et à apporter à chaque citoyen. Or, avec ce que propose le Conseil, avec ce mauvais accord du Conseil sur les perspectives financières, nous pouvons pour ainsi dire cesser immédiatement nos activités parlementaires, fermer la boutique, partir en vacances. Soyez vraiment conscient de cela!

Monsieur le Chancelier, je vous souhaite bon courage et bonne chance!

3-048

Csaba Sándor Tabajdi (PSE). – Tisztelt Elnök Úr! Ami a 2007-2013-as költségvetést illeti, kérem, tegyen meg mindent mint a szomszédos állam kancellárja, hogy legyen meg az intézményközi megállapodás, mert az új tagállamoknak nincs vesztegetni való idejük. Mi el fogjuk veszíteni támogatásunk kétharmadát, ha nincs meg a hétéves költségvetési terv, és amennyiben tovább késlekedik ez a terv, nem tudunk fölkészülni a kohéziós és strukturális nagy projektekre.

Nagyon fontosnak tartjuk, hogy legyen egy jobb költségvetés, de szeretnénk megőrizni mindazt a pozitívumot, amit decemberben az új tagállamok a strukturális és kohéziós alapok felhasználásánál komoly lehetőségként kaptak.

Ami az Alkotmányt illeti, ez volt az első bővítés, amikor a mélyítés nem előzte meg a bővítést. A mélyítéshez elengedhetetlen az Alkotmány, és ebben számíthat Magyarországra; két állam nem blokkolhat 23 másikat.

Ami pedig az Unió versenyképességét illeti, elengedhetetlen a szolgáltatási irányelv és a munkaerő szabad áramlásának szabaddá tétele. Írországban nemhogy nőtt volna a munkanélküliség, hanem csökkent, miután ezt szabaddá tették.

Végezetül mint magyar nagyon örülök, hogy ön a Balkánnal foglalkozik, mert van egy nagy veszély: hogyha nem az Európai Unió rendezi Montenegró és Koszovó státuszát, akkor instabilitás lesz a Nyugat-Balkánon, hiszen az amerikaiak

nem értenek a kisebbségi kérdésekhez. Ugyanakkor szeretném megismételni mint a kisebbségi intergroup elnöke azt, amit Hannes Swoboda is elmondott, várom elnök úr válaszát az ausztriai szlovének ügyében.

3-049

Andrew Duff (ALDE). – President-in-Office, President Chirac says he would like piecemeal reform. Mr Sarkozy says he wants a concentrated constitution and a core group of the six larger Member States. Mrs Merkel says she would like a social protocol. Mr Juncker and Mr Verhofstadt want a renegotiation of the treaty. Mr Bot says that the project is finished. Prime Minister Blair maintains a profound silence on the whole question. Which of your colleagues can be right?

(Applause)

3-050

João de Deus Pinheiro (PPE-DE). – Senhor Presidente, Senhor Presidente do Conselho, Senhor Presidente da Comissão, basicamente estamos sempre de acordo com as grandes orientações, e, como tenho só dois minutos, vou tocar em dois pontos que, do meu ponto de vista, necessitam de ser equacionados sem hipocrisias.

O primeiro chama-se segurança energética. Se olharmos para as fontes de onde vêm os nossos combustíveis fósseis, do Médio Oriente, da Venezuela, da Nigéria, da Argélia e por aí adiante, chegamos à conclusão que a vasta maioria das fontes tem uma grande instabilidade política, donde, por mais que equacionemos as nossas reservas, por mais que negociemos contratos a longo prazo, teremos uma ameaça permanente sobre o fornecimento de energia à Europa. É tempo de se equacionar com racionalidade a opção energética do nuclear porque, de outro modo, manteremos esse cutelo permanente sobre as nossas cabeças.

A segunda questão que referiu, Sr. Schüssel, foi a questão do crescimento, do emprego, da globalização e da Estratégia de Lisboa. Aqui também não podemos ser hipócritas. Não me lembro de nenhum projecto europeu que tenha vencido, que se tenha desenvolvido e que não tenha sido monitorado pela Comissão. É tempo de dizer que a estratégia, que tem sido seguida com base não numa proposta da Comissão mas num intergovernamentalismo, é estéril e não serve. Há que pedir à Comissão que se empenhe mais. A Comissão deverá monitorar e definir um *roadmap*. Foi assim que se fez com o mercado interno e com a moeda única.

Continuarmos com a ideia de que a intergovernamentalidade pode fazer medrar a Estratégia de Lisboa é um erro profundo. É por isso que não podemos mistificar os cidadãos e temos que dizer: dêem à Comissão o poder de que ela necessita para fazer funcionar a Estratégia de Lisboa.

3-051

Nicola Zingaretti (PSE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, esco confortato dall'ascolto del suo programma, in primo luogo per la chiarezza di una frase che lei ha voluto pronunciare all'inizio del suo intervento: "C'è bisogno di più Europa". Credo non si tratti di una frase banale, perché a mio avviso rappresenta il punto centrale di distinzione tra noi in questo momento.

C'è chi pensa che da questa fase di *empasse* si possa uscire solo con un salto in avanti nell'integrazione e nell'Europa politica, e chi si illude invece che si possano avere grandi progetti, grandi obiettivi riducendo le ambizioni, le risorse e le politiche europee. Questo è un inganno, un trucco che abbiamo già visto, di chi nasconde in realtà altri obiettivi e di chi negli Stati membri non vuole assumersi le proprie responsabilità.

L'altra parola significativa, signor Presidente, è la parola "coerenza": se vogliamo quell'Europa di cui lei ci ha parlato, abbiamo bisogno del suo aiuto. Ci aiuti, nelle prossime settimane, come Parlamento, a cambiare quelle prospettive finanziarie frutto di egoismi e di paure nazionali che invece ucciderebbero l'Europa. Ci aiuti affinché il processo costituzionale riparta, per puntare a una maggiore integrazione, per superare in fretta il trattato di Nizza e per far sì, nell'ambito delle possibilità offerte dai trattati, che si vada avanti comunque, con i paesi che intendono farlo, con le politiche indispensabili per l'Unione.

Parlo di coerenza perché questo è il concetto più difficile da garantire in questo momento. Ma è proprio l'incoerenza e i proclami ascoltati a volte anche in questo Parlamento, ai quali non seguono fatti, a essere oggi i principali responsabili del distacco tra l'Europa e le sue istituzioni e i cittadini europei.

3-052

PRESIDENCIA DEL SR. BORRELL FONTELLES

Presidente

3-053

Annemie Neyts-Uyttebroeck (ALDE). – Raadsvoorzitter, Commissievoorzitter, commissaris, collega's, Voorzitter van het Parlement, ik zou eerst en vooral een opmerking willen maken over dit debat, waar het toch heel treffend is, vind ik, dat de argumenten die gebruikt zijn ter extreem linkzijdige, ter extreem rechterzijdige en door de independentisten precies dezelfde zijn. Misschien moeten zij daar eens goed over nadenken.

Maar nu over uw voorzitterschapsprogramma, kanselier. Allereerst, evenals collega's van mijn fractie, wens ik u daar het allerbeste mee. Maar ik wil u vooral feliciteren en het beste wensen met de focus op de Balkan, die u vooral op de westelijke Balkan richt en u het allerbeste wensen met de conferentie in Salzburg. In deze tijden van zogeheten uitbreidingsmoeheid is dat een erg belangrijk signaal waarvoor ik u namens mijn fractie bijzonder erkentelijk ben.

3-054

Etelka Barsi-Pataky (PPE-DE). – Herr Präsident! Die meisten Kontinente benötigen für ihre Entwicklung einige Milliarden Jahre. Der „Kontinent“ Erste Bank begann 1997 mit 60 000 Kunden und ist heute auf 12,5 Millionen Menschen in Österreich, Tschechien, der Slowakei, Ungarn, Kroatien und Slowenien angewachsen. Das habe ich gerade in einer Anzeige gelesen.

3-055

Tisztelt Elnök Úr! Ausztria élt az újraegyesítés adta egyedülálló lehetőségekkel, és ehhez csak gratulálni lehet. Ugyanakkor Ausztria egyike azon tagállamoknak, akik a legjobban tudják, hogy mit kell még megtenni, mielőtt a bővítéssel továbblépünk, hogy a 2004-es bővítés eredményes legyen, hogy az esélyek közelítsenek és a különbségek csökkenjenek.

Gazdasági növekedés, több munkahely – ez a márciusi elnökség témája. Ennek érdekében azt várjuk az osztrák elnökségtől, hogy tegyen azért, hogy az indokolatlan vagy mesterségesen szított félelmek ne osszák meg Európát. Legyen szó a személyek vagy szolgáltatások szabad áramlásáról. Éppen ellenkezőleg, akadályoktól mentes közös piacra van szükségünk.

A 2004-ben csatlakozott országokban teljességgel hiányzik egy erős, közép- és kisvállalkozói réteg. Azt várjuk az osztrák elnökségtől, hogy a nemzeti kormányokkal együtt úgy kezdeményezzen, hogy a legtöbb munkahelyet teremtő KKV-k ezekben az országokban is talajt fogjanak és megerősödjenek. Legyen szó szabályozásról vagy versenyképességi keretprogramról.

Azt várjuk az osztrák elnökségtől, hogy a Parlamenttel együtt számszerűen is javítsunk a hétéves keret költségvetésen. De rögtön utána könnyítsük meg az elérhető pénzek felhasználását! Iktassunk végre ki olyan akadályokat, amelyek akár időben, akár mesterséges túlkorlátozással megnehezítik az amúgy is nehéz felhasználást! A cél nem év végén a visszafizetés, hanem a felhasználás. Rugalmasabb költségvetésre van szükségünk. Kancellár Úr, üdvözljük az osztrák elnökséget és számítunk önre.

3-056

Bernard Poignant (PSE). – Monsieur le Président, j'aurais pu être autrichien puisque venant d'une région - la Bretagne - où, au quinzième siècle, la fille du duc a été mariée à Maximilien d'Autriche, mariage qui n'a pas été consommé, mariage qui a été rompu, ce qui fait de moi un Français de la seizième génération.

J'utilise ce rappel historique pour capter votre attention, Monsieur le Président, et en faire un petit argument de conviction sur le budget. D'abord, méfiez-vous de ce Parlement, c'est un parlement en construction, donc quelquefois, il se rebelle: Buttiglione n'a pas avalé la couleuvre! Les dockers: on veut nous resservir le même plat, on ne va pas le manger et on va voter en majorité simple! Méfiez-vous de ce Parlement - méfiance n'est pas le bon mot - mais il peut réagir, il peut se rebeller.

Alors il faut lui donner un peu d'argent, un peu plus... Et je vais vous indiquer une rubrique où je préférerais qu'il y ait un peu plus d'argent: la citoyenneté, la jeunesse, l'éducation et la culture. Mettez-y un peu plus!

Pourquoi? Parce qu'étant français, je suis très marqué par ce qui s'est passé dans mon pays le 29 mai. Pour moi c'est une date historique. Elle n'est pas banale et les débats auxquels j'ai participé ont été parfois cruels: le marché, très bien, la monnaie, très bien, mais mettez sur cette rubrique un peu plus de moyens! Pour la conscience européenne. Car l'histoire est réversible. Tout traité fait peut se défaire.

(Applaudissements)

3-057

Bronisław Geremek (ALDE). – Panie Przewodniczący! U progu prezydencji austriackiej chciałbym życzyć panu Kanclerzowi Schuesselowi bardzo wielu sukcesów. Pragnąłbym, aby wśród tych sukcesów znalazła się także wspólna polityka zagraniczna Unii Europejskiej.

Unia staje teraz wobec kwestii, w których sprawa demokracji, praw człowieka i pokoju są w centrum uwagi. To jest sprawa Iranu, to jest sprawa Rosji, to jest sprawa Chin. We wszystkich tych trzech sprawach głos Europy powinien być jednolity i wspólny, i nie tylko przez to, że treść jego taka była, stwierdzająca etyczny wymiar europejskiej polityki zagranicznej, ale także, aby instrumenty były zastosowane, mimo, że jeszcze nie ma traktatu konstytucyjnego.

Unia Europejska ma dwa państwa, które są stałymi członkami Rady Bezpieczeństwa. Unia Europejska ma cztery państwa, które są członkami grupy G8. Jedno z tych państw powinno mieć prawo występowania w imieniu Unii Europejskiej i być głosem Unii Europejskiej. Tego panu, Panie Kanclerzu życzę.

3-058

Gunnar Hökmark (PPE-DE). – Herr talman! Till rådets ordförande och kommissionens ordförande vill jag säga följande: låt oss sluta tala om Lissabonprocessen som en process i sig själv. Låt oss i stället tala om vad vi har gjort och vad vi ska göra för att förverkliga dess krav och dess syften, nämligen att uppnå europeisk konkurrenskraft. Annars blir alla hänvisningar till Lissabonprocessen som ett alibi för det som inte görs. Låt oss tala om det som faktiskt ska göras.

Genomför tjänstedirektivet. Det är det mest konkreta vi kan göra för att stärka Europas konkurrenskraft. Se till att göra det så att det bygger på en respekt för mångfalden i Europa som tar tillvara varje lands konkurrenskraft. Det är inte bara den viktigaste åtgärden för att stärka europeisk konkurrenskraft, det är också det viktigaste vi kan göra för att förverkliga återföreningen av Europa och se till att alla Europas länder kan ha en tillväxt och mötas över gränserna.

Se till att långtidsbudgeten i förhandlingarna med parlamentet präglas av ytterligare prioritering av forskning och utveckling. Det är en av de enskilda åtgärder vi kan göra som allra mest bidrar till att Europa ska kunna bli ett ledande kunskapssamhälle.

Se till att Europa kan fungera samlat och med kraft i politiken gentemot Iran som idag är ett land som bedriver en politik som inte är acceptabel i det internationella världssamfundet eller i enlighet med de krav som måste ställas på varje land. Ett land som hotar att utplåna ett annat land, som dolt utvecklar kärnbränsleteknologi och som stöder terrorism måste mötas med en samlad och gemensam europeisk politik i allians med våra internationella partner.

Dessa uppgifter är i grunden europeiska uppgifter som visar varför europeiskt samarbete behövs. Det ligger ett stort ansvar på rådet och kommissionen att se till att politiken präglas av konkreta insatser för att genomföra detta.

3-059

Monika Beňová (PSE). – Kolegyne a kolegovia, keď sme pred takmer dvoma rokmi vstupovali do tohto cteného a váženého spolku, ktorým Európska únia bezpochyby je, predpokladali sme, že budeme rovnocennými a rovnakými členmi a že občania našich štátov budú rovnocennými občanmi, tak, ako to bolo v čase, keď vstupovalo do Európskej únie Rakúsko. Zdá sa však, že niektoré krajiny majú problém s uplatňovaním všetkých slobôd, na ktorých Európska únia vznikla.

Chcela by som požiadať pána Schüssela, ako aj pani komisárku Ferrero Waldner ako predstaviteľku Rakúska v Európskej komisii, aby práve počas rakúskeho predsedníctva došlo k náprave týchto nesmierne diskriminujúcich opatrení. Som poslankyňa zo Slovenska a som presvedčená, že občania Slovenskej republiky, pán kancelár, rovnako ako občania všetkých ostatných členských štátov, ktoré nedávno pristúpili do Únie, majú mať rovnaké práva, ako majú občania ostatných členských štátov EÚ.

3-060

Ria Oomen-Ruijten (PPE-DE). – Voorzitter, bondskanselier, u kunt er zeker van zijn dat wij na een voorzitterschap dat gekenmerkt werd door stilstand, des te hogere verwachtingen hebben van het Oostenrijks Raadsvoorzitterschap. Het is aan u, bondskanselier, bouwend op het in uw mandaatperiode uit te brengen verslag, om perspectieven te schetsen voor de toekomst van Europa.

Voorzitter, daarbij gaat het niet alleen om de Europese grondwet, zonder welke Europa overigens niet verder kan groeien. Het gaat ook om de toekomstige welvaart van Europa, om groei, om werkgelegenheid. De Raad moet prioriteiten stellen, zodat de Lissabon-strategie daadwerkelijk gestalte krijgt. Daardoor kan ook het concurrentievermogen worden versterkt en het Europese welvaartsmodel worden veiliggesteld. Het gaat om de toekomst van het Europese sociale model ook, waarover u, mijnheer Schüssel, terecht vanmorgen hebt gesproken.

Een half jaar geleden heeft premier Blair nogal uitgepakt met zijn voornemens om het Europees sociaal model te moderniseren. Een extra top is eraan gewijd, maar enig resultaat is uitgebleven. Er is geen antwoord gevonden op de uitdaging van de globalisering en ook zijn er geen maatregelen genomen om het Europees sociaal model nieuw te verankeren in een samenleving die verandert, een samenleving die verzilvert, een samenleving die ontgroent, een samenleving waar grenzen geen grenzen meer zijn.

Bondskanselier, laat uw voorzitterschap meer zijn dan mooie woorden. Laten we samen werken aan een nieuwe invulling van ons Europees sociaal model en laten we dan afrekenen met degenen die tegenstellingen creëren tussen de markt en het goed functioneren daarvan en de sociale politiek die zo essentieel is voor het welbevinden van onze burgers.

De sociaal georiënteerde markteconomie is zeker ook voor christen-democraten het fundament van een samenleving die bouwt op mensen. En ik geef toe dat in eigen kring, maar ook bij de socialisten, het vrijemarktdenken terrein wint en dat je

soms het gevoel krijgt dat je een roepende in de woestijn bent. Ik hoop dat dit voorzitterschap samen met de Commissie sociale zaken die daarover verslag uitbrengt, een betere verankering zal neerleggen. Ik dank u zeer voor uw coulantie, Voorzitter.

3-061

Josef Zieleniec (PPE-DE). – Pane předsedo, po úspěšném odvrácení finanční krize na prosincové Evropské radě stojíme před úkolem překonat krizi institucionální a položit Unii na takový základ, který umožní čelit výzvám globalizovaného světa. Velmi oceňuji, že Rakousko hodlá jako jednu ze svou priorit vrátit Evropskou ústavu zpátky do hry. Rád bych však v této souvislosti upozornil na úskalí, která skrývá směr, jimž ukazuje Komise a částečně pravděpodobně i tento Parlament. Vést další a další debatu o očekáváníích občanů a později připravit nový text, který by se snažil vyřešit jak nutnou reformu institucí, tak současně dát odpověď na všechny hospodářské, sociální či bezpečnostní problémy Evropy. Vydáme-li se na tuto cestu, budeme opakovat chybu, která byla u příčiny neúspěchu loňských referend, protože v odporu k Ústavě sjednotila všechny, kteří mají jakékoliv výhrady k politice uvnitř EU bez ohledu na jejich přístup k systémovému nastavení institucionálního rámce Unie. Tuto chybu jsme dopustili tím, že jsme k ratifikaci předložili Ústavu, která vedle pravidel fungování institucí obsahovala shrnutí všech společných politik.

Co dnes vzhledem k chystanému rozšíření i k postupující proměně mezinárodního pořádku potřebujeme, je oddělit ústavní rámec, tedy první a druhou část Ústavní smlouvy, od společných politik ve třetí části. První a druhá část Ústavy nebyla před referendy předmětem sporu, jejich uvedení v život prostřednictvím ratifikace nám na základě reformovaných pravidel pravomocí institucí umožní účinně hledat řešení pro nejpalčivější problémy, s nimiž se náš kontinent dnes potýká. Budeme-li chtít vyřešit všechno najednou, znovu nevyřešíme nic. Hlavním výsledkem rakouského předsednictví by tak měl být konkrétní plán, jak oddělit diskusi o reformě evropských institucí od všeobecné diskuse o všech dalších evropských problémech.

3-062

Marianne Thyssen (PPE-DE). – Voorzitter, geachte voorzitters van de drie instellingen, beste collega's, zoiets als een mirakelformule voor een succesvol voorzitterschap bestaat niet, maar ambitie en een constructieve samenwerking tussen de instellingen kunnen zeker helpen en op de steun van onze fractie kan u hiervoor alvast rekenen, dat hebt u wel gehoord.

Mijnheer de raadsvoorzitter, of uw voorzitterschap succesvol zal zijn geweest, kunnen we pas over zes maanden beoordelen, maar om u op de goede weg te helpen of te houden - want ik heb uw inleiding heel erg geapprecieerd - wil ik graag twee concrete aanbevelingen doen.

Eén: maakt er alstublieft werk van dat er een structurele oplossing komt voor het aanslepende dossier inzake de definitieve lijst van goederen en diensten die in aanmerking komen voor het optioneel verlaagd BTW-tarief. Er is genoeg getreuzeld, er moeten nu beslissingen komen.

De sectoren die de wortel van het verlaagd tarief werden voorgehouden - en ik denk dan vooral aan de horeca maar ook aan andere KMO-sectoren - blijven op hun honger. Zij die uit het al drie maal verlengde experiment voor arbeidsintensieve diensten komen, zitten in een onhoudbare rechtsonzekerheid. Ik geloof niet dat de Commissie blijvend manifeste inbreuken op de zesde BTW-richtlijn zal kunnen gedogen, dit dossier lijkt me daarom een prioritaire opdracht.

Twee: over de dienstenrichtlijn verneem ik met genoegen dat u openheid en bescherming wil combineren. Ook in dit huis schuwen we het harde werk niet om tot een breed gedragen positieve meerderheid te komen. Als u het origineel voorstel van de Commissie vergelijkt met het resultaat van het werk in de Commissie interne markt van dit Parlement, ziet u dat door amendering een andere aanpak mogelijk is. Als de Raad ons in deze verdergaande ambitie steunt, kan dit delicate dossiers onder uw voorzitterschap definitief een goede wending krijgen.

In deze twee, maar ook in de andere agendapunten, wens ik het Oostenrijks voorzitterschap in dienst van de Europese Unie, zoals u het zelf stelt, alle succes.

3-063

Jacek Emil Saryusz-Wolski (PPE-DE). – Monsieur le Président, Monsieur le Chancelier, permettez-moi d'adopter quelque peu le ton de M. Poignant et d'ajouter à cette liste mes propres souhaits budgétaires. Malheureusement, le budget est trop petit! Et votre pays, l'Autriche, est membre du club des six, du club des 1%, du "club des avarés" qui veut plus d'Europe avec moins d'argent. Mais en tant que Présidence, Monsieur le Chancelier, ajoutez de l'argent pour la politique de voisinage à l'Est et pour ce nouveau défi, qu'est la sécurité énergétique de l'Union européenne. Sinon, nous allons nous rebeller, comme l'a dit M. Poignant, contre les Conseils trop avarés.

3-064

The Austrian Presidency's intention to work for growth and jobs, competitiveness and the Lisbon Agenda is most laudable. Such objectives can be achieved only through the completion of the internal market. The best service we can render to Lisbon, growth and jobs is to open labour and services markets. Austria has explicitly recognised in its White Paper that the Services Directive is essential for completing the internal market and reinforcing European competitiveness.

Yet when it comes to taking concrete steps to achieve the declared objectives, the Presidency's pronouncements are much less reassuring.

Soon there will be an initial review of the transition period for introducing freedom of movement of workers. But Austria declared that it will use this opportunity to extend the transition period in the area of free movement of workers, and it takes the reductionist position on the free movement of services. Are Austria's declarations as Presidency consistent with its intentions as a Member State? On the one hand, the Presidency's declared objective is boldness in fighting for Europe's competitiveness, on the other, Vienna strives to stifle Europe's potential.

Enlargement was supposed to bring the European Union great benefits, increasing its competitiveness in global trade, largely through the influx of highly qualified, mobile and relatively cheap labour. Now, certain Member States, including Austria, regardless of the positive examples of Great Britain, Ireland and Sweden, want to forgo those crucial benefits, introducing transition periods immediately after enlargement.

3-065

Ursula Stenzel (PPE-DE). – Herr Präsident, verehrter, Herr Bundeskanzler, Herr Ratsvorsitzender, Herr Kommissionspräsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich bin eigentlich ganz froh über die Funktionsaufteilung in der Europäischen Union, nämlich dass Bundeskanzler Schüssel als Kanzler und Ratsvorsitzender fungiert und Herr Präsident Barroso als Kommissionsvorsitzender. Diese Form ist nützlich für die Europäische Union und auch für unser Land.

Der Einstand des Ratsvorsitzes Österreichs unter Bundeskanzler Schüssel deckt sich – und das ist ein zeitlicher Zufall – mit meinem Abschied vom Europäischen Parlament nach 10 Jahren, in denen ich die Delegation der Österreichischen Volkspartei führen durfte. 10 Jahre, in denen sich die Europäische Union dramatisch verändert hat, und wir uns mit ihr! Diese dramatischen Veränderungen sind in erster Linie die Erweiterung der Europäischen Union, für die ich in vielen Funktionen gearbeitet habe – eine Erweiterung, die diese Europäische Union, aber auch Österreich gestärkt hat. Dass wir von 15 auf 25 Mitglieder angewachsen sind, soll nach wie vor kein Grund zur Verunsicherung unserer Bevölkerung sein. Es ist nicht zu schnell gegangen. Es war die richtige Antwort zur richtigen Zeit nach dem Ende des Kalten Krieges, dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Neuanfang in Europa. Es bedarf natürlich auch eines weiteren Wachstumsprozesses. Was hier allerdings wichtig ist – und da begrüße ich, dass der Ratsvorsitzende darauf hingewiesen hat –, sind die Standards, die wir zu beachten haben, wenn wir neue Mitglieder in die Europäische Union aufnehmen. Wir müssen unsere Standards ernst nehmen, und dürfen sie nicht augenzwinkernd unterminieren und unterlaufen. Der Kampf gegen Korruption, um Rechtsstaatlichkeit, um eine korrekte, demokratische und transparente Verwaltung ist die Voraussetzung dafür, dass Europa wachsen kann. Die europäische Wirtschaft, die europäische Bevölkerung und die Europäische Union müssen institutionell und auch psychologisch absorptionsfähig sein. Dieses Kriterium haben wir bei den kommenden Erweiterungsschritten zu beachten, auch bei Rumänien und Bulgarien, wobei ich hoffe, dass beide Länder die Voraussetzungen zeitgerecht erfüllen können.

Der Ratsvorsitzende hat einige Elemente in seiner Rede genannt, die ich herausgreifen möchte. Erstens: Europa braucht starke Eigenmittel. Wenn es dir gelingt, lieber Wolfgang, einen neuen Denkanstoß in die europäische Diskussion zu bringen, damit Europa diese Eigenmitteldebatte endlich konkret führt, dann wäre dies ein großer Schritt. Im Übrigen traue ich dir genügend Verhandlungsgeschick zu, dass du das große Problem der künftigen Finanziellen Vorausschau lösen kannst, indem du auf das Europäische Parlament zugehst, was es dem Europäischen Parlament und der Kommission erleichtern wird, in dieser Frage auf den Rat zuzugehen.

Der zweite Punkt, den ich herausheben möchte und als positiv empfinde, ist, dass Europa sozialpartnerschaftliche Lösungen braucht und sich in diesem dynamischen, globalen Wachstumsprozess natürlich nicht von der Sozialpartnerschaft verabschieden kann. Das ist eine wichtige Grundvoraussetzung. Sie haben hier demonstrierende Hafentarbeiter erlebt. Sozialpartnerschaft kann keine Bremse für Wirtschaftswachstum sein, sie muss vielmehr ein Motor für das Wirtschaftswachstum sein! Schließlich braucht Europa und die Europäische Union Energie. Und diese Energie braucht es sowohl politisch als auch im wahrsten Sinne des Wortes. Daher ein Appell zum Schluss: Wir müssen mehr Augenmerk auf die Nachbarschaftspolitik legen. Auf die Politik, mit der sich die Europäische Union einem so wichtigen Land wie der Ukraine widmet. Hier darf nicht alles über einen Kamm geschoren werden. Wir brauchen ein besonderes Augenmerk auf die demokratische Entwicklung und die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Ukraine. Ich bin überzeugt, dass unter diesem Ratsvorsitz einige Schritte geschehen.

Drittens, wir brauchen einen Bremsriegel bei der Weitergabe von Atomwaffen.

(Der Präsident entzieht der Rednerin das Wort.)

3-066

El Presidente. – Le deseamos mucha suerte a la señora Stenzel en sus nuevas responsabilidades en su país.

3-067

Wolfgang Schüssel, amtierender Ratspräsident. – Herr Präsident, hohes Parlament! Zunächst auch von meiner Seite an Ursula Stenzel ein großes Dankeschön für zehn Jahre Arbeit für Österreich und für Österreichs Bürger hier im Europäischen Parlament – weit über die Parteigrenzen und über die Institutionengrenzen hinweg! Sie wird übrigens sozusagen meine Chefin sein, denn sie ist die Quasi-Bürgermeisterin der Inneren Stadt in Wien. Ich bin also jetzt unter ihrer Obhut und ihr Bürger. Alles Gute auf dem Weg!

Ich darf ganz kurz einige Themen konkret aufgreifen, die in der Diskussion angesprochen worden sind. Danke allen, die das Thema Erweiterung und im Besonderen auch die Perspektive des Balkans angesprochen haben. Ich habe mich sehr kurz gefasst, weil ich ja mit fast allen Fraktionen im Vorfeld bereits Kontakt hatte und weiß, dass Sie wissen, dass dieses Thema für Österreich große Priorität hat, schon deshalb, weil wir in unmittelbarer Nähe des Balkans sind. Es gibt ja den alten Witz: Der Balkan beginnt im dritten Bezirk, am Rennweg, mitten in Wien. Zum anderen, weil wir unmittelbar davon berührt sind. Stabilität kann entweder von uns Europäern exportiert werden, oder wir importieren Instabilität. Es darf keine Zone der Instabilität zwischen Ungarn, Österreich, Slowenien, Italien und Griechenland geben. Dieser Raum darf keine graue Zone sein, sondern muss eine Perspektive darstellen. Nur mit dieser Perspektive werden letztlich der notwendige Reformansatz und auch die Versöhnung der verschiedenen Volksgruppen in Bosnien, Serbien und dem Kosovo möglich sein. Das muss jeder wissen.

Daher setzen wir uns dafür ein und haben jetzt auch den UNO-Beauftragten Martti Ahtisaari in Wien mit einem Büro beheimatet. Jeden Tag finden hier intensive Gespräche statt. Wir wissen, dass wir hier gemeinsam eine Aufgabe zu vollbringen haben. Übrigens ist ja der Balkan eine der ganz großen Erfolgsgeschichten Europas. Die Amerikaner haben letztlich Milošević militärisch besiegt, aber heute sind 90 % der Soldaten, die dort den Frieden sichern, Europäer. Es ist jetzt nicht das militärische Gesicht der Europäischen Union, es ist das Friedensantlitz Europas, das wir dort repräsentieren. Das muss jeder wissen.

Wir feiern übrigens nicht nur den 250. Geburtstag von Wolfgang Amadeus Mozart und den 150. Geburtstag von Sigmund Freud, sondern auch den 100. Jahrestag der erstmaligen Verleihung des Friedensnobelpreises an eine Frau, nämlich an Bertha von Suttner. „Die Waffen nieder“ – das ist ein echtes Programm, gerade im 21. Jahrhundert, auch und gerade mit Blick auf Iran. Ich habe gestern mit Mohammed El Baradei – die IAEA hat ja auch in Wien ihren Sitz – gesprochen. Das ist ein Thema äußerster Besorgnis. Wenn er – lesenswert – in einem Interview im letzten *Newsweek* sagt, es sei ihm nach drei Jahren intensiver Verhandlungen, Überprüfungen und Kontrollen durch die Inspektoren nicht möglich, den friedlichen Charakter des Atomaufrüstungsprogramms des Irans zu bestätigen, dann ist das ein Thema, das uns in den nächsten Monaten sehr beschäftigen wird. Wir haben hier keine Drohgebärden zu machen, aber wir müssen eine klare europäische Botschaft absenden, die heißt: Iran – zurück zum Moratorium, zurück zu Verhandlungen, keine einseitigen Maßnahmen, die letztlich im weiteren Sinn durchaus den Weltfrieden gefährden können. Und diese Botschaft müssen Parlament, Rat, Kommission, alle Beauftragten – Benita Ferrero-Waldner und Javier Solana – aussprechen. Nur so sind wir in diesem Teil der Welt glaubwürdig.

Zur Frage der Energie: Ich will hier auch sehr deutlich sein. Natürlich geht jedes Land seinen Weg, das ist mir schon klar. Aber ich habe dafür gekämpft, dass jedes Land seine Wahl der Energiemittel letztlich selbst bestimmen wird. Und doch gibt es einige Fragen, die man sehr wohl ansprechen kann. Ich persönlich halte den Weg hin zu einem *Revival* der Atomenergie für sehr, sehr gefährlich. Viele Fragen sind hier noch nicht geklärt. Die Besorgnis der Bürger sollte gerade in diesem Bereich nicht unterschätzt werden. Aber auf europäischer Ebene können wir uns mit der Frage der erneuerbaren Energie beschäftigen – hier hat Herr Barroso einige ganz erstklassige Ideen vorgelegt: der Bereich der Biobrennstoffe, in den die Amerikaner übrigens fünfmal so viel investieren wie ganz Europa – auch die Mitgliedstaaten – zusammengekommen. Wir müssen in diesem Bereich glaubwürdig sein. Wir haben nachwachsende Rohstoffe, wir haben Holz, wir haben die Biomasse. Da wäre meiner Meinung nach auch eine Chance für die Landwirtschaft in den nächsten Jahren und Jahrzehnten gegeben. Wir sollten uns dieses Themas sehr ehrlich und sehr offen annehmen, ohne dabei zu übersehen, dass es hier natürlich auch Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten gibt, die berücksichtigt werden müssen.

Nächstes Thema: die Transeuropäischen Netze. Ich bin jetzt zehn Jahre lang Mitglied des Europäischen Rats. Ich habe sogar schon einmal als Außenminister eine österreichische Ratspräsidentschaft geführt. Wir haben zehn Jahre über Transeuropäische Netze, geredet und kein einziges Projekt ist bis heute verwirklicht worden. Das sage ich hier einmal sehr deutlich. Es muss uns gelingen – und das ist wirklich meine Ambition, und ich hoffe, die Kommission hilft uns dabei –, in unserer Präsidentschaft wenigstens den Spatenstich für den Brenner Basistunnel zu setzen. Wenn wir den Verkehr von der Straße wegbekommen wollen, dann müssen wir ihn auf eine wettbewerbsfähige Schieneninfrastruktur legen. Dazu gibt es keine Alternative. Meine Bitte ist: Helfen wir mit, dass diese Transeuropäischen Netze endlich einmal gelingen, alles andere ist Rhetorik.

Der nächste Punkt, den ich im internationalen Bereich vergessen habe, ist die CIA-Frage. Wir nehmen das sehr ernst. Ich sage auch sehr offen: Da darf es keine unterschiedlichen Standards geben. Die Menschenrechte sind unteilbar, und Rechtsstaatlichkeit ist unteilbar. Ich war bei Ausbruch der Diskussion in der amerikanischen Öffentlichkeit gerade mit der Bertelsmann Foundation in Washington. Wir haben dort den *Deputy Majority Leader* der Republikaner getroffen, Senator Bennett, und wir haben das Thema eindeutig genau so ausgesprochen. Wir unterstützen daher die Untersuchungen des

Europarats inhaltlich voll. Ich bitte auch darum, dass von den Mitgliedstaaten die notwendigen Aufklärungen kommen. Es darf hier nicht mit zweierlei Maß gemessen werden. *Hidden jails*, Überflüge, die Überstellungen von unerwünschten Personen, die natürlich, wenn Verdacht besteht, mit aller Schärfe der Gesetze verfolgt werden müssen. Aber das muss im Rahmen unserer rechtsstaatlichen Normen geschehen. Meine Damen und Herren, da wird uns mit dem Parlament sicherlich ein gemeinsamer Weg verbinden.

Ich bin sehr dankbar für Ihren Hinweis, dass wir die Kinderrechte viel stärker beachten müssen. Wir sehen mit großer Sorge, dass es hier grauenhafte Dinge gibt: die Kinderpornographie, die über Internet weltweit verbreitet wird, die Frage des Menschenhandels, Kinder die weltweit verkauft werden, viel zu wenig Verständnis auch in den europäischen, entwickelten Gesellschaften für den Schutz der Kinderrechte, die Förderung der Familien, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie – all das sind Themen, die klarerweise hauptsächlich in der nationalen Kompetenz liegen, jedoch trotzdem gemeinsam vorgebracht werden müssen.

Ein Thema, das von einigen angesprochen wurde, sind die Minderheitenrechte in Österreich. Ich will darauf ganz offen eingehen. In meiner Amtszeit, seit dem Jahr 2000, haben wir kroatische und ungarische Ortstafeln im Burgenland mit großen Volksfesten und unter großer Beteiligung der Bevölkerung aufgestellt, weil es einen Konsens gab. Wir haben im vorigen Jahr, vor wenigen Monaten, im Zuge der Staatsvertragsfeiern mit großem Erfolg 20 Ortschaften mit zusätzlichen zweisprachigen slowenisch-deutschen Aufschriften versehen. Wir sind in manchen Gemeinden noch nicht weit genug. Ich bin letzten Freitag in 12 Gemeinden mit 12 Bürgermeistern zusammengesessen. Wir bemühen uns um eine gemeinsame Lösung. Ich verspreche das hier, aber das ist kein Thema für das Europäische Parlament, sondern vor allem für uns zu Hause. Ich lasse mir nicht vorwerfen, dass wir die Minderheitenrechte in Österreich geringer achten als dies in anderen Teilen Europas der Fall ist. Aber ich will den Konsens der politischen Kräfte, und ich will dies mit der Bevölkerung schaffen. Ich bin auch zuversichtlich, dass das gelingen wird.

Zum Arbeitsmarkt: Es gibt einen ausverhandelten Vertrag mit zehn bzw. jetzt zwölf neuen Mitgliedern. Zehn sind schon dabei, Bulgarien und Rumänien kommen noch dazu. Ich bin eigentlich sehr zuversichtlich, dass die neuen Regierungen hier sehr kooperativ sein werden, damit sie das Zieldatum 2007 erreichen können. Aber in diesen vereinbarten Verträgen sind Übergangsregeln festgeschrieben, sowohl für die neuen Länder als auch für die bisherigen Mitgliedstaaten. Ich sage hier sehr offen dazu, dass dies in beiderseitigem Einvernehmen geschehen ist. Es ist auch meine Aufgabe als österreichischer Regierungschef, darauf zu achten, dass die österreichischen Sozialpartner nicht überfordert werden und die Balance zwischen Öffnung und Schutz, die gerade von einigen Rednern hier im Plenum beschworen wurde, auch in diesem Fall gewahrt wird. Wir versuchen übrigens, in Grenzregionen mit flexiblen Arrangements für bestimmte Bereiche – wie z.B. den Pflegebereich – zu helfen, und das hat bisher eigentlich sehr gut funktioniert.

Im Bereich des Europäischen Gerichtshofs will ich hier eine Diskussion nur anregen, ohne ins Detail zu gehen. Auch hier ist eine gewisse Balance zwischen der Beachtung des Gemeinschaftsrechts und dessen Umsetzung auf der einen Seite und den in den Verträgen festgeschriebenen Subsidiärklauseln auf der anderen notwendig. Es gibt eben nationale Rechte, die in der unterschiedlichen Jurisprudenz der nationalen Gesetzgebung, der nationalen Gerichte und des Europäischen Gerichts beachtet werden sollen. Dazu kommt die Verhältnismäßigkeitsprüfung, wie sie ja beim deutschen, beim österreichischen oder bei französischen Höchstgerichten selbstverständlich ist. Alle diese Dinge gehören in einer vernünftigen Balance geregelt, und ich bin sicher, dass auch der Europäische Gerichtshof sich dieser Verantwortung bewusst ist.

Ich will mit dem Punkt abschließen, den Sie, Herr Schulz, selbst erwähnt haben, mit Mozart und Freud bzw. mit der Zauberflöte, andere haben Zeus erwähnt. Ich bin ein sehr viel bescheidenerer Mensch und glaube, dass sechs Monate Vorsitz realistischweise niemals Europa verändern können, das ist ganz klar. Aber wir können Anstöße geben. Wir wollen z.B. mit Ihnen gemeinsam die Finanzielle Vorausschau zum Tragen bringen. Wir brauchen dabei Ihre Zustimmung, und wir werden sie suchen. Wir müssen überlegen, welche Instrumente ideal sind. Es war ein österreichischer Vorschlag, der aufgegriffen wurde, so dass wir etwa zehn Milliarden zusätzlich als Forschungsfazilität für die Europäische Investitionsbank bekommen – ein wichtiger Schritt nach vorn, der auch privat kofinanziert wird. Zwischen den verschiedenen Flexibilitätsvorstellungen, die es ja gibt – die Differenz liegt zwischen einer und etwa dreieinhalb bis vier Milliarden Euro –, ist einiger Spielraum vorhanden. Über diese Fragen sollten wir in einem vertrauensvollen Dialog sprechen. Zuerst brauche ich natürlich ein Mandat. Dieses Mandat wird Österreich in wenigen Wochen von den anderen Mitgliedstaaten erteilt. Sobald die Kommission ihre konkreten Vorschläge zur Aufteilung nach den diversen Rubriken gemacht hat, werden wir mit Ihnen reden. Ich bin sicher, dass wir in den für Sie interessanten Bereichen – das sind Forschung und Wettbewerbsfähigkeit – mit Sicherheit mehr Geld zur Verfügung haben werden als in der vergangenen Periode.

Und etwas sollte man auch nicht übersehen: Die Finanzielle Vorausschau sieht vor, dass bei der Agrarpolitik die Kosten von Bulgarien und Rumänien voll hineingerechnet werden. Das heißt, hier sind 8 Milliarden Euro in der gegenwärtigen Finanziellen Vorausschau inkludiert. Die Mittel sinken absolut um 4 %, und zusätzlich sind 8 Milliarden für Rumänien und Bulgarien reserviert. Ich glaube, wenn man die Dinge realistisch sieht und praktisch betrachtet, dann werden wir in einem vertrauensvollen Dialog sicherlich etwas zu Stande bringen.

Ich habe keine Zauberflöte zur Verfügung, auch keinen Dirigentenstab oder Zauberstab. Aber wenn ich Osmin aufgreifen darf, so hat er ja interessanterweise eigentlich am Schluss verloren. Noch etwas ist in diesem Zusammenhang interessant: Constanze, nennen wir sie einfach Europa, sagt ihm dann am Schluss: Nichts ist so hässlich als die Rache, hingegen menschlich, gütig sein und ohne Eigennutz verzeihen ist nur der großen Seele Sache. Lassen Sie uns also gemeinsam große Seelen sein und etwas für Europa bewirken.

(Beifall)

3-068

José Manuel Barroso, président de la Commission. – Monsieur le Président, Monsieur le Président du Conseil, Mesdames, Messieurs, le chancelier Schüssel a déjà répondu aux questions concernant le programme de la Présidence autrichienne. Pour conclure, laissez-moi simplement vous exposer dans les grandes lignes, en résumant, comment je vois l'évolution de cette Présidence.

Il y aura deux moments principaux: le Conseil européen du printemps et le Conseil européen de juin. Le premier, pour mettre en œuvre le nouveau système de gouvernance, la nouvelle stratégie pour la croissance et l'emploi; le deuxième, pour prendre des décisions sur nos actions concernant l'avenir de l'Europe.

Au préalable, une question très importante doit être réglée avec le Parlement européen: il s'agit des perspectives financières 2007-2013. Et, à ce sujet, vous connaissez bien la position de la Commission. Vous savez combien la Commission a travaillé pour aboutir à un accord aussi ambitieux que possible. Nous pensons en effet qu'il était important d'obtenir un accord entre les États membres. Imaginez quel serait l'état d'esprit en Europe aujourd'hui si nous n'avions pas au moins l'accord qui a été possible au niveau du Conseil européen!

Cela dit, il y a encore une marge de manœuvre pour la négociation. Mon appel et celui de la Commission tout entière est un appel très sincère au réalisme dans cette négociation. Nous pensons, en effet, que de nouveaux reatrds pourraient vraiment compromettre l'application des nouvelles perspectives financières à compter du 1er janvier 2007. Si cela arrivait, ceux qui en souffriraient le plus seraient précisément les nouveaux États membres ou les régions de l'Europe qui ont besoin de plus de solidarité. Donc, nous croyons qu'il reste de la marge pour la négociation, mais il faut aborder cette négociation avec ambition et réalisme, et avec un grand sens de responsabilité. Si nous arrivons à résoudre ce problème, nous serons dans les meilleures conditions pour que le Conseil européen du printemps soit une grande réussite.

C'est la première fois que nous appliquons le nouveau système de gouvernance de Lisbonne. Les États membres ont déjà tous rendu leurs programmes nationaux de réforme. Nous allons présenter notre évaluation le 25 janvier et je viendrai la présenter ici, devant vous. Je crois que les conditions existent à présent pour donner une impulsion à l'Europe de la croissance et de l'emploi. Mais nous devons être clairs à ce sujet: nous avons des priorités. Le chancelier Schüssel a mis certaines de ces priorités en évidence, notamment la recherche, les petites et moyennes entreprises et l'énergie, cas où l'Agenda de Hampton Court complète utilement l'Agenda de Lisbonne. Mais si nous voulons vraiment la croissance en Europe, nous devons véritablement disposer d'un marché unique en Europe. La grande tâche actuelle – celle du mandat de la Commission et du Parlement –, c'est de faire en sorte que le marché unique fonctionne dans une Europe élargie.

Nous sommes aujourd'hui vingt-cinq et nous devons rappeler qu'il y a des libertés fondamentales qui étaient au cœur du projet de la Communauté européenne: la liberté de circulation des biens et des marchandises, certes, mais aussi la liberté de circulation des capitaux, celle des services et celle des personnes, y compris les travailleurs. Si nous voulons vraiment l'Europe, nous savons que celle-ci doit être bien plus qu'un marché: l'Europe est un projet politique et un projet social. Pour cela, il faut que les libertés fondamentales soient garanties sur l'ensemble de son territoire, en évitant tout risque de division entre les anciens et les nouveaux États membres. Nous sommes tous membres aujourd'hui de cette Union européenne, qui repose sur l'idée de solidarité.

Enfin, le Conseil européen de juin doit prendre une décision concernant l'avenir de l'Europe. Et à ce sujet, je crois que la question qui a été posée par M. Duff est très importante. C'est vrai qu'il existe des différences non négligeables et nous sommes d'avis qu'il faut aborder ce débat avec prudence, en ayant conscience de nos responsabilités. Sur cette base, nous pensons qu'il est possible, pour le Conseil de juin, de mettre au point les grandes lignes de l'agenda pour l'avenir de l'Europe, de parvenir à un nouveau consensus pour faire avancer notre projet européen et de trouver la meilleure occasion pour résoudre les questions institutionnelles qui ont besoin, effectivement, d'une solution.

3-069

El Presidente. – Se cierra el debate.

Declaraciones por escrito (artículo 142 del Reglamento)

3-070

Ilda Figueiredo (GUE/NGL). – A Presidência austríaca inicia os seus trabalhos com importantes dossiers em mão e num momento particularmente crítico da vida da União Europeia. São disso exemplo: a negociação com o Parlamento Europeu das perspectivas financeiras para que dêem efectivamente resposta às questões da solidariedade e da coesão económica e social; a rejeição das propostas de directivas sobre a liberalização dos portos e a criação do mercado interno dos serviços, a famigerada directiva Bolkestein, que põem em causa direitos dos trabalhadores e dos consumidores e utentes de serviços; uma decisão clara visando a recusa da dita constituição europeia tendo em conta os resultados dos referendos na França e na Holanda.

Igualmente se impõe uma mudança clara nas políticas monetaristas e nas prioridades macro-económicas para dar resposta aos graves problemas económico-sociais que diversos países atravessam, o que passa pela revogação do Pacto de Estabilidade e a sua substituição por um verdadeiro Pacto de Progresso e Desenvolvimento Social que promova o investimento público, o combate ao desemprego e às desigualdades na repartição e distribuição dos rendimentos.

Ora, as declarações da Presidência estão longe de dar resposta a todas estas questões, o que também não é novidade tendo em conta as posições dos Conselhos anteriores, embora seja positiva a afirmação sobre a disponibilidade para o diálogo. Mas é pouco.

3-071

Margie Sudre (PPE-DE). – Je félicite la Présidence autrichienne pour sa volonté de proposer des pistes sérieuses afin d'améliorer le processus de prise de décision au sein de l'Union européenne. La France et l'Allemagne, ont également annoncé des propositions pour progresser dans ce domaine. Nous ne pouvons que les y encourager, et le Parlement européen prendra dès cette semaine toute sa part à cet exercice.

Il ne s'agit pas là de rhétorique, mais de faire en sorte que les dossiers européens puissent faire l'objet de décisions, sans retard ni obstructions, après une concertation approfondie. Il nous faut dépasser la "phase de réflexion", pour passer à celle des propositions réalistes et courageuses, à mettre en œuvre dans les prochaines années.

Pour les citoyens, croissance et emploi sont les enjeux qui les préoccupent le plus. Ils nécessitent donc de la part de l'Europe, de ses Etats membres et de son Parlement, un engagement politique fort et un programme d'action précis.

Je souhaite que le Sommet de printemps 2006 parvienne à remettre sur les rails la stratégie de Lisbonne révisée, pour nous extraire enfin des incantations, nous concentrer sur le concret, et redonner ainsi une orientation claire à la conduite des affaires européennes.

3-072

PRESIDENZA DELL'ON. MAURO

Vicepresidente

3-073

Richard Howitt (PSE). – Mr President, under Rule 19(1) of the Rules of Procedure, I would ask you to rule on an issue relating to the proper conduct of parliamentary business. According to the screens, one of the groups in the European Parliament has scheduled a press conference this afternoon on a subject that Parliament is now voting on, and is seeking to criticise Members of the European Parliament by giving it the title: 'Parliamentary autism'.

I do not wish to comment on the substance of the press conference, but would ask you to rule that using a disability as a derogatory term is an act of discrimination against disabled people. I would ask you to rule that the group should withdraw that title immediately as it is offensive to people with autism.

(Applause)

3-074

Eija-Riitta Korhola (PPE-DE). – Arvoisa puhemies, oikeastaan minulla olisi samantapainen huomautus homofobia-otsikosta kuin tästä autismista. Vastustan ehdottomasti homoseksuaalien syrjintää, mutta mietinnön otsikko on epäonnistunut. Jos me puhumme täällä oikeasta ongelmasta, syrjinnästä, miksi ihmeessä käytetään täysin epäasiallista homofobia-sanaa? Fobiat luokitellaan ahdistuneisuushäiriöihin. Ne ovat neuroottisiksi häiriöiksi katsottavia pelkotiloja, ja niiden avuksi tarvitaan terapiaa eikä niitä voida poliittisin ohjaustoimin hoitaa ...

(Puhemies keskeytti puhujan)

3-075

Presidente. – Onorevole Korhola non possiamo riaprire il dibattito su punti che sono all'ordine del giorno per il voto. La ringrazio ma la devo interrompere.

3-076

3 - Composizione del Parlamento: vedasi processo verbale

3-077

4 - Turno di votazioni

3-078

Presidente. – L'ordine del giorno reca il turno di votazione.

(Per i risultati dettagliati delle votazione: vedasi processo verbale)

3-079

4.1 - Prospettive finanziarie

3-080

4.2 - Costituzione di una commissione d'inchiesta sul crollo finanziario della "Equitable Life Society"

3-081

– *Prima della votazione sull'emendamento n. 1:*

3-082

Heide Rühle (Verts/ALE). – Herr Präsident! In Absprache mit den Liberalen und der EVP möchte ich unseren Antrag abändern, und zwar einmal auf Wunsch der EVP „*non-UK consumers*“ in „*non-European citizens*“. Ich muss das nicht erklären; es ist klar, das „*non-European citizens*“ sehr viel breiter ist, als wenn es sich nur auf die „*consumer*“ bezieht. In Absprache mit den Liberalen möchte ich „*UK legislation*“ in „*UK and/oder EU legislation*“ abändern. Das muss man nicht begründen; es ist klar, worum es geht.

3-083

(L'emendamento orale è accolto)

3-084

4.3 - Costituzione di una commissione temporanea sul presunto utilizzo di paesi europei da parte della CIA per il trasporto e la detenzione illegali di prigionieri

3-085

– *Prima della votazione sul paragrafo 1:*

3-086

Francis Wurtz (GUE/NGL). – Monsieur le Président, mon collègue M. Markov avait demandé très distinctement de procéder à un contrôle électronique du vote sur l'amendement 1. Je pense que les rapports de force étaient les mêmes que pour le vote sur l'amendement 3. Je souhaiterais donc une vérification du vote pour l'amendement 1.

3-087

Presidente. – Onorevole Wurtz non posso concedere quello che lei chiede semplicemente perché i rapporti di forza riguardo all'emendamento 1 erano assolutamente diversi

3-088

4.4 - Misure restrittive nei confronti di persone sospettate di coinvolgimento nell'omicidio di Rafiq Hariri

3-089

4.5 - Gestione dei rifiuti delle industrie estrattive

3-090

4.6 - Acque di balneazione

3-091

4.7 - Applicazione delle disposizioni della convenzione di Aarhus alle istituzioni e agli organi della CE

3-092

4.8 - Accesso al mercato dei servizi portuali

3-093

– *Prima della votazione:*

3-094

Paolo Costa (ALDE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, intervengo ai sensi dell'articolo 168 del regolamento, a nome del gruppo dell'Alleanza dei democratici e dei liberali per l'Europa. Non intervengo in qualità di presidente della commissione competente, anche se il ruolo mi incoraggia a chiedere formalmente il rinvio in commissione della proposta di direttiva. Lo faccio perché avrebbe lo stesso risultato di una rielezione, con la differenza di mantenere nelle mani di questo Parlamento e in questa legislatura la possibilità di esprimere il nostro parere. Potremmo rischiare altrimenti di dimostrare totale arrendevolezza.

Oggi – ed è questa la mia ragione – non siamo pronti al voto. Non lo siamo né per il merito né per il clima emotivo in cui rischiamo di votare. Non siamo pronti per il merito perché le consultazioni parlamentari – faccio la mia parte di ammenda – sulla proposta sono rimaste troppo legate alla storia della prima proposta respinta qualche anno fa. L'attuale discussione non ci ha consentito di tener conto dell'evoluzione dello scenario mondiale, che vede una rivoluzione nei porti, di occuparci di concorrenza tra i porti né di occuparci di aiuti di Stato nei porti.

Insomma, non siamo pronti perché rischiamo di votare anche, da un punto di vista emotivo, in un clima che rischia di metterci in due cattive condizioni: o dimostrare arroganza...

(L'oratore è interrotto dal Presidente)

3-095

Presidente. – Onorevole Costa la sua richiesta è chiarissima. In applicazione dell'articolo 168, chiediamo l'intervento di un oratore a favore e di uno contrario.

3-096

Paolo Costa (ALDE). – La prego di lasciarmi concludere. E' fondamentale in ragione di quello che è successo l'altro ieri fuori dell'Aula. Noi rischiamo o di essere arroganti nei confronti di quelli che hanno manifestato correttamente o di essere, invece...

(L'oratore è interrotto dal Presidente)

3-097

Martin Schulz (PSE). – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte mich im Namen der Sozialdemokratischen Fraktion ausdrücklich gegen diesen Antrag von Herrn Costa aussprechen. Ich möchte das mit zwei Sätzen begründen. Ich beginne mit dem letzten Punkt, den Herr Costa angesprochen hat. Die Atmosphäre, die am vorgestrigen Tage hier geherrscht hat, war zu überwiegenden Teilen die Atmosphäre einer normalen Demonstration von Männern und Frauen, die sich in ihrer sozialen Sicherheit bedroht fühlen.

(Tumult und Beifall)

Diese Männer und Frauen können auf uns zählen. Wer nicht auf uns Sozialisten zählen kann, sind diejenigen, die nie zu Ende zuhören, und diejenigen, die glauben, mit Gewalt Politik machen zu können. Die haben unsere Solidarität nicht. Das war die Minderheit, und deren Aktionen lehnen wir ab.

(Beifall)

Herr Präsident, das Hafepaket ist reif zur Abstimmung, und es ist reif zur Ablehnung, und deshalb bitten wir, jetzt abzustimmen.

(Beifall)

3-098

Jens-Peter Bonde (IND/DEM). – Hr. formand! Vi ved godt, hvad vi stemmer om. Det vidste vi allerede i 2003 - der forkastede vi forslaget, og det er der et stort flertal i denne sal, der vil gøre igen. Men med den procedure, som De nu lægger op til, vil dette flertal for forkastelse blive skjult i et forsøg på at få sagen tilbage til udvalget. Derfor bør vi tage en afstemning i salen om, hvorvidt forslagene om forkastelse skal til afstemning før procedureforslaget. Det er fuldstændig vanvittigt, at formandskabet administrerer en procedure, som kan skjule, hvad der er flertallets holdning i denne sal.

3-099

(L'emendamento orale non è accolto)

3-100

Willi Piecyk (PSE). – Herr Präsident! Ich wollte zur Klarstellung nur sagen: Wer das Hafepaket ablehnen will, muss bei der ersten Abstimmung mit Ja stimmen, Ja zur Ablehnung sagen, um alle Unklarheiten zu vermeiden. Bitte Ja stimmen in der ersten Abstimmung! Ja stimmen zur Ablehnung!

3-101

Jacques Barrot, *vice-président de la Commission*. – Monsieur le Président, je serai bref. J'ai affirmé tout au cours du débat que j'étais à l'écoute du Parlement, que j'attendais le vote parlementaire et, avant de vous exposer ce que j'entends faire, je voudrais, très brièvement, exprimer un regret et formuler un souhait. Je regrette d'abord que la procédure n'ait pas permis au Parlement de se prononcer sur le texte amendé. Les amendements de votre rapporteur étaient de nature à lever certaines craintes de la part des différents acteurs de nos ports, aussi bien des entreprises que des travailleurs. Face à cela, je rends hommage au travail de votre commission. La Commission était en position de les accepter. Voilà pour le regret.

Ensuite, je souhaite que nous ne perdions pas de vue l'objectif que poursuivait ce texte et qui est souvent revenu d'ailleurs dans le débat d'hier. Il s'agit d'aider les ports européens à répondre efficacement à l'augmentation du trafic maritime et au risque de saturation des capacités portuaires. L'efficacité des activités portuaires permet d'accroître la compétitivité européenne et de favoriser la croissance et l'emploi.

Bien sûr, Mesdames et Messieurs les députés, je rendrai fidèlement compte au collège des commissaires du débat d'hier et du vote d'aujourd'hui. Je lui proposerai d'en tirer les conséquences. Je lui proposerai aussi de continuer le travail avec tous les acteurs concernés: États, opérateurs, utilisateurs, syndicats, en concertation avec le Parlement, pour jeter les bases d'une politique européenne des ports qui permette d'encadrer et de rassurer les investisseurs. Je souhaite en effet apporter, de la manière la plus appropriée, les réponses qu'attendent les ports européens, concernant aussi bien la transparence des tarifs que l'usage des infrastructures, le recours aux aides d'État que, plus globalement, l'intégration des ports dans la chaîne intermodale. Notre débat a bien montré la nécessité de toute cette approche globale.

(Applaudissements à droite)

3-102

4.9 - Afghanistan

3-103

- Sulla votazione del paragrafo 16:

3-104

Emilio Menéndez del Valle (PSE). – Leo el texto en inglés, pues así se ha discutido; quedaría de la siguiente manera:

3-105

‘Calls for a solution to the problem of the so-called caveats which impede a proper cooperation among the different national contingents in the country.’

3-106

(L'emendamento orale è accolto)

3-107

4.10 - Omofobia in Europa

3-108

4.11 - Cambiamento climatico

3-109

4.12 - Aspetti ambientali dello sviluppo sostenibile

3-110

Presidente. – Con questo si conclude il turno di votazioni.

3-111

5 - Dichiarazioni di voto

3-112

- Risoluzione: RC-B6-0049/2006

3-113

Jan Andersson, Anna Hedh, Ewa Hedkvist Petersen och Inger Segelström (PSE), *skriftlig*. – Vi eftersträvar en uppgörelse med rådet om ett nytt interinstitutionellt avtal om budgetdisciplin och förbättring av budgetförfarandet. Som utgångspunkt i förhandlingen har vi Europaparlamentets resolution av den 8 juni 2005 om politiska utmaningar och budgetmedel i en utvidgad union 2007-2013. Därför ställer vi oss bakom Europaparlamentets resolution om Europeiska rådets gemensamma ståndpunkt från den 15-16 december 2005. Vi kan dock inte stödja skrivningen om en förbättrad europeisk dimension i EU:s jordbrukspolitik. Vi ser fram emot översynen av EU:s utgifter och inkomster år 2008 och hoppas att den leder fram till en mer modern struktur för EU:s budget och minskade utgifter för den gemensamma jordbrukspolitiken.

3-114

Richard James Ashworth (PPE-DE), in writing. – The British Conservative delegation supports the Bøge report in its call for the rejection of the European Council's common position on the Financial Perspective 2007-2013 in its current form. We support the report in its call for a firm commitment to undertake a review of the financial perspective with a clear role for the European Parliament, and we very strongly support the call for sufficient accompanying measures to ensure better implementation and control of expenditure of funds in the Member States.

We note with concern, however, the call for the Committee on Budgets to negotiate on the basis of the European Parliament's position of 8 June 2005 which, if agreed, would increase the commitment appropriations by EUR 112 474 billion over the period. For this reason we have abstained on the final vote.

3-115

Francisco Assis, Luis Manuel Capoulas Santos e Edite Estrela (PSE), por escrito. – Abstivemo-nos na votação final da resolução sobre as Perspectivas Financeiras (2007-2013) por não estarmos de acordo com a redacção do nº 4 da resolução.

Entendemos que o acordo mínimo atingido acabou por ser um bom acordo para a Europa pois permitiu afastar, mesmo que temporariamente, a grave crise política que ameaçava a União Europeia.

A utilização no referido nº 4 da expressão "rejeita" transmite, para a opinião pública europeia, a ideia de que o Parlamento Europeu pretende reiniciar a discussão financeira, o que, na situação actual, não será possível e muito menos conveniente.

Por isso entendemos a expressão "rejeita" como equivalente a "desacordo", o que, obviamente, não põe em causa o acordo já atingido.

3-116

Gerard Batten, Graham Booth, Derek Roland Clark, Nigel Farage, Roger Knapman, Michael Henry Nattrass, Jeffrey Titford and Thomas Wise (IND/DEM), in writing. – It may surprise people that UKIP has, for the first time ever, voted for a report that is overtly federalist in tone. We do so because the adoption of this report kills the deal brokered by Tony Blair in December. To us, a 63% increase in the UK's contribution to the EU is unacceptable. The surrender of £7 billion of our rebate is unacceptable. The current financial perspectives are a bad deal for Britain.

If this report is accepted, we fall back on Article 272 of the Treaty and annual negotiations of the budget. Though we disagree strongly with the reasons behind this report, we are happy to play our part in re-opening a debate about how UK taxpayers' money is spent. The more people are exposed to the workings of the EU, the less they like it.

3-117

Bastiaan Belder (IND/DEM), schriftelijk. – De meerderheid van het Europees Parlement zet het functioneren van de Europese Unie op het spel door het gemeenschappelijk standpunt van de Raad over de financiële vooruitzichten 2007-2013 naar de prullenbak te verwijzen. Daar zijn wij het niet mee eens.

In de eerste plaats brengen de lidstaten de contributies voor de Europese Unie bijeen. Het Parlement trekt een te grote broek aan, wanneer het de lidstaten wil forceren om meer geld voor de EU beschikbaar te stellen.

In de tweede plaats zijn er - gelet op het subsidiariteitsbeginsel - punten in de Europese begroting waaraan veel minder of geen geld uitgegeven moet worden: extern beleid, onderwijs, sociale zaken, werkgelegenheid, cultuur en gezondheidszorg. Verder dienen de uitgaven voor propaganda van de EU en subsidies voor 'pro-Europese' denktanks geen zinnig doel.

In de derde plaats moet het cohesie- en structuurfondsenbeleid worden geconcentreerd op de achterstandsregio's in die lidstaten waarvan het BBP minder dan 80% van het EU-gemiddelde bedraagt. Logischerwijze heeft dit tot gevolg dat het structurele ondersteuningsbeleid verschuift van de zuidelijke naar de oostelijke lidstaten.

In het belang van de burgers moet het EP zich vindingrijker opstellen en de EU beperken tot haar kerntaken. Kortom: met minder geld meer doen!

3-118

Charlotte Cederschiöld, Christofer Fjellner, Gunnar Hökmark och Anna Ibrisagic (PPE-DE), skriftlig. – Vi är inte nöjda med den uppgörelse som nåddes i rådet den 16 december. Vi vill minska utgifterna för jordbrukspolitiken och strukturfonderna samt tillföra mer medel till forskning och utveckling och till den gemensamma utrikes- och säkerhetspolitiken. Parlamentet har medbestämmanderätt på det finansiella perspektivet och har aviserat att det kommer att driva sin egen budgetlinje mycket hårt. Vi stöder inte den expansiva budgetlinjen som parlamentet företräder men väl andra förslag som att öka anslagen till forskning och utveckling.

Vi har mot denna bakgrund avstått i slutomröstningen om resolutionen – och inte röstat emot – eftersom vi kan stödja delar av parlamentets förslag.

3-119

Lena Ek (ALDE), *skriftlig*. – Jag har idag valt att lägga ner min röst när Europaparlamentet röstade om sin resolution om det finansiella perspektivet. I resolutionen förkastar Europaparlamentet rådets överenskommelse. Jag är visserligen mycket besviken på rådets överenskommelse som innebär att mina prioriteringsområden får mindre resurser än vad kommissionen föreslagit. Det gäller områden som forskning, innovation, åtgärder mot gränsöverskridande brottslighet, de strukturfonder som är avsatta att hjälpa små- och medelstora företag samt miljöåtgärder.

Men rådet har tagit förkastligt lång tid på sig och jag vill inte fördröja denna process ytterligare. Det är viktigt att vi säkrar finansieringen för projekt och program för åren 2007-2013 så att inte dessa måste ställas in på grund av osäkerhet och uteblivna medfinansierare. Inte minst är detta viktigt för de nya tio medlemsländerna. Därför har jag valt att inte stoppa det finansiella perspektiv man nu har kommit överens om.

3-120

Neena Gill (PSE), *in writing*. – The UK PSE Group will abstain on the final vote on the Böge report of 18.01.2006 for the following reasons:

1. We are concerned about the reference to enhancing agricultural policy in paragraph 7 which is something we have been fighting against for a long time.

2. The UK PSE Group is against the first sentence of paragraph 4 which states that the EP 'rejects the European Council's common position'. First, we believe the UK Presidency had a difficult task on its hands trying to reach agreement on this sensitive and divisive issue. Few believed the UK would be able to achieve the final compromise given the sometimes diametrically opposed positions taken by the 25 EU Member States on this issue. In the second place, we think it is not the EP's role to reject the position of the Council: all we can do is take note of their position and decide upon our own position which may disagree with the Council's position but does not reject it.

3. The UK PSE Group supports what the EP is trying to do in terms of improving accountability and the flexibility of the budget to respond to future challenges facing the EU given its role as a major global actor.

3-121

Ana Maria Gomes (PSE), *por escrito*. – Em Dezembro, o Conselho ignorou o direito/a obrigação de co-decisão do PE e esqueceu-se de financiar políticas centrais da Estratégia de Lisboa e para a actuação da Europa no mundo.

Em consequência, a Comissão fica sem recursos para políticas de cidadania, em particular para a juventude, educação, investigação e cultura, para financiar o Fundo de Ajustamento à Globalização e para compromissos assumidos no quadro da acção externa da União, incluindo missões de paz e a contra-proliferação de ADM.

Por isso, votei a favor da rejeição do Acordo na sua presente forma, exigindo o início de um processo negocial para encontrar os recursos que faltam.

A Presidência deve ser mandatada para negociar com o PE **reservas de flexibilidade** que permitam garantir todos os recursos necessários e para acordar numa **cláusula de revisão** que permita, em 2008, visitar as despesas - incluindo desviar o financiamento da PAC para políticas de competitividade e inovação - e reconsiderar os próprios recursos orçamentais da União.

Não se trata de reabrir o acordado em Bruxelas, em Dezembro, mas antes de o suplementar com os meios necessários para financiar políticas e acções indispensáveis para uma Europa mais coesa e competitiva e mais responsável e credível como actor global.

3-122

Pedro Guerreiro (GUE/NGL), *por escrito*. – O acordo sobre o Orçamento comunitário para 2007-2013, adoptado no Conselho Europeu de Dezembro, é profundamente insuficiente em termos de recursos financeiros e desadequado nas suas prioridades e instrumentos para dar resposta às necessidades e aos problemas económicos, sociais e ambientais de uma UE alargada a 27 países.

A proclamada "solidariedade" é subalternizada, verificando-se uma redução no peso do financiamento da política de Coesão de 0,41% do RNB comunitário para apenas 0,37%, apesar do aumento das disparidades económicas e sociais decorrentes do alargamento. São igualmente efectuados cortes nas áreas social, ambiental, agrícola, da cooperação, da investigação e cultural, ao mesmo tempo que se reforçam financeiramente a "competitividade", as políticas de controlo de migrantes, de fronteiras e de segurança e a política externa e de segurança comum, em detrimento da ajuda ao desenvolvimento.

Comprova-se, assim, o triunfo dos interesses dos países economicamente mais desenvolvidos e dos seus grandes grupos económico-financeiros, em detrimento dos interesses dos chamados países da "coesão", como Portugal, e dos trabalhadores.

Todo o processo "negocial" foi caracterizado pela apresentação de sucessivas propostas, cada uma mais negativa do que a anterior. Aliás, a presente resolução, apesar de rejeitar o acordo do Conselho, reafirma a posição negocial do PE, já de si igualmente inadequada em termos financeiros e prioridades.

3-123

Joel Hasse Ferreira (PSE), *por escrito*. – No texto aprovado sobre as Perspectivas Financeiras, há dois pontos que mereceriam outro tratamento.

O primeiro é o da formulação pela qual se "rejeita" o acordo obtido no Conselho Europeu. Haveria outros termos mais adequados, exprimindo a não aceitação desse acordo. O segundo é o modo como é mencionada a política agrícola. A forma como alguns Estados europeus têm, através da P.A.C., recebido as verbas mais significativas do Orçamento da União tem dificultado o avanço do processo de construção europeia, impedindo critérios mais adequados de afectação de verbas.

Para Portugal, o acordo obtido no Conselho é positivo. Mas o Parlamento Europeu tem todo o direito de querer desencadear um processo conduzindo ao seu aperfeiçoamento.

Neste processo, não se produziu uma viragem significativa na metodologia orçamental, não se tendo alterado os critérios de atribuição global das verbas. Será necessário continuar a garantir a solidariedade com os Estados da coesão, meridionais e de leste. É imprescindível que o apoio à maior competitividade europeia não desfavoreça as economias actualmente menos competitivas.

3-124

Jeanine Hennis-Plasschaert (ALDE), *in writing*. – To be very clear: I do not reject the European Council's common position. However, the European Parliament, as one arm of the legislative and budgetary authority, should be able to play its full parliamentary role in the definition of policies, their reform and their budget. I therefore support the willingness of this House to enter into constructive negotiations with the Council.

3-125

Kartika Tamara Liotard (GUE/NGL), *schriftelijk*. – Hoewel de SP tevreden is met de verlaging van het EU-budget, en met name met de verbetering van de Nederlandse betalingspositie, hebben wij nog steeds grote kritiek op de wijze waarop het overgebleven geld wordt besteed. Er is nog altijd geen einde gemaakt aan de scheve verdeling van landbouwsubsidies, aan het zinloos rondpompen van geld en aan het stimuleren van prestigeprojecten. Dat juist de echt arme lidstaten nu de dupe zijn van de begrotingsafpraak is onverteerbaar.

3-126

Cecilia Malmström (ALDE), *skriftlig*. – Resolutionen förkastar rådets överenskommelse om det finansiella perspektivet. Jag anser dock att det är oklokt av Europaparlamentet att förkasta förslaget och har därför valt att lägga ner min röst. Vägen fram till rådets överenskommelse har varit lång och kantad med svårigheter och det hade varit problematiskt om rådet till sist inte lyckats komma överens i frågan. Parlamentet har förvisso medbestämmanderätt i frågan och har rätt att ogilla rådets förslag, men det vore olyckligt om långtidsbudgeten inte kom till stånd på grund av maktspel mellan institutionerna. Parlamentet måste nu ta sitt ansvar och tillsammans med rådet göra sitt bästa för att komma fram till en långtidsbudget.

Jag är av åsikten att det är bra att rådet kom överens om det finansiella perspektivet och att utgiftsnivån inte blev alltför hög, men jag är samtidigt kritisk mot stora delar av innehållet i budgeten. Exempelvis har budgeten fel profil då allt för mycket pengar läggs på jordbruk och regionalstöd.

Parlamentet vill avsätta mer pengar till viktiga områden men förespråkar en total utgiftsnivå som är för hög och vill, liksom rådet, avsätta alltför mycket pengar till jordbruksutgifter och regionalstöd. Därför ställer jag mig inte bakom parlamentets position. En hård prioritering av EU:s resurser är av avgörande betydelse för att åstadkomma de förändringar som Europa behöver.

3-127

Toine Manders (ALDE), *schriftelijk*. – Vandaag heeft het Europees Parlement een resolutie aangenomen aangaande de meerjarenbegroting van Europa. Ik verwelkom het bereikte compromis van de Raad van december 2005 en zie dit als een goed uitgangspunt voor verdere onderhandelingen tussen Europees Parlement en Raad.

De succesvolle inspanningen van het Nederlandse kabinet bij monde van minister Zalm van Financiën blijven wat mij betreft onverminderd overeind. Het besluit van de Raad om Nederland een korting te geven op haar bijdrage aan de EU van één miljard valt niet onder de bevoegdheid van het Parlement en zal dus niet onderdeel zijn van de onderhandelingen. Mijns inziens moet Europa meer investeren in kennis, innovatie en ondernemerschap. Dat zie ik voornamelijk onvoldoende terug in het huidige compromis.

Verder ben ik van mening dat het Europees Parlement, net zoals elk nationaal parlement, haar verantwoordelijkheid moet nemen bij de vaststelling van de begroting. De onderhandelingen die het Europees Parlement opent met de Raad, zijn vergelijkbaar met het debat dat de Tweede Kamer voert met het kabinet naar aanleiding van Prinsjesdag.

3-128

Διαμάντω Μανωλάκου (GUE/NGL), γραπτώς. – Το Ευρωπαϊκό Συμβούλιο κατέληξε σε συμφωνία για τις δημοσιονομικές προοπτικές 2007-2013, μετά από ένα σκληρό παζάρι για το ποιος θα δώσει λιγότερα και ποιος θα πάρει περισσότερα από τα λεφτά των λαών, για να τα καρπωθεί το ευρωμονοπωλιακό κεφάλαιο και να ενισχυθεί η κερδοφορία και τα προνόμια του. Ταυτόχρονα έβαλε τα θεμέλια για νέα αναθεώρηση της ΚΑΠ και συρρίκνωση των αγροτικών δαπανών, που θα οδηγήσει σε νέο ξεκλήρισμα των μικρομεσαίων αγροτών.

Τα λεφτά των λαών μέσα από το δημοσιονομικό πακέτο χρησιμοποιούνται αυξανόμενα κατά 110% για την ενίσχυση των κατασταλτικών πολιτικών και της στρατηγικής της αντιλαϊκής ατζέντας της Λισαβόνας, ενώ σταδιακά μειώνονται οι πόροι για τους αγρότες.

Οι ευρωβουλευτές του ΚΚΕ απορρίπτουμε τις αποφάσεις για τις δημοσιονομικές προοπτικές 2007-2013, γιατί είναι σε βάρος των λαών και των δικαιωμάτων τους. Ωστόσο δεν συμφωνούμε ούτε με την αιτιολόγηση απόρριψης που εκφράζεται στο ψήφισμα του ευρωκοινοβουλίου. Γιατί είναι στη λογική μη αμφισβήτησης ουσιαστικά της αντιλαϊκής πολιτικής και της στρατιωτικοποίησης της ΕΕ, αφού ζητά την ενίσχυση της "ανταγωνιστικότητας και ασφάλειας" της ΕΕ, όπως και τον έλεγχο των δαπανών στα κράτη μέλη. Λογική που ευνοεί τις καπιταλιστικές αναδιαρθρώσεις, τη σκληρότερη εκμετάλλευση των εργαζομένων και την ενίσχυση των κατασταλτικών και αντιδημοκρατικών μηχανισμών.

3-129

Luís Queiró (PPE-DE), por escrito. – O primeiro de todos os deveres de quem é co-decisor é o sentido de responsabilidade. Como foi público e notório, o processo que levou à aprovação das Perspectivas Financeiras em Dezembro passado foi um processo complexo, que revelou quão difícil podem ser estas negociações, em particular nas circunstâncias em que hoje estas decorrem.

Entendo, como já tive oportunidade de o dizer, que o resultado final obtido na Cimeira de Dezembro, ainda que aquém do que desejava e defendi, é um resultado globalmente positivo e favorável aos interesses europeus e portugueses. Julgo, pois, que é legítimo procurar melhorar esse acordo, mas nunca correndo o risco de perder o consenso a que chegámos. Os interesses em causa são demasiado importantes para que a principal preocupação se situe sobretudo no quadro do equilíbrio institucional.

3-130

José Albino Silva Peneda (PPE-DE), por escrito. – Votei contra o acordo do Conselho Europeu sobre as Perspectivas Financeiras por considerar que é sintomático da crise que a Europa atravessa: é pobre, sem ambição e não suscita entusiasmo.

É pobre nos montantes financeiros quando comparado com os outros parceiros institucionais. Mas também é pobre porque a proposta do Conselho Europeu é mais um somatório das reivindicações apresentadas pelos diferentes Estados-Membros do que a expressão de qualquer tipo de vontade política.

Não tem ambição por apresentar sinais evidentes de incoerência com as políticas assumidas anteriormente. Aumenta-se a frustração dos cidadãos europeus e o sentimento de ineficácia que têm pelas instituições europeias quando num dia se tomam decisões que são apresentadas à opinião pública como sinais claros de avanço em determinadas matérias de interesse para os europeus para, no dia a seguir, o mesmo Conselho não garantir nas Perspectivas Financeiras os meios para que essas acções sigam em frente.

Por fim, este acordo não gera qualquer tipo de entusiasmo por não honrar os compromissos assumidos com os países candidatos (Bulgária e Roménia).

A este tipo de atitudes chama-se, em português, hipocrisia.

3-131

Alyn Smith (Verts/ALE), in writing. – The outcome of the Council meeting at dead of night in Brussels last December fails Scotland and fails Europe. It is unacceptable to the Parliament and I am pleased to support this motion to reject the deal as agreed and to start negotiations on making it better. Parliament has been instrumental in forcing the Member States, the UK being chief among them, to act reasonably, but we can still do better than the deal before us today. I think Parliament is right to hold out for a better compromise and am glad that we have passed this motion today and look forward to the negotiations.

3-132

- Risoluzione: RC-B6-0050/2006

3-133

Proinsias De Rossa (PSE), in writing. – I welcome the decision of the European Parliament's Conference of Presidents to appoint 22 MEPs to a Committee of Inquiry charged with investigating the case of citizens, as many as 6 500 of whom are Irish, who were robbed of their savings due to the crisis at insurance company Equitable Life.

I support the petition which Equitable Life investors have submitted to the European Parliament's Petitions Committee. It is entirely right that their case will now be investigated fully by a European Parliament Committee of Inquiry.

The Irish Government should now appoint an investigator who will represent Irish citizens' interests in this matter and work with the European Parliament's Committee of Inquiry.

3-134

Alyn Smith (Verts/ALE), in writing. – Constituents across Scotland have contacted me seeking action on Equitable Life, not just words. Today we have answered their pleas, and I am glad that Parliament has taken this decisive step when the London government has not. People had their savings and pensions plans thrown into chaos when Equitable Life collapsed, and it is right that they continue to seek answers. I look forward to working with the committee to get to the bottom of this issue.

3-135

- Risoluzione: RC-B6-0051/2006

3-136

Carlos Coelho (PPE-DE), por escrito. – A Europa da Liberdade e dos Valores não pode deixar de afirmar, com clareza e transparência, a protecção inequívoca dos direitos dos cidadãos e o Primado da Lei no Estado de Direito.

O combate ao terrorismo deve ser feito neste campo. Assim, não apenas não traímos o nosso património civilizacional como beneficiamos de um amplo apoio internacional e distinguimo-nos, no que nos separa dos terroristas, que é o profundo respeito pelas pessoas e por todos os seus direitos.

Esta comissão temporária deverá desenvolver o seu trabalho no sentido de recolher e analisar toda a informação que seja relevante para se averiguar a veracidade dos factos relatados pelo *Washington Post* e corroborados pela Human Rights Watch.

É essencial que se descubra a verdade, não só porque a dúvida persistente acaba por alimentar as suspeitas e encorajar a especulação, mas também porque é claro que, em caso algum, poderemos permitir que o território europeu seja utilizado para práticas de detenção secretas, pois isso seria uma vergonha e estaria nitidamente em conflito com as regras internacionais de direitos humanos e com as próprias regras e valores europeus.

3-137

Proinsias De Rossa (PSE), in writing. – In the decision to establish a European Parliament Committee of Inquiry to investigate claims of secret CIA prisons and the torture of prisoners on EU soil or in countries seeking EU membership, if EU Member States or candidate countries had been involved, actively or passively, in running 'extra-judicial prisons', there would have been violations of the Charter of Fundamental Rights.

It is important that we get to the root of the matter. We must investigate without prejudice but without being blind to the possibilities. We want to know the truth, nothing more than the truth. If we do this, then we are genuinely battling against terrorism but also against torture.

3-138

Claude Moraes (PSE), in writing. – I voted for the setting up of a European Parliament inquiry into allegations of CIA activity in relation to alleged abductions, 'extraordinary rendition', 'detention at secret sites', 'detention incommunicado', torture, cruelty, inhuman or degrading treatment of prisoners on the territory of the EU, including acceding and candidate countries.

It is important, in light of widespread concerns, including those in my London constituency, that the EP inquiry makes a serious effort to assess the veracity of the allegations.

3-139

Αθανάσιος Παφίλης (GUE/NGL), γραπτώς. – Μπροστά στις αποκαλύψεις και το σάλο που προκάλεσαν για τη δράση της CIA, με απαγωγές πολιτών, μεταφορές υπόπτων, διεξαγωγή ανακρίσεων και ύπαρξη φυλακών σε ευρωπαϊκές χώρες, το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο προσπαθεί με τη συγκρότηση Επιτροπής Έρευνας να ρίξει στάχτη στα μάτια των λαών της Ευρώπης.

Επιδεικνύει υποκριτική ευαισθησία για την παραβίαση ανθρωπίνων δικαιωμάτων στο Ευρωπαϊκό έδαφος και προσπαθεί να διασώσει τη "χαμένη τιμή" της ΕΕ. Είναι όμως γεγονός ότι η ίδια η ΕΕ και οι κυβερνήσεις των χωρών μελών έχουν συνάψει μυστικές συμφωνίες με τις ΗΠΑ, έχουν πλήρως συνταχθεί με την ονομαζόμενη αντιτρομοκρατική εκστρατεία και τώρα προσπαθούν να παρουσιαστούν ως έκπληκτοι και αθώες περισσότερες.

Είναι πρόκληση και υποτίμηση των λαών οι πολιτικές ομάδες του Ευρωκοινοβουλίου, των οποίων τα κόμματα κυβερνούν και έχουν υπογράψει τις συμφωνίες, να εμφανίζονται διαμαρτυρόμενοι για το αποτελέσματά τους.

ΕΕ και ΗΠΑ είναι συνυπεύθυνες για την ασύδοτη δράση των μυστικών υπηρεσιών που εκτός των άλλων προετοιμάζουν την εφαρμογή των τρομονόμων για το χτύπημα του λαϊκού κινήματος και την εξαπόλυση πολέμων κατά χωρών και λαών.

3-140

Luís Queiró (PPE-DE), por escrito. – As situações de conflito, designadamente o conflito militar em que os Estados Unidos e os Aliados se encontram envolvidos, exigem uma ainda maior atenção ao respeito pelos valores fundamentais, pelos valores civilizacionais que defendemos. É em situações extremas que se deve ser mais exigente. Por essa razão, acompanho todos os que, na Europa como nos Estados Unidos, têm feito ouvir a sua voz contra eventuais abusos ou desrespeitos desses valores. Nesse sentido, fica aqui, como tenho tido oportunidade de fazer noutras ocasiões, expressa a minha posição clara.

Isto dito, e relativamente aos chamados "voos da CIA", não posso deixar de lamentar os termos em que este debate tem decorrido, um debate muitas vezes assente em alegações, suspeitas e acusações difusas onde a palavra dos nossos aliados e dos dirigentes políticos máximos dos Estados-Membros parece ser a menos valorizada.

Neste contexto, considero, que a Conferência de Presidentes conseguiu encontrar uma solução justificada e, sobretudo, equilibrada e compatível com o papel que pode caber ao Parlamento Europeu nesta matéria, razão pela qual a votei favoravelmente.

3-141

Alyn Smith (Verts/ALE), in writing. – The allegations that our friends and colleagues the Americans have used European airports as staging posts in flights which would be illegal under our laws are worrying in the extreme. It is right that we in the European Parliament should seek to shed light on this murky business, as this issue is of importance to all our citizens. I for my part do not believe that the Americans are guilty of half the things they stand accused of, but we will only be able to answer these allegations by getting to the truth of the matter, and I look forward to working with the Inquiry to do just that.

3-142

- Relazione: Cavada (A6-0003/2006)

3-143

Luís Queiró (PPE-DE), por escrito. – O nosso empenho no que deve ser, de uma forma ampla, todo o processo de paz no Médio Oriente exige que a União Europeia tenha uma posição clara e constante de defesa da Democracia, da legalidade, dos Direitos Humanos. Ora, no caso em apreço, os passos que têm sido dados no Líbano exigem o nosso apoio não apenas formal, mas também substancial, efectivo, o que significa, designadamente, a nossa colaboração em tudo quanto respeita ao apuramento da verdade no caso do assassinato do antigo Primeiro-Ministro Rafiq Hariri. Por essa razão, votei favoravelmente o presente relatório, não querendo, no entanto, deixar de fazer referência às questões processuais que o relator suscita e que, a meu ver, merecem atenção.

3-144

- Relazione: Sjöstedt (A6-0001/2006)

3-145

Ilida Figueiredo (GUE/NGL), por escrito. – Foi positiva esta aprovação do relatório final da conciliação sobre a gestão de resíduos de indústrias extractivas, que também tem interesse para Portugal.

Com esta nova legislação, há um reforço das regras ambientais em vários Estados-Membros e uma maior obrigação das indústrias para reparar os locais depois de concluírem as suas actividades industriais, assumindo as suas responsabilidades na defesa do ambiente e da saúde pública.

Igualmente importante é o inventário que deve ser feito sobre as situações existentes para que se tomem as medidas adequadas.

Esperemos que haja uma prática consentânea com estes propósitos.

3-146

Luís Queiró (PPE-DE), por escrito. – A presente directiva constitui um importante texto da legislação relativa ao ambiente.

Após o louvável trabalho do relator e de toda a delegação do Parlamento à conciliação, só posso manifestar o meu apoio a este relatório dadas as medidas importantes que se prefiguram para contribuir para a redução dos efeitos negativos no ambiente bem como os riscos para a saúde humana, resultantes de resíduos das indústrias extractivas.

Por isso, votei favoravelmente o relatório do colega Sjöstedt.

3-147

- **Relazione: Maaten (A6-0415/2005)**

3-148

Andreas Mölzer (NI). – In den nahezu 20 000 Badegewässern der Europäischen Union können bakteriologische Gefahren lauern, die man nicht ahnt. Da ein Schwimmer durchschnittlich rund 50 Milliliter Wasser schluckt, planschende Kinder bisweilen das Zehnfache, muss gewährleistet werden, dass keine Erkrankungsgefahr besteht. Die unterschiedlichen Krankheitserreger können von Übelkeit bis zu Hautausschlägen auch lebensbedrohliche Erkrankungen auslösen. Umso erfreulicher ist es also, dass die europäische Richtlinie die Qualität der Badegewässer in den letzten Jahren verbessern konnte. Allerdings ist gerade die Selbstregulationsfähigkeit kleinerer Seen wie bei uns im Alpenraum, in meiner österreichischen Heimat, rasch überschritten. Wir dürfen also nicht allein auf gesetzliche Bestimmungen, Verbote und Investitionen bauen, wir müssen vielmehr bemüht sein, auch die aktive Mitarbeit und ein entsprechendes Umweltbewusstsein der Bürger einzufordern.

3-149

Charlotte Cederschiöld, Christofer Fjellner, Gunnar Hökmark och Anna Ibrisagic (PPE-DE), *skriftlig*. – EU borde naturligtvis inte ha ett gemensamt direktiv för kvaliteten på badvatten. Vi har röstat för rapporten då parlamentet lyssnat till vår kritik och minskar den reglering vi har nu. Rapporten avvisar även kraftfullt de förslag till ytterligare reglering som förelåg när parlamentet behandlade frågan förra gången.

Det bör påpekas att det tidigare förslaget tydligt visade hur svårt det är med detaljerade regler som skall gälla under helt olika förhållanden. I länder med långa kuster, stora vattenytor, korta badsäsonger, låga vattentemperaturer och gles befolkning bör andra krav ställas än i länder med tätbefolkade stränder dit många reser för att bada i varmt vatten under lång tid. Vi moderater gläds åt att vi fått gehör för vår kritik.

3-150

Carlos Coelho (PPE-DE), *por escrito*. – Apoio, claramente, esta proposta que se reveste de especial importância para o meu país - Portugal - o qual possui uma costa que se aproxima, em extensão, de metade do limite do território nacional, rico em rios e outros cursos de água, com um povo com hábitos balneares e um número cada vez maior de praticantes de desportos aquáticos.

Esta proposta representa um passo significativo em termos de protecção da saúde da população e do ambiente, uma vez que as alterações previstas trazem claras melhorias ao nível do conhecimento, do controlo e da qualidade das águas balneares.

O texto obtido em comité de conciliação vem colmatar lacunas e actualizar o regulamento actualmente em vigor relativo à qualidade das águas balneares.

O grau de exigência tornou-se maior ao nível dos novos parâmetros bacteriológicos para que a qualidade das águas seja considerada "suficiente", do carácter obrigatório da informação e do direito de participação do público e da standardização da sinalização em todos os países da União Europeia, o que representa uma redução importante dos riscos para a saúde e contribui para a prevenção de doenças e infecções.

3-151

Lena Ek (ALDE), *skriftlig*. – Jag har idag valt att rösta ja till förlikningskommitténs gemensamma utkast till Europaparlamentets och rådets direktiv om förvaltning av kvalitet på badvatten. Min utgångspunkt är att detta är en fråga om subsidiaritet, det vill säga bör hanteras på lokal eller regional nivå i det här fallet. Badvatten är en fråga som berör många svenska kommuner som har ett enormt stort antal badplatser. Det är därför viktigt att direktivet inte belastar kommunerna med ökad byråkrati. Att jag trots allt sagt ja beror på att detta direktiv innebär många förbättringar mot det direktiv om badvattenkvalitet från 1976 som idag gäller. Dels innebär det en förenkling, dels förbättrade förutsättningar för hälsa och miljö. Ett smalare men vassare EU behöver se över om frågor som denna inte borde föras tillbaka till medlemsstaterna att hantera på nationell eller lokal/regional nivå.

3-152

Ilda Figueiredo (GUE/NGL), *por escrito*. – Na solução encontrada, o que há de mais importante é alguma actualização da directiva sobre a qualidade das águas balneares, de 1976, que se encontra ultrapassada face à evolução dos conhecimentos científicos e às exigências de ordem sanitária. Segundo o relator, a aplicação destas alterações irá possibilitar uma diminuição dos riscos para os banhistas de 12% para 7,5%.

Isto significa que a conciliação, muito difícil, de posições muito divergentes terminou com um resultado satisfatório mas insuficiente, designadamente quanto aos parâmetros que passam a ser obrigatórios.

É na área da informação ao público que há maiores ganhos. Espera-se que a informação passe a ser tornada pública no momento e visível nos locais de águas balneares.

3-153

Duarte Freitas (PPE-DE), por escrito. – O texto obtido em comité de conciliação e hoje sujeito a votação apresenta alterações muito positivas relativamente à proposta apresentada em 2ª leitura, a 21 de Abril de 2005.

A não incorporação da proposta para supressão da distinção entre águas costeiras e águas interiores no conjunto de medidas a adoptar e a não supressão no texto final da classificação de qualidade "suficiente" salvaguarda os superiores interesses de Portugal nesta matéria e vem ao encontro das mais recentes recomendações da OMS.

Considero positivos os parâmetros propostos para aferir a qualidade das águas balneares, bem como a metodologia adoptada para a sua avaliação e classificação, sendo portanto favorável à sua adopção.

Julgo que, desta forma, será não só possível melhorar a qualidade do ambiente, como também defender e informar melhor o cidadão da qualidade das águas balneares que utiliza.

3-154

Hélène Goudin, Nils Lundgren och Lars Wohlin (IND/DEM), skriftlig. – Detta betänkande behandlar en fråga som inte borde vara på EU:s agenda. Det går självfallet inte att jämföra förhållanden och förutsättningar mellan badvatten i Medelhavet och tusentals sjöar i länder som Sverige och Finland. Badvattendirektivet utgör ett exempel på att EU sällan tillämpar vare sig subsidiaritetsprincipen eller proportionalitetsprincipen i praktiken. Detta faktum är beklagligt.

Det förslag som förlikningsförfarandet har resulterat i har vissa fördelar jämfört med det direktiv som gäller för närvarande. Till exempel är antalet kriterier som medlemsstaterna skall tillämpa färre. Samtidigt tillkommer nya absurda krav, såsom att EU-harmoniserade skyltar skall införas på badplatserna i EU.

Vi har tilltro till att medlemsstaterna självständigt kan hantera frågor som gäller vattenkvaliteten på badplatser. Vi är därmed principiellt emot badvattendirektivet, och har röstat nej till förlikningskommitténs kompromiss.

3-155

Cecilia Malmström (ALDE), skriftlig. – Jag har valt att rösta ja till förlikningskommitténs gemensamma utkast till Europaparlamentets och rådets direktiv om förvaltning av kvalitet på badvatten. Principiellt anser jag inte att kvalitet på badvatten är en fråga som bör hanteras på EU-nivå, det bör behandlas av medlemsstaterna på nationell eller lokal nivå. Skälet till min ja-röst är att förslaget innefattar betydliga förenklingar av ett tidigare direktiv från 1976 om badvattenkvalitet. Att rösta ja till detta förslag är ett led i kampen om att förenkla EU:s lagstiftning. Samtidigt innebär det naturligtvis också förändringar i rätt riktning vad gäller hälsa och miljö.

För att EU ska bli effektivare och handlingskraftigt i de stora gränsöverskridande frågorna krävs det att man överlämnar viss politik till medlemsländerna. Detta är en sådan fråga, den måste ligga närmare medborgarna.

3-156

David Martin (PSE), in writing. – I voted for this report because the new fourth water quality category as introduced by the Council is maintained, and the four categories are now combined with better figures for the level of toxicology defining them. These new figures should help decrease the risks to bathers' health by improving the category levels.

3-157

Luís Queiró (PPE-DE), por escrito. – O acordo obtido em conciliação sobre a directiva da gestão da qualidade das águas balneares assenta em novos critérios para a avaliação da qualidade das águas e a informação ao público.

Para Portugal, estes critérios de maior exigência, bem como de melhor informação ao público, são fundamentais, não só dada a extensão da costa portuguesa, mas também dado o valor social, cultural e económico que esta costa e os seus inúmeros cursos de água representam para o país, em termos de actividades turísticas, mas também em termos de actividades socioculturais.

Efectivamente, todas as medidas devem ser tomadas no sentido da prevenção e da redução dos riscos de saúde. Por isso, considero que esta proposta é de significativa importância para a protecção da saúde da população e do ambiente. As alterações previstas trazem, pois, claras melhorias ao nível do conhecimento, do controlo e da qualidade das águas balneares, mantendo o equilíbrio desejado quanto aos custos associados à introdução dos novos critérios de qualidade. Votei favoravelmente o relatório do colega Maaten.

3-158

Margrietus van den Berg (PSE), in writing. – The subject of this resolution, the quality of bathing water, is important, but should in my opinion, from the viewpoint of subsidiarity, be dealt with at the national level. There is no added value in regulating this subject at the European level. For this reason I vote against this resolution.

3-159

- Relazione: Korhola (A6-0381/2005)

3-160

Eija-Riitta Korhola (PPE-DE), esittelijä. – Arvoisa puhemies, puheeni loppui harmillisessa paikassa kesken, kun aika loppui, ja haluan korjata sitä. Luen sen, mitä minun piti sanoa, jotta ympäristöjärjestöille ei tulisi väärinkäsityksiä siitä, mitä sanoin:

Esimerkki tästä on suurimmilta ympäristöjärjestöiltä tällä viikolla tullut kirje, joka antaa harhaanjohtavan kuvan niille nyt mahdollisesti avautuvasta muutoksenhakuoikeudesta. Ne mainitsevat teollisuusyritysten omaavan mahdollisuuden nostaa kanteita EY-tuomioistuimessa, ja nyt tämä lainsäädäntö vain toisi ne samalle tasolle. Kirje jättää mainitsematta, että nyt ympäristöjärjestöt eivät suinkaan tavoittele samaa tasoa yritysten kanssa, joilta vaaditaan kyseessä olevan päätöksen koskevan niitä "suoraan ja erikseen", toisin sanoen asianosaisena, vaan ympäristöjärjestöt saivat nyt koko unionin alueella ilman asianosaisuuskriteerejä valita, mistä kohteesta ne ovat kiinnostuneita. Harhaanjohtamista oli se, että tämä olennainen yksityiskohta jätettiin sanomatta.

3-161

Proinsias De Rossa (PSE), in writing. – I very much welcome the draft regulation to apply the provisions of the Århus Convention to EC institutions and bodies. Citizens have a legitimate right to information and environmental justice, including from the EC.

In particular, I believe the definition of 'environmental information' set out in the proposed regulation should include information about the state of progress of proceedings against Member States for infringing EC law. All too often, the only way EU citizens can find out about the failure of their Member States to respect the commitments they have freely entered into is by monitoring Commission press releases. This is not sufficient and has to be put on a firmer footing.

Lastly, I regret the failure of the Council to reach agreement on the related draft Directive on Access to Justice, as endorsed by the EP with amendments on 31 March 2004, and I urge the Council and the Commission to redouble their efforts on this particular initiative.

3-162

Ilda Figueiredo (GUE/NGL), por escrito. – Consideramos importantes as alterações hoje aprovadas ao relatório sobre a aplicação das disposições da Convenção de Aarhus nas instituições europeias, que dá prioridade ao direito do público ao conhecimento dos procedimentos relativos à participação no processo de tomada de decisões, a saber como utilizá-los, ao direito de acesso à informação e, finalmente, ao acesso à justiça em matérias ambientais.

Por exemplo, foram introduzidas alterações sobre a definição de prioridades da política ambiental e a participação do público na definição das políticas relativas ao ambiente, tendo-se tornado obrigatória a indicação clara de como obter a informação, designadamente informação sobre a situação dos processos por infracção do direito e a disponibilização da informação através da consideração dos resultados das diversas consultas.

No entanto, nalguns domínios fica aquém das exigências da Convenção, designadamente no domínio do acesso à justiça, na medida em que não são estabelecidos mecanismos de assistência para reduzir ou eliminar os entraves financeiros recorrentes, sendo que, na grande maioria dos casos, o acesso à justiça é condicionado, precisamente, pela falta de meios financeiros de quem a ela recorre.

Mas, no seu conjunto, é um passo importante no sentido de garantir uma participação efectiva (através de procedimentos desenvolvidos em prazos razoáveis) e um acesso à informação que permita a participação devidamente fundamentada e democrática.

3-163

Robert Goebbels (PSE), par écrit. – J'ai voté contre certains amendements du Parlement sur l'application de la convention d'Århus. Je suis bien sûr pour une information aussi complète que possible du public. Mais je ne pense pas que ces informations doivent mener à des actions en justice répétitives de certaines ONG, dont la représentativité reste à démontrer. L'intérêt général, s'il est prouvé, doit primer sur des considérations souvent égoïstes.

3-164

Hélène Goudin, Nils Lundgren och Lars Wohlin (IND/DEM), skriftlig. – Vi anser att Århuskonventionen utgör ett värdefullt rättsligt instrument för att garantera allmänhetens tillgång till miljöinformation och deltagande i beslutsprocesser. Syftet med konventionen är därmed positivt. Vi har röstat nej till ändringsförslag 25. Rent principiellt anser vi att talan i mål bör ske inför nationell domstol som tillämpar gällande rätt.

3-165

Toine Manders (ALDE), schriftelijk. – In een samenleving gebaseerd op democratische waarden vind ik dat elke partij dezelfde rechten moeten worden toegekend. Daaronder vallen dus ook gelijke, niet-discriminatoire toegangsmogelijkheden tot de rechter voor burgers, bedrijven en NGO's. Artikel 230(4) van het Verdrag voorziet hier reeds in en volstaat derhalve. Daarom heb ik gemeend tegen de amendementen 19, 22, 24 en 25 te moeten stemmen.

3-166

- **Relazione: Jarzembowski (A6-0410/2005)**

3-167

Frank Vanhecke (NI). – Voorzitter, het was eigenlijk gisteren al duidelijk, na het debat over de liberalisering van de havendiensten, dat een grote meerderheid van de parlementsleden gevoelig was en is voor de terechte argumenten van de Europese havenarbeiders en dat is uiteraard een goede zaak.

We kunnen alleen maar hopen dat de toch wat wereldvreemde Europese Commissie niet blijft volharden in haar boosheid en wat dat betreft mogen we niet te optimistisch zijn vermits wij, geloof ik, volgende maand hier reeds opnieuw de Bolkesteinrichtlijn op ons bord krijgen.

Dit gezegd zijnde wil ik toch even met groot genoegen erop wijzen dat wij door het wegstemmen vandaag van het verslag Jarzembowski duidelijk hebben gekozen voor het principe van "werk voor eigen volk eerst". We hebben onze eigen nationale dokwerkers beschermd tegen oneerlijke concurrentie uit landen die er totaal andere arbeidsvoorwaarden op nahouden. Ik ben verheugd dat links en rechts in dit Parlement alvast voor één keer voor het eigen volk eerst gekozen hebben. Voor één keer de fundamentele belangen van onze eigen burgers boven de ideologie hebben gesteld. Het is een voorbeeld dat hopelijk navolging zal krijgen.

3-168

Dirk Sterckx (ALDE). – Voorzitter, ik heb het voorstel voor de havenrichtlijn niet verworpen. Ik vind dat we het voorstel van de Commissie hadden moeten amenderen en verbeteren, want er lag een evenwichtig pakket met amendementen op tafel.

We hadden de zelfafhandeling uit de richtlijn kunnen schrappen, zoals de vakbonden vroegen. We hadden een kader kunnen maken voor vergunningen en contracten, voor de selectie van havendienstverleners door de havenautoriteiten. We hadden een duidelijk rechtskader voor de loodsdiensten kunnen maken. We hadden een duidelijk overgangsregime voor bestaande licenties kunnen maken.

Een meerderheid van ons Parlement vindt dat we dat niet moeten doen, ook al zijn we nu al tien jaar aan het discussiëren over een Europees havenbeleid en ook al zijn alle argumenten intussen al wel bekend. Ik ben niet bereid op korte termijn te redeneren en mijn kop in het zand te steken. Wij, politici, moeten ons wetgevend werk doen en we doen dat vandaag niet. We geven het beleid nu door aan de rechters van het Europese Hof. Zij zullen beslissen wat vrij verkeer van diensten in onze havens betekent. Ons Parlement is vandaag kortzichtig geweest. Ik had een ander standpunt.

3-169

Christopher Heaton-Harris (PPE-DE). – Mr President, I was the EPP rapporteur for the Internal Market Committee for the Port Services Directive, and obviously I voted to reject it - but for completely different reasons from almost everyone else in this House. This directive was a step back from the liberalisation that we have already undertaken in the United Kingdom. Whilst many in this House were burying their heads in the sand to the fact that we are now operating in a global economy and our competitors are better and quicker at doing things than us, I was concerned that this pretty pathetic proposal for a directive emanating from the last Commission, which should never have been resubmitted by the current Commission, did not go far enough.

There are many reasons why we should be aware of and concerned about our global competitors. Sticking our heads, necks and everything else into the sand, and forgetting that we are in a global market, is no way to deal with that situation.

3-170

James Hugh Allister (NI), in writing. – I voted against the proposed Port Services Directive as I believe it would have serious implications for the main port in my constituency: Belfast Port. By imposing the usual 'one-size-fits-all' solution on all EU ports, the directive would subject Belfast Port, which handles 66% of Northern Ireland's seaborne trade, to unnecessary and commercially restrictive practices which would damage its economic viability.

In particular, Belfast's on-going investment programmes, crucial to the docks' future and currently being rolled out, would be adversely affected because of the need to constantly re-tender, which is not practical in securing long term infrastructure.

While it is quite right that certain markets should be open to competition, I consider it unnecessary to apply such requirements in this form to markets which are already the product of open contractual competition, such as that of cargo handling in Belfast Port.

Northern Ireland relies greatly on the maintenance of a competitive and efficient port infrastructure. In my opinion, this unnecessary directive would only stymie the development of Belfast and other ports. I therefore totally reject this proposal, whose effect would be stultifying and regressive.

3-171

Kader Arif (PSE), par écrit. – Alors que nos ports européens comptent parmi les plus modernes et les plus compétitifs au monde, je ne comprends pas la nécessité d'une directive visant à libéraliser les services portuaires en Europe.

Je ne comprends pas non plus l'obstination de la Commission à vouloir imposer une législation que ni les armateurs, ni les gestionnaires des ports européens et encore moins les dockers ne trouvent satisfaisante. Entêtement qui frise le déni démocratique, quand on sait que la Commission ose nous resservir une proposition que les élus de cette assemblée ont déjà rejetée.

En introduisant l'auto-assistance, ce texte menace non seulement les emplois de milliers de travailleurs dans les ports européens, mais également la sécurité des biens et des personnes par la mise en concurrence avec des équipages précaires, souvent sans qualification professionnelle.

J'ai donc tenu par mon vote de rejet de ce texte inique à assurer de ma solidarité ceux qui défendent la survie de leur profession. Et j'appelle la Commission à se mettre enfin au travail pour assurer un haut niveau d'emploi et une harmonisation sociale par le haut, plutôt que de se livrer au détricotage systématique et éhonté des acquis sociaux de nos concitoyens doublé d'un dumping social effréné.

3-172

Marie-Arlette Carlotti (PSE), par écrit. – La Commission veut faire passer en force une directive déjà rejetée à trois reprises par le Parlement européen lors de la dernière législature. C'est un déni de démocratie.

Il n'y a pourtant aucune raison d'adopter aujourd'hui ce texte, qui menace gravement la sécurité et les emplois.

Par l'auto-assistance, qui permet de faire réaliser par des "profanes" la manutention et le fret, il introduit le dumping social et met en cause la sécurité.

Parmi les métiers portuaires, personne n'est satisfait de ce texte: ni les armateurs, ni les pilotes, ni les lamaners.

Alors pourquoi, si ce n'est au nom du libéralisme, vouloir faire de nos ports des supermarchés en bradant les structures portuaires au privé?

Les ports européens sont compétitifs et, si nous devons légiférer, ce serait sur la sécurité maritime, la sécurité des détroits, l'aménagement du territoire et la très grande concentration des équipements en mer du Nord au détriment de la Méditerranée.

La proposition de la Commission ne répond pas aux besoins actuels de nos ports. Elle doit être rejetée.

Ce mois-ci, la directive portuaire, le mois prochain la directive "Bolkestein"... Quand allons-nous écouter les citoyens d'Europe?

3-173

Richard Corbett (PSE), in writing. – I voted against this proposed directive and I welcome its rejection by Parliament. This rejection shows that the system of checks and balances in the EU's institutional system actually works. Without the existence of the elected European Parliament, there would have been a real danger that, if left to their own devices, the Commission and national ministers in the Council would have adopted this undesirable piece of legislation.

3-174

Paolo Costa (ALDE), in writing. – The ALDE Group believes that port services must be covered by a Community legislative framework which takes account of their particular conditions. Such a framework should allow fair access between the suppliers of services to port activities and would represent an essential asset for the development of the ports. It would also be an opportune moment to consider the role of the port authority or the operating methods of the port.

In addition, a very clear clarification of the conditions of attribution of State aid must be carried out in order to guarantee transparent and fair competition between ports.

In the absence of such a framework, the Treaty would be applied on a case-by-case basis, which would lead to a situation where the disputes would be resolved in the courts – a de facto government by judges – and where the two legislative arms of the European Union would be left aside.

The European Commission proposal was not sufficiently complete or clear to gain the support of the European Parliament without substantial amendment.

Following the rejection of this proposal, and for all these reasons, ALDE urges the European Commission to conduct a comprehensive consultation process with ...

(Abbreviated in accordance with Rule 163(1) of the Rules of Procedure)

3-175

Manuel António dos Santos (PSE), *por escrito*. – A União Europeia só pode desenvolver-se e afirmar-se se se fundar em valores como a solidariedade, a tranquilidade, a convivência social e a defesa intransigente da tranquilidade pública.

A discussão, no Parlamento Europeu, da directiva sobre o acesso ao mercado dos serviços portuários decorreu num ambiente carregado de pressões ilegítimas e de violência dos quais decorreram danos materiais e pessoais injustificados.

Não é aceitável reconhecer qualquer benefício aos infractores da lei e das regras de convivência.

Por isso, independentemente do valor intrínseco das matérias tratadas na directiva e do equilíbrio de interesses sociais obtidos, decidi abster-me.

3-176

Edite Estrela e Emanuel Jardim Fernandes (PSE), *por escrito*. – Votamos a rejeição da proposta de directiva porque acreditamos que uma liberalização desregrada e selvagem do acesso ao mercado dos serviços públicos criará sérios problemas para a segurança e a saúde pública, a garantia de prestação e a sustentabilidade de um serviço, também ele de natureza pública, conduzindo a uma redução da eficácia do próprio serviço.

Decorridos três anos da primeira proposta da Comissão nesta área, que na altura foi rejeitada, encontramos-nos, novamente, perante uma proposta de resolução votada negativamente pela Comissão competente, voto esse que envia a este Parlamento uma mensagem clara: um texto passível de criar toda uma série de incongruências jurídicas com o quadro normativo internacional existente mas também com o actual Direito Comunitário – por exemplo, com o Regulamento (CEE) nº 1191/69 relativo às obrigações inerentes à noção de serviço público - e favorável a uma desregulamentação total dos serviços de auto-prestação não pode ser considerado positivo.

No entanto essa mesma mensagem vai mais além afirmando claramente que uma proposta aplicável a portos substancialmente diferentes, onde uma liberalização forçada poderá gerar monopólios economicamente negativos e, por último, uma proposta com consequências nefastas do ponto de vista social, não pode ser considerada nos seus méritos uma proposta plausível de ser adoptada pelos representantes dos povos europeus.

3-177

Bruno Gollnisch (NI), *par écrit*. – La directive de la Commission européenne sur la libéralisation des services portuaires n'est ni plus ni moins qu'une directive Bolkestein appliquée aux ports. Elle revient devant cette assemblée, alors même qu'elle avait été rejetée, dans sa version précédente et quasi identique, il y a quelques mois. Comme la directive Bolkestein, ce texte organise le dumping social sur le territoire même de l'Union. Comme elle, il menace des emplois. Comme elle, il ne garantit rien: ni compétitivité, ni croissance, ni efficacité, ni sécurité. Rien que la "libéralisation", au nom de la sacro-sainte concurrence. Et tant pis pour les conséquences réelles.

Sans doute, les ports européens ne sont pas aussi compétitifs qu'il serait souhaitable. Sans doute faut-il désengorger les voies de transport terrestres. Sans doute y aurait-il beaucoup de choses à dire sur certains monopoles syndicaux et leurs abus. Mais ce n'est pas en détruisant des emplois, en proposant des textes idéologiques sans études d'impact, en ouvrant nos économies à la concurrence mondiale déloyale que vous résoudrez ces problèmes.

Notre objectif primordial doit être de défendre l'emploi européen des travailleurs européens et pour nous, au Front National, l'emploi français des travailleurs français. Notre rejet est sans appel.

3-178

Hélène Goudin, Nils Lundgren och Lars Wohlin (IND/DEM), *skriftlig*. – Hamndirektivet utgör ett exempel på överflödigt EU-lagstiftning. Vi röstade nej till betänkandet och förordar att kommissionens förslag förkastas. Vi valde att stödja de ändringsförslag som syftar till att begränsa direktivets omfattning. Vi röstade därmed ja till förslag som innebär att lotsningstjänster och egenhantering skall uteslutas från direktivets tillämpningsområde. Vi är kritiska till hamndirektivet av flera skäl:

– Hamndirektivet tar varken hänsyn till subsidiaritets- eller proportionalitetsprincipen. Politiska beslut om lotsning, lossning och egenhantering skall fattas på nationell nivå;

– Direktivförslaget innebär att personal som utför samma jobb kan tillhöra olika fackliga organisationer. Detta bäddar för driftstörningar och motverkar ordning och arbetsfred inom branschen;

– Hamndirektivet kommer knappast att främja konkurrensen. Hamnarna är företag som konkurrerar med varandra. Hamndirektivet är ett försök att tvinga dem att acceptera att andra företag ska kunna ta över delar av verksamheten mot deras vilja. Det är orimligt. Ingen skulle komma på idén att tvinga Volvo att acceptera underleverantörer som de inte vill ha.

Konkurrensen mellan hamnföretagen är positiv och leder till effektivare lösningar. Om ett storföretag i en annan bransch inte är effektivt och kundvänligt blir det utkonkurrerat. Så fungerar det också i de företag som Europas hamnar utgör.

3-179

Louis Grech (PSE), *bil-miktub.* – Din hija direttiva li timponi regolamenti u kontrolli li la huma meħtieġa u wisq inqas mixtieqa.

Id-direttiva kif proposta tpoġġi fil-periklu l-ġhajxien tal-ħaddiema tal-port f'ħafna pajjiżi, fosthom Malta. Dan għalina huwa fundamentali. Kif imfassla, id-direttiva ġġib magħha inqas kwalità fis-servizzi, inqas livelli ta' sigurtà u aktar theddid għall-investiment li jkun sar jew għad irid isir biex itejjeb l-infrastruttura f'diversi portijiet.

Kontra dak li qed jintqal minn membri tal-Kummissjoni, din id-direttiva la sejra toħloq swieq ġodda, la se tagħmel kompetizzjoni aktar ġusta u wisq anqas se tnedi opportunitajiet ġodda għall-ħaddiema. Anzi din se taffetwa ħażin mhux biss lil kull min jahdem fil-portijiet, imma anki setturi oħra fl-ekonomija.

Irridu nifhmu li bit-tkabbir ta' l-Unjoni Ewropea kibret id-diversità tal-pajjiżi membri u għalhekk wieħed irid joqgħod attent meta nillegizlaw li ma nkunux qed inpoġġu l-pajjiżi f'keffa waħda u nassumu li dak li jghodd għal pajjiż wieħed jghodd ukoll għal kulhadd.

Għaldaqstant b'solidarjetà mal-ħaddiema f'Malta u bosta pajjiżi oħra, qed nivvota kontra din id-direttiva li tiżvantagġja lill-ħaddiema u li, kollox ma' kollox, toħloq aktar problemi milli ssolvi.

3-180

Françoise Grossetête (PPE-DE), *par écrit.* – J'ai voté contre le rejet du texte, en effet j'aurais aimé pouvoir me prononcer sur le texte amendé.

Les amendements proposés auraient permis d'aider les ports européens à répondre à la concurrence mondiale.

L'émotion du moment l'a emporté sur l'avenir de nos ports.

Je souhaite souligner l'attitude inacceptable des dockers. Jamais nous n'aurions vu un parlement national attaqué comme le Parlement européen l'a été hier. En jetant des pavés, des barres de fers et autres, les dockers s'en sont pris au Parlement qui, en Europe, défend le plus les travailleurs.

Je condamne donc leurs agissements. Si je partage leurs inquiétudes sur quelques points, jamais je ne céderai devant la violence utilisée comme moyen de pression. Il s'agit là d'une atteinte à la démocratie.

Oui, il est inconcevable que des personnes non qualifiées travaillent dans nos ports. Mais on ne peut pas parler sans cesse de développement économique, de compétitivité, de progrès sociaux, sans s'en donner les moyens. Il est crucial pour les ports de Hambourg, de Marseille ou d'Anvers d'offrir des services au moins aussi attractifs que ceux proposés dans les ports asiatiques. Il y va de leur survie.

3-181

Pedro Guerreiro (GUE/NGL), *por escrito.* – A proposta de rejeição da Directiva dos serviços portuários que apresentámos foi aprovada!

Pela segunda vez, a tentativa da liberalização dos serviços portuários foi derrotada, após a significativa mobilização dos trabalhadores do sector, que, desde o primeiro momento, lutaram - potenciando e aprofundando contradições existentes -, contra esta nova ofensiva que agredia o emprego com direitos e colocava nas mãos dos grandes armadores internacionais um sector estratégico para o desenvolvimento nacional.

No entanto há que continuar alerta para qualquer nova tentativa, ao nível da União Europeia, de rerepresentar o que agora foi, pela segunda vez, rejeitado. Será de combater firmemente novas tentativas de liberalização dos serviços portuários, quer estas sejam pela inclusão deste sector na inaceitável proposta de directiva do mercado interno de serviços, quer pela sua realização por etapas, rerepresentando a proposta para o tráfego marítimo intracomunitário.

Como os trabalhadores sublinham, nada justifica uma directiva comunitária sobre o sector.

Neste momento, há que saudar a vitória da luta dos trabalhadores do sector portuário, vitória que se insere na luta dos trabalhadores dos diferentes países contra as políticas neo-liberais da União Europeia que, indo ao encontro dos interesses dos grandes grupos económico-financeiros, atacam os direitos dos trabalhadores e o sector e serviços públicos nacionais.

3-182

Jeanine Hennis-Plasschaert (ALDE), *in writing.* – Port services must be covered by a legislative framework taking into account their specificity. A Community framework would allow equitable access to port activities. Furthermore an

integrated policy is necessary to facilitate the development of European ports. It would also be the opportune moment for due consideration of the role of the managing body of the port as well as the operating methods of the port.

In addition, very clear clarification on State aid rules is essential in order to guarantee transparent and fair competition between European ports. Decisions on a case-by-case basis, which would lead to a 'Gouvernement des juges', where the two legislative bodies of the European Union are left aside, are not acceptable.

The European Commission's proposal was not sufficiently complete to gain support. Following the rejection of this proposal, and for all reasons mentioned, I urge the European Commission to enter into a vast consultation process with all parties concerned, also giving voice to those parties neglected until now and representing the demand side, and to propose an ambitious white paper on European seaports policy in its entirety, and this at the earliest possible opportunity.

3-183

Ian Hudghton (Verts/ALE), in writing. – I voted against the report and against the directive just as I had done the first time this proposal came before us. Port owners and managers did not want the Directive. Employees and trade unions did not want it.

I am pleased that MEPs have once again rejected the proposal and I hope that this time the Commission will listen to our democratic voice, not attempt to reintroduce their unwelcome plans.

3-184

Anne E. Jensen (ALDE), skriftlig. – Venstres medlemmer af Europa-Parlamentet stemte for det første ændringsforslag om at afvise Kommissionens forslag, da det er umuligt at få et tilfredsstillende resultat igennem på baggrund heraf. Der er behov for et havneservicedirektiv, men ikke i form af Kommissionens direktiv. Processen for at få lovgivet på området må starte forfra.

3-185

Carl Lang (NI), par écrit. – Suppression d'emplois, dumping des salaires et des normes sociales, abaissement des normes de sécurité et de qualifications professionnelles, voilà ce que nous propose la Commission européenne dans la troisième version de la directive sur la libéralisation des services portuaires.

Les milliers de dockers de toute l'Europe qui manifestaient en novembre 2003 pour dénoncer ces méfaits n'auront pas suffi à faire entendre raison. L'ultralibéralisme antinationale et antisocial érigé en dogme par la Commission ne souffre pas d'exceptions: à l'instar du projet de Constitution européenne rejeté par référendum par la France et les Pays-Bas, la volonté de faire revenir le dossier des services portuaires à l'ordre du jour européen est toujours omniprésente à Bruxelles.

Véritable petite soeur de la directive Bolkestein, la directive sur la libéralisation des services portuaires n'a pour but que de permettre d'organiser la concurrence entre les salariés en utilisant une main d'oeuvre étrangère sous-qualifiée à bord de navires bien trop souvent à pavillon de complaisance, et ce, au détriment des travailleurs nationaux.

Les talibans du libre-échange, après s'être attaqués à nos services publics, à nos industries du textile, de la sidérurgie ou du charbon, s'en prennent donc aux travailleurs des ports en voulant imposer leur philosophie antinationale de préférence étrangère à l'embauche. Le Front national, comme toujours, lui, est pour la défense du travail français.

3-186

Marine Le Pen (NI), par écrit. – Ce que la Commission nous propose avec cette directive sur la libéralisation des services portuaires, ce sont ni plus ni moins des ports de complaisance. Nous n'en voulons pas. Pas plus que nous ne voulons des navires à pavillons de complaisance sur lesquels des armateurs peu scrupuleux embauchent une main d'oeuvre mal formée et sous-payée.

La libéralisation à tout prix voulue par Bruxelles dans ce domaine est synonyme de chômage et de misère sociale. Au nom de son idéologie ultralibérale et antinationale, la Commission nous annonce une réduction des coûts au détriment de la sécurité, de l'emploi et de la qualité des services. La démolition du monopole dont jouissent les dockers ne conduira pas seulement à un énième cimetière social, mais engendrera de l'insécurité dans les ports européens et sera in fine un frein à leur compétitivité.

En novembre 2003, grâce à une formidable mobilisation des dockers et agents portuaires de toute l'Europe, un frein avait été mis à cette directive "Bolkestein bis", empêchant ainsi l'ouverture d'une profession injustement stigmatisée au profit de personnels sous-qualifiés du Tiers-monde.

Une fois de plus, c'est la préférence étrangère à l'embauche qui est prônée et avec elle, la fin du professionnalisme, des compétences, des traditions et des acquis sociaux.

3-187

Fernand Le Rachinel (NI), *par écrit*. – S'il est un sujet qui suscite des passions au sein des institutions européennes et des réactions dans les pays membres, c'est bien celui de la libéralisation des services portuaires. En 2003, la Commission européenne avait réussi la prouesse de faire descendre dans la rue des milliers de dockers essentiellement français, anglais, allemands, belges et hollandais pour manifester, parfois violemment, contre un projet de directive les précarisant socialement et conduisant inévitablement à des pertes d'emplois importantes dans leur profession.

En effet, l'aspect le plus controversé était celui, de l'auto-assistance, c'est-à-dire la possibilité pour un armateur de prendre en charge lui-même, avec son propre personnel et équipement, certains services portuaires, jusqu'à présent réservés aux seuls dockers.

Le texte qui nous est proposé aujourd'hui n'a pas abandonné le principe d'auto-assistance, laissant ainsi la porte tout ouverte pour les activités de manutention, de pilotage, de remorquage et d'amarrage, à l'utilisation par des armateurs peu scrupuleux, naviguant sur des navires poubelles, de personnels sous-qualifiés et sous-payés.

Quel que soit l'objectif poursuivi, l'Europe ne doit pas se construire au détriment des normes de sécurité et de qualification professionnelle. Une fois de plus, nos dirigeants européens, bien au chaud dans leur tour d'ivoire, vont devoir réviser leur copie ou la mettre au placard.

3-188

Jörg Leichtfried (PSE), *schriftlich*. – Für mich ist es völlig unverständlich, wie die Europäische Kommission nur ein knappes Jahr nach Scheitern ihres ersten Richtlinienvorschlags über den Marktzugang für Hafendienste kurz vor Ende ihrer Amtszeit am 13. Oktober 2004 einen neuen Richtlinienvorschlag vorlegen konnte, welcher zum einen gravierende Verschärfungen enthält und zum anderen weiterhin die zentralen Regelungen, die schon beim ersten Vorschlag zum Scheitern desselben führten. Meiner Meinung nach weicht der Richtlinienvorschlag von dem bisherigen Leitbild der europäischen Wettbewerbspolitik ab, nämlich einen funktionsfähigen Wettbewerb sicherzustellen. Danach sind regulative Eingriffe in einen Markt bzw. in einzelne Marktsegmente nur dann gerechtfertigt, wenn aufgrund marktstruktureller Gegebenheiten oder wettbewerbsbeschränkenden Verhaltens der Marktakteure ein aus ökonomischer Sicht ineffizientes Ergebnis besteht.

Ich bin erleichtert über den Ausgang dieser Debatte und darüber, dass die weiträumigen Proteste ihre Wirkung gezeigt haben (wobei ich natürlich die Ausschreitungen in Strassburg aufs schärfste verurteile), denn der Richtlinienvorschlag greift in den Wettbewerb der ladungsbezogenen Hafendienstleistungen ein, obwohl bezogen auf Marktstruktur, Marktverhalten und Marktergebnis kein wettbewerbspolitischer Handlungsbedarf besteht.

3-189

David Martin (PSE), *in writing*. – I voted to reject the Port Services Directive as I believe that Member States should regulate the internal workings of their own ports, provided that they are in line with European competition and state aid laws.

3-190

Jean-Claude Martinez (NI), *par écrit*. – La vague sauvage de l'ultralibéralisme et du libre-échange débridé qui, depuis 20 ans, déferlait et cassait nos charbonnages, nos aciéries, nos industries du textile, du cuir, de la machine-outil, de l'électroménager ou de l'automobile et semait la désertification dans nos ports de pêche, nos vignobles du Languedoc-Roussillon, nos élevages ovins, bovins, aviaires, nos bananeraies des Antilles, nos plantations de la Réunion, nos fermes, plongeant les femmes, les hommes, les ouvrières et les travailleurs de nos pays dans l'insécurité sociale, s'est cassée elle-même sur la volonté du peuple français exprimée par le référendum du 29 mai 2005.

Le peuple ne veut plus du démantèlement de nos protections sociales et de la préférence donnée à l'exploitation ignoble "des travailleurs" étrangers, par la directive Bolkestein et par sa petite soeur, la directive sur les services portuaires.

Les députés européens du Front National ont fait, ce mercredi 18 janvier 2006, la majorité parlementaire qui a refusé une deuxième fois que les dockers européens, les pilotes portuaires et tous nos personnels de l'arrimage ou de la manutention soient sacrifiés en Europe au seul profit des multinationales régnant sur le fret maritime.

3-191

Seán Ó Neachtain (UEN), *in writing*. – With regard to the Commission text on the table, I share the concerns of many Irish stakeholders who made submissions to the Irish government, and which are also shared by many fellow Member States. The principal concern is that the Commission is proposing legal requirements which could adversely impact on the essential commercial and trading remit of the major ports covered by the proposed directive. Therefore, the workability of the Commission proposal for mandatory licensing of all internal port activities is questionable.

As regards Irish seaports, governmental research (Sea Ports High Level Review) has shown there to be strong competition in the market for services internal to ports. Indeed, the landlord model is working to great effect in major ports where it is the common standard that internal services are provided on a competitive basis, with no single dominant operator. This has been important in facilitating private sector involvement in port service provision.

The research also highlighted high levels of competition on and between Irish Sea routes. As an island, enhanced competition between ports is also vital, but future attempts at achieving European port policy must have the support of the port sector.

3-192

Δημήτριος Παπαδημούλης (GUE/NGL), γραπτώς. – Κατανήφισα την έκθεση για την απελευθέρωση των λιμενικών υπηρεσιών γιατί, αντί να ενισχύει τη διαφάνεια των επενδύσεων και των κρατικών ενισχύσεων, εστιάζεται στην ενίσχυση του ανταγωνισμού μεταξύ των ευρωπαϊκών λιμανιών. Μέσω ενός συστήματος προκηρύξεων διαγωνισμών, οι ιδιωτικές εταιρείες θα μπορούν να χρησιμοποιούν τα δικά τους πληρώματα στα λιμάνια ενώ, οι μόνιμοι λιμενεργάτες θα χάσουν τις δουλειές τους. Η πρόταση για "αυτοεξυπηρέτηση" είναι εντελώς απαράδεκτη!!!

Υπάρχει ήδη αρκετός ανταγωνισμός στα λιμάνια μας τα οποία, σημειωτέον, είναι και από τα φθηνότερα στον κόσμο. Περαιτέρω πτώση των τιμών και αύξηση του ανταγωνισμού θα έχει αρνητικές συνέπειες τόσο στα μέτρα ασφαλείας όσο και στην προστασία του περιβάλλοντος.

3-193

Peter Skinner (PSE), in writing. – I voted against the report because there are provisions which affect the commercial activities of ports in a detrimental fashion and which also affect the health and safety issues of workers at ports.

I am not satisfied that these issues have been dealt with.

3-194

Alyn Smith (Verts/ALE), in writing. – This package has been roundly rejected by ports, unions and other bodies across Scotland. As a maritime nation we already have efficient port services and the competition model the Commission seeks to create in this package is not suitable to Scotland's needs nor, I believe, to those of Europe as a whole. The protests we saw at the beginning of this week were marred by the disgraceful violence of a minority, but the irony is that they were protesting in front of the one EU institution which supports their cause. I am glad that we have today sent the Commission home to think again, and hope that the Commission will now accept our view on this matter.

3-195

Dominique Vlasto (PPE-DE), par écrit. – J'ai voté pour le renvoi en commission parlementaire des transports, qui aurait permis de retravailler le texte avec de nouveaux amendements, de refaire une consultation des différents professionnels (armateurs, pilotes, lamaneurs, remorqueurs, dockers) ou de demander à la Commission européenne le retrait du texte, mais dans le calme.

J'ai voté contre le rejet de la proposition de directive, d'abord parce que la proposition avec les amendements proposés aurait été une bonne base de travail parlementaire: nous n'étions qu'à la première lecture. De nombreux professionnels veulent un cadre réglementaire et nous avons besoin de règles européennes pour une concurrence équitable, pour favoriser les investissements dans les ports et instaurer une sécurité juridique dans ce secteur.

Je ne voulais pas non plus suivre la position de la gauche qui, en rejetant le texte, a fait rejeter des amendements qui apportaient des garanties pour la sécurité maritime, la formation et les normes sociales.

Enfin, je refuse de céder à la pression des dockers dont la manifestation de lundi était inadmissible: 12 blessés, au moins, et 300 000 euros de dégâts à Strasbourg. Je regrette vraiment qu'on puisse dire aujourd'hui que les députés ont plié face aux dockers.

3-196

- Risoluzione: RC-B6-0026/2006

3-197

Karin Scheele (PSE). – Herr Präsident! Ich war im September mit der Delegation bei den Wahlen in Afghanistan dabei, und schon damals haben wir gesagt, dass es aufgrund der hohen Beträge, die auch die Europäische Union in die Entwicklungszusammenarbeit in Afghanistan investiert, notwendig sein wird, hier eine spezielle parlamentarische Delegation zu haben. Ich halte es für sehr wichtig, dass wir mit unserer heutigen Entschließung eine solche parlamentarische Delegation beschlossen haben. Ich glaube, dass es die Aufgabe dieser Gruppe von Abgeordneten sein wird, auch die politischen Ziele der Europäischen Union in Afghanistan zu beobachten, allen voran die Entwicklung der Menschenrechtssituation und der Frauenrechte.

3-198

Hélène Goudin, Nils Lundgren och Lars Wohlin (IND/DEM), skriftlig. – Vi stödjer Afghanistans utveckling mot fred, stabilitet och demokrati efter Talibanregimens fall. Men vi ser samtidigt med oro på EU:s allt starkare militära roll i landet.

Afghanistan tillhör inte EU:s närområde, därför är det inte heller EU:s uppgift att placera trupper i landet. Det är i stället enskilda länders/försvarsorganisationers uppgift på FN:s mandat. Världsorganisationen borde ges bättre förutsättning för att kunna agera militärt i oroshärdar runt om i världen.

Med anledning av ovanstående lägger vi ner våra röster i slutomröstningen om resolutionen, men vi stödjer förslagen om värnande av de mänskliga rättigheterna.

3-199

Tobias Pflüger (GUE/NGL), *schriftlich*. – Erschreckend an der Gemeinsamen Entschliebung des EU-Parlaments zu Afghanistan ist vor allem, dass sich nicht ein Wort der Kritik an den westlichen Militäreinsätzen findet. Stattdessen wird der NATO-Einsatz („International Security Assistance Force“) ISAF und der so genannte „Krieg gegen den Terror“ - „Operation Enduring Freedom“ (OEF) unterstützt. Die Forderung der Grünen, lediglich die Trennung der Kommandostrukturen von ISAF und OEF zu fordern, ist völlig unzureichend. Vor Ort agieren ISAF und OEF eng verzahnt.

Die Ausdehnung der ISAF-Mission in den Süden Afghanistans ins offenere Kampfgebiet wird die Kriegsbeteiligung noch verschlimmern. Durch die starke Präsenz europäischer Truppen in Afghanistan werden die US-Truppen und damit die Besatzungstruppen im Irak entlastet.

Erforderlich ist zudem die Schließung der Militärstützpunkte, die die Truppenpräsenz in Afghanistan erst ermöglichen. Insbesondere der Militärstützpunkt Termez der deutschen Bundeswehr in Usbekistan muss geschlossen werden. Über Termez läuft der gesamte Nachschub von allen Truppen, die in Afghanistan stationiert sind. Die Zusammenarbeit mit Usbekistan ist ein Skandal. In Usbekistan herrscht ein autoritäres Regime, das insbesondere das Massaker von Andischan zu verantworten hat. Die Auflösung der Truppenstützpunkte in Afghanistan ist auch vor dem Hintergrund des jüngsten völkerrechtswidrigen Bombenangriffs durch CIA-Einheiten auf ein pakistanisches Dorf überfällig.

3-200

Luís Queiró (PPE-DE), *por escrito*. – Serve esta declaração de voto para acompanhar o Parlamento Europeu na sua satisfação quanto ao essencial do que tem sido o processo de Democratização do Afeganistão ao longo dos últimos anos. Longe vão os tempos do regime talibã, dos seus horrores, da sua violação das mais elementares regras e princípios de respeito pelos Direitos Humanos. Nem tudo está feito, mas o Afeganistão de hoje é, declaradamente, um lugar melhor do que tinha sido nas últimas décadas.

Esta satisfação não pode, contudo, ignorar dois aspectos. Por um lado, e como já foi referido, o muito que ainda falta fazer nos mais diversos níveis, no Afeganistão. Por outro lado, a necessidade de a comunidade internacional, designadamente a União Europeia e os seus Estados Membros, prosseguirem a sua ajuda empenhada, tanto a nível material como humano, conscientes de que este processo é moroso mas é, como se verifica, encorajador.

3-201

Esko Seppänen and Jonas Sjöstedt (GUE/NGL), *in writing*. – We have abstained in the final vote on the Afghanistan resolution.

We were against the United States-led invasion of Afghanistan and we demand the withdrawal of the United States-led coalition forces.

We believe that the ISAF forces should be formed by countries which have not been involved in the United States coalition forces, and mainly formed by Muslim countries, in order to facilitate communication with and understanding of the Afghan people.

The ISAF peacekeeping forces should be under the direct command of the United Nations, independent of NATO.

But in the resolution we also note several important points on the need to develop democracy, the living standards of the people and gender equality, as well as the need for a stronger regime of development aid to Afghanistan.

The conclusion for us is therefore to abstain in the final vote.

3-202

- Risoluzione: RC-B6-0025/2006

3-203

Eija-Riitta Korhola (PPE-DE). – Arvoisa puhemies, vastustan ehdottomasti homoseksuaalien syrjintää. Pahoittelen kuitenkin, että mietinnön otsikko oli aivan epäonnistunut ja että joissakin kohdin oli pakko vain äänestää tyhjää.

Jos me puhumme täällä oikeasta ongelmasta, syrjinnästä, miksi ihmeessä käytetään täysin epäasiallista psykologista sanaa homofobia? Fobiat luokitellaan ahdistuneisuushäiriöihin, ne ovat neuroottisiksi häiriöiksi katsottavia pelkotiloja. Niiden avuksi tarvitaan terapiaa eikä niitä voi poliittisin ohjaustoimin hoitaa, yhtä vähän kuin klaustrofobiaa tai araknofobiaa. Todelliset fobiat kehittyvät usein jonkun lapsuudenaikaisen tapahtuman vuoksi, ja niille voi olla ihan perustellut syynsä. Minä harmittelen sitä, että jos ihmisiä aletaan täällä syyllistää heidän tunteistaan tai fobioistaan, siitä vain tulee yksi uusi syrjinnän ja manipuloinnin muoto.

3-204

Romano Maria La Russa (UEN). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, deploro le modalità con cui si è giunti all'elaborazione di una risoluzione comune. Ritengo inammissibile che i negoziati siano stati colpevolmente condotti in silenzio, senza il coinvolgimento del gruppo che rappresento. Naturalmente, so bene che tutti i gruppi politici sono uguali ma evidentemente alcuni sono più "uguali" di altri.

Il mio gruppo crede fermamente che in democrazia non si debba dare spazio a soprusi o a discriminazioni sulla base del sesso, della razza e della religione. Tuttavia, ho ritenuto doveroso respingere una risoluzione che non mi appartiene e che presenta soprattutto paragrafi, a mio giudizio, poco coerenti con le finalità del documento stesso.

Leggo che gli omosessuali dovrebbero essere pienamente riconosciuti come vittime del regime nazista: ci mancherebbe altro, certamente! Ma con questo si vuol dire che altre persecuzioni sono state forse meno gravi? Dimentichiamo le crudeltà subite durante i regimi comunisti e non soltanto? Fermo restando che la libertà di espressione di manifestazioni della propria sessualità debba essere garantita, ritengo che essa debba avvenire sempre nel rispetto dei valori e dei principi che contraddistinguono le nostre società.

La famiglia prevede da sempre un padre e una madre, un maschio e una femmina, e non credo che l'UE, con la promozione di campagne contro ipotetiche discriminazioni, possa arrogarsi il diritto di scavalcare i governi nazionali, solamente per assecondare i desideri di alcune lobby non proprio nobili. In tema di valori, cultura e famiglia, l'Unione europea non può agire come in materia di mercato unico, invitando gli Stati membri a legalizzare unioni omosessuali all'insegna dell'uniformità e di un falso garantismo, rischiando di minare, al contrario, il sistema di valori alla base della nostra società millenaria.

3-205

Francesco Enrico Speroni (IND/DEM). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, ho votato contro la risoluzione e su questo tema debbo dar ragione al ministro Tremaglia, il quale aveva già affermato che in Europa i "culattoni", o quanto meno coloro che li sostengono, hanno la maggioranza.

Tuttavia, tutti gli amanti del politicamente corretto, tra cui io mi onoro di non annoverarmi, dovrebbero anche pensare al linguisticamente corretto: "omofobia" è il contrario di "xenofobia". Il Parlamento europeo non accetta gli xenofobi, non accetta gli omofobi: il cittadino, allora, cosa deve essere?

3-206

Jean-Pierre Audy (PPE-DE), par écrit. – J'ai voté contre la proposition de résolution sur l'homophobie en Europe car je trouve réducteur que l'on traite du combat contre l'homophobie comme étant, principalement, celui contre les discriminations fondées sur l'orientation sexuelle. Cette confusion entre l'homophobie, dont la définition est "la peur du semblable", et l'aversion à l'égard de l'homosexualité est une source de malentendus. Je suis, naturellement, en faveur du combat contre toutes les sortes de discriminations fondées sur l'orientation sexuelle, sous réserve des questions relatives au mariage et aux enfants pour lesquelles la réflexion politique mérite de mûrir en même temps que la demande sociétale, mais je considère que la question de l'inégalité de traitement des êtres humains et la peur de nos semblables méritent mieux que cette résolution.

3-207

Johannes Blokland (IND/DEM), schriftelijk. – De Nederlandse delegatie van de IND/DEM-Fractie zal de resolutie van de UEN-Fractie over homofobie steunen. De Nederlandse delegatie van de IND/DEM-Fractie zal haar steun onthouden aan de resoluties van de PPE-DE, de ALDE, de Verts/ALE en de GUE/NGL en de gezamenlijke ontwerp-resolutie over homovrees in de Europese Unie.

De Nederlandse delegatie kan instemmen met de resolutie van de UEN-Fractie, omdat alleen in deze resolutie duidelijk gesteld wordt dat beleidsmaatregelen op het terrein van discriminatie tot de taken van de lidstaten behoren. Het beginsel van subsidiariteit dient hier te worden toegepast.

Verder wijzen wij erop dat we de oproepen tot homohaar en geweld tegen mensen op grond van hun seksuele geaardheid afwijzen.

Naar onze mening is beleid dat gericht is op het voorkomen van discriminatie op grond van geloof, ras en seksuele geaardheid een taak van de lidstaten. De resoluties van de verschillende fracties gaan aan dit beginsel voorbij door expliciet in te gaan op de politieke situatie in een aantal lidstaten.

3-208

Marie-Arlette Carlotti (PSE), par écrit. – Les pays européens semblent victimes d'une inquiétante contagion homophobe.

Une homophobie d'autant plus choquante qu'elle paraît "décomplexée" et sévit tous azimuts: violences verbales ou physiques, persistance de discriminations, ou introduction de nouvelles (le parlement letton a déposé un amendement à la Constitution pour interdire les mariages entre personnes du même sexe...).

Masquée ou assumée, l'homophobie n'a pas sa place dans l'Union européenne.

La non-discrimination est garantie dans les textes (traités, Convention européenne des droits de l'homme et Charte des droits fondamentaux).

Elle doit l'être dans les faits.

Et c'est tout à l'honneur de ce Parlement européen que d'avoir toujours été à l'avant-garde de ce combat. Il s'est engagé pour faire avancer les droits et reculer les discriminations (février 1994, septembre 1996, juillet 2001, juin 2005).

Il doit à nouveau le faire aujourd'hui.

C'est l'ambition de cette résolution. Elle est sans ambiguïté dans sa condamnation de la discrimination sous toutes ses formes. Elle est volontariste, pour demander de compléter l'arsenal "antidiscrimination" sur la base de l'article 13 du traité, et une communication sur les obstacles à la libre circulation des couples homosexuels bénéficiant d'une reconnaissance légale dans l'Union.

Elle est un signal politique clair et nécessaire. Je la voterai avec détermination et conviction.

3-209

Jean Lambert (Verts/ALE), in writing. – I welcome today's vote on this issue, and especially Parliament's overwhelming commitment to treating same-sex partners with equality of respect.

I very much regret Parliament's unwillingness to say what is going on within our own Member States. We know that what Parliament says and does affects public perceptions.

Recent events and statements in Poland and parliamentary debates in Latvia and Lithuania have been shameful in my view. Some of the debates have amounted to hate speak. This sort of behaviour runs counter to Council of Europe Conventions and EU Treaties, so the European Parliament should be brave enough to speak out and confront this.

3-210

Luís Queiró (PPE-DE), por escrito. – A preocupação manifestada pela presente proposta de resolução, bem como por outras que já foram discutidas neste Parlamento, merece o meu acordo em tudo quanto diz respeito à enunciação de um conjunto de princípios em que me revejo e que defendo. Todo o ódio merece a nossa rejeição, toda a discriminação perante a Lei deve ser combatida.

Há, no entanto, nesta resolução um conjunto de propostas expressas que, creio, extravasam o que entendo dever ser o âmbito do Parlamento Europeu e que, considero, invadem claramente aquela que deve ser a esfera dos Estados nacionais. Acresce que há uma tendência entre alguns grupos políticos, na qual não me revejo e que repudio, de procurar conseguir aprovar nas instituições da União Europeia aquilo que é recusado nos seus Estados-Membros. Discordo desse caminho.

Para terminar, recordo que as fobias, enquanto expressão de distúrbios do comportamento, não se combatem no plano legislativo nem ao nível parlamentar.

3-211

José Ribeiro e Castro (PPE-DE), por escrito. – Somos contra toda a discriminação e violência. Não pode haver qualquer exceção a este respeito, nem a menor dúvida ou hesitação.

Mas não se pode confundir com “homofobia” o livre debate democrático nos Estados-Membros sobre a sua legislação civil, nomeadamente em matéria de leis reguladoras da família ou respeitantes ao estatuto pessoal. Isso seria criar um quadro de coação intelectual e de condicionamento totalmente incompatível com uma sociedade aberta e democrática. Não se pode confundir divergências com “fobias”. Não se pode alimentar ou inventar sentimentos de ódio e de intolerância. Qualificar-se divergências como “fobias” é, em si mesmo, um extremismo.

Grande parte da resolução não se insere, na realidade, na definição de “homofobia” que é apresentada no considerando A, perdendo, assim, a sua pertinência e cabimento.

Além disso são vários os trechos em que entra em conflito com o princípio da subsidiariedade, um princípio-guia e fundamento de toda a União, o que só serve para fazer mal à construção europeia.

Eis a razão por que votei contra.

3-212

Anna Záborská (PPE-DE), par écrit. – L'homophobie signifie la phobie contre son "semblable". Cela n'est ni critique ni attitude malveillante: une phobie est une névrose d'angoisse extrême en présence de la source angoissante, qui nécessite un traitement adapté: déconditionnement, chimiothérapie, cure analytique. J'ai voté contre cette résolution qui ne traite pas de l'homophobie.

Toute forme de violence envers toute personne est à dénoncer. Il n'y a pas différentes catégories de citoyens. Le droit à la vie, le droit à la liberté et à la sûreté, et le respect de la dignité s'applique à tous les êtres humains. Les lois garantissent ces droits.

Le droit au respect de la vie privée et familiale, à la liberté de pensée, de conscience et de religion sont des droits fondamentaux protégés par les traités internationaux. Les États membres doivent respecter le droit au mariage qui stipule que, à partir de l'âge nubile, l'homme et la femme ont le droit de se marier et de fonder une famille selon les lois nationales régissant l'exercice de ce droit.

L'Union européenne n'a pas de compétences dans ces domaines et ne peut pas juger les constitutions et lois nationales de ses États membres qui, ayant tous signé la Convention européenne des droits de l'homme, en sont comptables à la Cour des droits de l'homme de Strasbourg.

3-213

- Risoluzione: RC-B6-0027/2006

3-214

Eija-Riitta Korhola (PPE-DE). – Arvoisa puhemies, olin yksi ilmastopäätöslauselman laatijoista ja Montrealin kokouksen osallistujista. En voi pitää Montrealin tulosta läheskään niin myönteisenä kuin me poliittisen korrektiuden nimissä nyt joudumme täällä sanomaan. Vain yksi neljäsosa päästöistä kuuluu vähennysvelvoitteiden piiriin, ja siksi mielestäni on hieman älyllisesti epärehellistä puhua saavutuksista. Enemmän tai myöhemmin EU:n on lopetettava tämä kaunopuheisuus ja kohdattava tosiasiat. Jos kolme neljäsosaa maailman kasvihuonekaasujen tuottajista saa vielä jatkaa päästöjensä kasvattamista, meidän olisi aika todeta, että tämä resepti on epäonnistunut, ja ryhtyä toisenlaisiin ilmastopoliittisiin toimiin. Mutta onko kyse poliittisesta ylpeydestä, jos emme kykene tällaista asiaa myöntämään?

3-215

Ilda Figueiredo (GUE/NGL), por escrito. – Consideramos globalmente positiva a resolução apresentada na sequência da Décima Primeira Conferência das Partes na Convenção de Montreal sobre as Alterações Climáticas, dado que se sublinha a vontade das partes no cumprimento do Protocolo de Quioto e se lamenta que a administração dos EUA se mantenha tão relutante em aderir a qualquer parceria internacional significativa em relação às alterações climáticas.

No entanto, discordamos de alguns pontos da resolução final e lamentamos que não tenham sido aprovadas as nossas propostas. Deploramos, em especial que não tenha sido votada a proposta que subscrevemos e que exortava a uma urgente revisão dos mecanismos flexíveis pertinentes antes de o regime comunitário de comércio de licenças de emissão poder ser alargado a outros domínios (por exemplo, a aviação). Consideramos necessária uma análise que demonstre que tal alargamento contribuirá para combater as alterações climáticas e que os países/zonas ricos não serão privilegiados a expensas de países e indústrias em desenvolvimento.

De igual forma, discordamos que se insista, mesmo que a propósito de uma avaliação, no comércio de direitos de poluição.

3-216

Hélène Goudin, Nils Lundgren och Lars Wohlin (IND/DEM), skriftlig. – De globala klimatförändringarna utgör ett betydande problem som det finns goda skäl att behandla på internationell nivå. Junilistan upprepar emellertid den tidigare framförda ståndpunkten att EU-parlamentet inte skall ta över medlemsländernas utrikespolitik genom att uppmana tredjeländer som ännu inte ratificerat Kyotoprotokollet att göra detta. Denna typ av uppmaningar kan respektive nationell regering självständigt framföra. Vi anser vidare att medlemsstaterna skall kunna inta en nationell position i samband med förhandlingar om internationella klimatfrågor. Vi förutsätter dock att ingångna avtal följs av samtliga parter.

Vi är kritiska till förslaget om att inrätta en kommunikationsstrategi på EU-nivå för att upplysa medborgarna om klimatfrågor. EU-samarbetet bygger på tilltro mellan medlemsländerna. Vi är övertygade om att respektive medlemsstat klarar av att vidta de åtgärder som krävs för att allmänheten skall få tillgång till lämplig information om klimatfrågor. Det ställningstagande som vi ger uttryck för genom denna röstförklaring utgör vår principiella hållning i denna fråga. Röstförklaringen är därmed aktuell vid framtida ärenden av motsvarande art.

3-217

Andreas Mölzer (NI), schriftlich. – Erst wenn der letzte Baum gerodet, der letzte Fluss vergiftet, der letzte Fisch gefangen ist, werdet ihr feststellen, dass man Geld nicht essen kann. Diese Weisheit der Cree-Indianer könnte bald wahr werden.

Nur zu lange haben wir gedankenlos Stück für Stück am sensiblen Gerüst der Natur gerüttelt. Wir sind jetzt erst an dem Punkt, dem Umweltschutz mehr Aufmerksamkeit zu widmen und erste wichtige gemeinsame Rettungsaktionen zu starten. Aber wir werden unsere Anstrengungen verstärken müssen.

Denn wir drehen uns langsam aber sicher unsere natürliche Heizung – den Golfstrom – ab. Synchron dazu verlieren wird durch die aufgrund der globalen Erwärmung veränderten Wasserkreisläufe täglich ca. 86 Millionen Tonnen fruchtbaren Bodens, während es gleichzeitig etwa 225.000 Menschen mehr werden – und das Tempo der Verwüstung wächst rasant. Europa droht der schlimmste Klimawandel seit gut 5.000 Jahren. Mit Abschmelzung des Eises im Norden und Ausbreitung von Wüsten im Süden Europas bei gleichzeitigem Auftauen ungeheurer „Kohlenstoff-Reserven“ in den Permafrostböden und der Tundra wird es in absehbarer Zeit ziemlich ungemütlich werden.

Verschiedenste Lösungsvorschläge liegen ausgearbeitet in den Schubladen diverser Experten – es ist an der Zeit, dass wir uns näher mit diesen und deren Umsetzung befassen und endlich gemeinsam an einem Strang ziehen.

3-218

- Relazione: Ferreira (A6-0383/2005)

3-219

Jens-Peter Bonde (IND/DEM), skriftlig. – JuniBevægelsen har stemt for punkt 45 i betænkningen om "Miljøaspekter og bæredygtig udvikling", men ønsker, at man med indførelsen af miljøafgifter på EU-plan skal anvende minimumsdirektiver, så man kan have mere vidtgående krav i de enkelte medlemslande.

Punkt 45:

"støtter indførelsen af miljøafgifter på EU-plan; understreger, at de ligesom de øvrige markedsinstrumenter er et uundværligt redskab i en effektiv politik til forureningsbekæmpelse; opfordrer Kommissionen til at stille forslag og medlemsstaterne til at vedtage den første europæiske miljøafgift senest i 2009;"

3-220

Ilda Figueiredo (GUE/NGL), por escrito. – Votámos favoravelmente o relatório que procura apreciar os aspectos ambientais do desenvolvimento sustentável e faz algumas críticas à posição da Comissão quanto à insuficiência de algumas directrizes e aos escassos recursos financeiros.

Embora não ponha claramente em causa as políticas que estão na origem dos problemas ambientais, designadamente a aposta na competitividade em detrimento das pessoas e do ambiente, sempre subordinada à lógica do lucro, tem aspectos positivos na defesa que faz de transportes menos poluentes, do papel do ordenamento do território e das florestas, da necessidade de assegurar o fornecimento para a alimentação.

Igualmente positiva é a relação que faz entre pobreza e ambiente, embora seja lamentável que o ponto mais importante nesta área tenha sido rejeitado em plenário, incluindo a afirmação de que as políticas de liberalização não dão resposta aos problemas de pobreza e exclusão social e a crítica que se fazia quanto à inadequação das propostas em matéria de luta contra a pobreza, a exclusão social e o acréscimo das desigualdades.

3-221

Hélène Goudin, Nils Lundgren och Lars Wohlin (IND/DEM), skriftlig. – Detta betänkande behandlar en rad betydelsefulla frågor inom området hållbar utveckling. Junilistan anser att det finns goda skäl till EU-samarbete vad gäller gränsöverskridande miljöfrågor. Betänkandet tar dock upp ett antal centrala politiska områden som bör ligga utanför EU:s kompetens. Som exempel kan nämnas följande:

- Vilka satsningar som skall genomföras på kollektivtrafik respektive utbyggnader av vägnäten i medlemsstaterna;
- Skuldavskrivningar till utvecklingsländer;
- Miljöskatter på EU-nivå;
- Om miljö skall vara ett ämne som ingår i grundutbildningen i medlemsstaternas skolor;
- Skatten på arbete i medlemsländerna;
- Sysselsättning och social integration

Vi är starkt kritiska mot det faktum att EU:s institutioner har en glupsk aptit på ökat inflytande. Vi har därmed valt att rösta nej till helheten, men är positiva till enskilda paragrafer, främst de som behandlar verkligt gränsöverskridande miljöproblem.

3-222

Luís Queiró (PPE-DE), por escrito. – Hoje, o desenvolvimento sustentável é, sem qualquer sombra de dúvida, um objectivo fundamental da União Europeia e um desafio global. Por isso, as estratégias de desenvolvimento sustentável requerem uma visão política a longo prazo e ao mais alto nível.

Perante os desafios sociais, ambientais e democráticos que se nos colocam, é fundamental agir de forma responsável, não só ao nível dos poderes públicos, mas também ao nível do cidadão. Temos, no entanto, que acautelar todas as medidas a tomar com os nossos objectivos de crescimento e desenvolvimento social e económico, fundamentais para o futuro das nossas sociedades.

Neste relatório não só se avaliaram os progressos efectuados desde 2001, mas também se delinearão novas medidas. Deste processo devemos, pois, reiterar a necessidade de reafirmar o desenvolvimento sustentável como uma prioridade para o futuro da Europa, mantendo o nosso objectivo de cumprir os objectivos da Estratégia de Lisboa. Votei, assim, favoravelmente o relatório da colega Ferreira.

3-223

Alyn Smith (Verts/ALE), in writing. – Sustainable development must take higher prominence across all of our policy areas, and I am glad that this report provides a starting point on how to achieve this and am glad to support it. In my own country, Scotland, we have a unique contribution to make in terms of renewable energy, with our vast natural potential offering us the opportunity to become Europe's green powerhouse. But this potential will not be developed without strong encouragement from government at all levels, and we must redouble our efforts to take the ideas in this report and build upon them.

3-224

María Sornosa Martínez (PSE), por escrito. – La Delegación socialista española se congratula por la aprobación de este informe de iniciativa, que persigue mejorar la aspiración de conseguir un verdadero desarrollo sostenible.

Sin embargo, me permito exponer que en la segunda parte de la enmienda 2 (apartado 15) hemos decidido votar en contra ya que estimamos que la política de protección y gestión del agua debe basarse en criterios de racionalidad, eficacia y eficiencia y no únicamente en la adopción de medidas para reducir las tomas de agua, ya que ello podría tener consecuencias negativas de distinto calibre.

3-225

6 - Correzioni di voto: vedasi processo verbale

3-226

Presidente. – (*La seduta, sospesa alle 13.20, è ripresa alle 15*)

3-227

PRESIDENCIA DEL SR. BORRELL FONTELLES
Presidente

3-228

7 - Aprobación del Acta de la sesión anterior: véase el Acta

3-229

8 - Estructura, temas y contexto de una evaluación del debate sobre la Unión Europea

3-230

El Presidente. – El siguiente punto es el informe de Johannes Voggenhuber y Andrew Duff, en nombre de la Comisión de Asuntos Constitucionales, sobre el período de reflexión: la estructura, los temas y el contexto de una evaluación del debate sobre la Unión Europea (2005/2146(INI)) (A6-0414/2005).

3-231

Andrew Duff (ALDE), rapporteur. – Mr President, this is Parliament's first response to the crisis created by France and the Netherlands in rejecting the Constitution. It is a chance for us to reflect on what will be lost, especially for Parliament, should we be incapable of salvaging the project and bringing it to a successful conclusion. It is a chance for us to respond to the cacophony of sounds emerging from the ranks of the Council – some simplistic, some in breach of the Treaty, some improbable politically. It is a chance for us to encourage the Commission to be more forthright and incisive to assist us in finding a way forward out of the crisis. It is a chance for Parliament to fill some political space and to bring a focus to the period of reflection.

We know that we cannot achieve all this by ourselves but must have the close collaboration of national parliaments. I must say that I find it fairly curious in this context that the Presidents of the Austrian, Finnish and German Parliaments seem somewhat reluctant to cooperate with us. It is up to the parliaments to decide whether or not they turn up. Those who choose to turn up will have a decisive say in fashioning the decisions about the future of Europe.

The proposals, which received strong support from the committee, set out a parliamentary process. We seek to establish a series of parliamentary forums to debate some fundamental – perhaps even primitive – questions about the nature and purpose of Europe. We want to have the debate about the reform of common policies that the first Convention was in some part frustrated in being denied. This policy debate can and should be radical, but it must take place within the constitutional context and be closely related to issues of competences, to instruments and to procedures.

The first of these forums will take place on 9 May and will address its conclusions to the European Council, which is to take some first decisions about the furtherance of the project.

We would like to draw the period of reflection to a close at the end of 2007 with a firm, clear decision on what to do with the Treaty. As the resolution states, there are, in theory, several scenarios we could follow, but in practice there are only two. The first is to supplement the present Treaty with interpretative protocols or declarations. The second is to make rather more substantive changes to Part III so that we address the legitimate concerns and disquiet expressed by citizens in France and the Netherlands and in some other Member States.

Between and inside the groups there is certainly controversy about the appropriate way to express ourselves. However, on the essentials of salvaging the Treaty, we are strongly united and I commend the resolution to Parliament.

(Applause)

3-232

Johannes Voggenhuber (Verts/ALE), *Berichterstatter*. – Herr Präsident, Frau Kommissarin, Herr Ratspräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir legen heute den Bericht zur europäischen Reflexionsphase vor, aus der nach vielen Monaten der Diskussion und mit überwältigender Unterstützung des Ausschusses für konstitutionelle Fragen eine *road map* zur Überwindung der Verfassungskrise wurde. Es sind wenige Minuten zu diesem großen Schritt und zu dieser großen Entscheidung des Parlaments, aber wenn ich auch nur eine Minute zu reden hätte, würde ich sie nutzen, um mich bei meinem Ko-Berichterstatter, Andrew Duff, für diese ganz außergewöhnliche Ehre und das Vergnügen zu bedanken, mit ihm diese Arbeit machen zu dürfen.

Er hat mich gelehrt, dass man aus den verschiedensten Richtungen die Zukunft, und zwar die gemeinsame Zukunft, in einem Europa, in unserem Europa, finden kann. Vielen Dank! Ein grüner Österreicher und ein liberaler Engländer - wenn das kein Handicap für den Beginn ist, dann, so glaube ich, können auch andere zueinander finden.

Herr Präsident, die harmonischen Töne aus der politischen Zaubergeige des Ratspräsidenten heute vormittag haben natürlich die europäische Krise nicht überdecken können. Er hat nicht davon gesprochen. Ich möchte davon sprechen, und ich möchte vom Kern dieser Krise sprechen. All dieser neu ausgebrochene Streit, die Zerwürfnisse, die europäische Krise drehen sich um einen einzigen Satz, ausgesprochen von DEM Gründervater der Europäischen Union, Jean Monnet: „Wir vereinigen Menschen, nicht Staaten“. Der Streit, der heute geführt wird, geht darum.

Gibt es ein Europa der Staatskanzleien, der Regierungen, der Bürokratien, der Eliten, oder gibt es die Union der Bürger, zu der diese Verfassung den Weg geöffnet hat? Wer heute vom Tod der Verfassung spricht, erteilt dem Europa der Menschen eine Absage, stärkt das Europa der Regierungen und beschwört die Gespenster des 19. Jahrhunderts herauf, jene Urkrankheiten aus der Büchse der Pandora, den Nationalismus, die Rivalität der Staaten, das Balancedenken, das Hegemoniestreben, das Europa der Zersplitterung, das seinen eigenen Frieden nicht wahren, geschweige denn zu einer Friedensmacht werden kann. Darum wird dieser Streit geführt.

Da draußen vor dem Saal haben uns Abgeordnetenkollegen als Vogel Strauß verkleidet empfangen. Sie hätten sich nicht verkleiden müssen, wir haben sie auch so gut erkannt, und wir sind nicht blind; wir wissen, dass das vorläufige Scheitern des Ratifikationsprozesses in den Augen der Nationalisten eine historische Chance für die Renaissance des Nationalismus ist. Dem erteilt dieses Haus in großer Übereinstimmung aller im Ausschuss für konstitutionelle Fragen vertretenen Fraktionen mit diesem Bericht eine Absage.

(Beifall)

Die Verfassung ist nicht tot, weil das Bedürfnis der Menschen, in der Zukunft frei und gleich in innerem und äußerem Frieden in Europa zusammenzuleben, als Ziel in den Köpfen und Herzen der Menschen Bestand hat. Und auf dem Weg, eine Ordnung zu finden, eine politische Architektur, einen politischen Raum zu entwerfen, in dem das möglich ist, ist die Verfassung ein entscheidender Schritt.

Wir legen heute einen Bericht vor, in dem versucht wird, eine Strategie zur Beilegung dieser Krise zu entwerfen. Es ist eine Vertrauenskrise, es ist die Krise einer Union, die zwischen der Union der Bürger und der Union der Staaten nicht unterscheiden kann, in der die Erwartungen der Menschen geradezu programmatisch enttäuscht werden. Die Antwort auf die soziale Frage fehlt, die Demokratie ist defizitär, die Grundrechte sind nicht verankert, die Transparenz ist ungenügend,

die Macht der Regierungen wenig kontrolliert und nicht gezähmt. Aber diese Verfassung ist ein Schritt, und wenn sie in Schwierigkeiten ist, so versuchen wir, auf diesem Weg fortzufahren.

Wir haben eine europäische Debatte entworfen; ich denke, wir bringen den Prozess zurück zu den Bürgern, und das heißt nicht weniger, als aus einem Projekt der Eliten eine *res publica* zu machen, eine Sache der Menschen selbst.

Ich hoffe, das Haus appelliert - wenn es diesen Bericht annimmt - mit uns auch an alle Parteien, an die Bevölkerung, an die Kommunen und Regionen, an die Gewerkschaften, an die zivile Gesellschaft, diese Debatte zu führen und diese Zukunft Europas als *res publica* mit aufzunehmen und mit uns darum zu streiten.

Wir haben diese Debatte nicht unstrukturiert vorgeschlagen. Wir haben uns, quer durch die Fraktionen, auf sechs Fragen geeinigt, darunter viele tabuisierte Fragen: das Ziel der europäischen Integration, die Grenzen Europas, die Zukunft des ökonomischen und sozialen Modells, die Rolle Europas in der Welt, die Frage des Raums von Sicherheit, Freiheit und Recht, auch die soziale Frage. Und auch wenn die Verfassung nicht alle Wünsche erfüllt - selbstverständlich tut sie das nicht -, so hoffe ich, dass wir mit diesem Plan diesem Ziel einen großen Schritt näher kommen.

Erlauben Sie mir nur noch ein Wort dazu, wo die Differenz zum Ausschuss für konstitutionelle Fragen liegt. Die Berichterstatter sind gewillt und haben darum gekämpft, einen Schritt weiterzugehen und nicht nur die Fortsetzung des Ratifikationsprozesses als Ergebnis dieser Debatte zu sehen, sondern auch die Möglichkeit, die Verfassung zu verbessern, ihren Kern zu erhalten und 2007 einen Revisionsprozess zu beschließen, offener darzulegen, um die Debatte glaubwürdiger zu machen, und eine solche Revision auch in einer europäischen Volksbefragung den Bürgern vorzulegen. Ich hoffe, dass bei diesem weiteren Schritt zur Besonnenheit der Kommission noch der Mut des Plenums hinzukommt.

(Beifall)

3-233

Hans Winkler, amtierender Ratspräsident. – Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren Mitglieder des Europäischen Parlaments! Es ist mir eine große Freude, heute zum ersten Mal im Plenum zu sprechen und mit Ihnen zusammenzutreffen. Es freut mich ganz besonders, dass es bei dem interinstitutionellen Dialog, der zwischen den verschiedenen Institutionen geführt werden muss, um ein Thema geht, bei dem die Zusammenarbeit besonders wichtig ist. Es ist richtig – wie auch schon von den beiden Berichterstattern gesagt wurde –, dass das Jahr 2005 ein schwieriges Jahr war. Herr Voggenhuber hat gar das Wort Krise verwendet. In der Tat befinden wir uns in einer Vertrauenskrise mit den europäischen Bürgern. Wir müssen die berechtigten Fragen der Bürger beantworten. Ich stimme auch mit dem Abgeordneten Duff überein, dass diese Vertrauenskrise, diese Zweifel am europäischen Projekt eine Chance für uns alle sind. Wir müssen alle gemeinsam – Kommission, Parlament und Rat – diese Chance nutzen.

Ich möchte an dieser Stelle dem Parlament ganz besonders danken, denn zu einer Zeit, in der die Regierungen noch nicht bereit waren, ernsthaft eine Debatte zu beginnen, hat sich das Parlament bereits mit dieser Frage auseinandergesetzt. Auf der Grundlage des Berichts Duff/Voggenhuber hat in diesem Parlament eine Debatte stattgefunden, die uns weiterhilft. Die österreichische Präsidentschaft hat sich vom ersten Tag an bemüht, diese Debatte aufzugreifen, sie weiterzuführen und zu intensivieren. Sie werden alle verfolgt haben, dass diese Debatte von Anfang an sehr heftig war. Es wurde die gesamte Bandbreite von Meinungen geäußert, wie sie auch im vom Ausschuss für konstitutionelle Fragen angenommenen Bericht zum Ausdruck kommt.

Eines ist klar: Es gibt keine einfachen Lösungen, keine Tricks und keine Abkürzungen, mit denen man diese Vertrauenslücke zwischen Europa und seinen Bürgern sozusagen im Eiltempo überbrücken könnte. Seriös und langfristig wirkungsvoll kann nur eine echte und ernsthafte Auseinandersetzung mit den Problemen sein. Wir glauben, dass diese Debatte breit sein muss, wie dies auch in Ihrem Bericht, der heute zur Debatte steht, zum Ausdruck kommt. Es geht nicht nur um den Verfassungsvertrag und um eine juristische Debatte. Es geht um eine breite Debatte: Welches Europa wollen wir? Wo wollen wir hin? Wo sind die Grenzen Europas? Wie können wir den Ängsten und Sorgen der europäischen Bürger begegnen?

Wir wollen diese Debatte als Rat nicht nur fortsetzen, sondern auch intensivieren. Wir haben uns eine Reihe von Veranstaltungen vorgenommen, bei denen wir mit den europäischen Bürgern auf breiter Basis diskutieren wollen. Wir haben erst gestern gemeinsam mit der Kommission und dem Parlament über Methoden und Strategien, wie wir dieses Europa und das, wofür dieses Europa steht, den Bürgerinnen und Bürgern näher bringen können und mit welchen Mitteln, mit welchen Diskussionsforen und mit welcher Intensität wir die Erwartungen, die an Europa gestellt werden, am besten erfüllen können.

Es wird – der Ratsvorsitzende hat es heute schon gesagt – einen Auftakt für eine Debatte geben, bei der wir uns auch mit der Frage der Identität Europas auseinandersetzen wollen. Am 250. Geburtstag von Mozart wollen wir uns in Salzburg mit dieser Frage „Was ist Europa, was ist die europäische Identität?“ auseinandersetzen.

Bis zum Ende der österreichischen Ratspräsidentschaft wird es noch eine ganze Reihe weiterer Veranstaltungen geben, denn die Debatte über die Zukunft Europas hat viele Facetten. Nur wenn man sie alle beleuchtet, wird man sich der Dimensionen, um die es hier geht, voll bewusst werden können. Neben dieser öffentlichen Debatte, die wichtig ist, wird es auch konkreter Arbeit bedürfen. Diese Arbeit müssen die Regierungen der Mitgliedstaaten gemeinsam auf sich nehmen, um sich mehr Klarheit über den Weg, den wir gehen wollen, zu verschaffen.

Die wichtigste Aufgabe des Ratsvorsitzes ist es, alle Mitgliedstaaten an Bord zu holen, denn nur gemeinsam werden wir Fortschritte erzielen können. Wie der Bundeskanzler bereits gesagt hat, wollen wir erreichen, dass wir am Ende unseres Vorsitzes eine Wegskizze vorlegen und uns darüber einigen können, wie wir am besten zusammenwirken können, um die gemeinsamen Ziele zu erreichen.

Ich hoffe, dass es uns in den nächsten Monaten in einer gemeinsamen Anstrengung gelingen wird, mehr positives Denken in Europa zu erzeugen. Und – ja, Herr Voggenhuber – wir müssen Europa als *res publica* diskutieren, als etwas, was wirklich allen Bürgerinnen und Bürgern nützt.

(Beifall)

3-234

Margot Wallström, *Vice-President of the Commission*. – Mr President, honourable Members, in this first plenary part-session of the year I should like to wish all of you an excellent 2006. From the Constitutional point of view, I believe it can only be better than last year. I hope, as the person responsible both for Constitutional issues and for interinstitutional affairs, that we can continue our fruitful, effective and close cooperation.

I wish to thank the rapporteurs for this report on the period of reflection and the motion for a resolution. I have already discussed it on several occasions with the two Members of the European Parliament who were members of the European Convention. I would like to underline the considerable progress made since the initial considerations and congratulate the co-rapporteurs for the job they have done and also for their ability to take on board the many views expressed during the intense discussions in committee.

I will limit my remarks to four points. The first is that we all wish to achieve a constitutional settlement, to make Europe more transparent, more democratic and more effective. The question is how to achieve that settlement after the French and Dutch ‘no’ votes. I was happy to see that all options regarding the Constitution remain open in your resolution. During the reflection period it is essential to listen to citizens, social partners, political parties, and national and regional parliaments without prejudging the result of the wider dialogue and debate. If we do not, this exercise will lose all its value.

I also took note of your favourite option. Maintaining the Constitution, however, will not be possible without French and Dutch support with, if necessary, additional clarifications and measures. Recent Eurobarometer surveys have shown that European citizens’ support for the concept of a Constitution for the EU has increased by two percentage points over the past five months to 63%. Therefore, as has been said many times in the Committee on Constitutional Affairs, it is important to change the context rather than the text. That is why the dialogue has to focus on the European project in connection with Constitutional reform, and on the ultimate objective linked to the instruments to deliver it. It is only after the listening exercise based on the results of national debates is complete, that we will be able to draw conclusions on the best Constitutional settlement for Europe. That is also why the Commission wants to focus on policy priorities addressing citizens’ concerns on growth, jobs, employment and security.

Secondly, I fully share your resistance to proposals for core groups of certain Member States. What we want is a Europe for everyone, not just for some. The Union is in the process of consolidating the most recent accession process. We still have to work hard to ensure the smooth integration of the new Member States. My view is that any enhanced cooperation must, in all circumstances, be undertaken within the existing Treaties and remain open to all Member States.

You can rest assured that the Commission and myself will not support any proposal for enhanced cooperation outside the European Union institutional framework.

(Applause)

Thirdly, it seems reasonable to me to draft final conclusions on the reflection period in 2007, under the German or Portuguese Presidency. The June 2006 European Council is clearly a major milestone in this process, but it should not be the end of it. It will, of course, be up to the European Council to decide on any potential extension of the reflection period beyond the June 2006 extension already suggested by the Austrian Presidency. In any case, as announced in Plan D, the Commission will prepare a communication for the June European Council setting out its thinking on the initial feedback received during the period of reflection, and this will be based on the national visits currently being undertaken by the President, myself and fellow Commissioners, a special Eurobarometer report, discussion forums and the 9 May conferences.

This synthesis report should explain the background and approach taken by the Commission over the last year, outline the initial results of the listening exercise and provide a series of conclusions for the Austrian Presidency on the next steps to be taken. This will complement the factual report that will be prepared by the Austrian Presidency on the basis of contributions from the Member States.

Fourthly, I support your rejection of piecemeal implementation of the Constitution. The reason for that is simple - it has to do with respect. Respect for those who said 'no' and for those who have already ratified, and respect for the institutional balance. Cherry-picking could give the impression that the Union is trying to circumvent the results of national referenda and is liable to impair the overall institutional balance.

We should respect the difference between our institutions and those in the Member States and, most of all, when we embark on various praiseworthy initiatives and projects we should always respect each country's democratic traditions. All of us play important, but different, roles.

In conclusion, I would stress that we cannot discuss these issues without entering into political debate and discussing political priorities. European citizens will see that there are political differences in Europe. This is another forum for discussing political priorities, but without it and without any discussion on constitutional matters nothing will work. We have to combine this process with creating legitimacy for our institutions by delivering the political results that European citizens want, so we have to consider their daily concerns as well as the constitutional issues.

(Applause)

3-235

Elmar Brok (PPE-DE), *Verfasser der Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten.* – Herr Präsident, Herr Ratspräsident, Frau Vizepräsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Der Entwurf des Verfassungsvertrags hat im Rahmen des Konvents und der Regierungskonferenz eine Balance ergeben, die im Wesentlichen durch die nationalen Parlamente, die die stärkste Gruppe im Verfassungskonvent bildeten, getragen wurde. Vierzehn Länder haben ratifiziert, zwei davon durch Referendum, zwei nicht. Dieses Scheitern, das ja auch mit nationalen Fragen, aber auch mit der Stimmung in Europa insgesamt zu tun hat, ist ein Scheitern nationaler Politik, aber auch europäischer Politik, weil es uns nicht gelungen ist, Europa zu begründen.

Wir müssen die Sorgen der Bürger ernst nehmen; wir müssen sie auch in Frankreich und in den Niederlanden ernst nehmen und können nicht einfach darüber hinweggehen, aber wir sollten deutlich machen, warum wir dieses Europa brauchen. Dafür muss die Reflexionsphase genutzt werden. Dies ist kein Zeitraum der Debatte über Einzelheiten der Verfassung, sondern Europa muss in den Begründungen zu den Menschen zurückgebracht werden.

Dabei müssen wir auch sehen und deutlich machen, dass der Verfassungsvertrag gerade Dinge beinhaltet, die der Bürger kritisiert, weil sie bisher fehlen, z.B. eine größere Handlungsfähigkeit im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik, worauf sich meine Stellungnahme konzentriert. Alle Meinungsumfragen sagen, dass die Bürger genau das wollen: die Vertretung Europas nach außen hin. Und dafür bietet die Verfassung Regelungen, die nur sie vorsieht und die wir unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht nebenher schaffen können. Sie schafft einen neuen Weg der Subsidiarität unter Mitwirkung der nationalen Parlamente, um auf diese Art und Weise Zentralismus zu verhindern, und verbindet diesen Gedanken der Subsidiarität mit der Solidarität.

Die Bürgerrechte und die Charta der Grundrechte spielen eine große Rolle. Die Bürger werden durch diese Verfassung zu entscheidenden Akteuren, und sie bekommen auch den Schutz. Man muss auch sehen, dass in Zukunft beispielsweise der Kommissionspräsident als Spitze der europäischen Exekutive unmittelbar als Resultat aus den Wahlen zum Europäischen Parlament hervorgeht und die Bürger dabei eine Rolle spielen. Deshalb sollten wir uns auch darauf konzentrieren, dass die Teile I und II der eigentliche Verfassungsvertrag sind, während Teil III der Vertrag von Nizza ist. Dieses Missverständnis haben wir bisher nicht ausräumen können. Daher bin ich dankbar, dass die österreichische Präsidentschaft eine *road map* vorlegen wird und Deutschland in seiner Präsidentschaft neue Initiativen ergreifen will. Wir sollten uns jetzt auf den Dialog konzentrieren, die Reflexionsphase bewerten und 2007 die Vorschläge vorlegen. Dies bedeutet, dass wir nicht jetzt schon Maßnahmen ergreifen sollten, wie Duff und Voggenhuber es in ihrem Antrag vorschlagen. Dies ist zu früh und entspricht nicht den Wünschen der Bürger.

3-236

Hannes Swoboda (PSE), *Verfasser der Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie.* – Herr Präsident! Ich bin den beiden Berichterstattern sehr dankbar für ihren Bericht. Ich weiß, dass die Fragestellung, die Kollege Brok zuletzt angesprochen hat, zu vielen Diskussionen, auch innerhalb der Fraktionen, geführt hat. Es spricht vieles für beide Positionen. Vielleicht ist die Frage zu früh gestellt. Vielleicht müssen wir mit dem anfangen, was wir möglicherweise ein bisschen vernachlässigt haben, nämlich die inhaltliche Dimension. Wie können wir die Bürgerinnen und Bürger davon überzeugen, dass wir in Europa eine Verfassung, wie sie erarbeitet worden ist, brauchen? In meiner Stellungnahme, die ich für den Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie ausarbeiten konnte,

habe ich einige Beispiele angeführt. Vielleicht kann ich das Beispiel nennen, das damals noch nicht viel Gewicht hatte, in den letzten Tagen in diesem Parlament aber Gewicht bekommen hat: die Energiefrage!

Es war schon überraschend und erstaunlich, dass sich viele Abgeordnete, die vielleicht bis vor kurzem der europäischen Energiepolitik mit einer gewissen Skepsis gegenüberstanden, jetzt sehr massiv für eine gemeinsame Energiepolitik ausgesprochen haben. Ich habe sehr begrüßt, was Herr Saryusz-Wolski gesagt hat. Der Herr Bundeskanzler als Ratspräsident, der immer wieder die Subsidiarität betont, hat sich heute deutlich für eine gemeinsame Energiepolitik ausgesprochen. Dies ist nur ein Beispiel, um zu zeigen, wie wichtig es ist, dass die Zuständigkeiten, die wir auf europäischer Ebene - gerade auch in der Verfassung - verankert haben, auch wirklich voll genutzt werden. Ich glaube, das ist der Weg, den wir gehen müssen.

Ich könnte jetzt beispielsweise die Frage der Raumfahrtspolitik erwähnen, über die wir hier auch gesprochen haben und wo es nicht darum geht, Europäer in den Weltraum zu schicken, sondern um die Frage der Kontrolle der Umwelt oder die Frage, Tsunami-Warnungen rechtzeitig zur Verfügung zu stellen. Viele andere Dinge sind realistisch, machbar und gegenüber dem Bürger erklärbar, wenn wir uns nicht auf die institutionellen Fragen konzentrieren, sondern auf die inhaltlichen Fragen.

Herr Ratspräsident! Wir in diesem Parlament erwarten natürlich diese *road map* oder diese Skizze, wie es weitergehen soll. Ich bitte Sie inständig, dass Sie bei all dem, was Sie in den nächsten Wochen und Monaten der Ratspräsidentschaft inhaltlich zu tun haben, darauf hinweisen, wie viel besser wir es tun könnten, wenn wir eine europäische Verfassung hätten. Das ist ein ganz wichtiger Aspekt.

3-237

Paolo Costa (ALDE), *relatore per parere della commissione per i trasporti e il turismo*. – Signor presidente, onorevoli colleghi, come è stato brillantemente detto, la vicenda europea è stata per cinquant'anni una partita di calcio giocata a porte chiuse. Con il referendum sulla costituzione di Francia e Olanda, i cittadini che si volevano ammettere come spettatori sugli spalti sono andati oltre e hanno organizzato delle vere e proprie invasioni di campo. Oggi la crisi europea risiede anche nel fatto che non è più possibile ritornare alle porte chiuse, all'Europa dei trattati e delle decisioni elitarie e che, nel contempo, non si sa come riportare i cittadini sugli spalti a esprimere le loro opinioni attraverso un tifo corretto.

La reinvenzione di un circuito di partecipazione e di *accountability*, ossia di rendicontazione dell'Unione diretta ai cittadini, senza le intermediazioni interessate, falsificanti e fuorvianti degli Stati membri, è un presupposto per rimettere in moto il progetto europeo, qualunque siano i suoi nuovi contenuti. Ma rendicontazione di che cosa? L'errore da evitare è quello di trasformare la pausa di riflessione in una pausa di inazione.

Nessun "piano D" avrà successo se oltre alle "D" di "dibattito", "dialogo" e "democrazia" non vi sarà anche la "D" di "delivery". *Delivery* è il miglior contesto entro il quale ridefinire il testo della Costituzione, il miglior modo per far capire quanto sia utile l'Europa. Ed è per questo che possono diventare simbolicamente pericolosi anche insuccessi auto-inflitti, come la rinuncia di fatto di oggi a regolare l'accesso al mercato dei servizi portuali.

Esistono aree di riconosciuta competenza europea per le quali i trattati esistenti prevedono già oggi il voto a maggioranza qualificata e la codecisione interistituzionale – i trasporti ne sono un esempio – ed aree per le quali la sussidiarietà va correttamente interpretata al contrario: non lasciar fare male agli Stati membri quello che può essere fatto meglio a livello europeo. Per queste aree di competenza l'Unione deve aumentare il suo tasso di *delivery*, deve dimostrare il coraggio della sua utilità.

Oggi l'Unione europea come soluzione intelligente dei problemi della guerra, anche di quella fredda, non basta più: abbiamo bisogno di un'Unione all'altezza delle sfide globali del Terzo millennio. Riflettiamo pure per capire meglio cosa fare domani, ma occorre fare attenzione affinché ciò non sia la causa inaccettabile di una nostra inazione di oggi. Rischieremmo infatti di vanificare ogni nostra riflessione, per quanto intelligente.

3-238

Vladimír Železný (IND/DEM), *Navrhovatel Výboru pro regionální rozvoj*. – Jsem hrdým členem skupiny IND/DEM, která bývá nepřilíš přesně označována za euroskeptickou, a tak možná překvapí, že zpravodajování stanoviska Výboru pro regionální rozvoj k dokumentu o období reflexe po porážce Ústavy bylo svěřeno právě mě. Považuji to za známku otevřenosti, se kterou náš výbor k problému přistoupil. Princip *audiatur et altera pars* „nechť je slyšena i druhá strana“ patří k základním podmínkám skutečného dialogu.

Moje stanovisko založilo ve výboru kreativní debatu a ta vyústila v rozumný kompromis, který přitom nebyl bezzubý. Zpráva byla schválena všemi členy výboru, nikdo nebyl proti, čtyři se zdrželi. Ukazuje to, že dialog o budoucnosti Unie je možný. V naší zprávě jsou schváleny i principy, které v Duff-Voggenhuberově zprávě postrádám. Je to zejména princip právní opatrnosti, který by nám měl velet, abychom se v normách, které v období reflexe schvalujeme, neodvolávali neustále na Ústavu, která je z právního hlediska v současné době mrtvá a v původní podobě vzkřísitelná. Děťinská víra, že

čím častěji budeme Ústavu citovat, tím více přiblížíme naději na její resuscitaci, je zavádějící. Zbytečně to jednou může tyto normy zpochybňovat.

Zpráva našeho výboru rovněž doporučuje, abychom navázali spolupráci s institucemi národních a regionálních parlamentů, kde leží vysoká kvalifikace a také vysoká legitimita, a to nejen okázale a jednou ročně, jak doporučuje zpráva, o které dnes jednáme. Ta bohužel nabízí i jinak odlišný tón. Za nejpřekvapivější považuji, že předem stanovuje, jaký má být výsledek otevřeného dialogu. Prý to má být schválení dnes už mrtvé Ústavy v roce 2009. To je hluboké pohrdání demokratickou vůlí lidu minimálně ve dvou členských zemích Unie. Budeme-li i nadále předepisovat, jaký má být výsledek dialogu, omezíme-li dialog na okázalé akce s nereprezentativní veřejností, budeme-li nadále vynakládat peníze na to, aby byla slyšena jen libě znějící strana, pak není šance na zefektivnění struktur Evropské unie.

3-239

Willem Schuth (ALDE), *Verfasser der Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung*. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich den Kollegen Duff und Voggenhuber zu ihrem ausgewogenen Bericht gratulieren. Ich freue mich sehr, dass ich Ihnen heute kurz die Stellungnahme des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung zu diesem Bericht vorstellen darf. Das Europäische Parlament hat im Agrarbereich lange um die Mitentscheidung kämpfen müssen. Es ist zu begrüßen, dass der Verfassungsentwurf die seit den Amsterdamer Verträgen festgeschriebene Mitentscheidung in den Bereichen Umweltschutz, Lebensmittelsicherheit und Verbraucherschutz übernommen hat. Im Bereich der Agrarpolitik kann sich der Rat der Agrarminister bis heute über die Meinung des Europäischen Parlaments hinwegsetzen, da das Mitentscheidungsverfahren nach dem heutigen Vertrag nicht auf die gemeinsame Agrarpolitik Anwendung findet.

Vor diesem Hintergrund stellte der Verfassungsentwurf zwar insofern einen Zugewinn an demokratischer Legitimation in Aussicht, als alle agrarpolitischen Grundsatzentscheidungen der Mitbestimmung unterliegen sollten. Aus Sicht des Landwirtschaftsausschusses bedarf es allerdings noch einiger Verbesserungen am vorliegenden Text. Die in Artikel III-227 genannten Ziele der gemeinsamen Agrarpolitik stehen im Widerspruch zu den in Artikel I-3 formulierten Zielen der Europäischen Union und sind nicht mehr vermittelbar. Sie müssen dringend dahingehend aktualisiert werden, dass sie der Multifunktionalität unserer heutigen Landwirtschaft auch tatsächlich Rechnung tragen. Die Landwirtschaft in der EU bietet heute Arbeitsplätze für 10 Millionen Menschen. Sie ist der einzige Garant für eine nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raums und untrennbar mit ihm verbunden.

Für eine für die Gesellschaft akzeptierbare GAP reicht der vorliegende Verfassungsentwurf nicht aus. Vielmehr sollte im Rahmen eines künftigen Vertrags das Mitentscheidungsverfahren prioritär auf die gemeinsame Agrarpolitik ausgeweitet werden, wobei insbesondere die in den Artikeln III-230 Absatz 2 sowie III-231 Absatz 2 des vorliegenden Textes verbliebenen Lücken im Agrarbereich geschlossen werden könnten.

Angesichts der großen Bedeutung der GAP und ihrer herausragenden Stellung im Haushalt der EU verdienen die europäischen Bürger ein Höchstmaß an Transparenz und vor allem Mitbestimmung in diesem sensiblen Bereich. Dies kann in meinen Augen nur die volle Mitbestimmung des Europäischen Parlaments in allen Fragen der Agrarpolitik, des Verbraucherschutzes und der Lebensmittelsicherheit bedeuten.

3-240

Maria Berger (PSE), *Verfasserin der Stellungnahme des mitberatenden Rechtsausschusses*. – Herr Präsident! Darf ich – in diesem Fall wirklich von Herzen gemeint – den beiden Berichterstattern gratulieren, nicht nur zu dem jetzt vorliegenden Bericht, sondern zu ihrem anhaltenden Engagement für das Verfassungsthema auch in Zeiten, als das wenig Konjunktur hatte. Ich hoffe, dass diese Zeiten jetzt vorbei sind.

Ich durfte die Stellungnahme des Rechtsausschusses verfassen. Der Tenor der Stellungnahme passt sehr gut zu dem jetzt vorliegenden Berichtsentwurf des federführenden Ausschusses. Uns war es, speziell aus der Sichtweise des Rechtsausschusses, ein Anliegen, uns nicht frühzeitig von dem vorliegenden Verfassungsentwurf zu verabschieden. Bei den Themenbereichen, die uns sehr wichtig sind, wie Stellung und Kompetenzen des Europäischen Gerichtshofes, Neuordnung des Legislativverfahrens und des Komitologieverfahrens, Zusammenarbeit im justiziellen Bereich, können wir einfach nicht sehen, dass wir durch einen kompletten Neubeginn wirklich Verbesserungen erreichen können – ganz im Gegenteil! Wenn ich heute leider von der österreichischen Ratspräsidentschaft Kritik an der Kompetenz des Europäischen Gerichtshofes hören musste und es jetzt nicht nur von der österreichischen Präsidentschaft Kritik gibt, dann denke ich, dass die Lösungen, die hier im Verfassungsentwurf gefunden worden sind, doch sehr gut sind.

Aus rechtlicher Sicht verwahren wir uns natürlich auch gegen eine leichtfertige Teilung des Verfassungsentwurfs. Im Teil I haben wir sehr viele Grundsätze. Wir alle wissen, dass diese Grundsätze nur mit den Ausnahmen, die in Teil III enthalten sind, politisch akzeptabel waren. Auch aus rechtlicher Sicht müssten wir leider Teil I und Teil III in verbundener Weise sehen, und ohne grundsätzliche Überarbeitung des Teils III werden wir hier keine neue Struktur erreichen können.

Darf ich abschließend noch meine große Enttäuschung über das Schreiben dieser drei Präsidenten nationaler Parlamente zum Ausdruck bringen. Wenn ich mich daran erinnere – und ich sehe ja viele Mitglieder des früheren Konvents hier in

diesem Saal –, wie engagiert die nationalen Abgeordneten am Verfassungsentwurf mitgearbeitet haben, welche wichtigen Vorschläge sie gemacht haben, dann kann ich dieses uns vorliegende Schreiben der drei Präsidenten einfach nicht als letzte Antwort in dieser Frage ansehen.

3-241

Jean-Marie Cavada (ALDE), *rapporteur pour avis de la commission des libertés civiles, de la justice et des affaires intérieures*. – Monsieur le Président, Monsieur Winkler, Madame Wallström, la commission des libertés civiles a adopté à une large majorité, le 28 novembre dernier, l'avis que je lui avais préparé. Que dit cet avis? Tout d'abord, il rappelle toutes les améliorations prévues par la Constitution par rapport aux traités en vigueur. Les améliorations en matière de sécurité, de liberté et de justice étaient nombreuses et significatives et surtout, elles faisaient l'objet du consensus des nations qui composent l'Europe.

Je ne vais pas les rappeler toutes mais je mentionnerai simplement quatre points susceptibles de nous sortir de la mauvaise passe que nous traversons et que l'excellent rapport de mes collègues, M. Duff et M. Voggenhuber remet à l'ordre du jour.

D'abord, la généralisation du vote à la majorité qualifiée et la simplification des actes normatifs nous permettent d'établir une politique et non pas d'être bloqués par ses nuances. Ensuite, l'extension de la juridiction de la Cour de justice, fabrique du droit communautaire quand le Parlement ne sait pas en faire. Citons encore le renforcement définitif du rôle du Parlement en tant que colégislateur; nous devons en être les promoteurs. Enfin, l'intégration de la charte des droits fondamentaux dans le texte même de la Constitution confère à celle-ci une valeur juridique. Il y a naturellement d'autres points positifs mais ceux que je viens d'énumérer sont vraiment fondamentaux.

Pardonnez-moi cette allusion à ces possibilités qui nous restent, mais je voulais souligner les avancées que comportait cette Constitution dans un domaine qui est indiscuté dans l'ensemble des pays membres de l'Union, à savoir celui de la charte des droits fondamentaux et de l'espace de liberté, justice et sécurité. Il y a là en effet de quoi fabriquer dès à présent une ossature, en attendant qu'un nouveau texte surgisse. Pourquoi donc les États membres ne s'en saisissent-ils pas davantage pour essayer de recimenter une Union qui est malmenée?

Enfin, nous considérons comme prioritaire la prise en compte systématique de l'impact des politiques de l'Union sur les droits fondamentaux et nous soulignons l'urgence de créer, afin de poser sans attendre un premier acte, une Agence indépendante des droits fondamentaux, comme le Parlement l'a demandé le 26 mai dernier.

3-242

Edít Bauer (PPE-DE), *Spravodajkyňa Výboru pre práva žien a rovnosť pohlaví požiadaneho o stanovisko*. – Vážený pán predseda, pán Winkler, pani komisárka, zriedkakedy hovoríme o dôležitejších otázkach, ako práve teraz. Vďaka patrí spravodajcom, ktorí veľmi iniciatívne, na základe širokej diskusie, túto tému nastolili.

Budúcnosť Európy je náš spoločný problém, ktorý je rovnako dôležitý pre mladých a starších, pre mužov a ženy. Európski občania väčšinou nemajú problém, tak ako pani Wallström zdôraznila, s rozhodovacími mechanizmami európskych inštitúcií. Problém majú predovšetkým s nejasnou víziou o vlastnej budúcnosti, o vlastných životných perspektívach, o istotách, o nových výzvach, na ktoré zatiaľ ťažko hľadajú odpoveď.

Práve neistota a strach z budúcnosti boli zrejme hlavné dôvody, ktoré viedli k hlasovaniu proti ústave. Svoju zodpovednosť pri hľadaní východiska máme zrejme všetci. Aj my tu v Európskom parlamente si musíme byť vedomí toho, aké posolstvo, aké signály vysielame, keď napríklad rozhodujeme o nástrojoch kohézie, o prenose dôchodkových práv alebo keď uprednostňujeme migrantov z tretích krajín pred občanmi nových členských štátov.

Svoju zodpovednosť majú aj vlády členských štátov, ktoré sa často správajú tak, ako keby sa ich európske záležitosti, napríklad ciele vytýčené v Lisabonskej stratégii, v zosúladovaní pracovného a rodinného života, ani netýkali. Základnou otázkou naďalej zostáva to, či nájdeme spoločnú víziu, ktorá bude dostatočne prítiahľivá, a či naše európske hodnoty sú dostatočne silné na to, aby vytvorili primeranú sociálnu kohéziu.

Pán predseda viac ako európskych občanov, európskych voličov, tvoria ženy. Majú svoje špeciálne problémy, ktoré potrebujú citlivý prístup a primerané riešenia. Hlas žien v nasledujúcej diskusii by sa preto mal brať dostatočne vážne. Pán predseda, na záver by som rada zdôraznila, že Výbor pre práva žien a rovnosť pohlaví je toho názoru, že jedným z najhorších výsledkov hľadania východiska by bolo opätovné rozdelenie Európy na jadrové krajiny a ostatné.

3-243

Alexander Stubb, *on behalf of the PPE-DE Group*. – Mr President, I would like to make three points. First, it is nice to start talking about the Constitution again. The budget is out of the way; we can start focusing on other things. To me, it seems as if the Constitution has been in intensive care for the past eight or nine months. Now it has been slowly taken out and I think the process of recovery will be slow, but I think we should be looking at 2009.

I think the message of this report is that all options are open; easy does it; let us not say that the Constitution is dead; let us not start renegotiating; let us not say that this Treaty cannot enter into force. We have time and we have to think about it.

The second point is that recently there has been some controversy between the European Parliament and the speakers of three national parliaments. We need to turn that into a positive. The European Parliament should not, and must not, be arrogant or paternal towards the national parliaments. Yes, let us have a European forum, but let us do it together and have a real debate about the future of the Union.

My final point is that from some sections in the past few months we have heard talk about 'core Europe'. I think that talk is absolute and utter rubbish, because the people we hear it from are usually the people who want to put the brakes on integration. Let us start by ratifying the Constitution; let us get the ball rolling, let us work together and, most importantly, let us work together within the institutions of the European Union. I cringe at any talk about 'core Europe' outside. The best way forward is to do it inside the Treaty, do it together, and I am sure we can overcome this and have a Constitution by 2009.

3-244

Richard Corbett, *on behalf of the PSE Group*. – Mr President, just one year ago this Parliament endorsed the Constitution by an overwhelming majority. Now there are at least two views within that majority. One view is to say that this text of the Constitution is dead following the referendum defeats in France and the Netherlands; that we had better start thinking of something else and preparing a different way forward. The other view is to say: wait a minute, this text has actually now been ratified by a majority of Member States. The heads of government themselves in the European Council did not declare it dead, they extended the period of ratification and opened a period of reflection. In that period of reflection we must listen to those who said 'no', but we must also listen to the majority who have said 'yes' and find a way forward that can ultimately bring the two together.

This report achieves a synthesis of those two viewpoints. It says that it is too soon to conclude now; the period of reflection must be extended at least until 2007. Until then we need to keep all options open. We need longer and deeper reflection. Of course – as is to be expected – we say that this Parliament would prefer to maintain the text, but we recognise that that would only be possible if measures were taken to reassure and convince public opinion. What those measures are is left open. There are, in theory, many options: supplementary interpretative declarations, extra protocols, rewriting part of the text, rewriting the whole text, starting a new text. That we will conclude at the end of the period of reflection, but for now let us keep on with that reflection, deepen it, broaden it and reach conclusions in a year's time.

One thing is certain, Mr President: the status quo – that is, the current Treaties – is not sufficient for this Union in its enlarged form to function effectively or democratically. This issue will not go away.

3-245

Bronisław Geremek, *au nom du groupe ALDE*. – Monsieur le Président, les libéraux-démocrates de l'ALDE accueillent avec satisfaction le rapport Duff-Voggenhuber sur la période de réflexion. Nous étions persuadés que l'Union a besoin du cadre constitutionnel. Nous considérons le traité Constitutionnel comme un instrument efficace pour faire avancer l'Union, pour lui donner la dimension politique et l'horizon social qui sont tous deux nécessaires. Nous n'avons pas changé d'opinion et nous pensons qu'il ne faut pas déclarer la Constitution morte avant de l'ausculter: impossible sans cela de déclarer que le patient est mort.

Mais on ne peut pas non plus ignorer qu'au cours du processus de ratification un décalage est apparu entre la volonté d'intégration approfondie, manifestée par les élites européennes et la sensibilité d'une partie des sociétés européennes. Ce décalage ne concerne pas seulement les deux pays qui ont refusé la ratification. C'est un problème grave.

Jean Monnet disait que, face à un problème grave, il faut parfois changer son contexte. C'est précisément l'objet de la période de réflexion. Le grand débat public sur l'avenir de l'Union européenne devrait créer un nouveau contexte pour l'entreprise constitutionnelle européenne. Il appartient au Parlement européen de définir le cadre et l'agencement de ces débats, d'y faire participer les parlements nationaux et la société civile, de préciser les questions et d'établir un agenda nécessaire. C'est ainsi que l'agora européenne pourra apparaître, en tant qu'espace public de l'Europe. Nous ne devons pas encore décider de l'avenir du texte. Le temps viendra après la période de réflexion, après le débat européen, après avoir changé le contexte. Le rapport qui nous est présenté le dit très bien.

3-246

Monica Frassoni, *a nome del gruppo Verts/ALE*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il gruppo dei Verdi/Alleanza libera europea sostiene la relazione Duff-Voggenhuber. L'Unione europea ha bisogno di una Costituzione democratica e non può vivacchiare con Nizza. Il dibattito che dovrà svolgersi intorno alla Costituzione deve essere un dibattito europeo e la lettera stessa dei tre presidenti dei parlamenti dimostra che non si può lasciare la responsabilità della discussione a livello nazionale e che c'è bisogno di un organo davvero europeo, come il Parlamento, per condurlo. Ebbene sì, dobbiamo dirlo in modo non timido, anche guidarlo.

Nella relazione mancano però due elementi, che speriamo di riuscire a introdurre con la votazione in Aula. Infatti, onorevole Corbett, io non sono d'accordo con lei: non è assolutamente vero che il fronte di coloro che hanno votato "sì" alla Costituzione è stato diviso tra coloro che ora vogliono uccidere il testo e coloro invece che lo vogliono mantenere. Non è così. Nell'emendamento che sottoporremo alla votazione di domani si dice esplicitamente che una possibilità – non teorica, ma pratica – potrebbe consistere nella modifica del testo e che, se questo dovesse succedere, si impone un nuovo processo costituzionale, che si potrebbe anche concludersi con un *referendum*.

Pensare, invece, che l'unica proposta che noi dobbiamo formulare, come Parlamento europeo, sia quella di sostenere esclusivamente l'attuale testo, è illusorio e miope ed è ciò che potrebbe veramente dividere il fronte proeuropeo, cioè il fronte che in questa, con cinquecento voti, ha ottenuto un ampio sostegno per la Costituzione.

Ritengo pertanto che i due emendamenti presentati dai relatori debbano essere sostenuti da un'ampia maggioranza di questo Parlamento, perché affermano semplicemente la possibilità di discutere varie opzioni. Nessuna opzione è forse migliore delle altre, ma credo che tutte debbano essere discusse, compresa quella che in questo momento risulta stranamente così drammatica, ossia che si debba riaprire la discussione con i cittadini anche sulla Costituzione.

(Applausi)

3-247

Francis Wurtz, *au nom du groupe GUE/NGL*. – Monsieur le Président, la période de réflexion décrétée par le Conseil européen au lendemain de la victoire du "non" en France et aux Pays-Bas a eu un premier résultat: elle a adouci les mœurs. Ainsi, les deux corapporteurs de la résolution dont nous débattons n'ont-ils pas estimé opportun de reprendre aujourd'hui, pour juger la majorité des électrices et des électeurs français et néerlandais, les qualificatifs peu amènes dont certains les avaient gratifiés il y a quelques mois.

Merci donc à M. Voggenhuber et à M. Duff de souligner cette fois, du moins dans leur résolution, que ces citoyens ont en fait, je vous cite, "exprimé des préoccupations et des inquiétudes dont il faut tenir compte, qu'il convient de respecter leur décision et d'analyser avec soin les causes de ces résultats défavorables". C'est une avancée. Ce serait encore plus clair si le rapport précisait que ce projet de traité est désormais caduc et que le débat porte à présent sur ce qui doit le remplacer. Mon groupe est prêt à s'inscrire activement dans le débat sur l'avenir de l'Union avec nos concitoyens. Quant aux thèmes proposés pour cette confrontation d'idées, ils nous conviennent pour l'essentiel.

La question posée est la suivante: quel sera le débouché politique de ce débat? À quelles transformations profondes des orientations et des structures de l'actuelle Union êtes-vous prêts, pour répondre aux exigences qui montent de la plupart des sociétés européennes et dont le rejet du traité constitutionnel a été le révélateur le plus spectaculaire? C'est là que le bât blesse. Le rapport qui nous est soumis ne propose, je cite, "que de rassurer l'opinion publique", étant entendu, je le cite encore, "qu'en tout état de cause, la Constitution entrerait en vigueur en 2009". Dès lors, il ne s'agit plus d'un débat, mais d'une campagne de communication.

Suivre cette orientation serait dommage. Ce serait une occasion manquée. Voilà pourquoi mon groupe, dans sa quasi-unanimité, ne suivra pas cette voie.

3-248

Jens-Peter Bonde, *on behalf of the IND/DEM Group*. – Mr President, I should like to ask the ostrich majority in this House: have you not heard that 55% of French voters voted 'no', against the advice of 90% of their deputies and senators? Have you not seen that 62% of Dutch voters did not follow the advice of the 80% in the national parliament? Have you not read the Treaties calling for unanimity in Treaty changes? Why break your own rules? You seem to have both eyes and ears. Use them!

The proposed Constitution is dead! Still you urge national parliaments to break the law. You continue to propagate the text. On the outside of this building you still proclaim 'yes' to the Constitution. Could you imagine a national parliament praising Labour policies and condemning Conservative ones on the front of the parliament building itself? No, you could not, could you? You still use taxpayers' money to distribute millions of brochures propagating what was rejected. You started ratification of a text which had not yet been properly translated. You refused to publish a reader-friendly edition of the Constitution, because you wanted the text approved without being read. You manipulated the time schedule for holding referendums and hoped to drive the UK into a corner after 24 ratifications. But, dear colleagues, you lost, as I have done several times.

Now it is your turn to follow the verdict of the voters. Instead, you finance further propaganda: EUR 300 000 to the European Movement; EUR 110 000 to the European Federalists; millions of euros to those in favour of the Constitution.

We demand a free, fair and open debate with equal representation of the 'yes' and 'no' sides. Shame on those of you who will vote for overruling the Dutch and French voters! The SOS Democracy Intergroup has started a minority report. We

reject the idea of a state constitution, ask for the existing Treaties to be reviewed and for a cooperation agreement to be established instead.

A new agreement could be drafted by a directly elected convention and put to referendums in all the Member States, perhaps at the same time as the next European elections. Then we would know the verdict of the citizens. The French voters have not regretted their 'no'; many Dutch voters have changed their minds, but they were the ones who voted 'yes'. Listen to the voters, let us make a fresh start.

(Applause)

3-249

PRESIDÊNCIA: MANUEL ANTÓNIO DOS SANTOS
Vice-Presidente

3-250

Brian Crowley, on behalf of the UEN Group. – Mr President, first I would like to thank the rapporteurs for their work and what they have tried to achieve with this report. Secondly, and most importantly of all, I would like to thank the Austrian Presidency for having the political courage to take this issue out of the esoteric area and put it back on the political agenda.

One of the most important issues we have to look at – and it follows on from what Mr Bonde has just been saying – is: when is a 'no' really a 'no'? When is it that one country can stop every other country from moving forward? When is it that two countries can prevent other countries from moving forward? The uniqueness of what the European Union has been about is that it has striven to find common ground between very different and varying interests. Just because we have hit a barrier with regard to progress in constitutional change and treaty change aiming at a more efficient and effective way of decision-making, does that mean that we have to stick our heads in the sand, as some of my colleagues would say? The ostrich, whilst it may stick its head in the sand at some stage, is also the fastest runner on the ground.

We have to learn very quickly how to become fast runners to deal with the concerns that people have. Those concerns are not just related to the model of the European Union. Many of those who voted 'no' in France or Holland voted that way because of domestic political reasons. They also voted out of fear. As we discovered in Ireland some years ago, there was an irrational fear in some people when they voted 'no', a fear of the huge influx of immigrants taking all our jobs, stealing our social welfare and ruining our country. The reality was totally different: integration is possible; common sense and calmness is possible, but most importantly of all, this is true not just within this insular House and not just within national parliaments. Until such time as we convince the citizens and allow them ownership of the European Union project, only then and truly then can we say that we have a citizens' Europe that rightfully belongs to them.

3-251

James Hugh Allister (NI). – Mr President, after the Constitution so spectacularly failed its own test for survival, namely, approval by all Member States, a report which denies the resulting reality could only have come from the rarefied atmosphere of unreality that is the Constitutional Affairs Committee. With breathtaking arrogance this report, and indeed the last speaker, seeks to second-guess and repudiate the democratic verdict of the people of France and Holland by declaring that those results were not about rejecting the Constitution, but about dissent and other issues.

Nonsense! The question on the ballot paper was about one thing only – the acceptability of the Constitution – and the answer was equally clear. Why not face the truth? You lost. Instead, the Europhiles in this House have a new catchphrase. They think it is very clever: 'Context, not text, is the problem'. How fitting that it begins with the word 'con'. For that is what this period of reflection is all about. How can the text be repackaged so that next time they can con the voters into buying the soiled goods that is the Constitution?

3-252

Jean-Luc Dehaene (PPE-DE). – Voorzitter, ik moet wel zeggen dat de laatste sprekers mij met verbazing doen vaststellen dat een burger belangrijk is als hij "neen" zegt en blijkbaar niet als hij "ja" zegt, maar ik moet toch wel vaststellen dat er ook positieve referenda geweest zijn en dat op dit ogenblik reeds 13 lidstaten de grondwet hebben goedgekeurd. Dit is voor mij al even belangrijk, wat niet wil zeggen dat je niet met de "neen's" rekening moet houden, zij geven ook een heel duidelijk signaal waarmee we rekening moeten houden. Alleen is dit een louter negatief signaal dat geen alternatief biedt, terwijl de angst die die "neen" uitdrukt, paradoxaal wellicht het beste antwoord vindt in een Europese grondwet, in een Europees antwoord.

Inderdaad, wanneer je naar de eurobarometer kijkt - en de commissaris heeft er terecht op gewezen - dan stel je vast dat de burger zich er inderdaad wel van bewust is dat een aantal grensoverschrijdende problemen een Europees antwoord vereisen en meer Europa vergen. Ik denk dan vooral aan de tweede en de derde pijler en dat is vooral wat de grondwet wou aanbieden. Opnieuw paradoxaal is, dat juist in de referendadebatten die versterking van dat politiek Europa in de tweede en de derde pijler nagenoeg niet aan bod is gekomen.

Ik denk dat wij vandaag inderdaad de reflectieperiode actief moeten gebruiken in de zin van het plan D van de Commissie, dat wij tijd aan de tijd moeten geven en dat overhaasting hier een slechte raadgever is. Vandaar dat ik het met het verslag eens kan zijn, zoals het thans voorligt, omdat het die weg aangeeft; ik vrees dat bepaalde amendementen die de rapporteurs opnieuw hebben ingediend, eigenlijk de weg van die overhaasting ingaan en op voorhand reeds conclusies trekken. Ik denk dat wij de tijd moeten nemen, vooral om op de basisvraag die in het verslag staat, samen met de nationale Parlementen, een antwoord te geven.

3-253

Carlos Carnero González (PSE). – Señor Presidente, me gustaría recordar a la Comisaria y a algunos colegas que hace veinte años España entró en la Unión Europea. Fue una buena noticia para mi país y seguramente para el conjunto de la Unión. Digo esto porque los españoles entramos hace veinte años y hace poco más de un año votamos en referéndum y votamos «sí» a la Constitución Europea, con los mismos derechos, deberes y responsabilidades con los que otros países, Francia y Holanda, votaron «no». Los síes y los noes valen igual, expresados en referéndum o expresados vía parlamentaria. Y hoy la mayoría absoluta de los socios de la Unión han dicho sí a la Constitución Europea.

Este informe –he tenido la ocasión de trabajar con sus dos ponentes, en tanto que ponente alternativo del Grupo Socialista, durante cuatro meses– es un resultado equilibrado, que dice cuatro cosas esencialmente:

En primer lugar, este Parlamento sigue considerando la Constitución como el mejor instrumento para obtener una Unión más democrática y más eficaz.

En segundo lugar, si no entra en vigor, los problemas políticos e institucionales de la Unión se agravarán, no sólo persistirán, y, además, será imposible llevar a cabo más ampliaciones sobre la base del Tratado de Niza tras el ingreso de Bulgaria y Rumania.

En tercer lugar, tenemos que abrir un auténtico periodo de reflexión y debate, entre las instituciones y con la ciudadanía, para buscar soluciones a la crisis actual. Será al término de ese periodo cuando tengamos que sacar conclusiones que nos permitan seguir hacia adelante y culminar la unión política.

Y, en cuarto lugar, en coherencia con lo que hicimos en enero de 2005, un resultado positivo de ese periodo de reflexión sería el mantenimiento del texto actual, lo que sólo sería posible con las medidas adecuadas. Definiremos entonces las medidas adecuadas.

Hoy el contexto político nos permite decir que hay elementos nuevos para seguir adelante con la Constitución y desmentir dos cuestiones: en primer lugar, la afirmación de que la Constitución está muerta –los muertos que vos matáis gozan de buena salud– y, en segundo lugar, la de que primero hay que ocuparse del paro, la inmigración o la lucha contra la criminalidad, olvidando que, para hacerlo, hace falta tener esta Constitución. Éste no es un tema sólo de institucionalistas.

(Aplausos)

3-254

Ignasi Guardans Cambó (ALDE). – Monsieur le Président, quant à moi, j'aimerais opérer un glissement et passer des métaphores cliniques aux métaphores de cuisine. C'est ainsi que j'inviterais cette chambre à dire non à cette nourriture réchauffée au four à micro-ondes. Nous sommes devant un plat sec, froid, qui a perdu tout son goût et tout son parfum. On pourrait bien sûr garder les mêmes ingrédients pour en faire un autre plat, sans doute en ajoutant quelques épices et en éliminant les éléments et les ingrédients les plus indigestes. Mais les citoyens de l'Europe ont droit à un nouveau plat, un nouveau plat cuisiné qui soit au goût de tous et qui ne soit pas simplement un plat de la veille réchauffé.

Je tiens à dire, avec tout le respect que je dois à mes collègues, que j'ai parfois l'impression, quand j'entends parler certains d'entre eux, que ceux-ci sont trop attachés, de manière personnelle, au texte mort de la Constitution – je reviens à la métaphore clinique... J'aimerais bien que ces collègues aient le courage de se détacher de ce texte qu'ils ont vu naître entre leurs bras et qu'ils aient le courage d'entamer une nouvelle étape: inventer la cuisine nouvelle dont l'Europe et les citoyens ont besoin.

3-255

Bernat Joan i Marí (Verts/ALE). –

(El orador habla en catalán)

3-256

Presidente. – Senhor Deputado, solicito que interrompa a sua intervenção uma vez que os intérpretes têm instruções para não traduzirem a partir do catalão. Caso deseje continuar nesta língua os colegas não poderão perceber o que disser.

3-257

Bernat Joan i Marí (Verts/ALE). –

(El orador sigue hablando en catalán)

3-258

Presidente. – Conforme tinha chamado a atenção do Senhor Deputado, a sua intervenção não foi traduzida pelos intérpretes e o respectivo texto não será reproduzido no Relato Integral das Sessões.

3-259

Sylvia-Yvonne Kaufmann (GUE/NGL). – Herr Präsident! Ein Satz im Bericht kann gar nicht dick genug unterstrichen werden: „Der Vertrag von Nizza bildet keine zukunftsfähige Grundlage für die Weiterführung des europäischen Integrationsprozesses“. Ich füge hinzu: Dieser Vertrag steht für den Anfang vom Ende einer erweiterten Union der Bürgerinnen und Bürger. Was heißt denn Nizza? Keine rechtsverbindlichen Grundrechte, keine Bürgerinitiativen, keine klare Abgrenzung der Kompetenzen, kein volles Haushaltsrecht für das Europäische Parlament, kein Interventionsrecht der nationalen Parlamente gegenüber Kommissionsvorschlägen, keine parlamentarische Kontrolle von Europol, kein Außenminister und kein Europäischer Diplomatischer Dienst.

Die Liste all dessen, was Europa ohne Verfassung zu verlieren hat, ist sehr lang. Einen Marsch zurück in die Vergangenheit darf es nicht geben! Soll denn Nizza ernsthaft in Beton gegossen werden? Ich will nicht, dass die Europäische Union zu einer Freihandelszone mit beschränkter sozialer Haftung verkommt. Ein Kerneuropa, das neue Trennlinien in Europa aufreißt, ist inakzeptabel. Deshalb muss der Verfassungsprozess weitergehen. Europa braucht einen neuen Vertrag. Nur eines ist vollkommen klar: Mit einem bloßen „Weiter so“ wird dies nicht gelingen.

Die Sorgen und Probleme der Menschen müssen endlich ernst genommen werden. Das ist die klare Botschaft der Verfassungsreferenden in Frankreich und in den Niederlanden. Was wir brauchen, ist ein Politikwechsel in der Europäischen Union, und zwar hin zu einem sozialen Europa. Nur dann werden wir die aktive Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger für die erweiterte Union und für ein friedlich geeintes Europa bekommen.

3-260

Bastiaan Belder (IND/DEM). – Voorzitter, de toonzetting van het verslag van de collega's Duff en Voggenhuber doet mij erg terugdenken aan het plenaire debat van een jaar geleden. Het Europees Parlement omhelsde toen met groot vertoon de grondwet en niets leek een succesvolle ratificatie door alle 25 lidstaten in de weg te staan.

Tot mijn teleurstelling moet ik nu constateren dat het EP niets van de les van het dubbele nee begrepen heeft. Dit huis bezint zich niet op de toekomst van Europa, maar op een strategie om de tweevoudig afgewezen grondwet alsnog geratificeerd te krijgen. Dit alles natuurlijk onder de dekmantel van aanzienlijke maatregelen om de publieke opinie gerust te stellen.

Tegenover deze doorzichtige pogingen de uitdrukkelijke wil van het Franse en Nederlandse electoraat te negeren, wil ik mijn waardering toch uitspreken voor een aantal van de amendementen van de beide rapporteurs. Zij houden in ieder geval niet obsessief vast aan de huidige grondwet. Bovendien lijken zij het "nee" in Frankrijk en Nederland beter begrepen te hebben dan mijn collega's van de grote fracties en tonen zij een grotere bereidheid tot werkelijk reflectie.

Voorzitter, ik heb mijn geachte collega Voggenhuber horen spreken over nationalisme. Ik acht zijn intellectuele capaciteiten zo hoog dat hij daar niet alle opposenten van deze grondwet onder verstaat, want ik heb er werkelijk niets mee.

3-261

Irena Belohorská (NI). – Ďakujem pánovi Duffovi za dobrú správu. V očiach mnohých európskych občanov Európska únia rokuje o banánoch, o tvare mrkvy, o množstve slnečného žiarenia, a nie o veciach, ktoré sa reálne dotýkajú každodenného života európskeho občana. Sedem z desiatich občanov na Slovensku vie len veľmi málo o Európskej únii a o jej štruktúre. Európsku úniu vidia jej občania ako vzdialenú od ich denných problémov. Je viac ako šokujúce, že viac ľudí hlasovalo v súťaži Big Brother, ako sa zúčastnilo volieb do Európskeho parlamentu.

Médiá zohrávajú dôležitú a rozhodujúcu úlohu pri informovaní európskych občanov. Občanov zaujíma Európska únia a chcú informácie o jej fungovaní. Médiá však musia začať informovať o práci európskych inštitúcií a o dopade ich rozhodnutí na život. Na to však potrebujú vhodné podmienky. Chápem, že novinár má problém vysvetliť legislatívny návrh s tisíc pozmeňujúcimi návrhmi, hlavne ak je jeho text uverejnený len niekoľko dní pred hlasovaním, aj to nie vo všetkých jazykoch. Na to, aby médiá mohli objektívne informovať občanov o práci Európskej únie, je potrebné zamerať sa na prácu, a nie na rôzne „pikošky“ alebo aféry. Na druhej strane však musíme vytvoriť lepšie podmienky na informovanie občanov, musíme odstrániť komplexnosť európskej legislatívy a obmedziť rokovania za zavretými dverami.

3-262

Íñigo Méndez de Vigo (PPE-DE). – Señor Presidente, espero que se me entienda, porque voy a hablar en una lengua oficial. Creo que las lenguas son vehículo de comunicación y no de aislamiento.

Creo que este informe, señor Presidente, establece tres puntos importantes. Mis colegas Dehaene y Stubb ya han dicho cosas importantes sobre este tema, pero hay tres puntos que quiero señalar.

En primer lugar, esta Constitución es fruto de un consenso y, mientras no haya un menú alternativo, esto es lo que tenemos. Y es un buen consenso porque los que han votado «no» en algún país de la Unión Europea son incapaces de tomar un café juntos, incapaces de producir un texto alternativo. Ésa es la realidad. Los del «no» son gente que rechaza pero no construye, no propone nada. En tanto en cuanto no haya otro menú sobre la mesa, yo estoy con este menú y este Parlamento está con este menú.

En segundo lugar, estamos en contra de la aplicación parcial de aspectos de la Constitución. ¿Por qué? Por la misma idea, porque la Constitución es fruto de un consenso y todos no estamos de acuerdo con todo, pero estamos de acuerdo con la globalidad y, por tanto, no aceptaríamos –y hace bien este Parlamento en decirlo en este informe– coger esto pero no aquello. Estamos de acuerdo con todo pero no en hacer el *cherry picking*.

En tercer lugar, este Parlamento dice en este informe que no habrá nuevas ampliaciones de la Unión Europea sin Constitución, y no es una casualidad. Nosotros somos conscientes de que la Unión no funcionará, ni democráticamente ni eficazmente, sin las prescripciones que establece la Constitución. Eso está en el artículo 49 de los Tratados actuales, señor Presidente, y se lo digo a los amigos de los avestruces, porque este Parlamento tiene que pronunciarse sobre cualquier ampliación de la Unión Europea y con este informe este Parlamento adopta un compromiso muy claro y muy solemne: no habrá ampliaciones si no hay Constitución.

3-263

Jo Leinen (PSE). – Herr Präsident! Als Vorsitzender des Ausschusses für konstitutionelle Fragen danke ich den Berichterstattern, die ein sehr wichtiges Thema in einer ziemlich schwierigen Zeit bearbeitet haben. Der Bericht Duff-Voggenhuber ist schon ein Teil des Plans B von Margot Wallström, denn er hat lebhaft Debatten ausgelöst.

Das Ergebnis unserer Beratungen ist doch sehr erfreulich. Die übergroße Mehrheit dieses Hauses hält an der europäischen Verfassung fest. Die Gründe für den neuen Europavertrag sind ja nicht verschwunden. Im Gegenteil, sie werden von Tag zu Tag immer dringender. Mehr Handlungsfähigkeit, mehr Transparenz, mehr Demokratie. Alle Reformen und alle Fortschritte, die die Verfassung bringt, sind dringend notwendig. Sie sind nicht durch die Debatte in den Niederlanden oder in Frankreich entfallen. Ich bin sehr froh, dass die österreichische Präsidentschaft diese Debatte wiederbelebt. Wir hatten in den letzten Monaten eine Art Lähmung. Wir brauchen im Jahre 2006 eine umfassende Debatte in allen 25 Ländern, und ich hoffe, Herr Ratspräsident und Frau Vizepräsidentin, dass auch alle 25 Länder ihre Beiträge liefern. Ich habe den Zwischenbericht des Gipfels vom Dezember gesehen. Das war sehr dürftig. In der Mehrheit der Länder hat die Debatte noch gar nicht begonnen. Deshalb wäre es völlig falsch, schon jetzt im Januar 2006 die Ergebnisse einer Debatte zu präsentieren, bevor man überhaupt begonnen hat. Wir müssen jetzt ein Jahr lang in allen Ländern auf allen Ebenen mit allen Akteuren die großen Fragen der Europapolitik diskutieren. Dann kann man 2007 Schlussfolgerungen ziehen, welches Verfahren wir wählen, um dieses Projekt erfolgreich zu Ende zu führen. Dazu gibt es verschiedene Optionen. Meine Kanzlerin hat gesagt: Warum nicht die Verfassung verlängern, indem wir ein Protokoll über das soziale Europa oder das Europa der Identitäten anhängen? Das ist ein Weg, den wir diskutieren sollten.

Diese Phase der Reflexion wird uns stärker machen, und sie wird die Europäische Demokratie stärken. Wir haben alle Chancen, besser aus dieser Krise herauszukommen, als wir in sie hineingegangen sind.

(Beifall)

3-264

Jules Maaten (ALDE). – Voorzitter, het grondwetsverdrag is dood, leve het verdrag. Het is wel waar, het grondwetsverdrag is verworpen vanwege de context meer dan vanwege de tekst, maar het is ook waar dat de tekst van het grondwetsverdrag te zwak is gebleken om de problemen met de context op te lossen. Er zaten onvoldoende of geen gedurfde en aansprekende ideeën in.

Waarom geven we de burgers toch geen echte invloed en laten we ze, bijvoorbeeld de Voorzitter van de Europese Commissie direct verkiezen of scheppen we de mogelijkheid van een Europees correctief referendum. Dus, niet 25 of 27 kleine referenda, maar een echt Europees referendum oftewel waarom scheppen we niet echt een Europese politieke ruimte, jawel een Europese res publica.

Maar dan over die context. De burgers in mijn land Nederland, maar ik vermoed ook in de meest andere lidstaten, willen in elk geval even niet over de instituties praten, dank u vriendelijk. Wat ze wel willen is een Europa dat concurrerend wordt, dat banen schept, dat optreedt tegen terrorisme en tegen grensoverschrijdende misdaad, dat een behoorlijk buitenlands beleid voert, dat gewoon zijn werk eindelijk eens doet. Als dat niet lukt, dan is het proberen een verdragsherziening nieuw leven in te blazen trekken aan een dood paard en dan praten we in het ijle.

Zeker, wij hebben een nieuw verdrag nodig om Europa democratischer en efficiënter te maken, maar wij hebben geen haast. De vele uitstekende ideeën waar onze rapporteurs mee zijn gekomen, zijn onder meer om de reflectieperiode langer te laten duren en wel tot eind 2007, meerdere opties open te houden en ook in het algemeen een benadering over hoe we het debat moeten voeren vind ik uitstekend. Maar wat we niet nodig hebben is een document dat grondwet heet, dat heeft mensen afgeschrikt, in plaats van ze erbij te betrekken; een roos ruikt bovendien net zo lekker als je deze een andere naam heeft. Het krampachtig en halsstarrig vasthouden aan de naam en de tekst is voor mijn partij dan ook een onoverkomelijk probleem.

Als de oplossing is, een verbeterde tekst voor te leggen - en ik hoop werkelijk dat ons dat lukt, want het is belangrijk - dan ben ik er een voorstander van om deze inderdaad tegelijk met de volgende Europese verkiezingen in een referendum aan alle Europese burgers voor te leggen.

3-265

Roger Knapman (IND/DEM). – Mr President, this is not a Voggenhuber-Duff report, it is just a duff report. The question is, is the Constitution dead or is it just sleeping? If the answer to all this had been ‘yes’, there can be no doubt that the Commissioners would have had no difficulty in explaining what ‘yes’ meant. It is just us poor peasants who happen to believe in ‘no’ who now need to have it explained to us what ‘no’ means.

‘No’ in this case means sheer arrogance on the part of the Commission in presuming to go ahead with this project, when 70% of people in Austria do not want it to go ahead; when two-thirds of the population of Great Britain do not see any benefit in future membership of this sham Parliament; when the people of France have voted ‘no’; and when the people of Holland have voted ‘no’.

What part of ‘no’ does the Commission not understand? ‘No’ means that large proportions of the population of Europe do not want to continue with this pretence. We thought we were joining a common market and it has grown and grown and grown like Topsy until this final report, which is pushing us towards full political union. Well, it will all fall apart, without any doubt, because that is not what people thought they were voting for. I am glad that UKIP will not fail, because nothing can stop an idea whose time has come, and that means national freedom.

3-266

Jan Tadeusz Masiel (NI). – Panie Przewodniczący! Europa powstała w średniowieczu na bazie chrześcijaństwa. Unia Europejska zaczęła powstawać, jako zabezpieczenie przeciwko kolejnej wojnie. Ludzie i narody łączą się wokół czegoś, lub przeciwko czemuś.

Europa umarła. Powstała na jej miejsce Unia Europejska, której brak jest jeszcze wspólnej idei łączącej. Dzisiaj każdy ma jakiś argument za odrzuceniem konstytucji: jednym przeszkadza niski budżet, czy też za wysoki, innym Turcja. Nowe państwa członkowskie narzekają na niesprawiedliwą wspólną politykę rolną i zamknięcie rynków pracy - ale rozstawać się ze sobą nie chcemy.

Zanim ponownie zaproponujemy obywatelom konstytucję, zlikwidujmy istniejące między nami podziały, wysłuchajmy głosu obywateli, i tym razem weźmy go pod uwagę.

3-267

József Szájer (PPE-DE). – Tisztelt Elnök Úr! Bár a kisebbség mindig jóval zajosabb, mi itt a Parlamentben sokan valljuk, hogy az Unió megfelelő működéséhez szükség van alkotmányos szerződésre. Különösen a nagyobb átláthatóság és a Parlament ellenőrző szerepének a növekedése vagy éppen a kisebbségek jogainak az európai védelme területén.

A kialakult válságnak azonban nem az a fő oka, hogy az Unió jövőbeli működését jobban szabályozó Alkotmány miről beszél, hanem az, hogy az Unió teljesítménye sok polgár szemében nem megfelelő és nem meggyőző. Az Uniót működtető intézmények és elitek elveszítették a polgárok egy részének a bizalmát.

Egyetértek az Európai Bizottságnak a véleményével, és amint elfogadott módosító indítványomban is megfogalmaztam, fontos, hogy a mérlegelési időszaknak az is célja legyen, hogy hogyan szerezze vissza az Európai Unió az állampolgárok bizalmát. Úgy véljük, hogy a siker érdekében vita kell arról is, hogy hogyan fokozza az Európai Unió a teljesítményét, és hogyan járuljon hozzá az emberek valós problémáinak a megoldásához.

Az alkotmányos szerződést, vagy annak legfontosabb részeit meg kell őrizni. De tudnunk kell, hogy Európa polgárainak bizalmát nem bonyolult szövegekkel, hanem az Unió teljesítményével, munkahelyekkel, gazdasági gyarapodással, Európa közös érdekeinek a világban való hatékony képviselésével lehet visszaszerezni. És hogyha a bizalmat visszaszereztük, akkor az emberek az alkotmányos szerződést is támogatni fogják.

3-268

Pierre Moscovici (PSE). – Monsieur le Président, je voudrais d'abord remercier les corapporteurs, M. Duff et M. Voggenhuber. Ils ont fait un remarquable travail, très ouvert et qui constitue une excellente base de discussion, comme on dit.

Moi je suis ancien conventionnel, socialiste et français, dans le désordre, et je veux, à ce stade, intervenir dans ce fameux débat sur la mort ou pas de la Constitution. Je respecte très profondément les peuples qui ont voté ce texte - moi-même j'ai voté "oui"-, mais, en même temps, nous ne pouvons pas faire comme si rien ne s'était passé, comme si le vote des Néerlandais, des Français ne modifiait pas la donne. Nous ne pouvons pas faire non plus comme s'il n'y avait désormais qu'une seule solution, qu'une seule issue, qui est la ratification en l'état, après des péripéties, du texte qui a été rejeté par les Français et les Néerlandais.

C'est pour cette raison que nous devons aider les rapporteurs et c'est en ce sens-là que j'ai cosigné avec eux et avec Pervenche Berès, un certain nombre d'amendements qui appellent à prendre en compte les réalités. Je signale notamment trois amendements: l'amendement 18, l'amendement 24, l'amendement 27. Je pense que, si nous les votons, si le Parlement européen les vote, il s'ouvrira une large palette, il ne sera pas psychorigide, il contribuera réellement au débat, il ne s'enfermera pas dans une solution ou dans une parole ou dans une pensée unique. En définitive, j'ai envie de voter en faveur de ce texte, les socialistes français ont également envie de le voter, mais on ne peut pas le faire si c'est une voie à une seule issue. Donc, continuons à avancer en votant demain en faveur de ces amendements.

(Applaudissements)

3-269

Nils Lundgren (IND/DEM). – Herr talman! I och med folkomröstningarna i Frankrike och Nederländerna har författningsförslaget fallit. Om detta kan inte råda någon tvekan. Två länder har sagt nej i folkomröstningar, och det med stora majoriteter och med högt valdeltagande. Att det europeiska politiska etablissemanget nu försöker bortförklara detta är en demokratisk skandal. Politiker och höga ämbetsmän diskuterar nu öppet hur man ska komma runt dessa valutslag. De har fräckheten att på egen hand tolka utslagen som missnöje med sittande regeringar i de båda länderna. De börjar räkna hur många länder som har sagt ja, trots att det är klart att alla länder måste godkänna förslaget.

Sällan har det synts så tydligt vilken klyfta som finns mellan den politiska eliten och folken i EU-frågorna. Allt pekar på att det skulle ha blivit ett nej även i Tyskland om det hade varit folkomröstning där. Detsamma gäller Storbritannien, Österrike, Sverige, Danmark och kanske flera. Men EU:s maktelit talar skamlöst om svåra bakslag som drabbade under fjolåret. Jag vill påpeka att demokratiska utslag är bara bakslag för dem som har förlorat det för att de saknar folkligt stöd. Detta får inte kringgås.

3-270

Daniel Hannan (PPE-DE). – Mr President, listening to this debate I am reminded of Bertolt Brecht's lines:

3-271

„Wäre es dann nicht doch einfacher, die Regierung löste das Volk auf und wählte ein anderes?“

3-272

The peoples of two core founding States have thrown your projects out, my friends. I know it is hard to accept rejection, but look at the figures: 55% of French voters; 62% of Dutch voters. You might try to argue that the voters have got it wrong; that they are suffering from what Marxists used to call false consciousness; that they need better propaganda; that it is up to us – the Euro-elite – to point them in the right direction. To which I say, 'Do your damndest'.

Current polls in the Netherlands show that 82% of Dutch voters would now vote 'no' – a tribute to the level-headedness of that brave people. But if you think you can turn them around, dear colleagues, be my guests. Doing so would at least prove your commitment to the democratic ideals you so frequently invoke.

Far more outrageous would be to push ahead with the implementation of the Constitution – or, at least, of its contents – without popular consent. Yet this is precisely what you are doing. Look at the number of policies and institutions envisaged by the Constitution that have been or are being enacted regardless: the European External Action Service, the European Human Rights Agency, the European Defence Agency, the European Space Programme, the European External Borders Agency, a justiciable Charter of Fundamental Rights: none of these has any proper legal basis outside the Constitution. By adopting them anyway, you demonstrate that you will allow no force – internal or external, neither your own rule book nor the expressed opposition of your peoples in the ballot box – to arrest the rush to political assimilation. In doing so, you vindicate the severest of your opponents' criticisms.

In the words of my countryman Oliver Cromwell 'I beseech you in the bowels of Christ, think it possible you may be mistaken'.

(Applause)

3-273

Genowefa Grabowska (PSE). – Panie Przewodniczący! Rezolucja, o której dyskutujemy jest dokumentem dobrym, dokumentem wyważonym, dokumentem kompromisowym, a do tego podjętym w znakomitym czasie. Rezolucja wpisuje

się bowiem doskonale, nie tylko w przedstawione nam dzisiaj priorytety prezydencji austriackiej, ale także prezydencji fińskiej i przyszłej prezydencji niemieckiej.

To dowodzi, że wbrew głosom zwątpienia, czy niechęci, konstytucja nie jest wcale wyrzucona na śmietnik, nie jest dokumentem martwym. Wręcz przeciwnie, konstytucja jest dokumentem żywym. Konstytucja, poprzez francuskie i holenderskie „nie”, żyje dlatego, że wokół niej dyskutujemy. Wszyscy Europejczycy mają odpowiedzieć na pytanie, jakiej chcą Europy.

Poprzez tę rezolucję, Parlament zaprasza do tak szerokiej dyskusji wszystkich obywateli Unii Europejskiej, wszystkie parlamenty narodowe i wszystkie rządy, po to, aby wypowiedziały się, czego oczekują. Rządom dziewięciu państw, które jeszcze nie ratyfikowały konstytucji, powinniśmy powiedzieć w ten sposób: „wasi premierzy ten dokument podpisali, zatem, waszym międzynarodowym prawem i obowiązkiem jest rozpocząć jego ratyfikację. Ten obowiązek wynika z konwencji o prawie traktatów”.

I na koniec, ostatnia uwaga. Stosunek państwa do konstytucji europejskiej jest nie tylko testem na chęć budowania wspólnej Europy, ale, przede wszystkim, testem państwa na jego wiarygodność jako partnera w stosunkach międzynarodowych.

3-274

Maria da Assunção Esteves (PPE-DE). – Senhor Presidente, o Parlamento Europeu dá hoje o sinal de partida para um grande debate. Instituições políticas e actores sociais, com a mobilização dos *media*, tomarão a responsabilidade de enfrentar a seguinte pergunta: a Europa quer ou não quer ganhar o futuro?

A questão constitucional não é uma simples questão de arquitectura das instituições. É sobretudo o modo como a Europa conjuga a eficácia das suas instituições com uma consciência moral sobre o mundo. Todos nós, cidadãos europeus, nos corredores do poder e no espaço vital da União, sentimos este desafio. Como governar um espaço cosmopolita extenso e aberto? Como realizar um projecto de justiça que está ao mesmo tempo dentro e fora dos limites da Europa? Como construir uma forma de vida que não tem por base a tradição? Como fazer da Europa uma potência democrática, fundadora de uma nova ordem mundial? Como dar o exemplo para uma União de povos? Como encontrar uma forma comum de defesa dos direitos humanos no mundo? Como encontrar uma forma comum de influenciar o mundo? Como devolver à política o seu poder programante sobre uma economia globalizada e desregulada? Como ligar justiça e eficiência? Como abrir as portas a novos modelos políticos?

O futuro não nos deixa espaço para o medo. É urgente debater a integração política, debater uma forma de vida cosmopolita e mais humana, debater em que medida uma Constituição representa e constrói, ela mesma, a nossa identidade europeia, porque a nossa identidade europeia não nasce da tradição, a nossa identidade nasce da moral, da vontade e da razão.

3-275

Pasqualina Napoletano (PSE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il rischio di disfacimento del progetto europeo è reale e lo stiamo toccando con mano. Per costruire o ricostruire la fiducia nei cittadini abbiamo bisogno di visione, politiche efficaci e strumenti e tra questi ultimi ci sono le risorse e le istituzioni.

Io credo che, come Parlamento, non dobbiamo abbandonare la prospettiva del Trattato costituzionale e, rispetto alla diatriba sul testo attuale, ritengo che il Parlamento debba difendere tutto quello che con esso è stato acquisito. Potrà il dibattito spingersi oltre? Credo che non sarà facile ma, francamente, non mi precluderei anche questa strada.

Vorrei inoltre, come già sottolineato, che facessimo un tale percorso in stretta collaborazione con i parlamenti nazionali giacché, a mio avviso, il dibattito sulla questione è stato condotto in modo non esauriente e scorretto, soprattutto da parte dei governi europei. Desidero ringraziare la Presidenza austriaca per aver finalmente riesumato in parte la discussione. Speriamo che d'ora in poi ci possa essere una maggiore sintonia tra le diverse istituzioni.

3-276

Παναγιώτης Δημητρίου (PPE-DE). – Κύριε Πρόεδρε, δεν θα επαναλάβω τα επιχειρήματα που έχουν ακουστεί σήμερα από τους εισηγητές και άλλους ομιλητές για το Σύνταγμα. Ούτε και θα αναφερθώ στις διεξοδικές, εκτεταμένες και εξαντλητικές συζητήσεις που έγιναν πέρυσι, αλλά στον διάλογο που αναφέρονται!

Και να εκφράσω την άποψη, κύριε Πρόεδρε, ότι ο διάλογος που πρέπει να κάνουμε πρέπει να περιστραφεί όχι στο Σύνταγμα αλλά στα υπαρκτά προβλήματα της Ευρωπαϊκής Ένωσης, που είναι: πρώτον κατά πόσο εξακολουθεί να είναι αναγκαία η Ευρωπαϊκή Ένωση. Δεύτερον, εάν είναι αναγκαία η Ευρωπαϊκή Ένωση, τί είδους Ευρωπαϊκή Ένωση είναι αυτή που θέλουμε. Και τρίτον, πόσο διευρυμένη Ευρωπαϊκή Ένωση είναι που επιζητούμε.

Αν δεν υπάρξει κοινή συνισταμένη απαντήσεων σ' αυτά τα υπαρκτά ερωτήματα σε επίπεδο τόσο πολιτικών όσο και πολιτών, πολύ φοβόμαστε ότι δεν θα μπορέσει ποτέ να γίνει αποδεκτή από τους ευρωπαίους πολίτες οποιοδήποτε Σύνταγμα

της Ευρώπης. Εάν και εφόσον πιστεύουμε στην Ευρωπαϊκή Ένωση ότι είναι αναγκαία η ενοποίηση και ισχυροποίησή της, τότε το στοιχείμά μας είναι να πείσουμε και τους πολίτες για την ορθότητα αυτής της πορείας. Η εμπιστοσύνη και η πίστη στο ευρωπαϊκό όραμα είναι η βάση της καθολικής συναίνεσης κρατών και πολιτών για συνταγματική ρύθμιση της λειτουργίας της Ευρωπαϊκής Ένωσης.

Αν δεν συνειδητοποιηθεί από τους πολίτες των ευρωπαϊκών κρατών η σημασία για την ανθρωπότητα της ύπαρξης και της περαιτέρω ενοποίησης και ισχυροποίησης της Ευρωπαϊκής Ένωσης τότε, προβλέπω ότι καμιά συνταγματική πρόταση δεν θα γίνει δεκτή στο μέλλον. Γι' αυτό πιστεύω ότι δεν πρέπει να χάνουμε άλλο χρόνο. Πρέπει να χτίσουμε σ' αυτό που έχουμε. Και αυτό που έχουμε σήμερα είναι το Σύνταγμα, σε αυτό πρέπει να δουλέψουμε και πάνω σ' αυτό να χτίσουμε, γιατί πολύ φοβούμαι πως οποιαδήποτε άλλη προσπάθεια να δημιουργήσουμε κάτι το εναλλακτικό θα αποτύχει και θα είναι μια τελική αποτυχία που θα είναι εις βάρος της ενοποίησης και της προόδου της Ευρωπαϊκής Ένωσης.

3-277

Σταύρος Λαμπρινίδης (PSE). – Κύριε Πρόεδρε, οκτώ μήνες μετά την απόρριψη του κειμένου της Συνταγματικής Συνθήκης στα δημοψηφίσματα που έγιναν σε Γαλλία και Ολλανδία, βρισκόμαστε ακόμη σε μια ατέρμονη περίοδο περισυλλογής για το πως θα διαμορφώσουμε το περιεχόμενό της. Ας αρχίσουμε επιτέλους τη δουλειά μας. Ποια είναι αυτή η δουλειά; Κατά τη γνώμη μου, όχι το να αναλωθούμε σε ατέρμονες συζητήσεις για τον λεπτομερή ορισμό του νέου κοινωνικού κράτους, της χρηματοδότησης της ΕΕ, κλπ. Αν πιστεύουμε ότι θα βρούμε κοινό τόπο μεταξύ μας σε όλα αυτά, ως προϋπόθεση για να ξαναπροωθήσουμε το Σύνταγμα, θεωρώ ότι δεν θα έχουμε ποτέ Ευρωσύνταγμα.

Αντίθετα ένας θα πρέπει να είναι, κατά τη γνώμη μου, ο τελικός στόχος της περισυλλογής. Ανεξάρτητα από τις πολιτικές πεποιθήσεις του καθενός να πειστούμε ότι για όλα αυτά τα μεγάλα στοιχήματα της Ευρώπης μπορούμε ως ευρωπαίοι να τα αντιμετωπίσουμε καλύτερα από κοινού, παρά ο καθένας ξεχωριστά. Αυτό είναι και το σημαντικότερο ίσως "context" που λείπει ώστε να γίνει από όλους αποδεκτό το όποιο "text"!

3-278

Reinhard Rack (PPE-DE). – Herr Präsident! Ich habe kein Verständnis für das Demokratieverständnis einiger EU-Kritiker, die sich im Normalfall hinter ihren nationalen Flaggen einmauern und andere europäische Bürger zu Handlangern ihrer Anliegen machen wollen. Mehrmals wurde jetzt gesagt: 70 % der Österreicher wollen diese Verfassung nicht. Offenbar eine Anspielung auf jüngste Eurobarometer-Umfragen, aber genau so offenkundig unter völliger Missachtung demokratischer Regeln und Vorgangsweisen in meinem Land Österreich. Dort haben der Nationalrat und der Bundesrat die Verfassung mit gewaltigen Mehrheiten ratifiziert. Aber offensichtlich haben für manche Umfragewerte ein höheres Gewicht als verfassungsrechtliche Verfahren.

Ich habe auch kein Verständnis für die Vorgangsweise einiger anderer, die jetzt schon Alternativen diskutieren wollen, bevor der laufende Ratifikationsprozess so oder so abgeschlossen ist. Wer jetzt nach neuen Alternativen ruft, negiert die demokratischen Entscheidungen in den meisten Mitgliedstaaten der Europäischen Union.

Im Übrigen: Wo sind denn diese Alternativen? Wir haben im Konvent zur Zukunft Europas über all diese Alternativen lange Diskussionen geführt, über ein demokratischeres Europa, eine sozialere Union, usw. Wir sind immer wieder zu denselben Ergebnissen gekommen. Jede derartige Verbesserung – so wünschenswert sie auch sein mag – führt im Ergebnis zu mehr und zu einem stärkeren Europa und damit genau zu dem von den meisten Mitgliedstaaten und den dort lebenden Menschen derzeit nicht gewünschten weiteren Machtverlust der Nationalstaaten. Daher tun wir das, was die Mehrheit des Ausschusses für konstitutionelle Fragen vorgeschlagen hat. Versuchen wir, die europäischen Bürger über das zu informieren, was im Verfassungsvertrag des Jahres 2004 tatsächlich steht, was dort nicht steht, und versuchen wir, in einem zweiten Anlauf doch einen Konsens für das beste Verfassungswerk, das derzeit am Markt ist, zu erreichen.

3-279

Hans Winkler, amtierender Ratspräsident. – Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es war für mich sehr interessant, an dieser Debatte teilzunehmen und den Meinungs austausch zu verfolgen. Es wurde eine Vielfalt von Meinungen zum Ausdruck gebracht, aber eines erscheint mir doch dem zu entsprechen, was auch die Mehrheit der Ratsmitglieder fühlt, dass sich nämlich die Europäische Union zu diesem Zeitpunkt, bevor wir mehr Klarheit gewonnen haben, alle realistischen und vernünftigen Optionen offen halten sollte, denn die Erfahrungen des vergangenen Jahres haben gezeigt, dass wir mit schnellen, vielleicht sogar voreiligen oder leichtfertigen Einschätzungen in dieser Debatte nicht weiterkommen. Ich stimme mit Herrn Leinen überein, dass es für die Ratspräsidentschaft in dieser Phase der Debatte unklug, ja sogar schädlich wäre, würden wir den Versuch unternehmen, Ergebnisse vorwegzunehmen.

Was wir jetzt brauchen, ist eine Diskussion. Ich sage noch einmal, dass ich dem Ausschuss für konstitutionelle Fragen und den Berichterstattern Duff und Voggenhuber dankbar bin, dass sie diese Debatte in Gang gesetzt haben. Die Präsidentschaft wird sie aufgreifen. Wir glauben auch, dass alle Meinungen, die in dieser Debatte zum Ausdruck kommen, respektiert werden müssen. Wie es die Vizepräsidentin sehr treffend formuliert hat, geht es darum, ein Europa für alle zu bauen. Das ist die Aufgabe, die sich auch der österreichische Ratsvorsitz gestellt hat. Gemeinsam mit den anderen Mitgliedstaaten und im Einvernehmen mit den anderen Institutionen werden wir an der Wegskizze, von der bereits die Rede war, arbeiten.

Wenn heute gesagt wurde, dass die Bürgerinnen und Bürger kein Interesse an einer Debatte über Institutionen haben, dann setze ich dem entgegen, dass dieses Europa aber die entsprechenden Institutionen und institutionellen Strukturen braucht, damit es das leisten kann, was sich die Bürgerinnen und Bürger von ihm erwarten.

Ich hoffe sehr, dass heute auch aus den Ausführungen des Ratspräsidenten klar hervorgegangen ist, dass sich der österreichische Ratsvorsitz sehr ernsthaft mit den Problemen, die die Bürgerinnen und Bürger Europas interessieren und betreffen, auseinandersetzen wird.

3-280

Margot Wallström, kommissionens vice ordförande. – Herr talman! Ärade ledamöter! Jag har egentligen bara två korta saker att säga. Det första är att citera Elmar Brok som i början av debatten sa "The citizens are the stake holders". Det är Europas medborgare som är den viktigaste målgruppen, de som har mest att vinna eller mest att förlora på hur vi hanterar frågan om ett nytt konstitutionellt fördrag för Europa.

Det andra är att säga att demokrati är ingen åskådarsport. Det kräver att vi engagerar oss i debatter och i en dialog med medborgarna, engagerar våra politiska ledare och våra medborgare på alla möjliga sätt och att vi hjälps åt att spela våra olika roller i det sammanhanget.

Nu har jag emellertid så många gånger hört dessa lite lättsamma kommentarer om att "vad är det i nejdet som ni inte förstår" och liknande, att jag vill tillägga att det faktiskt är så att vi genom opinionsundersökningar och intervjuer vet precis varför människorna har svarat ja eller varför de har röstat nej. Det är ingenting som vi har hittat på, vi vet att varje folkomröstning som också tar in konstitutionella frågor rymmer en risk att man faktiskt får svar på frågor som man inte har ställt. Det känner politiker till i alla våra medlemsländer.

Inte är det väl heller så konstigt att 25 medlemsländer som engagerar sig i en debatt om hur vi ska lösa en konstitutionell utmaning i ett Europa som har vuxit från 15 till 25 medlemsländer, faktiskt undrar hur vi ska komma ur en situation där två medlemsländer har sagt nej när 14 har sagt ja. Hur hanterar vi den situationen? Ska vi hädanefter bara stoppa processen eller finns det en lösning att komma ur den? Det är inte konstigt. Ni gör det lite för lätt för er. Det mest intressanta är att de som representerar UKIP (UK Independence Party) och kallar detta för ett bluffparlament verkar vara alltför nöjda med att låta skattebetalarna i Europa betala deras löner i detta bluffparlament, utan att de bidrar konstruktivt med någon enda egen idé.

Jag tycker att vi faktiskt måste skärpa oss och föra en intellektuellt hederlig debatt om Europafrågorna. Vi vet väldigt mycket och det finns ingen genväg. Vi kan bara engagera oss i en debatt och dialog med medborgarna. Vi kan bara diskutera sakfrågorna först och koppla dem till de konstitutionella lösningar som är nödvändiga för att få ett mer öppet, mer demokratiskt och mer effektivt Europa. Hur mycket ni än skrattar.

3-281

Presidente. – O debate está encerrado.

A votação terá lugar na quinta-feira, às 12 horas.

Declarações escritas (artigo 142º)

3-282

Bruno Gollnisch (NI). – On voit souvent la paille dans l'oeil du voisin, mais jamais la poutre dans le sien propre. Les mêmes qui hier fustigeaient l'incroyable déni de démocratie parlementaire qui avait poussé la Commission de Bruxelles à présenter à nouveau sa directive sur les services portuaires alors qu'elle avait été rejetée, sont aujourd'hui prêts à voter un rapport qui lui, plus grave, est un déni de démocratie populaire.

La Constitution européenne a été rejetée par deux des pays fondateurs de l'Union européenne, les Pays-Bas et la France. De l'avis de tous les observateurs objectifs, leurs citoyens ont voté en s'étant documentés de façon très sérieuse. Ils n'ont pas seulement voté selon un contexte, ils ont voté contre un texte. Dix Etats membres ne se sont pas prononcés et plusieurs de leurs dirigeants estiment qu'ils n'ont pas à le faire. Car la Constitution, selon le droit et son texte lui-même, ne peut pas entrer en vigueur, puisque plusieurs Etats signataires ont refusé de la ratifier. Elle est morte.

Mais tout ce que propose ce Parlement est de réfléchir au meilleur moyen de représenter les plats, dans les mêmes termes, aux citoyens, et de leur bourrer le crâne à travers des campagnes de propagande, avec l'aide complaisante des médias. Ce scandale est inacceptable.

3-283

Ian Hudghton (Verts/ALE). – I cannot support this report. The text fails to recognise that the constitutional treaty has been rejected by electors in two member states. Undoubtedly if given the opportunity of a referendum, other rejections would also be delivered. The two rapporteurs want to somehow revive the core of the current, rejected, text. This does not seem to me to be credible. How can French and Dutch voters be expected to accept such arrogance. We are in a so-called

period of reflection, let us make it a period in which to rethink, replace, and not just regurgitate a document which has already been resoundingly rejected.

3-284

9 - Boas-vindas

3-285

Presidente. – Em nome do Parlamento gostaria de dar as boas-vindas a Paavo Lipponen, Presidente do Parlamento finlandês, bem como à delegação que o acompanha.

3-286

10 - A situação na Chechénia após as eleições e a sociedade civil na Rússia

3-287

Presidente. – Seguem-se na ordem do dia as declarações do Conselho e da Comissão sobre a situação na Chechénia após as eleições e a sociedade civil na Rússia.

3-288

Hans Winkler, amtierender Ratspräsident. – Herr Präsident, Frau Kommissarin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Konflikt in Tschetschenien stellt weiterhin eine Quelle der Instabilität für die Region des nördlichen Kaukasus dar. Die politische, wirtschaftliche und soziale Lage sowie die Menschenrechtslage in der Kaukasus-Republik sind nach wie vor äußerst unbefriedigend und besorgniserregend. Alle Institutionen der Europäischen Union sind sich der Wichtigkeit dieser Angelegenheit in den Beziehungen zur Russischen Föderation sehr wohl bewusst.

Wie Sie wissen, haben am 28. November des vergangenen Jahres in Tschetschenien Parlamentswahlen und damit die ersten Legislativwahlen seit acht Jahren stattgefunden. Leider konnten die Europäische Union und die OSZE diese Wahlen aus Sicherheitsgründen nicht beobachten. Dass aber erstmals seit acht Jahren wieder eine Wahl zum Parlament in Tschetschenien stattfinden konnte – wenn auch betont werden muss, mit sehr erheblichen Mängeln –, ist von der damaligen Ratspräsidentschaft als positiver Schritt gewertet worden. Die Europäische Union hat die Ausbildung lokaler Beobachter für diese Wahlen unterstützt. Die Europäische Kommission gewährte eine Hilfeleistung in der Höhe von 60 000 Euro für die Unterstützung einer objektiven und professionellen lokalen Wahlbeobachtung durch verschiedene Organisationen der Zivilgesellschaft.

Unmittelbar nach der Wahl hat der damalige EU-Vorsitz eine Erklärung abgegeben, in der er feststellt, dass der Verlauf dieser Wahlen nicht als einwandfrei angesehen werden könne und einige Beobachter Bedenken geäußert hätten. Er hat die russischen Behörden dringend aufgefordert, den berichteten Unregelmäßigkeiten und Einschüchterungsaktionen nachzugehen. Abschließend wurde in der Erklärung festgestellt, dass eine weitere Stärkung der demokratischen Institutionen als Teil eines alle Seiten einbeziehenden politischen Prozesses für eine nachhaltige und friedliche Entwicklung Tschetscheniens auf lange Sicht sowie für Frieden und Stabilität im Nordkaukasus insgesamt von entscheidender Bedeutung ist.

Die Europäische Union hat stets ernste Bedenken angesichts des politischen Prozesses in Tschetschenien geäußert, und sie fordert die russischen Behörden weiterhin dringend auf, diesem politischen Prozess mehr Offenheit und Legitimität zu verleihen. Fragen der Menschenrechte und der Demokratie werden in den Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Russischen Föderation regelmäßig und ständig thematisiert. Das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen sieht in seinen grundlegenden Aussagen zum Verhältnis zwischen der EU und Russland die Respektierung von gemeinsamen Werten wie Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit vor.

Bei den halbjährlichen Menschenrechtskonsultationen mit Russland, die im März 2005 unter luxemburgischem EU-Vorsitz offiziell eingeführt wurden, nimmt Tschetschenien einen wichtigen Platz ein. Bei diesen Konsultationen bringt die EU insbesondere ihre Besorgnis über das Verschwinden von Personen sowie darüber zum Ausdruck, dass Menschenrechtsverletzungen in der Regel ungestraft bleiben. Die letzte Runde dieser äußerst wichtigen Konsultationen fand am 8. September 2005 in Brüssel statt. Sie werden auch in diesem Jahr unter der österreichischen Ratspräsidentschaft fortgesetzt werden. Ein nachhaltiges Engagement der Europäischen Union und ihrer Mitglieder ist hier notwendig, da diese Konsultationen einen Rahmen bieten, wo derartige Fragen in einer sehr offenen und konstruktiven Weise angesprochen werden können.

Die Europäische Union hat seit dem Ausbruch des zweiten Tschetschenien-Konflikts im September 1999 eine eindeutige Position zur Frage der Wahrung der Menschenrechte bezogen und diese auch beibehalten. Die Union setzt sich weiterhin für eine politische Lösung des Konflikts ein, und die Russische Föderation ist aufgefordert, mit internationalen Menschenrechtsmechanismen eng zusammenzuarbeiten, insbesondere mit den Vereinten Nationen und deren Sonderberichterstatter über Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, des Weiteren mit dem Europarat, insbesondere dem Europäischen Komitee zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe, und selbstverständlich auch mit der OSZE. Eine erneute ständige Präsenz der

OSZE in Form einer Feldmission in Tschetschenien wäre auf jeden Fall zu begrüßen. Die OSZE spielte bereits bei den Lösungsbemühungen während des ersten Konflikts in Tschetschenien eine äußerst wichtige Rolle. Eine vergleichbare Rolle wäre auch diesmal von großer Bedeutung.

Auf dem Gipfeltreffen EU-Russland im November 2004 stimmte Russland dem mit 20 Millionen Euro ausgestatteten Hilfsprogramm der Europäischen Kommission zu, mit dem zusätzlich zu der fortdauernden humanitären Hilfe die sozioökonomische Erholung im Nordkaukasus unterstützt werden soll. Mit diesem Programm soll ein Beitrag zur Förderung eines offenen und demokratischen politischen Prozesses in Tschetschenien geleistet werden.

Was die Zivilgesellschaft betrifft, so sind die Situation der Nichtregierungsorganisationen, die Justizreform, die Lage der Menschenrechtsaktivisten und die Medienfreiheit in Russland Bereiche, die besonderen Anlass zur Sorge geben und von der EU gegenüber den russischen Vertretern regelmäßig zur Sprache gebracht werden. Die EU ist der festen Überzeugung, dass es im Interesse Russlands liegt, über eine starke und unabhängige Zivilgesellschaft zu verfügen.

Die Duma und der Föderationsrat haben Ende Dezember 2005 den Gesetzesentwurf über die Nichtregierungsorganisationen angenommen. Die EU hat wiederholt ihre Besorgnis über diesen Entwurf zum Ausdruck gebracht, insbesondere in einem Schreiben vom 22. November 2005 an Duma-Sprecher Gryslow sowie bei einer Troika-Demarche am 2. Dezember 2005. Ich rechne auch damit, dass wir jetzt, wo das Gesetz unterschrieben ist, erneut Stellung beziehen werden. Nach dem vorliegenden Entwurf müssen ausländische NGOs Berichte über ihre Programme, Finanzierung und Organisation an die russischen Behörden weiterleiten. Russischen NGOs kann die Arbeit in Sperrgebieten verboten werden, was deren Tätigkeiten in sensiblen Gebieten und Bereichen naturgemäß sehr einschränkt bzw. unmöglich macht.

Der G8-Vorsitz, den Russland seit dem 1. Januar 2006 innehat, sollte für das Land einen Anreiz darstellen, nicht nur sein Image auf der internationalen Bühne aufzubessern, sondern auch dazu beizutragen, sich aktiver und nachhaltiger als bisher um eine Lösung des Konfliktes in Tschetschenien zu bemühen und auf diese Weise auch eine Verbesserung der Lage im südlichen Kaukasus zu erreichen, wo mit Südossetien, Abchasien und Berg Karabach drei weitere Konflikte – wenn auch eingefroren – einer dringenden Lösung harren. Die EU hat erklärt, dass sie Russlands Vorgehensweise während des G8-Vorsitzes aufmerksam beobachten wird. Die Frage der Zivilgesellschaft wird bei den halbjährlichen Menschenrechtskonsultationen mit Russland auch in Zukunft immer wieder zur Sprache gebracht werden.

Herr Präsident, wir müssen fest entschlossen sein, den Dialog mit der Russischen Föderation zu Tschetschenien und zu anderen Themen im Bereich der Menschenrechte ungeachtet aller Schwierigkeiten und Widerstände fortzusetzen und auf eine Verbesserung der Lage zu drängen.

3-289

Benita Ferrero-Waldner, Member of the Commission. – Mr President, President-in-Office, honourable Members, I am most grateful for this opportunity to give the Commission's view on the future of Chechnya after the elections. It is positive, as the Presidency mentioned, that the elections took place without violence, even if one cannot ignore the deficiencies in the process. Three parties received sufficient support to be represented in the new parliament, with the pro-Kremlin United Russia far outweighing the others. We hope that this constitutes a step towards greater political representation, greater stability and eventually peaceful democracy.

Neither the OSCE nor the Council of Europe sent a fully fledged observer mission, since the conditions on the ground did not permit it, but the latter did send an eight-member fact-finding mission. We therefore have no official reports, but we are aware of statements by members of the latter mission and by other organisations drawing attention, in particular, to deficiencies in the process, and we expect such allegations to be properly investigated.

While we welcome the Russian Federal authorities' commitment to allocate significant funds for reconstruction, a number of other actions need to be taken if these elections are to be a step towards more peace and democracy. Although there appears to have been an improvement in the security situation in Chechnya, unfortunately a culture of impunity remains. Reported cases of disappearances and torture should be fully investigated and the perpetrators, including members of the law enforcement authorities, brought to justice.

We note that Russia has expressed its willingness to cooperate with UN human rights mechanisms including, for instance, the High Commissioner for Human Rights, Mrs Louise Arbour. These assurances should be put into practice and there should be cooperation with the UN Special Rapporteurs. It is also important that the local ombudsman in Chechnya be seen to be carrying out his duties impartially, as well as effectively.

As has already been mentioned, I would like to emphasise that the European Commission is playing its part in the region. We have agreed a EUR 20 million programme for socio-economic recovery in the North Caucasus, because we believe that to be one of the root causes of that conflict. This is in addition to humanitarian assistance, for which we are already the

biggest donor through ECHO. This gives a clear indication of our willingness to be actively involved in the process of strengthening democracy and stability in the region.

Our programme will help support the much-needed rehabilitation of the health and education sectors and assist in job-creation and income-generation activities. In my former capacity as Austrian Foreign Minister I visited Chechnya as chairwoman of the OSCE. I remember my visit very well. We saw health establishments at first hand and a lot of improvement is indeed necessary.

It is also our intention to open an office in the North Caucasus region, possibly in Vladikavkaz, which would help us to monitor the implementation of our programme and keep us better informed on the situation on the ground.

I should, however, express our concern at the continuing difficulties that NGOs have to face – as the Presidency mentioned – including those receiving support from the European Commission, such as the Russian-Chechen Friendship Society in Nizhny Novgorod. This also affects NGOs delivering humanitarian assistance under the ECHO programme.

In that context I should like to draw your attention to the recent amendments to Russian legislation on NGOs. We expressed our concerns about the effect of that legislation on NGOs financed under ECHO in the North Caucasus through the EIDHR and TACIS programmes to the chairwoman of the Presidential Council on the development of social society and human rights. I also discussed the matter with the Foreign Minister, Mr Lavrov, who assured me that there would be changes to the proposal at second reading in the Duma. The text of the legislation finally approved by the Duma does indeed take some account of concerns expressed by the European Union and the Council of Europe, which we welcome. However, we remain concerned that some of the provisions remain too far-reaching – for example the scope for denying registration to local NGOs and the controls exerted on both local and foreign NGOs.

We are taking careful note of the way in which these provisions are implemented. That is our task now. And we shall also be taking every available opportunity to make the Russian authorities aware of any concerns that arise with regard to that implementation. Our regular political dialogue with Russia and the next round of EU-Russia human rights consultations set for March are an excellent chance to do this.

3-290

Charles Tannock, *on behalf of the PPE-DE Group*. – Mr President, Russia clearly faces a serious criminal and terrorist threat in Chechnya, and the surrounding northern Caucasus remain unstable, with daily killings of both the security forces and criminals. There are also frequent civilian kidnappings that go unpunished and are carried out by unaccountable ugly paramilitary units. Everyone remains conscious of the tragedy of Beslan. And I still have had no satisfactory reply from my Government, the British Government, as to why it grants refugee status to Ahmed Zakayev, who is part of the same so-called Chechen Government-in-Exile as the wanted terrorist Shamil Basayev, who was behind Beslan. There is nevertheless still also a westward flow of genuine innocent Chechen refugees caught up in this brutal war. So, the EU has every interest in calling for human rights to be respected, as well as becoming more critical of the democratic standards of the elections in November 2005.

There is current concern, for instance, at the decision of a local court to shut down the operations in Ingushetia of the Centre for Peacemaking and Community Development, a Russian-British humanitarian group. It is also considering a request to ban another charity, the United States-based International Medical Corps. This shows the degree of hostility to foreign presence of humanitarian NGOs operating in the region. It illustrates the phenomenon of increasing authoritarianism across the whole of Russia, as has been well documented recently by Freedom House, and as we have seen over the recent Duma bill on foreign NGOs, where even the final version still permits refusal of registration to any foreign group that threatens Russian sovereignty, cultural heritage and national interests – grounds which are vague and open to local administrative interpretation.

Our resolution today aims to keep the pressure up on the Russian Federation for higher standards of human rights in this tragic region which has been so besieged by conflict for so long.

3-291

Reino Paasilinna, *PSE-ryhmän puolesta*. – Arvoisa puhemies, arvoisat kuulijat, olemme tehneet päätöslauselmia Tšetšeniasta nyt viitisen vuotta ja aina ne ovat olleet kriittisiä. Parlamentti lähetti myös valtuuskunnan toissa vuonna Tšetšeniiaan, ja minä olin sen puheenjohtaja. Se on tosin tästä tämän päivän päätöslauselmasta jo unohtunut.

Tämän päivän yhteisessä kannanotossa on monta kriittistä seikkaa tästä konfliktista. Siinä ehdotetaan, että duuma perustaisi tutkintavaliokunnan selvittämään viranomaisten toimia Tšetšeniassa. Toinen ehdotus on perustaa väliaikainen kansainvälinen yhteistuomioistuin selvittämään näitä rikoksia. On muitakin ehdotuksia. Ehdotuksemme eivät ole johtaneet sanottaviin tuloksiin koko tänä aikana. Kysyinkin puheenjohtajavaltiolta, voisimmeko käsitellä yhteisesti koko konfliktia, ei pelkästään sen osia, mikä ärsyttää Venäjää, vaan nostetaan koko asia pöydälle yhdessä Venäjän kanssa. Mehän pystymme antamaan sinne apua, kuten Ferrero-Waldner sanoi. Meillä on kaikki intressit rauhoittaa Venäjä ja Venäjän

johto on pyytänyt hyviä neuvoja, joten eiköhän etsitä yhdessä ulospääsytietä. Puheenjohtajavaltion päämiehellä olisi hyvä yhteys presidentti Putiniin tässä yhteydessä, hän voisi puhua suoraan tälle.

3-292

Cecilia Malmström, för ALDE-gruppen. – Herr talman! Tjetjenien är ett blödande sår på vår kontinent med hundratusentals döda, lemlästade, tusentals barn traumatiserade, föräldralösa. En fruktansvärd flyktingkris, en mänsklig tragedi i alla avseenden. Det begås fasansfulla övergrepp både av militära och paramilitära styrkor och ingen har ställts inför rätta eller utkrävt ansvar. Båda sidor är ansvariga för övergreppen men de civila i Tjetjenien har lidit på ett helt orimligt sätt. Det gör att världssamfundet och vi i EU har en skyldighet, en plikt att ingripa och vi kan inte förhålla oss likgiltiga. Vi måste fördöma övergreppen och kräva att Ryssland ökar sina ansträngningar att hitta en fredlig lösning på frågan och också att vi i EU utöver det som redan görs, vilket är mycket bra, så småningom också kanske kan hjälpa till med medling, återuppbyggnad och ytterligare rehabilitering.

Valet var på sätt och vis en framgång, trots allt. Men situationen är så skör och ofantligt mycket återstår. Man måste identifiera de demokratiska krafterna i Tjetjenien och försöka inleda en dialog eftersom förhandling är den enda möjliga vägen framåt. Naturligtvis fördömer vi de tjetjenska separatisternas terrorism och de avskydda händelserna i t.ex. Beslan och på teatern i Moskva kan aldrig nog fördömas.

Om man inleda en förhandling är utvecklingen i Ryssland mycket oroväckande, både kommissionären och rådsordföranden har nämnt det. Lagstiftningen som försvårar för de frivilliga organisationerna att arbeta, men också den successiva inskränkningen i media, gör att det blir svårt att inleda en dialog. Det är svårt att kritisera och det är svårt att göra några framsteg.

Det är glädjande att rådsordföranden är så tydlig i sin kritik mot Ryssland. Vi har länge här i parlamentet efterlyst en mer sammanhållen Rysslandsstrategi. Tyvärr vet vi ju att bl.a. energibehovet gör att alltför många av de enskilda medlemsländerna fortsätter att hyckla när det gäller de mänskliga rättigheterna och övergreppen mot rättsstaten hos vår stora granne. Tjetjenien måste alltid finnas med på agendan, det är vi skyldiga det tjetjenska folket, det ryska folket och oss själva för vår trovärdighet.

(Applåder)

3-293

Bart Staes, namens de Verts/ALE-Fractie. – Voorzitter, mijnheer de minister, mevrouw de commissaris, als ik jullie zo bezig hoor, dan ben ik heel blij dat wij parlementsleden zijn en dat wij het voordeel hebben dat wij geen diplomaten zijn en dat we de realiteit nog kunnen benoemen zoals de realiteit is, zoals die werkelijk is. Gelukkig is ons nog de gave van verwondering, gelukkig is ons nog de gave van verontwaardiging gegund.

Het Europees Parlement nam dan ook de voorbije jaren het voortouw in het aan de kaak stellen van wat er in Rusland en Tsjetsjenië fout loopt. Ja, er heerst een sfeer van straffeloosheid in Tsjetsjenië en in de hele noordelijke Kaukasus. Er is een groeiend aantal ontvoeringen, mistoestanden en willekeurige moorden. Ja, de Russische Federatie heeft de toestand er niet onder controle, integendeel het conflict breidt zich uit vanuit Tsjetsjenië over Ingoesjetië naar de hele noordelijke Kaukasus.

Tegen deze achtergrond verkiezingen organiseren en dan nog als Raad of als Commissie zeggen dat de verkiezingen min of meer goed zijn verlopen, is werkelijk een schande. Daarom roep ik de Commissie, de Raad, de ministers van Buitenlandse Zaken en heel in het bijzonder de minister van Buitenlandse Zaken van België die nu het OVSE-voorzitterschap heeft, op om de zaken met de juiste gang van zaken te noemen. Ik besluit, mijnheer de Voorzitter, om ervoor te zorgen dat de Russen geholpen worden om nu ...

(de spreker is onderbroken door de Voorzitter).

3-294

Jonas Sjöstedt, för GUE/NGL-gruppen. – Herr talman! Som sagts här har ju valen i Tjetjenien betydande brister och fel, det är ingen tvekan om det. Samtidigt är de ett steg framåt. Det finns nu en möjlighet att med lite större trovärdighet bygga politiska institutioner i Tjetjenien. Vad som är alldeles uppenbart efter alla dess år av ohyggligheter och krig är att det inte finns någon väpnad lösning på Tjetjenienkonflikten. Det är en myt att man, som den ryska makten tror, ska kunna krossa allt motstånd i Tjetjenien. Det krävs en politisk process och förhandlingar i slutändan.

Det är en självklarhet för oss alla att ta avstånd från dessa vidriga terrordåd som tjetjenska separatister har begått. Det är också viktigt att se att Ryssland faktiskt också har bedrivit en terrorpolitik mot delar av den tjetjenska befolkningen. Den har begått enorma övergrepp utan att någon har ställts till ansvar. Det här är någonting som direkt spelar de mest extrema krafterna i Tjetjenien i händerna. Först när det upphör finns det antagligen en möjlighet för dialog och fredlig lösning.

3-295

Michał Tomasz Kamiński, w imieniu grupy UEN. – Panie Przewodniczący! Ta debata, która się dzisiaj toczy w Parlamencie Europejskim, jest świadectwem tego, że jesteśmy instytucją demokratyczną.

Dziękuję moim przedmówcom za prawdziwe i rzetelne oceny sytuacji w Czeczenii. Musimy jednak sobie jasno powiedzieć, że taka debata może się toczyć tutaj, w Parlamencie Europejskim, a nie może się toczyć w Rosji, bo dziś w Rosji demokracji – w sensie takim, jak znamy ją na Zachodzie – nie ma. Jeśli nie ma jej w Moskwie, gdzie nie toczy się wojna, jeśli nie ma jej w Petersburgu, gdzie nie toczy się wojna, tym bardziej nie ma jej w Groznych, tym bardziej nie ma jej w Czeczenii.

Pani komisarz powiedziała dziś – i dziękuję za te szczerze słowa, że Unia Europejska nie była w stanie wysłać obserwatorów na wybory do Czeczenii, bo nie było tam warunków, aby ci obserwatorzy mogli przyjechać. Proszę państwa, jeżeli nie było warunków, by bezpiecznie mogli przebywać tam obserwatorzy, to jak możemy mówić, że były warunki do przeprowadzenia wolnych wyborów? Tych warunków tam nie było. Nie było ich także dlatego, że – co chce podkreślić z całą mocą – w rozumieniu prawa międzynarodowego to, co dzieje się w Czeczenii, jest okupacją niezależnego państwa. Naród czeczeński nigdy aktem wolnej woli nie wykazał, że chce być częścią rosyjskiej federacji. Czeczenia ogłosiła swoją suwerenność i ta suwerenność na oczach całego świata jest rozjeżdżana rosyjskimi czołgami.

Niezależnie od tego, jaką partię w Parlamencie Europejskim reprezentujemy, jeśli podzielamy zasadnicze wartości, które legły u podstaw naszej Wspólnoty – takie wartości jak demokracja i prawo do stanowienia – musimy w tej Izbie głośno domagać się prawa do wolności dla Czeczeńców.

3-296

Luca Romagnoli (NI). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, ho l'impressione che l'Unione europea e il Parlamento non perdano l'occasione di censurare e contrastare, spesso con pochi riscontri oggettivi, autorità e governi di Stati con i quali avrebbe, invece, tutto l'interesse a curare buone relazioni. Questo andrebbe fatto con la Russia, piuttosto che sprecare milioni di euro dei contribuenti europei in dubbie iniziative di sostegno ad organizzazioni cosiddette di "vigilanza democratica".

Per costruire un'Europa per tutti è indispensabile ragionare in modo omogeneo nel valutare misure di sicurezza e antiterrorismo che hanno o possono influire sulla tranquillità e la stabilità anche della nostra Unione.

Non credo sia necessario ricordare in questa sede alcuni terribili crimini commessi contro la popolazione civile, in Cecenia e in Russia, da chi sostiene di battersi per l'autodeterminazione del popolo ceceno. Voglio però dire che si pretende di interferire e di condannare e che spesso si valutano con due pesi e due misure situazioni omologhe in diverse parti del mondo.

La risoluzione sulla Cecenia ne è l'ennesimo esempio e io ancora una volta non avallo risoluzioni ipocrite oltre che contrarie agli interessi di stabilità alle frontiere sud-orientali dell'Unione, interessi che devono considerare la necessità...

(l'oratore è interrotto dal Presidente)

3-297

Tunne Kelam (PPE-DE). – Mr President, according to Russian human rights groups, these so-called elections took place only on paper. Participation by the local population was very low – almost non-existent. Instead, and scandalously, thousands of Russian army soldiers took part in the vote, together with an armed faction of the Kremlin-appointed leader Kadyrov. These elections must therefore be seen as a masquerade to cover up the continuing violence and oppression.

In 2000, during the attack by Russian forces on Grozny, human rights defender Lida Yusupova sat in the cellar of a half-ruined house. The people there felt defenceless and abandoned. Somehow they had information that at the same time in Strasbourg the Parliamentary Assembly of the Council of Europe was discussing the situation in Russia. Listening to a radio set the elderly inhabitants asked Mrs Yusupova: 'Are they going to help us? Strasbourg is our only hope.' Six years later this question has still not been answered.

Yesterday's meeting of the representatives of the Russian civil rights organisations confirmed the concerns we have been expressing for a long time. The last major expression of this concern was the Malmström report. Today's resolution sadly states that both the Council and the Commission have not adequately addressed these concerns and human rights violations. One could even say that they have failed to do so. Therefore, it is now high time to take a principled and united stand on these issues, because massive human rights violations in Chechnya, which remain unpunished, are spreading throughout the Russian federation like a virus.

Lastly, today's resolution ...

(The President cut off the speaker)

3-298

Richard Howitt (PSE). – Mr President, I shall begin by expressing my deep regret that President Putin reportedly signed a new bill yesterday to control non-governmental organisations, coinciding with the decision by the Ingush Supreme Court to deny authorisation to the UK charity *The Centre for Peace and Community Development*, whose Moscow representative I spoke to this morning. This is an organisation that had been providing humanitarian aid to about 1 000 Chechen refugee children and shows what a crackdown that bill represents.

It is clearly incompatible with the European Convention on Human Rights and it is essential that the European Union does not simply protest but takes action, including insisting that non-governmental organisations take part in the EU's human rights consultation with Russia.

Instead, what we see appears to be an attempt at a military solution by Mr Putin, accompanied by flagrant abuses of human rights, including arbitrary detention, forced confessions and torture, and some 2 500 disappearances since 1999. President Putin calls neighbouring Dagestan a 'mini Iraq on Russia's doorstep'. We cannot allow things to progress in that way.

3-299

Milan Horáček (Verts/ALE). – Herr Präsident! Frau Kommissarin! Klammheimlich wurde von Präsident Putin das Gesetz über die NGOs unterschrieben. Die ersten drei Hilfsorganisationen in Inguschetien wurden schon verboten, darunter eine, die humanitäre Hilfe für Flüchtlinge geleistet hat.

Die Logik autoritärer Regime gegenüber der Zivilgesellschaft ist Teil eines Prinzips, nach dem unabhängige und ehrliche Informationen, wie z.B. über den tragischen Tschetschenienkrieg nicht erwünscht sind. NGOs wie MEMORIAL geben uns Informationen über Übergriffe und Verletzungen der Menschenrechte in Tschetschenien, wo freie Wahlen unmöglich sind.

Russlands Präsident erwiderte jetzt beim Besuch von Bundeskanzlerin Merkel, die diesen wunden Punkt Tschetschenien – wie vorher schon Guantanamo in Washington – ansprach, dass auch im Westen, sprich in der EU, Demokratie und Menschenrechte Mängel haben. Ich kann dazu nur sagen: eine so massive Einschränkung der Meinungsfreiheit, ein so furchtbarer Krieg wie in Tschetschenien, eine Justiz, die den Rechtsstaat so missachtet wie im Falle Yukos, und so unmenschliche Haftbedingungen wie jene für Lebedew und Chodorkowski gibt es in der EU nicht. Die Menschenrechte sind universell und unteilbar und dürfen nicht missachtet werden.

3-300

Aloyzas Sakalas (PSE). – Gerb. Pirmininke, ponios ir ponai, pradžioje noriu pabrėžti, kad siūloma rezoliucija yra gerokai svaresnė už visas buvusias rezoliucijas, kuriose nekaltų čečėnų žudymas buvo vertinamas atsižvelgiant į tai, ar tai darė separatistai, ar Rusijos kariuomenės padaliniai. Pirmuoju atveju buvo kalbama apie terorą, antruoju gi – apie žmogaus teisių pažeidimus. Darytina išvada, kad mūsų vertinimai visiškai nepriklauso nuo paties fakto, o tik nuo to, ar pažeidėjas yra galingas ir ar jis turi naftos ir dujų.

Bet noriu pasakyti, kad mūsų rezoliucijos niekadoms nebus veiksmingos, jei atsižvelgiant į jų turinį nebus koreguojama ES valstybių užsienio politika. Ir kodėl, tiesą pasakius, prezidentas Putinas turėtų reaguoti į mūsų pagraudenimus, jei jis ir toliau ne tik šiltai sutinkamas mūsų valstybėse, bet jam netgi pavedamos garbingos ir atsakingos pareigos, pvz., pirmininkavimas G-8 pasitarimams. Todėl siūlydamas pritarti rezoliucijos projektui nenorėčiau, kad ji liktų neparemta adekvačiais diplomatų veiksmais ir taptų tik dar viena nieko iš esmės nekeičiančia rezoliucija.

3-301

Józef Pinior (PSE). – Panie Przewodniczący! W czasie, kiedy Parlament Europejski prowadzi debatę na temat Rosji, w Niżnym Nowogrodzie odbywał się kolejny dzień procesu Stanisława Dmitrijewskiego, redaktora naczelnego gazety „Prawo Zaszczyta”, przewodniczącego Towarzystwa Przyjaźni Rosyjsko-Czeczeńskiej.

Dmitrijewski jest jednym z najwybitniejszych obrońców praw człowieka w Federacji Rosyjskiej. Witryna internetowa Towarzystwa Przyjaźni Rosyjsko-Czeczeńskiej jest głównym forum przedstawiającym sytuację praw człowieka i wolności politycznych na Zakaukaziu, przede wszystkim w Czeczenii. Następny termin rozprawy Dmitrijewskiego został wyznaczony na dzień 3 lutego bieżącego roku.

Mówiąc o Rosji jesteśmy zaniepokojeni stanem demokracji, ograniczaniem praw człowieka i działalności organizacji pozarządowych. Ale musimy pamiętać, że istnieje także inna Rosja. Kraj obrońców praw człowieka, kraj polityków, którzy przeciwstawiają się autorytaryzacji systemu politycznego. Rosja kwitnącej kultury, kraj wrażliwego społeczeństwa obywatelskiego - prawdziwego pomostu pomiędzy dzisiejszą Rosją a Unią Europejską.

3-302

Hans Winkler, amtierender Ratspräsident. – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir nehmen die Sorgen und Bedenken, die in dieser Debatte geäußert wurden, was die Lage in Tschetschenien und die Lage der Menschenrechte in Russland betrifft, sehr ernst. Der Vorsitzende des Europäischen Rates, Bundeskanzler Schüssel, hat heute Vormittag etwas gesagt, was ich an dieser Stelle wiederholen möchte: Die Menschenrechte und Grundfreiheiten sind für uns unteilbar. Sie sind europäische Werte, und ich betone, dass das selbstverständlich auch gegenüber Russland gilt. Die Europäische Union

– und hier möchte ich ganz besonders auf die Aktivitäten des Rates hinweisen – bringt diese Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien gegenüber Russland immer wieder und auf allen Ebenen zur Sprache. Ob das jetzt in einer für Ihren Geschmack zu diplomatischen Sprache erfolgt oder nicht – es erfolgt in der Sprache, in der wir mit den russischen Partnern sprechen.

Insbesondere ist es auch wichtig, den Dialog aufrechtzuerhalten, denn nur im Dialog können wir diese Bedenken, die wir gegenüber den Menschenrechtsverletzungen haben, zum Ausdruck bringen. Daher sind die Menschenrechtskonsultationen, die eingeführt wurden, und die wir regelmäßig abhalten, auch ganz besonders wichtig. Sie finden wieder im März statt. Der Rat bereitet sich auf diese Konsultationen sehr gewissenhaft vor.

Wir teilen natürlich auch die Bedenken, die hier zum Gesetz über die Nichtregierungsorganisationen geäußert wurden. Wir bedauern, dass dieses Gesetz unterschrieben wurde. Seien Sie bitte versichert, dass sich der Rat entsprechend dazu äußern wird und dass wir auch die Situation der Nichtregierungsorganisationen in Russland sehr aufmerksam verfolgen werden. Ich gebe selbstverständlich dem Abgeordneten Recht, der gemeint hat, wir müssen jene Kräfte in Russland stärken, die sich zu Demokratie und Menschenrechten bekennen. Ich kann Ihnen versichern, dass das auch geschieht.

3-303

Benita Ferrero-Waldner, Member of the Commission. – Mr President, I should like first to come back to the election. It was the Council of Europe which sent an eight-member fact-finding mission; we did not send an election observation mission. The elections were not free or fair, there were deficiencies, but at the same time progress was made, because for the first time they took place without violence in such a difficult environment. A local service, financed by the Commission, said that there were some irregularities, but, generally, voter participation was higher than ever before: there was a 55% turnout. We see that there is some progress, but we know that the situation on the whole certainly is not satisfactory.

Having said that, let me also say what the reasons are for it. There is a political conflict that needs a political solution, but there is also much poverty and therefore the root causes of poverty also have to be addressed. That is what we in the Commission are trying to do currently with our Tacis Programme in three areas: health, education – especially job-creation – and income-generation. We know that the main reason for many people breaking out is because they do not have jobs.

Thirdly, as I mentioned very clearly, as regards the NGOs we will now be taking very careful note of the way the provisions are being implemented, since it was only yesterday or today that President Putin signed this law. We now have to look at it. I agree with the Presidency that it has to be in regular political dialogue with Russia.

You can be sure that we always mention things. As I said before, I have been speaking with Foreign Minister Lavrov on this issue and at least a few amendments have been taken into consideration, but on the whole I agree with those who say that, as regards Russia, we need a coherent policy that encompasses energy security. We know that Russia is an important supplier for us, it is a strategic partner for us, but it is also a partner with whom we sometimes have dialogue where critical remarks are made.

3-304

Presidente. – Comunico que recebi seis propostas de resolução¹ apresentadas em conformidade com o nº 2 do artigo 103º do Regimento.

O debate está encerrado.

A votação terá lugar na quinta-feira, às 12 horas.

3-305

VORSITZ: SILVIA-YVONNE KAUFMANN
Vizepräsidentin

3-306

11 - Fragestunde (Anfragen an den Rat)

3-307

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt folgt nun die Fragestunde (B6-0676/2005). Wir behandeln die Anfragen an den Rat.

Bevor wir mit der Fragestunde beginnen, möchte ich Ihnen erstens eine Mitteilung machen und zweitens darauf hinweisen, dass sich nach dieser Mitteilung Herr Staatssekretär Winkler an Sie wenden wird. In Übereinstimmung mit dem Rat führen wir ab dem heutigen Tag ein neues Schema für den Ablauf der Fragestunde ein. Die Erläuterung zu diesem Schema ist

¹ Ver Acta.

allen Kolleginnen und Kollegen in einer Mitteilung an die Abgeordneten vom 9. Dezember 2005 übermittelt worden. Danach wird die Fragestunde in zwei Teile aufgeteilt. Während des ersten Teils werden mit dem für allgemeine Angelegenheiten zuständigen Minister vier prioritäre Anfragen behandelt, für deren Auswahl der Präsident zuständig ist. Während des zweiten Teils werden diesmal mit der Ministerin für auswärtige Angelegenheiten neun Anfragen behandelt, und zwar die Anfragen 5 bis 14, alles Themen, die in ihre besondere Zuständigkeit fallen.

3-308

Hans Winkler, amtierender Ratspräsident. – Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich freue mich sehr, dass ich heute zum ersten Mal die Gelegenheit habe, mit Ihnen zu einer Fragestunde zusammenzutreffen. Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, um etwas zu erwähnen, das Sie auch schon angesprochen haben. Wir sind uns als Ratspräsidentschaft dessen bewusst, dass die Fragestunde ein wichtiges demokratisches Instrument ist, weil es auch für die Mitglieder des Parlaments die Möglichkeit bietet, vom Rat Antworten auf Fragen zu bekommen, die für ihre politische Arbeit wichtig sind.

Wir haben uns daher gemeinsam mit dem Sekretariat des Europäischen Parlaments Gedanken darüber gemacht, wie man das Instrument der Fragestunde am besten und am wirkungsvollsten nutzen kann. Dabei sind – wie die Frau Präsidentin schon erwähnt hat – Reformideen entstanden, die wir heute zum ersten Mal gemeinsam ausprobieren wollen. Diese Fragestunde neuen Typs soll dazu dienen, zunächst jene Themen – aktuelle Themen – zu behandeln, die von allgemeinem Interesse sind, und sich dann den Rest der Fragestunde mit einem bestimmten Fachbereich auseinanderzusetzen, d.h. Fragen aufzuwerfen, die vom fachlich zuständigen Ratspräsident selbst beantwortet werden sollen. Dies wird, glaube ich, dazu beitragen, eine gezieltere Behandlung der Fragen, die Sie interessieren, zu ermöglichen. Wir möchten mit diesem neuen Verfahren dem Europäischen Parlament einen besseren Service bieten und auch einen Beitrag zu einem besseren und fundierteren interinstitutionellen Dialog leisten, zu dem sich die österreichische Ratspräsidentschaft besonders bekennt.

Wir tun das, obwohl Österreich ein Land ist, das eine relativ kleine Regierung und daher auch relativ wenige Regierungsmitglieder hat, die für diesen Dialog neuen Stils zur Verfügung stehen. Aber wir wollen diese Anstrengung im gemeinsamen Interesse unternehmen. Es war im Übrigen nicht ganz leicht, die anderen Ratsmitglieder von dieser Neuerung zu überzeugen, aber es ist uns gelungen. Ich hoffe auch, Frau Präsidentin, dass möglichst viele Mitglieder des Parlaments dieses Angebot annehmen und sich die Fragestunde durch ihre Anwesenheit vielleicht in Zukunft lebendiger gestalten lässt.

3-309

Die Präsidentin. – Wir kommen zur Fragestunde.

Anfrage Nr. 1 von Liam Aylward (H-1119/05)

Betrifft: Klimaänderung

Der Europäische Rat wird gebeten, eine Erklärung zu dem Erfolg bzw. Misserfolg der Konferenz der Vereinten Nationen über die Klimaänderung abzugeben, die in der am 5. Dezember 2005 beginnenden Woche in Montreal (Kanada) stattgefunden hat.

3-310

Hans Winkler, amtierender Ratspräsident. – Frau Präsidentin! Wie dem Herrn Abgeordneten bekannt ist, hat der Europäische Rat vor kurzem die positiven Ergebnisse der Konferenz der Vereinten Nationen über Klimaänderungen, die vom 28. November bis 10. Dezember 2005 in Montreal stattgefunden hat, begrüßt. Nach dem Aktionsplan von Montreal sollen die künftigen Klimagespräche nunmehr zweigleisig geführt werden. Zum einen werden die Vertragsparteien, die das Kyoto-Protokoll ratifiziert haben, Verhandlungen über die verbindlichen Emissionsziele für die entwickelten Länder in einem zweiten Verpflichtungszeitraum aufnehmen. Zum anderen haben alle Vertragsparteien des Klimarahmenübereinkommens einschließlich der Vereinigten Staaten und der größten Entwicklungsländer vereinbart, in eine globale Diskussion über langfristige koordinierte Maßnahmen in Bezug auf Klimaänderungen einzutreten. Alles in allem ist nunmehr die volle Funktionsfähigkeit des Kyoto-Protokolls erreicht, und wir glauben, dass der Weg für Fortschritte im Rahmen der Vereinten Nationen geebnet wurde.

3-311

Liam Aylward (UEN). – May I begin by welcoming Minister Winkler on his first official occasion at Parliament, wishing him and his Government colleagues well during their term of Presidency, and thanking him for his comprehensive reply.

I welcome the outcome of the Montreal negotiations, which were relatively successful in the end. However, I would like to address a question to both the Council and the Commission, in relation to the decision which was made in Sydney on 12 January 2006 by the AP6 countries, namely, China, India, South Korea, Japan, the United States and Australia, when they decided that they represent 45% of the world's population and account for almost half of the greenhouse gas emissions. I wonder, because they are going it alone and there is no mandatory mechanism whereby they must adhere to certain principles, how we will provide leadership in the Council and the Commission to deal with that.

3-312

Die Präsidentin. – Verehrter Kollege! Ich war jetzt sehr großzügig ob ihrer freundlichen Begrüßung der Ratspräsidentschaft gegenüber. Aber ich möchte alle Kolleginnen und Kollegen nochmals darauf hinweisen, dass sie für die Nachfrage in der Tat nur 30 Sekunden haben. Wenn wir alle überziehen, können wir leider nur sehr wenige Fragen behandeln. Also seien Sie bitte so freundlich und halten sich an die Nachfragezeit.

3-313

Hans Winkler, amtierender Ratspräsident. – Frau Präsidentin! Es ist klar – und das haben auch die Verhandlungen in Montreal bewiesen – dass die größten Treibhausgasproduzenten sich nunmehr verstärkt in den Dialog für ein zukünftiges Klimaschutzregime einbringen, und es ist wichtig, dass es keinen Alleingang geben wird.

Das künftige Regime kann durchaus strukturelle Veränderungen mit sich bringen, wodurch durch die bisher unternommenen Anstrengungen die weitere Reduktion von Treibhausgasemissionen für Europa erheblich erleichtert werden sollte. Es gibt auch außerhalb des internationalen Klimaprozesses durchaus bemerkenswerte Entwicklungen, und verschiedene Regionen haben diverse Initiativen gesetzt.

Der Aktionsplan von Gleneagles, wenn ich das an dieser Stelle vielleicht erwähnen darf, legt die Schwerpunkte der wichtigsten EU-Handelspartner auf Technologietransfer und die Bewältigung der Auswirkungen von Klimaänderungen fest und vereinbart den Dialog und die technologische Zusammenarbeit mit Indien, China und Russland.

Es ist im Interesse der Europäischen Union, mit allen Ländern inner- und außerhalb des internationalen Klimadialogs sicherzustellen, dass unsere gemeinsamen Ziele für eine Reduktion der Emissionen nicht durch Aktionen von Gruppen oder Staaten unterlaufen werden.

3-314

Paul Rübzig (PPE-DE). – Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Rückmeldungen aus der Industrie zeigen, dass das Emissionshandelssystem eine Verzerrung des Energiemarktes und einen unnötigen Anstieg der Elektrizitätspreise bewirkt, sowie die nationalen Klimastrategien negativ beeinflusst. Vertritt der Rat die Ansicht, dass die EU-Emissionshandelsrichtlinie ihre ursprünglichen Ziele erfüllt, und glauben Sie, dass eine CO₂-Abgabe ein Eigenmittel der Europäischen Union darstellen könnte?

3-315

Hans Winkler, amtierender Ratspräsident. – Frau Präsidentin! Das EU-Emissionshandelssystem ist einer der Eckpfeiler im Kampf gegen den Klimawandel. Es ist das weltweit erste internationale Handelssystem für CO₂-Emissionen und erfasst an die 12 000 Anlagen oder etwas weniger als die Hälfte der gesamten europäischen CO₂-Emissionen. Es hilft den EU-Mitgliedstaaten, ihre Emissionsziele zu erreichen. Kein anderes System erlaubt es, Emissionen so kosteneffizient zu reduzieren.

Die Schwierigkeiten bei der Umsetzung des EU-Emissionshandelssystems während der Pilotphase, die Sie angesprochen haben, sind dem Rat sehr wohl bekannt. Diese erste Periode hat wertvolle Erfahrungen gebracht, die in die zukünftige Entwicklung des Systems einfließen sollten. Aufbauend auf diesen ersten Erkenntnissen sieht die Richtlinie bereits eine vollständige Überprüfung im Jahre 2006 vor. Diese Überprüfung wird es erlauben, alle Möglichkeiten zur Verbesserung zu untersuchen und für die Periode nach 2012 einfließen zu lassen.

3-316

Richard Seeber (PPE-DE). – Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Staatssekretär! Ich möchte mich bei Ihnen für die sehr detaillierten Ausführungen zu diesem Thema bedanken. Es ist uns bekannt, dass dieses Klimaschutzabkommen auch mit Kosten für die Industrie verbunden ist. Welche Möglichkeiten sehen Sie dennoch, um die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie zu stärken und um sie auf den internationalen Märkten erfolgreich zu halten? Gibt es Möglichkeiten? Wenn ja, welche?

3-317

Hans Winkler, amtierender Ratspräsident. – Frau Präsidentin! Es war immer das Bemühen und Bestreben der Europäischen Union, eine globale Zusammenarbeit zum Schutz des Klimas zu erreichen. Die Europäische Union und ihre Vertreter haben dies auch in allen internationalen Foren sowie in den Schlussfolgerungen des Rates klar zur Sprache gebracht. Die europäische Umsetzung des Kyoto-Protokolls legt den Einsatz der EU glaubwürdig dar und zeigt, dass Klimaschutz machbar und mit Wirtschaftswachstum vereinbar ist. Die Anliegen von Wirtschaft und Klimaschutz sind unserer Meinung nach keine Gegensätze. Beispielsweise ist der von der EU gewählte Weg eines Emissionshandelssystems die kosteneffizienteste Art, Emissionsreduzierungen zu erreichen. Des Weiteren haben internationale Studien wiederholt gezeigt, dass Inaktivität weit gravierendere Folgekosten mit sich bringen würde, als jetzt und heute Klimaschutzmaßnahmen zu finanzieren. Je früher Maßnahmen zum Schutz des Klimas getroffen werden, desto geringere Kosten sind für die Wirtschaft in weiterer Folge zu erwarten. Es macht daher auch für die Europäische Union wirtschaftlich Sinn, aus Energieeffizienzgründen – wir haben heute immer wieder Debatten über Energie geführt – Klimaschutzmaßnahmen zu treffen, die darüber hinaus auch neue Arbeitsplätze schaffen.

3-318

Die Präsidentin. – Die Anfrage Nr. 2 ist vom Fragesteller zurückgezogen worden.

Anfrage Nr. 3 von Ursula Stenzel (H-1165/05)

Betrifft: Koordinierung der Institutionen (EU-Europarat-OSZE) und Einhaltung der Menschenrechte bei der Terrorismusbekämpfung

Menschenrechtsfragen spielen auch im Rahmen der EU eine immer größere Rolle – eine funktionierende Koordinierung mit anderen Organisationen in diesem Bereich, vor allem mit dem Europarat, ist daher notwendig, um Doppelgleisigkeiten zu vermeiden. Ebenso ist die Einhaltung der Menschenrechte bei der Terrorismusbekämpfung von großer Bedeutung und wird vom Europäischen Parlament immer wieder gefordert.

Wie will Österreich während seiner Präsidentschaft einerseits die Zusammenarbeit zwischen der EU und dem Europarat, aber auch der OSZE, verstärken, und welche Positionen vertritt Österreich andererseits zur Frage der Wahrung der Menschenrechte im Rahmen der Terrorismusbekämpfung?

3-319

Hans Winkler, amtierender Ratspräsident. – Frau Präsidentin! Die Anfrage der Frau Abgeordneten Stenzel zur Koordinierung der Institutionen EU, Europarat, OSZE und zur Einhaltung der Menschenrechte bei der Terrorismusbekämpfung möchte ich wie folgt beantworten: Gerade im Bereich Justiz und Inneres werden ausgezeichnete Beziehungen zum Europarat unterhalten, und ich darf hinzufügen: Ich hatte erst heute Gelegenheit, vor dem Ministerkomitee des Europarates über die Prioritäten der österreichischen Präsidentschaft zu sprechen, und ich habe dort in ganz besonderer Weise auf die gemeinsamen Interessen und auf die Zusammenarbeit zwischen Europarat und Europäischer Union im Bereich des Schutzes der Menschenrechte hingewiesen.

Ich möchte an dieser Stelle erwähnen, dass wir die Sitzungen, die seit 1997 jeder Vorsitz mit der Troika des Europarates abhält, für sehr wichtig halten. Auf der Tagesordnung der letzten Zusammenkunft mit dem Europarat am 7. Dezember 2005 standen insbesondere die Leitlinien des Europarates zu den Menschenrechten und zur Bekämpfung des Terrorismus. Im Bereich der Außenbeziehungen unterhält ferner die Ratsarbeitsgruppe „Terrorismus - internationale Aspekte“ regelmäßige Kontakte mit dem Europarat.

Auch die Arbeitsgruppe Menschenrechte verfolgt aufmerksam die internationalen Bemühungen, die in anderen Foren wie OECD, Europarat und den Vereinten Nationen auf dem Gebiet des Schutzes der Menschenrechte bei der Terrorismusbekämpfung unternommen werden. Wir wollen mit all diesen Bemühungen sicherstellen, dass die EU eine aktive Rolle spielen kann. Der österreichische Vorsitz bestätigt gern, dass er diese Form der Zusammenarbeit mit dem Europarat fortzusetzen gedenkt.

Auf dem Gipfeltreffen des Europarates im Jahr 2004 in Warschau wurde beschlossen, eine Vereinbarung mit der Europäischen Union auszuarbeiten, in der alle Bereiche der Zusammenarbeit zwischen den Organisationen mit dem Ziel geregelt werden, diese Zusammenarbeit zu strukturieren, zu verbessern und zu intensivieren.

Unter britischem Vorsitz wurde ein Entwurf ausgearbeitet, der dem Europarat bereits übermittelt wurde und nunmehr nach den Verfahrensregeln des Europarates von diesem geprüft wird. Der österreichische Vorsitz wird in enger Zusammenarbeit mit der Kommission diesbezüglich einen intensiven Dialog mit dem Vorsitz des Europarates, der, wie Sie wissen, in diesem Halbjahr von Rumänien wahrgenommen wird, führen, damit dieses wichtige Dokument in den kommenden Monaten fertig gestellt werden kann. Ich habe mich auch heute vor den Ministerdelegierten dazu verpflichtet, alles, was die Europäische Union betrifft, zu unternehmen, damit dieses Memorandum möglichst noch unter rumänischem Vorsitz – also bis Ende Mai dieses Jahres – fertig gestellt werden kann.

Was die OSZE betrifft, so werden zwischen den beiden Organisationen sowohl vor Ort als auch auf institutioneller Ebene ausgezeichnete Kontakte unterhalten, die ebenfalls in Zukunft vertieft werden sollten.

Ich möchte darauf hinweisen, dass drei EU-Mitgliedstaaten, nämlich Belgien, Spanien und Finnland, in den kommenden Jahren nacheinander den OSZE-Vorsitz führen werden. Inzwischen sind ja nahezu 50 % der OSZE-Teilnehmerstaaten auch Mitgliedstaaten der Europäischen Union, und deren gemeinsamen Standpunkten und Aktionen schließen sich in der Regel auch noch zehn weitere Staaten an.

Bei den innerhalb der OSZE laufenden entscheidenden Debatten über die Steigerung ihrer Effizienz, insbesondere über die Tätigkeit des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR), das sich für den Schutz der Menschenrechte einsetzt, hat sich die Europäische Union bereits in der Vergangenheit systematisch und mit Erfolg für die uneingeschränkte Autonomie der Organisation eingesetzt, damit diese ihre wichtige Aufgabe bei der Förderung von Demokratie und Menschenrechten weiterhin diskriminierungsfrei und ohne Einschränkungen in allen Teilnehmerstaaten der OSZE wahrnehmen kann.

Der österreichische Vorsitz wird diese Politik, die selbstverständlich von allen Mitgliedstaaten mitgetragen wird, weiterverfolgen.

3-320

Ursula Stenzel (PPE-DE). – Frau Präsidentin! Vielen Dank für diese ausführliche Antwort auf die Frage der Koordinierung in Sachen Terrorismusbekämpfung und Menschenrechte. Ich habe noch eine Zusatzfrage: Wie steht die Ratspräsidentschaft zu den Untersuchungen des Europarats bezüglich des Verdachts illegaler CIA-Überflüge und Geheimgefängnisse?

3-321

Hans Winkler, amtierender Ratspräsident. – Frau Präsidentin! Die österreichische Präsidentschaft unterstützt – wie das auch schon Bundeskanzler Schüssel heute in seinen Ausführungen sehr deutlich gesagt hat – die Bemühungen der Parlamentarischen Versammlung und des Generalsekretärs des Europarates, in dieser Angelegenheit völlige Klarheit zu schaffen und die Fakten klar auf den Tisch zu legen.

Jeder Zweifel an der Bindung aller Europarats-Staaten an die Herrschaft des Rechts und an die Menschenrechte im Sinne der Europäischen Menschenrechtskonvention muss ausgeräumt werden. Im gleichen Sinne werden wir auch die entsprechenden Untersuchungsmaßnahmen des Europäischen Parlaments unterstützen.

3-322

David Martin (PSE). – My supplementary is on the exact point that Mrs Stenzel has just made: will the President-in-Office speak to each of the other 24 Member States, in his capacity as President-in-Office, to encourage them to cooperate fully with the European Parliament's temporary committee of inquiry into CIA flights?

3-323

Hans Winkler, President-in-Office of the Council. – We will certainly make this the subject of consultations among all members in the Council.

3-324

Reinhard Rack (PPE-DE). – Frau Präsidentin, Herr Ratspräsident! Ich möchte wieder ein allgemeineres Thema ansprechen, da heute in der Debatte klar geworden ist, dass die Frage der Stärkung von Menschenrechten im Rahmen der Union insgesamt eine der Prioritäten des österreichischen Ratsvorsitzes darstellt. Die EU hat vor, die derzeit in Wien angesiedelte Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu einer Agentur für Menschenrechte auszubauen. Sehen Sie hier Koordinierungsmöglichkeiten und auch hilfreiche Dienste im Rahmen der Fragestellung, die hier angesprochen worden ist?

3-325

Hans Winkler, amtierender Ratspräsident. – Frau Präsidentin! Wir erachten die Gründung der Europäischen Menschenrechtsagentur als einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung der Konturen aller Institutionen der Europäischen Union. Wir sind bestrebt, im Dialog mit dem Europäischen Parlament, aber auch mit dem Europarat und anderen Institutionen, diese Menschenrechtsagentur zu einem Instrument zu machen, das effektiv ist und in der Tat auch einen Beitrag leisten kann, um sich mit jenen Themen auseinanderzusetzen, die Sie angesprochen haben, nämlich der Frage der Einhaltung der Menschenrechte bei der Bekämpfung des Terrorismus und des organisierten Verbrechens.

Diese Agentur, die – wie wir hoffen – noch während des österreichischen Ratsvorsitzes ins Leben gerufen wird und die nach unseren Vorstellungen am 1. Januar 2007 ihre Arbeit beginnen kann, soll keinen anderen, bereits bestehenden Institutionen Konkurrenz machen. Wir wollen nicht in den Wettbewerb mit den wertvollen und wichtigen Institutionen des Europarates, dem Gerichtshof oder dem Ausschuss gegen Diskriminierung und anderen Institutionen treten. Wir wollen eine effiziente Agentur, die auf dem Nukleus der Beobachtungsstelle für Rassismus in Wien aufbaut, aber eine größere Kompetenz haben wird und auf diese Weise auch die Glaubwürdigkeit der Europäischen Union im Bereich der Menschenrechte verstärken wird.

3-326

Die Präsidentin. – Anfrage Nr. 4 von Diamanto Manolakou (H-1178/05)

Betrifft: Verschleppungen und unrechtmäßige Verhaftungen von in Griechenland lebenden Pakistanis

Die Meldungen über Verschleppungen, Verhaftungen, Inhaftierungen und Vernehmungen einer in die Dutzende gehenden Zahl von in Griechenland lebenden Pakistanis nur wenige Tage nach dem terroristischen Anschlag von London haben erhebliche politische Bedeutung. Neben Beschwerden bei griechischen Stellen hat es laut einer BBC-Reportage Proteste gegen tagelange Vernehmungen in englischer Sprache, psychische Folter und Verschleppungen gegeben. Das Ganze erinnert an das Vorgehen des britischen Geheimdienstes in Griechenland und steht in Zusammenhang mit dem Fall der widerrechtlichen Verbringung von Gefangenen über europäische Flughäfen.

Missbilligt der Rat die Praxis der Entführung und des Einsatzes von Folter durch Geheimdienste oder andere staatliche Ermittlungsinstanzen unter dem Deckmantel staatlicher Aufgaben? Wird er die Schritte unternehmen, die unbedingt geboten sind, um die Souveränität der Bevölkerung und die nationale Unabhängigkeit zu erhalten? Beabsichtigt der Rat Initiativen zu ergreifen, um den um sich greifenden Praktiken dieser Art ein Ende zu setzen, bei denen der Verdacht entsteht, dass es sich um zwischen mehreren Parteien und Staaten in Terrorismusbekämpfungshysterie abgestimmte Maßnahmen handelt?

3-327

Hans Winkler, amtierender Ratspräsident. – Frau Präsidentin! Zur Frage der Abgeordneten Manolakou betreffend die Verschleppungen und Verhaftungen von in Griechenland lebenden Pakistanis, möchte ich Folgendes sagen: Der Rat hat stets betont, dass der Kampf gegen den Terrorismus unter uneingeschränkter Einhaltung der allgemeinen Grundsätze des Völkerrechts sowie der in den einzelstaatlichen und internationalen Rechtsinstrumenten verankerten Menschenrechtsbestimmungen geführt werden muss.

Der Rat bekräftigt erneut, dass er Folter und andere illegale Praktiken kategorisch verurteilt, und er unterstreicht die Notwendigkeit, stets an allgemeinen Rechtsgrundsätzen festzuhalten. Der Rat möchte und kann jedoch zu den von der Abgeordneten angesprochenen Einzelheiten nicht Stellung nehmen. Die angeführten Fälle von – wie es in der Anfrage bezeichnet wird – Verschleppungen werden derzeit von mehreren internationalen Instanzen und insbesondere vom Europarat untersucht. Solange die Ergebnisse dieser Untersuchungen nicht vorliegen, wäre es verfrüht, einen Standpunkt zu beziehen.

3-328

Αθανάσιος Παφίλης (GUE/NGL), Αναπληρωτής συντάκτης. – Κυρία Πρόεδρε, ο κύριος υπουργός μόλις μας είπε δύο αντιφατικά πράγματα: αφενός, μια γενική διακήρυξη ότι καταδικάζεται η παραβίαση των ανθρωπίνων δικαιωμάτων και αφετέρου, ότι αρνείται να πάρει θέση σε συγκεκριμένα γεγονότα που έχουν προκαλέσει σάλο στην Ελλάδα και τα οποία αφορούν δράση των βρετανικών μυστικών υπηρεσιών. Δεν πρόκειται για δράση της CIA, αλλά για δράση υπηρεσίας χώρας μέλους της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Και γι' αυτό θεωρούμε ότι είναι υποκριτική η διακήρυξη περί προστασίας των ανθρωπίνων δικαιωμάτων. Απλά, αυτό που θέλουμε να σημειώσουμε είναι ότι όλα αυτά τα γεγονότα είναι αποτελέσματα της εφαρμογής των λεγόμενων αντιτρομοκρατικών μέτρων που δεν έχουν στόχο, τελικά, την καταπολέμηση της ονομαζόμενης "τρομοκρατίας" αλλά να τρομοκρατήσουν συνολικά τους λαούς.

3-329

Hans Winkler, amtierender Ratspräsident. – Frau Präsidentin! Wenn das Europäische Parlament diese Vorwürfe untersuchen will, ist es selbstverständlich Sache des Europäischen Parlaments, einen entsprechenden Beschluss zu fassen. Für uns – und ich habe es erwähnt – gilt, dass eine Reihe von internationalen Institutionen noch dabei sind, diese Vorwürfe zu untersuchen, und ich glaube, wir müssen die Ergebnisse dieser Untersuchungen abwarten.

3-330

Δημήτριος Παπαδημούλης (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, στα γεγονότα που και εσείς θέλετε να μάθετε, αναφέρθηκε το εγκυρότατο BBC. Το βρετανικό κοινοβούλιο έχει συστήσει επιτροπή και ερευνά το θέμα. Το ελληνικό κοινοβούλιο επίσης ασχολήθηκε επί ώρες με το θέμα.

Σκοπεύετε ως προεδρεύων να επικοινωνήσετε με τις αρχές των δύο κρατών μελών για να σας πουν στο Συμβούλιο τί έχει γίνει;

3-331

Hans Winkler, amtierender Ratspräsident. – Frau Präsidentin! Wenn das Europäische Parlament diese Vorwürfe untersuchen will, ist es selbstverständlich Sache des Europäischen Parlaments, einen entsprechenden Beschluss zu fassen. Für uns gilt jedoch, dass eine Reihe von internationalen Institutionen noch dabei ist, diese Vorwürfe zu untersuchen, und wir müssen die Ergebnisse dieser Untersuchungen abwarten.

3-332

Die Präsidentin. – Anfrage Nr. 5 von Manuel Medina Ortega (H-1110/05)

Betrifft: Konferenz von Barcelona "Europa-Mittelmeerraum"

Wie beabsichtigt der Rat die auf der jüngsten Konferenz "Europa-Mittelmeerraum" in Barcelona getroffenen Vereinbarungen wirksam umzusetzen?

3-333

Hans Winkler, amtierender Ratspräsident. – Frau Präsidentin! Zur Frage des Abgeordneten Medina Ortega betreffend die Konferenz von Barcelona möchte ich Folgendes sagen: Auf dem Euromed-Gipfeltreffen zum 10. Jahrestag des Barcelona-Prozesses wurden ein gemeinsam vereinbartes Fünfjahres-Arbeitsprogramm zur Weiterentwicklung der Partnerschaft sowie ein Verhaltenskodex für die Terrorismusbekämpfung, der unser gemeinsames Engagement zur Bekämpfung des Terrorismus in allen seinen Formen deutlich macht, angenommen.

Das Fünfjahres-Arbeitsprogramm setzt mittelfristige Ziele in den Bereichen politische Partnerschaft und Sicherheitspartnerschaft, Nachhaltigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung und Reformen, Bildung und soziokultureller Austausch und befasst sich mit Fragen im Zusammenhang mit Migration, sozialer Eingliederung, Gerechtigkeit und Sicherheit.

Der Vorsitz hält es für wichtig, dass jeder Vorsitz dem Rat einen Bericht vorlegt, in dem er seine Pläne zur Umsetzung dieses Arbeitsprogramms im Einzelnen darlegt, und er ruft die Kommission auf, den Rat regelmäßig über den Stand der Umsetzung zu informieren.

Die in Barcelona getroffenen Vereinbarungen werden es uns ermöglichen, unsere regionale Zusammenarbeit mit den Partnern des Mittelmeerraums voranzubringen und gleichzeitig die europäische Nachbarschaftspolitik durch die Aushandlung weiterer bilateraler Aktionspläne weiterzuführen.

Auf dem Gipfeltreffen wurden einige wichtige Ergebnisse erzielt: die Billigung einer Governance-Fazilität zur Unterstützung und Flankierung der politischen Reformen, die Bestätigung der Liberalisierung des Handels mit Dienstleistungen und Agrarerzeugnissen als gemeinsames Ziel, die Bereitschaft zur Bekämpfung der illegalen Migration – auch durch den Abschluss von Rückübernahme-Abkommen –, wobei die EU zugesagt hat, den legalen Personenverkehr zu erleichtern; in diesem Zusammenhang sollten auf einer künftigen Ministertagung alle migrationsbezogenen Fragen behandelt werden. Weitere Ergebnisse waren eine prozentuale Aufstockung der Mittel für Bildung durch ein Stipendienprogramm für Hochschulstudenten und die Förderung der Gleichstellung der Geschlechter.

Schließlich ist der Abschluss eines Verhaltenskodexes für die Terrorismusbekämpfung ein wesentlicher politischer Erfolg und beweist, dass die Partner des Prozesses trotz der Sensibilitäten in der Region gewillt sind, gemeinsam gegen diese Geißel, die uns alle betrifft, vorzugehen.

3-334

Manuel Medina Ortega (PSE). – Muchas gracias, señor Presidente en ejercicio del Consejo, por la información que nos ha suministrado. Creo que es bastante completa y creo, sobre todo, que se ha centrado bastante en la lucha contra el terrorismo, que es el objetivo inmediato.

Pero, como usted sabe y también ha mencionado, debajo del terrorismo hay un problema más grave: toda la orilla sur del Mediterráneo se encuentra en una situación de gran subdesarrollo y se está produciendo una tremenda presión en materia migratoria con respecto a la Unión Europea. Las cifras que he visto en las perspectivas financieras aprobadas recientemente por el Consejo hablan de una cantidad total de 800 millones de euros en un período de siete años. El Parlamento Europeo está siendo muy crítico en este momento con respecto a esto.

¿Cree el señor Presidente en ejercicio del Consejo que las cifras incluidas en las perspectivas financieras son suficientes para solucionar estos problemas de la orilla sur del Mediterráneo?

3-335

Hans Winkler, amtierender Ratspräsident. – Frau Präsidentin! Ich möchte zuerst bestätigen – das ist auch die Meinung des Rates –, dass es parallel zu den Maßnahmen, die wir zur Bekämpfung des Terrorismus und auch der illegalen Einwanderung ergreifen, wichtig ist, dass wir Programme entwickeln – die Europäische Union tut es ja seit langem –, die die Verhältnisse in den Herkunftsländern verbessern. Dazu bekennen wir uns, und das ist auch Teil der Übereinkunft, die die Regierungen zur Finanziellen Vorausschau erzielt haben.

Wir glauben, dass die Mittel ausreichend sind. Es wird nunmehr Aufgabe der Kommission sein, konkrete Vorschläge vorzulegen, wie die einzelnen Programme aus diesen globalen Beträgen, die vereinbart wurden, finanziert werden. Dann muss in den Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament eine Einigung bezüglich der Finanziellen Vorausschau erzielt werden.

3-336

David Martin (PSE). – Madam President, when the Environment Ministers of the Mediterranean region met in November, they painted a very bleak picture of the management of water resources in the area and said that in years to come there are going to be significant water shortages. This is not just an environmental issue, but a security issue. If there is a dispute over water supply it can affect the stability of the region.

Will the Minister consider urging that this be put on the agenda of the next Euro-Mediterranean summit?

3-337

Hans Winkler, President-in-Office of the Council. – I thank the honourable Member for his contribution and for his suggestions. We will take them to the Council and consult with other Council members to see whether we can or should take them to the next conference. Nonetheless, I thank you for these very interesting suggestions.

3-338

Die Präsidentin. – Da sie dasselbe Thema betreffen, werden die folgenden Anfragen gemeinsam behandelt:

Anfrage Nr. 6 von Bernd Posselt (H-1126/05)

Welche Schritte plant der Rat, um noch in diesem Jahr zu einer endgültigen Klärung der Statusfrage des Kosovo beizutragen?

Anfrage Nr. 7 von Dimitrios Papadimoulis (H-1152/05)

Betrifft: Regelung des Status des Kosovo

Die Gespräche über den künftigen Status der Region haben mit Gesprächen zwischen dem UN-Sondergesandten, Martti Ahtisaari, und dem Präsidenten des Kosovo, Ibrahim Rugova, begonnen.

Teilt der Rat weiterhin die Auffassung, dass die Erfüllung der acht von der UN festgelegten Kriterien einer endgültigen Regelung der Kosovo-Frage vorausgehen muss? Wird der Rat gegenüber den Behörden des Kosovo die Frage der Existenz von Guantanamo-ähnlichen Gefängnissen auf der Amerikanischen Basis "Camp Bondsteel" ansprechen?

Anfrage Nr. 8 von Othmar Karas (H-1177/05)

Betrifft: Westbalkan/Kosovo

Das Jahr 2006 ist für die Entwicklung des Westlichen Balkans von entscheidender Bedeutung. Zu den bevorstehenden Herausforderungen zählt die Lösung des künftigen Status des Kosovo. Unabhängig vom Ergebnis der Statusverhandlungen muss der Kosovo in einen europäischen Kontext eingebettet werden. In welcher Form sollte die Konkretisierung der europäischen Perspektive erfolgen?

Was plant Österreich bei der europäischen Nachbarschaftspolitik und speziell im Zusammenhang mit der Ukraine?

3-339

Hans Winkler, *amtierender Ratspräsident*. – Frau Präsidentin! Zunächst zu den Anfragen der Abgeordneten Posselt, Papadimoulis und Karas zum Kosovo. Gemäß der Erklärung von Thessaloniki, die die EU und die westlichen Balkanstaaten auf ihrem Gipfeltreffen im Juni 2003 abgegeben haben, liegt die Zukunft der westlichen Balkanregion, einschließlich des Kosovo, in der Europäischen Union.

Die Haltung des Rates zum Kosovo stützt sich auf eine Reihe von Grundsätzen, die der Europäische Rat im Rahmen seiner Erklärung zum Kosovo auf seiner Tagung vom 16. und 17. Juni 2005 angenommen hat. Jede Lösung für den Status des Kosovo muss voll und ganz mit den europäischen Werten und Standards vereinbar sein, mit den internationalen rechtlichen Instrumenten und Verpflichtungen sowie der Satzung der Vereinten Nationen in Einklang stehen und zur Verwirklichung der europäischen Perspektive für den Kosovo und die Region beitragen.

Der Status muss auf jeden Fall gewährleisten, dass im Kosovo nicht wieder jene Situation eintritt, die vor März 1999 herrschte. Die Grundlage für die Bestimmung des Status müssen eine multiethnische Gesellschaft und die uneingeschränkte Achtung der Menschenrechte, einschließlich des Rechts aller auf Rückkehr, sein.

Dieser Status, und das ist auch ganz besonders wichtig, muss auch wirksame Verfassungsgarantien für den Schutz der Minderheiten vorsehen, wozu auch Mechanismen gehören, mit denen eine Beteiligung der Minderheiten an der Zentralregierung und an den Kommunalverwaltungen sichergestellt wird. Außerdem muss er besondere Sicherungsmaßnahmen für das kulturelle Erbe und die religiösen Stätten einschließen und wirksame Mechanismen zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität und des Terrorismus fördern.

Der Status muss zu mehr Sicherheit und Stabilität in der Region führen. So wären jede einseitige oder gewaltsam erzwungene Lösung und jede Änderung des derzeitigen Gebiets des Kosovo unannehmbar, und es kann weder eine Teilung des Kosovo noch ein Zusammenschluss mit einem anderen Land oder einem Teil eines anderen Landes geben. Die territoriale Integrität der Nachbarländer muss vollständig gewahrt bleiben.

Der Rat ist außerdem der Auffassung, dass der weiteren Umsetzung der Standards, sowohl jetzt als auch künftig, entscheidende Bedeutung zukommt, vor allem was den Schutz der Minderheiten betrifft. In diesem Zusammenhang hat der Rat wiederholt betont, dass er die Arbeit des Sonderbeauftragten der Vereinten Nationen für den Kosovo, Herrn Søren Jessen-Petersen, schätzt und unterstützt.

Der Rat ist entschlossen, umfassend an der Bestimmung des Status des Kosovo mitzuarbeiten und sich in den entsprechenden Verhandlungsprozess unter der Leitung der Vereinten Nationen einzubringen. Zu diesem Zweck hat der Hohe Vertreter Solana im November 2005 Stefan Lehne als Beauftragten der Europäischen Union ernannt, der eng mit dem Beauftragten der Vereinten Nationen für die Statusfrage, Präsident Ahtisaari, zusammenarbeiten soll. Der Rat hat diese Ernennung gebilligt.

Der Beauftragte der Europäischen Union übermittelt dem Beauftragten der Vereinten Nationen Beiträge für die Verhandlungen und hilft gleichzeitig der EU, sich auf ihre künftige Rolle im Kosovo im Folgezeitraum nach der Resolution 1244 vorzubereiten. Er arbeitet darüber hinaus eng mit den Mitgliedstaaten und der Kommission zusammen.

Die Europäische Kommission wird außerdem in Wien vertreten sein, wo das Büro des Beauftragten der Vereinten Nationen für die Statusfrage eingerichtet wurde.

Für die Europäische Union werden Bereiche wie der Schutz der Menschenrechte, Minderheitenfragen, kulturelle und religiöse Stätten, Rechtsstaatlichkeit und die Entwicklung der Wirtschaft von besonderem Interesse sein. Der Beauftragte der Vereinten Nationen hat Bereitschaft signalisiert, in diesen und anderen Fragen eng mit der EU zusammenzuarbeiten.

Gleichzeitig hat die EU im Zusammenhang mit der Umstrukturierung der UNMIK (*United Nations Interim Administration Mission In Kosovo*) zusammen mit anderen internationalen Organisationen und Partnern informelle Konsultationen mit der UNMIK aufgenommen. Ziel ist es, Optionen für eine künftige internationale Präsenz im Kosovo zu prüfen, ohne einem Ergebnis der Gespräche über den Status vorzugreifen. Vor diesem Hintergrund haben der Hohe Vertreter Solana und Kommissionsmitglied Olli Rehn dem Rat im Dezember auch ihren zweiten Bericht über die Frage vorgelegt, wie sich die EU auf die anstehenden Herausforderungen vorbereiten könnte.

Die neue internationale Formation für den Folgezeitraum nach der Resolution 1244 würde alle einbeziehen und eine starke EU-Komponente aufweisen. Die EU soll in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, einschließlich einer Polizeimission, Aufbau von Fähigkeiten und im Bereich der Wirtschaft eine zentrale Rolle spielen. Die zuständige Behörde für alle Fragen hinsichtlich der internationalen Militärpräsenz im Kosovo, unter der Leitung der Vereinten Nationen, ist die KFOR.

3-340

Bernd Posselt (PPE-DE). – Frau Präsidentin, Herr Staatssekretär! Vielen Dank für Ihre hervorragende Antwort, das war nicht anders zu erwarten. Diesen Jänner ist es hundert Jahre her, seit der Mährische Ausgleich in Kraft getreten ist, der vorbildlich war, aber das Problem war, er galt nur in Mähren. Derzeit machen wir den gleichen Fehler: Wir suchen punktuelle Regelungen und setzen unterschiedliche Standards. Im Kosovo arbeitet man sorgfältige Minderheitenregelungen aus, im Preševo-Tal in der Vojvodina gibt es nichts dergleichen.

Ich möchte Sie nur auffordern und bitten, einheitliche oder vergleichbare Standards objektiv für die Region zu entwickeln, nur dann wird es zu einer Friedensregelung kommen können.

3-341

Hans Winkler, amtierender Ratspräsident. – Frau Präsidentin! Herr Posselt, wir kennen uns ja schon aus anderen Bereichen. Ich nehme Ihre Meinung und Anregung selbstverständlich gerne zur Kenntnis. Im Übrigen bin ich der Meinung – das habe ich heute schon einmal gesagt –, dass Menschenrechte und Minderheitenrechte unteilbar sind.

3-342

Δημήτριος Παπαδημούλης (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, μιλούσατε έξι λεπτά αλλά μας τα είπατε πολύ γενικά, πολύ "στρογγυλά". Σας ρωτώ λοιπόν, συνεχίζει για το Συμβούλιο να αποτελεί άξονα για την πολιτική σας το ψήφισμα 1244 του ΟΗΕ ;

Τί θα γίνει, όχι μόνο με το δικαίωμα επιστροφής αλλά και με τη δυνατότητα επιστροφής των Σέρβων και των Ρομά που εξαναγκάστηκαν να φύγουν από το Κοσσυφοπέδιο;

Και επειδή είπατε ότι η θέση του Κοσσυφοπεδίου είναι στην Ευρώπη, σκοπεύετε να θέσετε υπόψη των αρχών τις καταγγελίες για ύπαρξη φυλακής τύπου Γουαντάναμο στην αμερικανική βάση στο Κοσσυφοπέδιο;

3-343

Hans Winkler, amtierender Ratspräsident. – Frau Präsidentin! Ich kann bestätigen, dass der Rat weiterhin der Auffassung ist und auch zukünftig sein wird, dass die Erfüllung der acht von den Vereinten Nationen festgelegten Kriterien einer endgültigen Regelung der Kosovo-Frage vorausgehen muss. Die Resolution ist verbindlich, sie gilt und sie ist die Achse, auf der sich die Lösung bewegen wird. Im Übrigen haben die Gespräche über den Status nunmehr begonnen, und wir werden sie mit Aufmerksamkeit verfolgen. Laut der Erklärung von Thessaloniki, auf die ich schon verwiesen habe, liegt die Zukunft – und das möchte ich noch einmal betonen, weil Sie die Prinzipien und die Werte der Europäischen Union angesprochen haben – in der Europäischen Union, und das heißt natürlich, dass die Werte der Europäischen Union akzeptiert werden müssen. Was die von Ihnen angesprochene Frage des Lagers betrifft, so ist das eine Frage, die durch das Kosovo nicht beantwortet werden kann.

3-344

Othmar Karas (PPE-DE). – Frau Präsidentin, Herr Staatssekretär! In meiner Fragestellung ist auch die Nachbarschaftspolitik angesprochen gewesen. Ich möchte Sie nur fragen, wie das österreichische Präsidentschaftsprogramm bezüglich der Stärkung der Nachbarschaftspolitik insbesondere im Hinblick auf die Ukraine aussieht. Ich hätte gerne gewusst, ob die EU genügend Mittel bereitgestellt hat, um eine entsprechende Rolle der Europäischen Union im Kosovo während des Statusprozesses und danach sicherzustellen.

3-345

Hans Winkler, amtierender Ratspräsident. – Frau Präsidentin! Um mit dem zweiten Teil zu beginnen: Ja, die Europäische Union muss und wird genügend Mittel zur Verfügung stellen. Das Gasbudget wurde ja zuletzt für das

laufende Jahr erheblich erhöht. Da allerdings noch nicht feststeht, wie groß der Umfang der künftigen Aufgaben sein wird – es ist ja heute noch nicht absehbar, welche Art von Präsenz die Europäische Union im Kosovo haben wird –, ist derzeit noch nicht mit Präzision zu sagen, wie hoch die Mittel sein müssen, die dazu notwendig sein werden. Eine eilfertige Aufstockung des Gasbudgets während des Haushaltsjahres wäre im Übrigen im Einklang mit Artikel 39 der Interinstitutionellen Vereinbarung bei Zustimmung des Europäischen Parlaments möglich. Wenn die Aufgabe, die der Europäischen Union zufällt, es erfordert, sollte dies auch geschehen.

Was die europäische Nachbarschaftspolitik betrifft, so hat sie bereits im ersten Jahr einen wertvollen Beitrag zu einer engagierten Nachbarschaftspolitik der Union geleistet, und wir unterstützen auch die Europäische Kommission in ihren entsprechenden Vorschlägen. Die schrittweise, systematische und trotzdem individuelle Heranführung an EU-Standards und Regeln sollte und wird weiter verfolgt werden. Erklärtes Ziel der Nachbarschaftspolitik ist und bleibt es, ein beträchtliches Maß an Integration anzubieten und zu ermöglichen. Dies geschieht – wie Sie erwähnt haben – mit Hilfe von *European Neighbourhood Policy*-Aktionsplänen, wobei sich jene mit der Ukraine und Moldau aus unserer Sicht und auch aus der Sicht der Europäischen Kommission bewährt haben. Es wird eine erste Überprüfung der Aktionspläne mit der Ukraine und auch mit Moldau für das erste Jahr – 2006, also während des österreichischen Ratsvorsitzes – vorgenommen werden. Zum anderen werden wir ab nächstem Jahr mit dem ENPI ein neues Finanzinstrument mit noch gezielteren Unterstützungsmöglichkeiten zur Verfügung haben.

Uns ist es auch wichtig, dass mit allen Staaten der Europäischen Nachbarschaftspolitik so bald wie möglich Aktionspläne verhandelt und abgeschlossen werden. Dies betrifft insbesondere – auch das ist eine Aufgabe, die dem österreichischen Ratsvorsitz zufallen wird – die drei Kaukasus-Republiken Armenien, Aserbaidschan und Georgien. Erst im Dezember haben politische Konsultationen mit diesen drei Ländern stattgefunden. Hier hat die Kommission dezidiert erklärt, dass die Verhandlungen über Aktionspläne gerade mit diesen drei Ländern zügig vorangetrieben werden sollen. Die österreichische Ratspräsidentschaft unterstützt dies sehr.

Was die Ukraine betrifft, so wird die Anbindung an die Europäische Union im Rahmen der ENP von uns sehr unterstützt. Wir gehen davon aus, dass der Ukraine nach Erfüllung der technischen Kriterien der Marktwirtschaftsstatus nun bald auch formell erteilt werden kann. Besonders wichtig erscheint uns dabei ein baldiger Beitritt der Ukraine zur WTO, denn dies würde den Weg für die Schaffung einer Freihandelszone mit der Europäischen Union ebnen. Eine Machbarkeitsstudie dazu wird derzeit von der Europäischen Kommission finalisiert. Wir denken, dass die Realisierung dieses Vorhabens einen weiteren wichtigen Schritt in den Beziehungen zur Ukraine darstellt. Wir werden aktiv in dieser Richtung weiterarbeiten.

3-346

Die Präsidentin. – Anfrage Nr. 9 von John Bowis (H-1149/05)

Betrifft: Verfolgung und Drangsalierung von Christen

Es gibt zunehmend Anhaltspunkte für die Verfolgung und Drangsalierung von Christen in einer Reihe von Ländern. Wie will der Rat solche Fragen bei den betreffenden Regierungen zur Sprache bringen?

3-347

Hans Winkler, amtierender Ratspräsident. – Frau Präsidentin! Zur Anfrage des Abgeordneten Bowis betreffend die Verfolgung und Drangsalierung von Christen: Das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit ist in internationalen Rechtsakten zum Schutz der Menschenrechte verankert. Insbesondere verweise ich hier auf den global geltenden Artikel 18 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte, in dem die Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit als individuelles Recht festgelegt ist. Dieses Recht, so heißt es in dieser Bestimmung, umfasst die Freiheit, eine Religion und eine Weltanschauung eigener Wahl zu haben oder anzunehmen, und die Freiheit, seine Religion allein oder in Gemeinschaft mit anderen, öffentlich oder privat durch Gottesdienst, Beachtung religiöser Bräuche, Ausübung und Unterricht zu bekunden.

Für die Europäische Union ist dieses Menschenrecht von großer Bedeutung, und sie führt daher auch mit Drittländern regelmäßig Gespräche über dieses Thema, zuletzt in New York, wo die EU-Mitgliedstaaten im dritten Komitee der Generalversammlung der Vereinten Nationen mit Erfolg eine Resolution zur Beseitigung aller Formen von Intoleranz und Diskriminierung aufgrund der Religion oder der Überzeugung eingebracht haben.

Der Rat hat wiederholt alle Formen der Intoleranz aufgrund der Religion verurteilt und verfolgt auch aufmerksam die Entwicklung im Bereich der Menschenrechte. Der Rat nutzt die Gelegenheit, die ihm der Dialog mit Drittländern bietet, um seine Besorgnis in Bezug auf Intoleranz gegenüber religiösen und anderen Minderheiten klar zum Ausdruck zu bringen.

3-348

John Bowis (PPE-DE). – Does the Minister agree with me that there is an ever-increasing list of countries: India, Pakistan, Sri Lanka, Egypt, Nigeria, Vietnam, and China – the list goes on and on – where Christians are being persecuted and the Governments either connive at it, or take ineffective action to stop it? These are countries with which we do

business. Will Austria now give a lead to the Council and the European Union to stand up for the religious rights of Christians in those countries with whom we deal, just as we rightly stand up for religious freedom and tolerance within the European Union?

3-349

Hans Winkler, *President-in-Office of the Council*. – As I have said, the European Union raises the question regularly in all dialogues as well as in international fora, which is very important. We have raised it at the United Nations. We do not name and shame, but we are very clear when we speak to the countries concerned if we believe, or have reason to believe, that there is persecution or restriction of the right to religious freedom.

To give you an example: we very much emphasise the question of religious freedom in our human rights discussions with China, because we believe this to be an issue that must be raised in the context of our dialogue with China. The same is true in other areas. The adoption of a resolution, which was adopted by a large majority of members of the United Nations, is a step in the right direction. This will give us even more leverage in the future to raise this question in our relations with those countries. The fact that we do business with those countries does not prevent us from speaking out clearly when it comes to violations of human rights.

3-350

Die Präsidentin. – Ich habe jetzt drei Nachfragen vorliegen. Sie sind aufgrund unseres neuen Systems zulässig. Wir befinden uns im zweiten Teil der Fragestunde an den Rat, so dass nun zunächst Kollege Rübzig die Möglichkeit der Nachfrage hat.

3-351

Paul Rübzig (PPE-DE). – Frau Präsidentin, sehr geehrter Staatssekretär Winkler, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Christen in der Türkei haben nach wie vor mit vielen Schwierigkeiten zu kämpfen. Was gedenkt die Präsidentschaft zu tun, um deren Lage zu verbessern?

3-352

Hans Winkler, *amtierender Ratspräsident*. – Frau Präsidentin! Die Lage der nichtmoslemischen Minderheiten wird von der Europäischen Union genauestens beobachtet. Entsprechend der Beitrittspartnerschaft EU-Türkei ist es für eine erfolgreiche Führung der Beitrittsgespräche unerlässlich, dass die türkische Regierung im Bereich der Religionsfreiheit weitere Reformen in Angriff nimmt, vor allem im Bereich der Ausbildung von Geistlichen oder auch beim Erlangen der Rechtspersönlichkeit der nichtmoslemischen Minderheiten, um auch in diesem Bereich an die Standards innerhalb der Europäischen Union heranzukommen. Wir werden das im Zuge des Beitrittsverfahrens genauestens verfolgen, wir werden andererseits aber auch die Türkei bei der Umsetzung der nötigen Reformen unterstützen.

3-353

James Hugh Allister (NI). – Minister, raising these issues with the countries is all well and good, but surely we need an ethical policy that produces results. Is it not time to make a very direct link between trade with these countries and respect for human rights? When we liberalise trade with such countries who persecute Christians and others, should we not make it conditional upon them liberalising their human rights regime so that minorities within those countries have the rights that we take for granted?

3-354

Hans Winkler, *President-in-Office of the Council*. – There are cases where we link certain things that the European Union does for those countries with respect for human rights. In some countries where there are violations of human rights certain sanctions are in force, for example in Myanmar/Burma. In other cases we also have to bear in mind that we need to support the people who live there. We must be very careful about applying sanctions, because very often it is the people and not the government who are hurt. We believe that each case should be considered individually. We believe in a frank, open and direct dialogue. If such a dialogue does not lead to the desired results, then we have to discuss in the Council other methods we might wish to pursue.

3-355

Bernd Posselt (PPE-DE). – Vielen Dank, dass Sie den Mut hatten, China anzusprechen. Ich möchte nur die Lage der Untergrundkirche und die Verhaftung von Bischöfen und anderen religiösen Persönlichkeiten erwähnen und zweitens noch einmal anknüpfen an den Kollegen Rübzig: Gibt es in der Türkei neue Entwicklungen in Sachen Religionsgesetz?

3-356

Hans Winkler, *amtierender Ratspräsident*. – Frau Präsidentin! Herr Posselt, ich glaube, es bedarf eigentlich gar keines Mutes, China anzusprechen. Es gibt einen Dialog mit China – ich habe selbst daran teilgenommen –, der sehr offen und sehr direkt ist.

Die von Ihnen angesprochene Frage wird selbstverständlich auch im Verhältnis zu China weiterverfolgt. Das Gleiche gilt für die Türkei. Wir haben in den Gesprächen mit der Türkei unsere Besorgnis darüber geäußert und werden selbstverständlich auch in Zukunft darauf bestehen, dass die entsprechenden gesetzlichen und administrativen Maßnahmen, die die Türkei setzt, im Einklang mit unseren Vorstellungen auf diesem Gebiet stehen, die ja den internationalen Standards entsprechen.

3-357

Die Präsidentin. – Da der Fragesteller nicht anwesend ist, ist die Anfrage Nr. 10 hinfällig.

Anfrage Nr. 11 von Inger Segelström (H-1159/05)

Betrifft: Kolumbien

Schweden hat sich aktiv am Demokratisierungsprozess in Kolumbien beteiligt. Dennoch sind wir alle Zeugen davon, dass das Demokratiefeld weiter besteht und dass es auch weiterhin zu Übergriffen gegen die Menschenrechte kommt. Ein konkretes Beispiel ist die Gewinnung von Palmöl, die zur Zeit zügig ausgebaut wird. Immer mehr richtet sich die öffentliche Meinung gegen eine Ausweitung großflächiger Palmölplantagen. Dabei geht es um die Anerkennung der Grundeigentumsrechte der örtlichen angestammten Bevölkerung. Viele EU-Länder verwenden Palmkernöl als Tierfutter und viele von uns verwenden kosmetische Erzeugnisse, die Palmöl enthalten. Was kann der Rat unternehmen, damit die EU-Mitgliedstaaten den Demokratisierungsprozess in Kolumbien auch weiterhin unterstützen und sich auch weiterhin für eine Einstellung der Menschenrechtsverletzungen in Kolumbien einsetzen?

3-358

Hans Winkler, amtierender Ratspräsident. – Frau Präsidentin! Zur Frage der Frau Abgeordneten Segelström zu Kolumbien: Wie aus verschiedenen Quellen verlautet, nehmen die Menschenrechtsverletzungen in Kolumbien ab. Dennoch gibt jede Verletzung der Menschenrechte zur Besorgnis Anlass. Der fortdauernde interne bewaffnete Konflikt in Kolumbien ist auch die Ursache für die meisten Menschenrechtsverletzungen, die in der Hauptsache von illegalen bewaffneten Gruppen begangen werden. Die EU appelliert daher kontinuierlich an die Konfliktparteien, die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht zu achten, und sie unterhält auch regelmäßige Kontakte insbesondere mit den kolumbianischen Behörden und dem Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte in Bogota.

Ich kann hinzufügen, dass erst kurz vor Weihnachten der kolumbianische Vizepräsident in Österreich war – ich habe mit ihm gesprochen und ihn insbesondere auf die Frage der Menschenrechte sehr intensiv angesprochen.

In seinen Schlussfolgerungen vom 3. Oktober 2005 bekräftigte der Rat erneut seine uneingeschränkte Unterstützung für die kolumbianische Regierung, insbesondere bei ihren Bemühungen zur Durchsetzung der Rechtsstaatlichkeit im gesamten Land und bei der Bekämpfung von Terrorismus sowie der Herstellung von illegalen Drogen und des Handels mit diesen.

Ferner bekräftigte der Rat seine seit langem verfolgte Politik der Unterstützung der kolumbianischen Regierung bei ihrem Bestreben, den internen bewaffneten Konflikt auf dem Verhandlungsweg zu lösen, was auch direkte Gespräche mit den illegalen bewaffneten Gruppen einschließt, die zu Verhandlungen über ein Friedensabkommen bereit wären.

Wir begrüßen es daher, dass unlängst Kontakte zwischen den illegalen bewaffneten Gruppen und den kolumbianischen Behörden stattgefunden haben, und wir appellieren auch an alle Beteiligten, nach Kräften auf eine friedliche Lösung hinzuwirken und somit dem internen bewaffneten Konflikt, der jetzt schon weit über eine Generation andauert, als der Hauptursache für Menschenrechtsverletzungen ein Ende zu setzen.

3-359

Inger Segelström (PSE). – Tack herr statssekreterare för svaret. Det gläder mig väldigt mycket att ni har en sådan etablerad kontakt. Jag tror att det behövs därför att Colombia håller på att bli ett av världens största flyktningkatastrofområden när, enligt uppgifter, upp till tre miljoner människor har flyttats och tvingats lämna sina hem. Det är därför jag undrar ifall det vi gör nu i EU räcker, eller finns det mer vi kan göra för att trycka på detta? Det handlar också precis som ni säger, om problemen med narkotika och korruption, men även om det som pågår beträffande markförändringar och det faktum att man kommer att vilja utnyttja palmoljan som är så värdefull.

3-360

Hans Winkler, amtierender Ratspräsident. – Frau Präsidentin! Frau Abgeordnete, Sie stellen eine Frage, die eigentlich nicht zu beantworten ist. Tun wir als Europäische Union angesichts des Leids in vielen Ländern genug? Dies ist eine Frage, die man nicht wirklich abstrakt beantworten kann. Wir versuchen unser Bestes. Ich möchte aber doch auf konkrete Initiativen im Sinne der Schlussfolgerungen des Rates vom vergangenen Oktober hinweisen, die ich schon erwähnt habe, wobei ich hinzufüge, dass die meisten dieser Initiativen in den Zuständigkeitsbereich der Kommission fallen. Ich darf aber zum Beispiel darauf verweisen, dass die Kommission im Dezember 2005 beschlossen hat, einen Betrag von eineinhalb Millionen Euro im Rahmen des *Rapid Reaction*-Mechanismus zur Verfügung zu stellen. Es bleibt immer die Frage offen, ob das genug ist oder ob wir nicht noch mehr tun können.

3-361

Paul Rübig (PPE-DE). – Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Staatssekretär Winkler, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie stehen Sie zu dem Vorschlag, eine G24-Konferenz zur Unterstützung des Friedensprozesses im ersten Halbjahr 2006 abzuhalten?

3-362

Hans Winkler, amtierender Ratspräsident. – Frau Präsidentin! Ob es eine solche Konferenz im ersten Halbjahr 2006 geben wird, kann ich aus heutiger Sicht nicht sagen. Die Abhaltung dieser Konferenz hängt von der Einigung der Troika der G24-Gruppe – bei der Mexiko den Vorsitz führt – mit der kolumbianischen Regierung ab. Allerdings würde eine solche Konferenz in zeitlicher Nähe zum EU-Lateinamerika-Gipfel Mitte Mai 2006 und zu den Präsidentenwahlen in Kolumbien Ende Mai stattfinden. Das Gipfeltreffen Europäische Union-Lateinamerika findet übrigens genau zwischen den zwei Wahlgängen statt, sodass die Anwesenheit eines kolumbianischen Präsidenten bei dieser Konferenz in Wien fraglich ist.

3-363

Die Präsidentin. – Da der Antragsteller nicht anwesend ist, ist die Anfrage Nr. 12 hinfällig.

Anfrage Nr. 13 von Athanasios Pafilis (H-1175/05)

Betrifft: Versuch der Verurteilung des Kommunismus

Trotz internationaler Proteste und der Bekundung entschiedener Ablehnung wurde in der parlamentarischen Versammlung des Europarats erneut ein Entwurf mit eindeutig antikommunistischem Tenor zur Abstimmung vorgelegt. Der Titel wurde lediglich von „Verurteilung der kommunistischen Ideologie“ in „Notwendigkeit einer Internationalen Verurteilung von Verbrechen der kommunistischen Regimes“ geändert.

Welche Haltung gedenkt der Rat einzunehmen als Reaktion auf diese zunehmenden Versuche, die Geschichte umzuschreiben und die Verbrechen im Namen des Faschismus und des Imperialismus zu rechtfertigen? Wird er sich einsetzen für die Gewährleistung der Freiheit aller politischen Parteien und die Beendigung der Bestrebungen zur Diskriminierung der kommunistischen Bewegung und zum Verbot kommunistischer Parteien?

3-364

Hans Winkler, amtierender Ratspräsident. – Frau Präsidentin! Zur Anfrage des Abgeordneten Pafilis verweise ich auf Artikel 6 des Vertrages über die Europäische Union, der Ihnen natürlich bekannt ist. Ich möchte ihn aber trotzdem auszugsweise zitieren: „Die Europäische Union beruht auf den Grundsätzen der Freiheit, der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie der Rechtsstaatlichkeit. Diese Grundsätze sind allen Mitgliedstaaten gemeinsam.“ Zu diesen Rechten gehört auch das Recht auf freie Meinungsäußerung, und es obliegt dem Rat der Europäischen Union nicht, in den Beschlussfassungsprozess der Parlamentarischen Versammlung des Europarates einzugreifen. Die Frage bezieht sich ja auch auf die Tätigkeit der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, zu der ich nicht Stellung nehmen kann.

3-365

Αθανάσιος Παφίλης (GUE/NGL). – Κυρία Πρόεδρε, δεν θα μπορούσα ποτέ να φανταστώ ότι το Συμβούλιο θα απέφευγε να απαντήσει με ευθύ τρόπο για το θέμα του αντικομμουνιστικού μνημονίου. Είναι γνωστό σε όλες τις ευρωπαϊκές χώρες, χιλιάδες άνθρωποι όλων των πολιτικών χώρων το έχουν καταδικάσει, πρόκειται για ένα φασιστικό κείμενο το οποίο εξομοιώνει το ναζισμό με τον κομμουνισμό, αποτελεί ασέβεια στα εκατομμύρια των κομμουνιστών θυμάτων που θυσιάστηκαν για να ηττηθεί ο φασισμός, ποινικοποιεί την πολιτική δράση και την ιδεολογία των κομμουνιστών και ακριβώς - μια και αναφερθήκατε στο άρθρο 6 - παραβιάζει στοιχειώδη δημοκρατικά δικαιώματα. Και απαιτούμε από το Συμβούλιο να πάρει θέση για αυτό το μνημόνιο!

3-366

Hans Winkler, amtierender Ratspräsident. – Frau Präsidentin! Ich kann nur wiederholen, was ich schon gesagt habe: Die Europäische Union kann nicht zu den Aktivitäten und zu den Beratungen und der Beschlussfassung eines Organs einer anderen internationalen Organisation Stellung nehmen.

3-367

Paul Rübig (PPE-DE). – Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Staatssekretär Winkler, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Parlamentarische Versammlung des Europarats befindet sich hier in unmittelbarer Nachbarschaft, und sie hat natürlich einen wesentlich größeren Überblick über die politischen Verhältnisse. Glauben Sie, dass es möglich wäre, dass auch dort eine Debatte über den europäischen Verfassungsvertrag beginnen könnte, weil dieser natürlich auch die künftige Stabilität in solchen Ländern entsprechend unterstützen könnte?

3-368

Hans Winkler, amtierender Ratspräsident. – Frau Präsidentin! Die Parlamentarische Versammlung des Europarates kann sich über alle Themen unterhalten. Es obliegt der Versammlung, selbst zu entscheiden, mit welchen Themen sie sich befassen wird. Aber es ist natürlich auch möglich, dass man im Gespräch mit nationalen Abgeordneten, die in der Parlamentarischen Versammlung sitzen, solche Vorschläge vorbringt. Die Europäische Union als Union oder der Rat als Rat kann diesen Vorschlag sicherlich nicht dem Organ einer anderen Institution unterbreiten.

3-369

Die Präsidentin. – Da die für die Fragestunde vorgesehene Redezeit erschöpft ist, werden die Anfragen Nr. 14 bis 19 schriftlich beantwortet (nicht behandelte Anfragen siehe Anlage „Fragestunde“).

Die Fragestunde ist geschlossen.

(Die Sitzung wird um 18.55 Uhr unterbrochen und um 21.00 Uhr wieder aufgenommen.)

3-370

ΠΡΟΕΔΡΙΑ του κ. ΤΡΑΚΑΤΕΛΛΗ
Αντιπροέδρου

3-371

12 - Ευρωπαϊκή Πολιτική Γειτονίας

3-372

Πρόεδρος. – Η ημερήσια διάταξη προβλέπει την έκθεση του Charles Tannock, εξ ονόματος της Επιτροπής Εξωτερικών Υποθέσεων, σχετικά με την Ευρωπαϊκή Πολιτική Γειτονίας (2004/2166(INI) (A6-0399/2005)

3-373

Charles Tannock (PPE-DE), rapporteur. – Mr President, first I should like to pay special tribute to my predecessor, Mr Laschet, from whom I inherited this report after his departure from the House.

I was initially sceptical when the European Neighbourhood Policy (ENP) concept was first floated in the 2003 communication on a wider Europe. The chief conceptual problem was how to coordinate a policy on countries that appear to have different and contradictory aims, such as Libya wanting to host the African Union at the time, and Ukraine wanting to join the European Union.

The political leadership is about turning concepts into reality and the ENP is now an established political reality accepted by the partner states. My report seeks to review its workings, bring additional recommendations from Parliament and clarify some of the misunderstandings surrounding it.

The ENP offers a privileged relationship between the EU and all its current non-Member State neighbours to the south and east. It excludes the current EU candidates for membership and the potential candidate countries of the western Balkans which have separate special arrangements. But what does the privilege bring? In short, two things: firstly, the greater sharing of democratic values, and secondly, aid and trade for promoting those values. The ENP is therefore two-tracked: one lane promotes the values that underpin the European Union, namely, a commitment to common values regarding the rule of law, good governance, respect for human rights, the promotion of good-neighbourly relations and the principles of market economy and sustainable development; the other entails sanctions for failing them by restricting aid or trade privileges. The aim ultimately is to establish a circle of friends around the European Union in which the essential task of promoting and enhancing prosperity, stability and security is carried out in partnership and to mutual advantage. There will be increased financial assistance through a single dedicated European Neighbourhood and Partnership Instrument (ENPI), also applicable to Russia, which from 2007 onwards will replace the current TACIS and MEDA programmes. However, I am concerned that the Commission might decouple the ENP from the ENPI budget, which will entail a substantial erosion of Parliament's powers of oversight and scrutiny.

The Commission has already presented a strategy paper and country reports on a series of ENP countries, followed by action plans. A regular reviewing process will monitor the implementation of those, for which I seek more parliamentary involvement. Seven action plans have been adopted with Israel, Jordan, Morocco, Tunisia, the Palestinian Authority, Ukraine and Moldova. Five more are in preparation with Armenia, Azerbaijan, Egypt, Georgia and Lebanon.

I strongly support improved access for ENP countries to the single market and, in some cases, the eventual conclusion of neighbourhood agreements and the establishment of fully-fledged free trade agreements with the European Union. I also support participation in the ESDP/CFSP, including the various Council working groups, and membership, where appropriate, of the EU devolved agencies.

We also need better focus on drugs, weapons and people-trafficking and enhanced exchanges of criminal intelligence between national agencies in the fight against international terrorism and organised crime, as well as renewed efforts for the peaceful resolution of outstanding territorial disputes, including the frozen conflicts. By coincidence, today in London, Armenia and Azerbaijan are meeting to resolve the Nagorno-Karabakh question.

Several ENP partner countries, such as Azerbaijan and Algeria, are rich in energy resources, as are the producers or transporters of oil and gas. Therefore, energy policy and EU energy security will be a key pillar of the ENP. The recent Russia/Ukraine gas crisis illustrates how energy policy and foreign policy now interface.

Lastly, I do not consider the ENP a fixed, long-term alternative to full EU membership for those democratic European countries entitled to apply which have expressed a desire to do so, such as Ukraine and Moldova. The report goes some way towards recognising their European aspirations.

In contrast, as for other former Central Asian Soviet states, such as Kazakhstan – although currently not a part of the ENP – the EU should give serious consideration, in my view, when their PCA agreements eventually expire, to extending their right to participate in this ambitious project if they so wish.

3-374

Benita Ferrero-Waldner, *Member of the Commission*. – Mr President, I wish to thank the rapporteur for this very good report on the European Neighbourhood Policy, which will give me the opportunity to come back to the priorities for the next several months on this important issue.

As we have reiterated on several occasions since its inception in 2003, the Neighbourhood Policy is an ambitious policy. It remains the number one issue – at least in my own portfolio – in EU external relations, because it is so important to promote prosperity, stability and security. The stakes for our neighbouring countries are very high. It is clearly in the interests of the European Union to have well-governed and democratic partners in our neighbourhood which can finally join in the positive dynamics of sustainable social and economic development. As you mentioned, it is also in our interests that conflicts in our vicinity are peacefully resolved and that issues like migration, border control, organised crime and terrorism are tackled in a more effective way through closer cooperation.

The year 2005 has been the first year of delivery for the ENP, with the beginning of the implementation of the first seven ENP action plans.

What do we want to do in the future? The Commission has been active on a broad front, including, for example, progress on market economy status; visa facilitation and energy issues for Ukraine; the border assistance mission on the Moldovan/Ukrainian border; creating new fora in which to discuss issues such as democracy, human rights and governance, for instance with our Mediterranean partners – I need only recall the Euromed Conference in Barcelona in November; the preparations to pursue our educational cooperation and in particular to extend twinning and technical assistance and information exchange programmes to TAIEX programmes to our partners; and our proposal for a new European Neighbourhood and Partnership Instrument – the ENPI – that will not be decoupled from the Neighbourhood Policy.

It must be said that for 2006 and 2007 it will be crucial for the further development of ENP to deliver, and there is a considerable onus on our partners regarding implementation, because we will continue to deliver on our own commitments, but how the partner countries react is very important. We will continue the implementation of the ENP action plans in close cooperation with our partners. At the end of 2006 we will issue a full progress report covering the implementation. We will also open certain programmes and agencies to ENP partners. For instance, we will start negotiations on agricultural and fishery products with our Mediterranean partners. We will work on visa facilitation issues with Ukraine and Moldova. For Ukraine the mandate is already there. We will also adopt the ENPI as soon as possible and hopefully provide it with adequate resources so that it can be fully operational from January 2007. We are convinced that the ENPI will give us a better, more flexible and more focused instrument with which we can support reforms and cross-border cooperation.

Both we and our partners are facing a major challenge to turn the commitments contained in the action plans into real concrete action. Implementation is always the most important test and will depend very much on the partner countries' political will and on our capacity, but also their capacity, to implement the commitments taken in the action plans. Let me assure you that we will do everything in our power to do so.

Let me also briefly say that the gas dispute of 1 January has shown how important the energy question has become. Let me also say that we must urgently draw the consequences of this gas dispute and the energy question for our external policy. I intend to give the highest priority to developing an effective foreign energy policy which will aim at the most effective guarantee possible of the security of the EU energy supply. We are not starting from scratch, as many instruments already exist, but they need further exploitation and an energy dialogue with Russia that has already covered much ground and provided us with a good basis to address bilateral aspects is there, but we have to make it really profound and we have to go on. We recently signed a memorandum of understanding with Ukraine on energy and, in addition, we will provide expertise to Ukraine and Moldova. Therefore, there is a multidimensional aspect and we shall address that through institutions such as G8, the International Energy Agency, the OSCE and others. We have the Energy Charter Treaty, which Russia has not yet joined, but we also have the South-East Europe Energy Community Treaty as instruments on which we will build. That means the Neighbourhood Policy will certainly also have to tackle these questions in the right format. But, again, as I said today in another context, we will also need coherence from the Member States.

3-375

Elmar Brok, *im Namen der PPE-DE-Fraktion*. – Herr Präsident, Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich danke sowohl dem Berichterstatter für seine Arbeit als auch seinem Vorgänger Armin Laschet, der ja schon einige Vorarbeit geleistet hat; ein Dank gilt auch der Frau Kommissarin für ihren Beitrag dazu, dass wir mit der Nachbarschaftspolitik in einen außerordentlich wichtigen Bereich hineingehen. Dies ist nicht nur eine Hilfe für diese Länder, sondern eine Politik für Stabilität und Frieden in unserem eigenen Interesse.

Ich glaube, dass die Aktionsprogramme darauf eingestellt sein müssen, dass das Finanzinstrument entsprechend ausgestattet ist, dass aber auch unter Mitwirkung des Europäischen Parlaments – entsprechend der Rollenverteilung, die wir zu respektieren haben – wichtige Bereiche einbezogen werden.

Die Einbeziehung unserer Nachbarn in viele Politikbereiche bindet sie an uns im Rahmen der Wirtschaftspolitik, bei der Hilfe für ihre innere politische Entwicklung, der Achtung der Menschenrechte und vielem anderen mehr. Hier wurde bereits das Beispiel der Energiepolitik angesprochen, wo es beispielsweise darum geht, der Ukraine Hilfe zu leisten. Dass sie ihre eigenen Gas-Pipelines behalten kann, dass diese nicht in andere Hände geraten, liegt auch in unserem Interesse.

Ich möchte zum Ausdruck bringen, dass dies sowohl für Osteuropa als auch für den Mittelmeerraum von gleich großer Bedeutung ist. Es mag jedoch sein, dass man in einzelnen Fällen unterschiedliche Methoden und Felder nutzt, um dieses Ziel der Nachbarschaftspolitik zu erreichen. Für die Staaten Osteuropas gibt es eine europäische Perspektive, die wichtig ist, um die Reformanstrengungen im Inneren zu legitimieren und die Regime zu stützen, damit sie dies tun können.

Das bedeutet aber nicht in jedem Fall automatisch eine Beitrittsperspektive, wie dies heute beispielsweise der französische Premierminister De Villepin in seiner Rede in Berlin gesagt hat. Da müssen wir möglicherweise auch andere Methoden finden, bei denen am Ende des Weges nicht unbedingt immer der Beitritt steht. Deshalb sollten wir auch überlegen, ob wir in der Entwicklung dieser Politik nicht auch zu einem „Europäischen Wirtschaftsraum plus“ kommen. Ich nehme das nur als Arbeitstitel und als multilaterales Angebot, das die Türen für eine Mitgliedschaft prinzipiell offen lässt für die Fälle, in denen die Länder das können und dies der Aufnahmefähigkeit und dem Willen der Europäischen Union entspricht. Wir haben zur Zeit auch eine Debatte innerhalb des Parlaments, ob dies nicht vielleicht ein Angebot sein könnte. Das ist jedoch noch nicht die Aufgabe dieses Berichts als ein Zwischenschritt für einige der Balkan-Staaten, mit denen noch nicht über eine Mitgliedschaft verhandelt wird, ohne dass dabei die Beitrittszusagen von Thessaloniki in Frage gestellt werden.

Wir haben hier eine große Aufgabe, und ich möchte Ihnen, Frau Kommissarin, im Namen meiner Fraktion die Unterstützung dafür zusagen, in einer engen Zusammenarbeit voranzukommen.

3-376

Pasqualina Napolitano, *a nome del gruppo PSE*. – Signor Presidente, signora Commissario, onorevole relatore e onorevoli colleghi, innanzitutto vorrei invitare la Commissione a prendere in seria considerazione la relazione in esame, cosa che non è stata fatta invece in occasione della risoluzione del 2003 di questo Parlamento. Essa contiene infatti una serie di indicazioni utili a rafforzare la politica di vicinato, che costituisce una delle più importanti sfide per l'Europa. L'unica prospettiva per costruire pace e sicurezza intorno a noi è data infatti dalle relazioni positive che saremo in grado di costruire con i nostri vicini.

Si tratta di un compito non facile per due motivi principali. Il primo è che siamo circondati da aree di grande instabilità e di conflitti: dalla Cecenia al Nagorno-Karabach, alla Transistria, all'Afghanistan, all'Iraq e al Medio Oriente. In secondo luogo, perché l'obiettivo di questa politica non è l'ingresso nell'Unione, il che rende più difficile riuscire a influire sia sulle riforme interne dei differenti paesi che sulle relazioni tra loro e tra questi stessi e l'Unione.

Alcuni dei paesi attualmente coinvolti nella politica di vicinato guardano alla prospettiva della piena integrazione europea – è già stato ricordato dal relatore il caso dell'Ucraina e della Moldavia. Anche se non dobbiamo escludere questa prospettiva, dobbiamo però essere onesti nel dire che quest'ultima non è attualmente realizzabile, sia per la situazione interna all'Unione sia per i progressi che questi stessi paesi devono ancora compiere. Ma tutto ciò avvalorando ulteriormente questa politica.

L'aspetto che ho scelto di sottolineare è quello del rafforzamento della visione complessiva della politica di vicinato, anche se essa si rivolge ad aree diverse dell'Est, del Sud-Est, del Sud e a paesi molto diversi tra loro. Sicurezza, energia, immigrazione, ambiente e diritti necessitano di una visione e di un dialogo politico, come pure di istituzioni specifiche per poter progredire insieme.

Accanto ai piani d'azione che la Commissione sta negoziando, è questa la dimensione che va rafforzata, anche attraverso politiche specifiche, come quella energetica – ricordata puntualmente dalla signora Commissario – che il Parlamento europeo aveva già indicato nel 2003 come oggetto di attenzione nelle relazioni con i paesi vicini, attenzione che oggi rinnoviamo chiedendo l'elaborazione di una comunicazione sugli aspetti della politica energetica concernenti la politica estera e di vicinato.

Concludo, quindi, con l'appello iniziale rivolto alla Commissione e al Commissario, che ha un ottimo rapporto con noi: non sottovalutate il contributo del Parlamento europeo.

3-377

Paavo Väyrynen, *ALDE-ryhmän puolesta*. – Arvoisa puhemies, liberaaliryhmä on varsin tyytyväinen Tannockin mietinnön sisältöön, mutta olisimme halunneet siihen muutamia käsitteellisiä parannuksia.

Komissio käytti alun perin sanan "naapuruuspolitiikka" rinnalla "laajemman Euroopan" käsitettä. Sillä on sekä tieteellisessä että poliittisessa keskustelussa yleensä tarkoitettu koko Eurooppaa. Tannockin mietintöön sisältyy runsaasti kannanottoja paneurooppalaisen yhteistyön kehittämiseksi, muun muassa Euroopan neuvoston ja ETY-järjestön puitteissa, mutta väliotsikoinnissa tätä ei oteta huomioon. Siksi esitimme 30 kohdan jälkeen sijoitetun muotoilultaan epäonnistuneen väliotsikon korvaamista sanoilla "laajempi Eurooppa".

Liberaaliryhmä esitti myös "eteläisen ulottuvuuden" käsitteen sijoittamista mietintöön. Sillä voitaisiin osuvimmin kuvata unionin ulkosuhteita etelään, Välimeren alueelle, laajempaan Lähi-itään ja sen itäpuolella oleviin maihin. Olisi johdonmukaista puhua rinta rinnan unionin politiikan pohjoisesta ja eteläisestä ulottuvuudesta.

Kolmas käsitteellinen ehdotuksemme oli, että mietintöön olisi sijoitettu ajatus Euroopan kehittämisestä samankeskisten kehien järjestelmänä, joka koostuu yhtäältä joustavasta eriytymisestä unionin puitteissa ja toisaalta toiminnallisten yhteistyökehien luomisesta sen ympärille. Tämä ajatus tarjoaa mahdollisuuden hakea ratkaisua unionin syvenemisen ja laajenemisen väliseen ristiriitaan. Se sai kannatusta ryhmien välisissä keskusteluissa, mutta sitä ei haluttu ottaa tähän mietintöön. Ihmettelen miksi. Kun emme saaneet muilta ryhmiltä riittävää tukea tämän emmekä muidenkaan käsitteellisten parannusehdotustemme toteuttamiseen, emme vie niitä äänestyksiin. Odotamme parempia aikoja niiden hyväksymiseksi.

Kiitän esittelijä Tannockia hyvästä yhteistyöstä, erityisesti siitä, että hän hyväksyi meidän esityksemme pohjoisen ulottuvuuden vahvistamiseksi mietinnössä ja toisaalta paneurooppalaista yhteistyötä koskevat ehdotukset, vaikka tämä tärkeä laajemman Euroopan käsite jäikin ottamatta mukaan.

3-378

Marie Anne Isler Béguin, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, je remercie Charles Tannock qui a repris le flambeau, pour sa disponibilité et son écoute sur les questions fort complexes qui se posent dans la définition de la politique de voisinage.

La politique de voisinage s'est imposée à nous avec l'arrivée de nouveaux États membres et elle est devenue, en intégrant tous les pays limitrophes de l'Est au pourtour de la Méditerranée, un des éléments clés et un des points forts de la politique extérieure de l'Union. Pour cette action, l'Union a endossé une responsabilité considérable et elle aura la lourde tâche de ne pas décevoir l'espérance suscitée auprès de nos voisins. En effet, une nouvelle dynamique est née dans ces pays qui attendent désormais que l'Union les accompagne dans le processus de démocratisation, de stabilisation et de développement durable dans lequel ils se sont engagés. Pour certains pays, elle constitue même un préalable à une future adhésion. Nous devons donc éviter un certain nombre de travers pour faire de cette politique de voisinage une réussite.

Elle doit intégrer une dimension multilatérale et offrir un cadre institutionnel où les pays partenaires sont pleinement associés à la définition des politiques européennes. Elle ne doit pas se limiter à une simple zone de libre-échange mais se fonder sur un véritable partage de valeurs communes, de démocratie et de droits de l'homme. La politique de voisinage devra œuvrer à la consolidation de la société civile par la création d'un forum civil où les ONG suivront les plans d'action qui ne seront pas des plans de coopération bis, Madame la Commissaire, mais bien des plans concrets et efficaces, avec une Union déterminée à les contrôler et à les mettre en œuvre selon des critères précis.

C'est non sans fierté, Madame la Commissaire, chers collègues, que je soutiendrai les plans d'action en faveur des pays du Caucase du Sud, car si l'Arménie, l'Azerbaïdjan et la Géorgie font partie de cette politique de voisinage, c'est bien grâce à notre Parlement européen et non à la Commission et au Conseil!

Aujourd'hui, ces trois républiques de l'ex-Union soviétique assument un héritage lourd. Avec la politique de voisinage, elles doivent pouvoir trouver une issue à leurs conflits gelés. La question du Haut-Karabakh doit être réglée; les réfugiés – et notamment les Azerbaïdjanais – doivent retrouver leurs maisons; la démolition de monuments historiques arméniens au Nakhitchévan ne sont pas acceptables; la Turquie doit rouvrir sa frontière avec l'Arménie; la Russie ne peut pas, d'un côté, avoir un partenariat privilégié avec l'Union et, de l'autre, délivrer des passeports aux séparatistes géorgiens; l'Union doit soutenir le plan de paix en Géorgie pour l'Ossétie du Sud et aider à l'élaboration d'un plan pour l'Abkhazie.

Vous voyez qu'une implication forte de l'Union, qui passe par l'élaboration d'un pacte de stabilité dans le Caucase du Sud pour obtenir la résolution pacifique des conflits, est indispensable et sera une stratégie doublement gagnante. Elle permettra à ces pays de trouver la voie du développement et une paix durable et elle apportera un crédit considérable à notre Union dans une région dominée par les influences russe et américaine. Faisons de la politique de voisinage le fer de lance d'une politique globale de sécurité commune réussie!

3-379

Erik Meijer, *namens de GUE/NGL-Fractie*. – Voorzitter, er zijn twee heel verschillende vormen van nabuurschapsbeleid mogelijk. De ene gaat uit van ons pure eigenbelang, van pogingen om de omgeving dienstbaar te maken aan binnen de Europese Unie ontwikkelde economische en militaire verlangens. Dan zijn we tevreden met buurlanden die ons olie en gas leveren, die vluchtelingen buiten ons grondgebied houden en die hun eigen bevolking onderwerpen aan dictatoriale maatregelen, die moeten verhinderen dat onze belangen worden geschaad.

In zo'n model is nabuurschapsbeleid tevens een middel om die omgeving met een lagere levensstandaard, met minder democratie en met minder mensenrechten definitief buiten de deur te houden van het rijke fort Europa. Die landen worden alleen ingeschakeld om tijdelijk goedkope arbeidskrachten te leveren. Zo'n nabuurschap lijkt dan sterk op de manier waarop de Verenigde Staten gedurende twee eeuwen zijn omgegaan met Latijns-Amerika.

Er is ook een heel andere vorm van nabuurschapsbeleid mogelijk. Die gaat ervan uit dat we in dit deel van Europa veel zaken beter hebben geregeld dan in andere landen, en dat wij anderen iets te bieden hebben. Daarin past het bevorderen van democratie en mensenrechten, ook in Wit-Rusland, Tunesië, Algerije en de nog steeds bezette Palestijnse gebieden. Het betekent ook dat we bijdragen tot economische ontwikkeling, die deze landen op een gelijk welvaartsniveau als het onze moet brengen. In een aantal gevallen, met name voor de westelijke Balkan, maar mogelijk ook voor Oekraïne, Wit-Rusland, Moldavië en Turkije, kan het bovendien een overgangsfase naar het volledige lidmaatschap van de Europese Unie betekenen.

Mijn fractie wijst de eerste vorm van nabuurschapsbeleid volstrekt af, maar kan daarentegen van harte instemmen met het tweede model. Gelukkig overheerst in het verslag van de heer Tannock die tweede variant en ook de meeste amendementen verkiezen democratie, mensenrechten en solidariteit boven economisch en militair voordeel. Als ook de Raad en de Commissie die lijn volgen, gaat het met ons nabuurschapsbeleid de goede kant op.

3-380

Bastiaan Belder, *namens de IND/DEM-Fractie*. – Voorzitter, terecht schenkt collega Tannock in zijn interessante verslag aandacht aan de hedendaagse situatie in EU-buurland Wit-Rusland. Met name in paragraaf 56 spoort hij alle Europese instellingen aan tot versterking van de steun aan de Wit-Russische burgermaatschappij en 's lands politieke oppositie.

Tegen die achtergrond zou ik, commissaris, willen vragen hoe ver het staat met de Brusselse plannen om een delegatie te vestigen in Minsk. Let wel, een delegatie die metterdaad kan opereren vanuit de eigen doelstellingen, vanuit de gedeelde gehechtheid van de lidstaten van de Unie aan de democratische rechtsstaat. Een ideaal communicatiekanaal voor de Commissie richting de Wit-Russische burgerbevolking. Een onmisbare voorwaarde ook om uiteindelijk tot een actief nabuurschap met Wit-Rusland te komen.

Naar ik vrees, voelt het huidige autoritaire regime van president Loekasjenko daar weinig voor. Het wenst waarschijnlijk een tadeloze Europese delegatie op eigen grondgebied als internationale legitimatie. Commissaris, houdt deze opstelling van Minsk soms de komst van de Europese delegatie in de Wit-Russische hoofdstad tegen?

Rapporteur Tannock ijvert evenzeer voor een politiek vergelijk over de al zo lang slepende kwestie-Transnistrië. Daartoe roept hij dan ook alle betrokken partijen op. Onheilspellend genoeg voor Moldavië heeft een tweetal van deze betrokken partijen - Rusland en Oekraïne - net een maand geleden - medio december 2005 - een gezamenlijke verklaring over het Transnistrië-conflict uitgegeven zonder én over Chişinău. De presidenten Poetin en Joejtsjenko kenden daar trouwens evenmin de Verenigde Staten, de Europese Unie en Roemenië in. Gezamenlijk benoemden zij Rusland en Oekraïne tot "garantiemachten" in Moldavië en Transnistrië. De herhaling van een eerdere zet uit 1997 van Jevgeni Primakov, die overigens geen enkele internationale steun kreeg en door Moldavië expliciet van de hand werd gewezen.

En passant werpen Poetin en Joejtsjenko zich thans zelf samen op tot verantwoordelijken voor "vrede, stabiliteit en het welzijn van het volk van Moldavië, voor Russen en Oekraïeners op beide oevers zelfs van de Dnjester". Dat impliceert gewoonweg een Russisch-Oekraïens condominium. Tegelijk accepteerden Kiev en Moskou op 15 december 2005 elkaars oplossingen voor de kwestie-Transnistrië als "complementair". Doorzichtige voorstellen die, mijns inziens, neerkomen op een bezegeling van een staatkundige tweedeling van Moldavië, van een internationale legitimering van Ruslands militaire aanwezigheid in Transnistrië en van een "democratische neutrale staat Moldavië".

Commissaris, hoe interpreteert u deze bilaterale afspraak tussen Poetin en Joejtsjenko over Moldavië's toekomst in de context van het Europese nabuurschapsbeleid? Ik dank u. Ik zie uit naar de beantwoording van mijn twee vragen.

3-381

Konrad Szymański, *w imieniu grupy UEN*. – Panie Przewodniczący! Chciałem podkreślić kilka kluczowych zasad, które powinny przyświecać dobrej i skutecznej polityce sąsiedztwa.

Po pierwsze, nie może być ona przeciwstawiana członkostwu w Unii Europejskiej, wręcz przeciwnie, udany proces sąsiedzki w przypadku kraju europejskiego powinien członkostwo przybliżać. Sąsiedztwo nie prowadzi automatycznie do członkostwa – to oczywiste – ale członkostwo może być jego efektem.

Po drugie, trzeba podkreślić, że poziom pomocy powinien być uzależniony od woli przestrzegania przez państwo sąsiedzkie lub partnerskie standardów demokratycznych. Dotyczy to w najwyższym stopniu Białorusi, gdzie nie mamy możliwości współpracy z rządem, ale powinno dotyczyć to również Rosji, w której przestrzeganie demokratycznych standardów znacząco spadło właśnie w okresie realizacji umów partnerskich. Mam czasem wrażenie, że w Rosji pomagamy budować drogi, którymi transportuje się niesłusznie skazanych, lub rurociągi, które się nam później zamyka.

Jest i trzecia zasada: kiedy poziom demokracji jest niewystarczający powinniśmy tym mocniej skupić się na wspieraniu społeczeństwa obywatelskiego i sił demokratycznych. By czynić to skutecznie powinniśmy zachować specjalny instrument na rzecz praw człowieka, który będzie dostatecznie elastyczny by być skutecznym narzędziem w nieprzyjnym środowisku politycznym i prawnym.

Te zasady zostały potwierdzone, są obecne w sprawozdaniu pana Tannoeka, i dlatego moja grupa z przyjemnością poprze to sprawozdanie w głosowaniu.

3-382

Ryszard Czarnecki (NI). – Panie Przewodniczący! Europejska polityka sąsiedztwa, dzisiejsza debata i rezolucja pokazują, że mimo pewnego kryzysu Unii, nie amputowaliśmy sobie myślenia strategicznego. Dostrzegamy konieczność otwierania się na naszych sąsiadów. Problemy gospodarcze poszerzonej Unii, problemy z uchwaleniem konstytucji nie mogą eliminować wizji przyszłości, przyszłości dalszej niż kolejne wybory w naszych krajach.

Szczególnie ważne obszary naszej polityki sąsiedztwa, to relacje ze wschodnimi i południowo-wschodnimi sąsiadami. To dobrze, że w projekcie rezolucji jest mowa o Ukrainie, Gruzji, Mołdawii, generalnie krajach Zakaukazia. To dobrze, że przyznajemy się do błędu w postaci niewykorzystywania nacisku na Rosję, aby kraj ten stabilizował, a nie destabilizował sytuację na terenie dawnych Republiki Radzieckich.

Jedna uwaga do pani komisarz Ferrero-Waldner, nikt za nas nie robi europejskiej polityki sąsiedztwa. Nie zrzucamy tego na G8, na OECD, nie uprawiamy „pingponga politycznego” - to przede wszystkim nasza rola. Pamiętajmy też o rzeczy zasadniczej: pomoc finansowa w ramach nowo tworzonego Europejskiego Instrumentu Sąsiedztwa i Partnerstwa nie może być niekontrolowana. O tym mówił pan poseł Szymański. Nie możemy służyć niedemokratycznym władzom. One mają wspierać demokratyzację tych społeczeństw i struktur władzy, a także promocję standardów praw człowieka.

Kończąc, europejska polityka sąsiedztwa jest szansą Unii, a nie przykrym obowiązkiem. Pamiętajmy o tym.

3-383

Paweł Bartłomiej Piskorski (PPE-DE). – Panie Przewodniczący! Wszyscy jesteśmy przekonani co do tego, że europejska polityka sąsiedztwa jest jednym z bardzo istotnych elementów kształtowania wspólnej polityki zagranicznej, polityki bezpieczeństwa Unii Europejskiej. Zdajemy sobie sprawę jak różnorodna musi to być polityka i dostosowana do warunków poszczególnych krajów, bo wiemy, że tą polityką są przecież objęte kraje o tak różnej sytuacji jak chociażby Maroko czy Ukraina.

Wiemy również, i bardzo wyraźnie podkreślamy, że przy zachowaniu elastyczności tego instrumentu nie możemy zapominać, że odnosimy się do dwóch sytuacji. W niektórych – widać to na przykładzie krajów chociażby Afryki Północnej – chodzi o pogłębianie, poszerzanie współpracy w zakresie chociażby energetyki, bezpieczeństwa i w innych dziedzinach, w których ta współpraca powinna następować. Mamy też do czynienia z sytuacją w krajach innych, takich jak Białoruś czy Syria, w których mamy do czynienia z dyktaturami i z sytuacjami niedemokratycznymi. Europejska polityka sąsiedztwa powinna być instrumentem nacisku demokratyzacji tych krajów.

Z satysfakcją stwierdzamy, że sprawozdanie pana Tannoeka odpowiada na te pytania i jest godne poparcia. Z przyjemnością podkreślamy również to, że ta polityka sąsiedztwa nie jest alternatywą w tym myśleniu – i to jest bardzo dobry punkt wyjścia – nie jest alternatywą do przyszłego członkostwa tych krajów w Unii Europejskiej. Nikt z nas nie żyje iluzją, że kraje takie jak Mołdawia, Białoruś czy Ukraina bardzo szybko będą członkami Unii. Chodzi o to, by drzwi pozostały otwarte, by kraje europejskie, zgodnie z traktatami, mogły aplikować do członkostwa.

Prosimy również o poparcie poprawek nr 55 i 52 proponowanych przez pana Klicha, dotyczących właśnie m.in. nazywania reżimu na Białorusi tym, czym jest, czyli reżimem niedemokratycznym.

3-384

Pierre Schapira (PSE). – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, chers collègues, je me réjouis de cette résolution sur la politique de voisinage. Elle passe en revue de manière exhaustive l'ensemble des priorités que fixe notre institution pour cette politique: droits de l'homme, démocratie, immigration, environnement et libéralisation des échanges.

Pourtant, un domaine capital est totalement absent. Il s'agit de la coopération au développement. Permettez-moi de vous rappeler que, parmi les dix-sept pays couverts par la politique de voisinage, douze sont des pays en voie de développement, dont un tiers appartient à la catégorie des pays à faibles revenus. Avec la réforme en cours des instruments de l'action extérieure, ces douze pays en voie de développement ne seront pas couverts par le futur instrument de coopération et de développement. Il en résulte que, si aucune politique de développement n'est engagée au titre de la politique de voisinage, ces douze pays ne bénéficieront plus d'une assistance au développement de notre part.

Mais je regrette qu'un texte d'orientation politique aussi général et étendu que celui-ci ne fasse aucune allusion à la coopération. Il n'est pas raisonnable de parler de renforcer la prospérité d'une zone sans, en même temps, s'engager à

éradiquer la pauvreté. Est-ce que les besoins élémentaires des populations d'Azerbaïdjan, de Moldavie ou de Palestine sont actuellement satisfaits? Comment ces pays peuvent-ils lutter contre la dictature et être compétitifs dans des économies de marché quand une partie des populations n'a même pas accès à l'eau potable, à des services sociaux, des soins de santé ou une éducation de base? Comment pouvons-nous espérer un jour atteindre les objectifs du Millénaire pour le développement si nous ne sommes pas capables de nous attaquer à cette pauvreté aux portes de l'Europe?

Adopter une résolution sur la politique de voisinage qui fasse à ce point l'impasse sur les objectifs d'éradication de la pauvreté est à mon sens une grave erreur d'appréciation qui, malheureusement, engage notre responsabilité pour l'avenir.

3-385

Diana Wallis (ALDE). – Mr President, Commissioner, I would like to speak as Chairwoman of the Delegation for relations with Switzerland, Iceland and Norway and of the Delegation to the European Economic Area (EEA) Joint Parliamentary Committee. I was sorry to see paragraph 43 of the report, which rather churlishly lumps these countries in with the rest of our neighbours and/or puts them on a par with Andorra and the Vatican State. Sadly, it is not the first time that has happened in this Parliament.

By my amendment I wanted at the very least to refer to EEA-EFTA. Indeed, we should appreciate that our own Member States are members of the EEA. This is a close and deep relationship which already entails full participation in the internal market and other EU programmes. Further, the EEA-EFTA countries are in fact already our partners and fellow contributors in building democracy and other activities within our new neighbours.

I think Mr Tannock will understand a British footballing analogy. Whilst these countries do not currently aspire to the Premiership, to be full members, they are currently in the Championship and certainly not down at the bottom somewhere in the Conference League.

I believe we hope to repeat a meeting with the EEA-EFTA Foreign Ministers and our Committee on Foreign Affairs. I hope my amendment will save some embarrassment about the way we perceive our oldest and closest partners and neighbours and also about our understanding of EEA-EFTA.

3-386

Cem Özdemir (Verts/ALE). – Herr Präsident, Frau Kommissarin! Auch wir begrüßen diesen Bericht von Herrn Tannock. Ich möchte die Gelegenheit aber auch nutzen, ausdrücklich Armin Laschet für die bislang geleistete Arbeit zu danken.

Ein wichtiger Punkt in diesem Bericht ist sicherlich die Ziffer 4, in der noch einmal davon gesprochen wird, dass sichergestellt werden muss, dass es Anreize für demokratische Reformen gibt und die wirtschaftliche Entwicklung gefördert wird. Die EU muss stärker, als es bislang der Fall war, darauf achten, dass die Demokratiekláuseln in den Abkommen mit den Drittstaaten ernst genommen werden, und muss gegebenenfalls Konsequenzen daraus ziehen – im Positiven wie im Negativen. Der Bericht spricht in diesem Zusammenhang von einem wirksamen Überwachungsmechanismus. Es wäre ein großer Fortschritt, wenn wir die Grundrechteagentur, über die wir in diesem Hause bei anderer Gelegenheit noch diskutieren werden, bekommen würden, damit wir ein Instrument haben, um wirksam die Situation in den Partnerländern zu beurteilen.

Es geht aber auch darum, dass der bilaterale Ansatz der europäischen Nachbarschaftspolitik, wie er seit 2003 verfolgt und von uns ausdrücklich mitgetragen wird, der Vielfalt der Länder gerecht werden kann. Aber wir dürfen nicht vergessen, dass es noch einen anderen Ansatz gibt, nämlich den Barcelona-Prozess mit seinem regionalen Ansatz. Wir sind gut beraten, wenn wir beides komplementär betrachten und – im Sinne einer Politik der Europäischen Union aus einem Guss – die Stärken beider Ansätze vereinen.

Ich möchte ausdrücklich noch den Bereich der Migrationspolitik ansprechen, der bislang im Barcelona-Prozess bedauerlicherweise keine Rolle spielt. Wir sind hier gut beraten, dass wir mit den Ländern des südlichen Mittelmeeres darüber ins Gespräch kommen. Wir haben alle noch die schrecklichen Bilder von Ceuta und Melilla in Erinnerung, die uns in der Europäischen Union betroffen gemacht haben. Es geht hier natürlich um die Fragen der Grenzen, Rückführungsabkommen und Asylverfahren. Gleichzeitig geht es aber auch um die humane Behandlung von Flüchtlingen und darum, dass wir die Situation in den Ländern insgesamt verbessern müssen. Ich freue mich, dass die Europäische Union ihre Aktivitäten im Bereich der Ausbildung verstärkt. Wir müssen hier wesentlich mehr tun. Ich denke dabei insbesondere an die jungen Menschen in den südlichen Ländern des Mittelmeerraums, denen eine Zukunftschance zur Partizipation in ihren Ländern gegeben werden muss. Nur wenn junge Menschen dort eine Chance haben, werden sie in diesen Ländern bleiben und ihr Know-how zum Wohle und zur demokratischen Gestaltung dieser Gesellschaften einsetzen.

Zum Schluss möchte ich an die Situation in Ägypten erinnern. Wir alle haben verfolgt, dass der Oppositionspolitiker Aiman Nur verhaftet wurde. Ich glaube, ich kann im Namen aller sagen, dass ihm wie allen anderen, die sich dort zum Teil unter schwierigen Bedingungen für Demokratie und Menschenrechte einsetzen, unsere Solidarität gilt.

3-387

Esko Seppänen (GUE/NGL). – Arvoisa puhemies, Tannockin valmisteleva ulkoasianvaliokunnan mietintö on monelta osin perusteellinen. Siihen sisältyy poliittisesti herkillä aloilla monia sellaisia kannanottoja, joista kenenkään ei tarvitse kantaa vastuuta; onhan mietintö tehty valiokunnan omasta aloitteesta alalla, jolla Euroopan parlamentilla ei ole toimivaltaa.

Mietintö kuvastelee suuntausta, jonka mukaan unioniin kuulumattomille maille pitää antaa toivoa avusta ja tuesta. Sillä tavalla naapurisuuspolitiikan maat, joista monet eivät ole EU:n naapureita, halutaan sitoa unioniin poliittisesti. Mietinnössä ei oteta selkeästi kantaa siihen, mitkä maat voivat päästä Euroopan unionin jäseniksi. Ei haluta sanoa esimerkiksi Ukrainalle, että se ei kelpaa tai että se kelpaa, vaikka Ukraina on paljon eurooppalaisempi maa kuin Turkki. Todellisuudessa Ukrainan jäsenyys pitkällä aikavälillä on niin pitkän aikavälin takana, ettei se ole lainkaan näköpiirissä.

Mietintöön on sängen köykäisin perustein otettu mainintoja EU:n perustuslaista sen sijaan, että olisi mietitty sitä, miten unionin jäsenyyttä voitaisiin lähestyä Euroopan talousalueen kaltaisen rakenteen kautta ja näkökulmasta.

Korruptoitunut hallinto on osa monien naapurimaiden arkea. Olisi esimerkiksi kiinnostavaa tietää, kuka omistaa Venäjän ja Ukrainan kaasusopimusta hallinnoivan Ros-Ukr-Energon. Mahtaako edes Ukrainan presidentti olla siinä asiassa puhdas? Ukraina "oranssin vallankumouksen" jälkeen on esimerkki korruptoituneesta hallinnosta. Esimerkiksi Azerbaidžania tai kauempana idässä kaasun ja öljyn alkulähteillä sijaitsevia Kazakstania ja Turkmenistania pitäisi arvioida myös tästä vallan väärinkäytön näkökulmasta – siihen tapaan kuin arvioidaan Valko-Venäjää – eikä vain kaasun ja öljytoimitusten näkökulmasta.

3-388

Gerard Batten (IND/DEM). – Mr President, the European Neighbourhood Policy calls for the consolidating of democracy and the rule of law in the EU's neighbouring countries. How can the EU seriously consolidate democracy in non-EU countries when the central driving force of EU membership is itself the inexorable removal of any real, meaningful, democratic accountability in its Member States? How can the EU seriously call for the extension of the rule of law in non-member countries when the EU itself ignores its own laws?

I speak, of course, of the proposed EU Constitution which should be dead under Treaty law because of the 'no' votes in the French and Dutch referendums. Instead, however, the Constitution is being kept on a life-support machine until the inconvenience of democratic rejection can be overcome by some underhand means. Mr Tannock would do better to concern himself with the interests of those he was elected to represent rather than those who did not elect him.

3-389

Ģirts Valdis Kristovskis (UEN). – Komisāres kundze! Padome! Kolēģi! Deputāta *Tannock* ziņojums ir labs apliecinājums problemātikai un Eiropas Savienības iespējām nodrošināt savas intereses un politiku ģeopolitiskā telpā ap Eiropas Savienību.

Demokrātiska, stabila, pārtikusi kaimiņvalsts, protams, ir labākais attīstības un drošības garants. Tomēr, kā pamatoti norāda ziņojuma autors, ES kaimiņattiecību politikas efektivitāte būtu jāpaaugstina, precizējot mērķu, prioritāšu un novērtēšanas kritērijus. Realizējot Eiropas kaimiņattiecību politiku, būtu jāizmanto jauno Eiropas Savienības dalībvalstu pieredze, veicinot reformas Kaukāzā, Ukrainā, Moldovā.

Ziņojumā pamatoti norādīts, ka kaimiņattiecību politikas veiksmes atsevišķās valstīs ir atkarīgas no Eiropas Savienības un Krievijas attiecībām. Tomēr grūti noticēt, ka vecās ģeopolitiskās kategorijās domājoša Krievija būs uzticams sabiedrotāis. Pat komisks šķiet aicinājums kopā ar Krieviju sekmēt Baltkrievijas demokratizāciju. Ir taču zināms, ka Putina režīms jo dienas, jo vairāk atkāpjas no demokrātiskas pārvaldes, kļūst autoritārs.

Komisāres kundze! Diemžēl divpusējie Putina – Šrēdera, Putina – Blēra, Putina – Širaka dialogi nodrošina Krievijas vēlmes sarunāties ar fragmentētu Eiropas Savienību. Tas garantē atkāpes no ES kaimiņpolitikas principiem un prasībām. Krievijas un Ukrainas gāzes cenu sabalansēšana uz Turkmēnijas tā sauktās lētās gāzes rēķina ir monopolista rezerves, nevis tirgus darījums.

Man ir bažas. Ir grūti saprast, kāpēc Krievijas ekonomikas izaugsmes apstākļos, Eiropas Savienības, Ziemeļu dimensijas, globālās partnerības vai masu iznīcināšanas ieroču likvidēšanas programmu ietvaros nepalielinās pašas Krievijas līdzfinansējuma daļa. Ziņojumā taču tiek minēta kaimiņattiecību politikas līdzekļu saprātīga un efektīva izmantošana. Tiešām ir vērts pielikt lielākas pūles reģionālo un apakšreģionālo dimensiju attīstībai. Ir vērts padomāt par Austrumeiropas ģeogrāfisko, vēsturisko un politisko aspektu nozīmi, veidojot uzticamu Eiropas Savienības kaimiņattiecību politiku.

3-390

Frank Vanhecke (NI). – Voorzitter, ik denk niet dat het afbreuk doet aan het werk van onze collega Tannock, wanneer wij toch vaststellen dat er vanwege de Europese Commissie in dat Europees nabuurschapsbeleid eigenlijk een enorme gemiste kans verscholen zit. De gemiste kans namelijk om in dat beleid, en zelfs in de eerste plaats, ervoor te zorgen dat ons buurland Turkije daarbij betrokken wordt. En dat zelfs op de eerste plaats en op een zeer geprivilegieerde plaats. Het

zou nu toch al duidelijk moeten zijn dat het overgrote deel van onze Europese burgers zich absoluut verzet tegen de volwaardige EU-toetreding van Turkije en dat het dus bijgevolg een zeer ondemocratische daad zou zijn om dat massale niet-goedkeuren zo maar naast zich neer te leggen. Nogmaals, Turkije is geen Europees land, niet geografisch, niet historisch, niet politiek, niet godsdienstig, op geen enkel gebied. Maar Turkije is een buurland waarmee wij de beste betrekkingen willen en dat perfect een belangrijke en meest vooraanstaande rol had kunnen spelen in het Europese nabuurschapsbeleid. Dit is dus een gemiste kans en dat is een fout die ons vroeg of laat zeer duur te staan zal komen.

Nog een opmerking bij de overwegingen in het verslag over onze betrekkingen met de Maghreblanden. Ik betreur namelijk dat daar een zeer belangrijk gegeven niet is opgenomen, namelijk de recente verklaring van de Marokkaanse regering die pleit voor een remigratiepolitiek, voor een terugkeer van een groot deel van de 2,5 miljoen Marokkanen die momenteel in Europa verblijven, waarvan de jongeren zoals men weet met 40% werkloosheid kampen om nog maar te zwijgen over andere vormen van sociale opvang waar ze terecht komen. Dit is een uiterst belangrijke koerswijziging van de Marokkaanse regering die wij als Europeanen actief zouden moeten ondersteunen, ook in ons nabuurschapsbeleid.

3-391

Francisco José Millán Mon (PPE-DE). – Señor Presidente, señora Comisaria, para una persona o un país los lazos con los vecinos tienen enorme importancia. También para la Unión Europea son importantes las relaciones con los países vecinos. Deben ser relaciones positivas y enmarcadas en el objetivo de conseguir alrededor de la Unión un círculo de países en paz, prósperos, respetuosos de los derechos humanos, estables y que compartan nuestros principios de democracia y Estado de Derecho. La obtención de dicho círculo es necesaria en interés de la Unión, como la Comisaria acaba de reconocer.

Con la globalización y la interdependencia, es evidente que no hay muro alguno que pueda aislar a la Unión Europea de los países más próximos; de ahí la importancia de una activa y generosa política de vecindad.

Creo que, como se desprende del informe del señor Tannock, cuyo trabajo ciertamente agradezco, las políticas de vecindad concretas deben diferenciarse básicamente en función del país vecino del que se trate. En efecto, la diferencia no debe depender del continente al que el país pertenezca; si así fuera, daríamos la impresión de que hay una política de vecindad de primera y otra de segundo nivel, para los países vecinos mediterráneos no europeos. Esto sería un error, puesto que muchos de estos países mediterráneos tienen muy estrechas y antiguas relaciones con la Unión, más estrechas y antiguas que las que tiene la Unión con varios países europeos también objeto de la política de vecindad.

Estos países mediterráneos esperan, conforme a nuestros compromisos, conseguir la relación más estrecha posible con la Unión. Necesitan, además, de nuestra mayor cooperación para subsanar sus retrasos en materia de desarrollo democrático institucional, crecimiento económico y social, etc.

Pero la política europea de vecindad más estrecha también implica el impulso de unas reformas orientadas hacia la democracia, el respeto de los derechos humanos y la economía de mercado. Y tiene que haber también progresos en materias como, por ejemplo, la apertura económica, el control de fronteras, la cooperación en la lucha contra el terrorismo, el crimen organizado y la inmigración ilegal. Está claro que los avances en estas materias beneficiarán a los países vecinos concernidos y a toda la región.

Señor Presidente, permítame un comentario adicional. Lamento mucho que, en la Cumbre de Barcelona del pasado mes de noviembre, el nivel de asistencia de nuestros vecinos del Sur del Mediterráneo resultara decepcionante. Creo que han desaprovechado una ocasión inmejorable para testimoniar su interés por reforzar sus relaciones con la Unión. Pero, más allá de esa decepción, hemos de mirar al futuro y a los imperativos estratégicos de la Unión. Esto nos exige una atención prioritaria a nuestros vecinos, no sólo en su interés, sino también en el nuestro.

3-392

Παναγιώτης Μπεγλίτης (PSE). – Κύριε Πρόεδρε, επιθυμώ να ευχαριστήσω και εγώ από την πλευρά μου την Επίτροπο κυρία Ferrero Waldner και να επισημάνω την ιδιαίτερα θετική συμβολή του συναδέλφου κυρίου Tannock στη διαμόρφωση του τελικού κειμένου.

Θα ήθελα να αναφέρω ορισμένα ζητήματα από την εξέλιξη των οποίων θα εξαρτηθεί η υλοποίηση των φιλόδοξων στόχων της ευρωπαϊκής πολιτικής γειτονίας.

Κατ' αρχήν δεν μπορεί να υπάρξει αξιόπιστη ευρωπαϊκή πολιτική γειτονίας χωρίς μια ισόρροπη γεωγραφική προσέγγιση. Πρέπει με κάθε τρόπο να αποτραπούν οι πελατειακές λογικές των κρατών μελών με βάση τα επί μέρους εθνικά τους συμφέροντα.

Βασική προϋπόθεση για την αποτελεσματικότητα της πολιτικής γειτονίας είναι η πολιτική βούληση των κρατών μελών να κάνουν χρήση των μηχανισμών που προβλέπονται για την προστασία των ανθρωπίνων δικαιωμάτων και των δημοκρατικών ελευθεριών. Η αρνητική εμπειρία σ' αυτό τον τομέα της διαδικασίας της Βαρκελώνης θα πρέπει να μας κάνει όλους πιο σοφούς.

Θα πρέπει να συνδεθεί η πολιτική γειτονίας με την υλοποίηση της ευρωπαϊκής στρατηγικής ασφαλείας, κυρίως στους τομείς της καταπολέμησης της διεθνούς τρομοκρατίας, του οργανωμένου εγκλήματος, της ενεργειακής ασφάλειας και των περιβαλλοντικών προκλήσεων.

Η ευρωπαϊκή πολιτική γειτονίας δεν πρέπει να παράγει επικαλύψεις ή να δημιουργήσει συγχύσεις ως προς την ευρωπαϊκή προοπτική και την μελλοντική ένταξη στην Ευρωπαϊκή Ένωση των βαλκανικών χωρών. Χρειάζεται επίσης να προσδιορισθούν με μεγαλύτερη σαφήνεια οι σχέσεις με τη διαδικασία της ευρω-μεσογειακής συνεργασίας.

Χρειάζεται μεγαλύτερος συντονισμός και καλύτερη συνεργασία με τους διεθνείς χρηματοδοτικούς οργανισμούς για την υλοποίηση των προγραμμάτων δράσης. Χρειάζεται πιο έγκυρος χρηματοδοτικός προγραμματισμός μέσα στο 2006 για την υιοθέτηση του σχετικού κανονισμού για το νέο χρηματοδοτικό μέσο. Χρειάζεται η ευρωπαϊκή πολιτική γειτονίας να εξελιχθεί σε μια διαδικασία με τη συμμετοχή των πολιτών και των κοινωνιών των τρίτων χωρών. Χρειάζεται επίσης η ανάπτυξη και η εμβάθυνση της περιφερειακής συνεργασίας και της ολοκλήρωσης και η ενίσχυση της περιφερειακής τελωνειακής ένωσης.

Η κρίσιμη διεθνής ενεργειακή συγκυρία επιβάλλει στην Ευρωπαϊκή Ένωση την εναρμόνιση και ενσωμάτωση των ενεργειακών της αγορών με αυτές των χωρών της πολιτικής γειτονίας.

Τελειώνοντας, θέλω να επισημάνω την ανάγκη όπως επισπευσθούν οι διαπραγματεύσεις για την υιοθέτηση των προγραμμάτων δράσης με τις χώρες του Νοτίου Καυκάσου και κυρίως η διαπραγμάτευση με τη Γεωργία. Θα πρέπει ιδιαίτερα να ληφθεί υπόψη η κατάσταση των ανθρωπίνων δικαιωμάτων και η κατάσταση της ελληνικής ομογένειας στην περιοχή της Σάλκας της Γεωργίας όπου υπάρχουν σοβαρά προβλήματα τόσο στα ανθρώπινα δικαιώματα όσο και στα δικαιώματα της παρουσίας της ελληνικής κοινότητας.

3-393

Cecilia Malmström (ALDE). – Herr talman! Detta är ett mycket bra och viktigt betänkande om en av de viktigaste framtidsfrågorna för EU. Vilka förbindelser ska vi ha med våra grannländer? Hur ska vi kunna stärka samarbetet i frågor där vi måste samarbeta, såsom kampen mot terrorismen, miljöproblemen, säkerhet och energi? Hur ska vi kunna bidra till att stärka rättsstaten och demokratin i de länder som ligger i närheten av oss?

Min uppfattning är att vi i dagsläget inte bör definiera Europas gränser. De länder i Europa som kan, vill och uppfyller alla kriterier bör ges ett klart medlemskapsperspektiv. Vi har sett vad detta har betytt för transformationen i våra nya medlemsländer. EU-medlemskapet har fungerat för dem som piska och morot och det har varit mycket, mycket viktigt i transformationen där. Det betyder oerhört mycket för demokratiseringen och reformprocessen på Balkan och i Turkiet. Därför är det min uppfattning att vi bör ge Ukraina ett medlemskapsperspektiv.

Naturligtvis kan inte EU bli hur stort som helst och då kan grannskapspolitiken vara ett alternativ, men då måste det vara ett attraktivt alternativ till medlemskap. Budskapet från parlamentet är tydligt på denna punkt. Vi behöver ytterligare konkretisera och definiera vad vi ska göra med politiken. Vilka prioriteringar ska vi ha? Kan vi lösa de institutionella frågor som kommer att uppstå med dessa länder? Det behövs gemensamma värderingar och gemensamma politikområden. Vidare måste samarbetsavtalen skraddarsys efter varje behov. Länderna ser ju, som det har påpekats, så oerhört annorlunda ut.

Fokus måste vara på demokratifrågorna. Transitionsfonden eller demokratifonden som Charles Tannock föreslog är en mycket bra idé. Återigen vill jag tacka kollegan Charles Tannock för ett mycket bra betänkande.

3-394

Hélène Flautre (Verts/ALE). – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, si nous voulons que la politique de voisinage soit un grand succès, il faut nous assurer de la pleine coopération de nos voisins. De ce point de vue, je souhaiterais attirer l'attention, quelques semaines après le sommet de Barcelone, sur la désertion de ce sommet par la plupart des chefs d'État et de gouvernement méditerranéens, ceux-là mêmes qui sont nos partenaires dans le cadre de la politique de voisinage. Je crois qu'il est important que la Commission et le Conseil tirent des conclusions de l'attitude des pays partenaires et veillent à ne pas reproduire les mêmes schémas dans le cadre de la politique de voisinage.

Cette désertion marquait en partie la désapprobation des pays partenaires face, d'une part, à une très forte pression exercée sur eux par la Commission et les États membres pour la conclusion d'accords de coopération sur les politiques migratoires et sur la lutte contre le terrorisme et, d'autre part, au manque de perspectives budgétaires pour la mise en place d'une réelle politique de coopération et de développement. Pouvons-nous être sûrs que l'Union européenne en a tiré toutes les conclusions?

L'ensemble des plans d'action qui sont déjà négociés dans le cadre de la politique de voisinage contiennent des paragraphes relatifs à la coopération pour la sécurisation des frontières de l'Union européenne: lutte contre le terrorisme, lutte contre l'immigration illégale. Il n'est pas acceptable que l'Union européenne mène ainsi une politique qui vise à faire jouer aux pays du voisinage le rôle de gendarmes de nos frontières. Ce n'est pas acceptable, parce que les pays partenaires n'y

adhérent pas et parce que le Parlement européen s'est déjà exprimé très clairement contre cette tendance. Mais, est-ce qu'il a été consulté à un stade quelconque des négociations de ces plans d'action nationaux?

La politique de l'Union européenne se doit d'être réciproque – c'est une condition de son succès –, c'est-à-dire qu'elle doit répondre aux intérêts des uns et des autres. Il importe également que la politique de l'Union européenne soit cohérente. Nous ne pouvons pas, par exemple, proposer aux pays du voisinage de conclure des accords de réadmission, alors même que certains États membres de l'Union ne respectent pas les dispositions de la Convention de Genève. Nous ne pouvons pas non plus, d'un côté, les encourager à respecter les droits de l'homme et les principes démocratiques et, de l'autre, fermer les yeux sur des violations flagrantes commises dans le cadre de la lutte contre le terrorisme.

Concernant les droits de l'homme, la Commission négocie la mise en place de sous-comités "Droits de l'homme et démocratie". Ce sont des lieux importants pour l'évaluation de notre efficacité en la matière. Il est dès lors, me semble-t-il, regrettable que l'Union européenne se soit résignée à ne pas créer de tels sous-comités avec certains États, comme Israël, par exemple.

3-395

Irena Belohorská (NI). – Ďakujem, Charles, za vynikajúcu správu, ktorá hovorí o susedských vzťahoch Európskej únie a vytvára „prsteň priateľov“ v okolí Európskej únie. Pomáhaním týmto susedom pomáhame vlastne aj sami sebe. Prsteň pozostáva z krajín, ktoré nemajú aspirácie na členstvo v Európskej únii, ale majú eminentný záujem o úzku spoluprácu s Európskou úniou, ako aj z ďalších krajín, ktoré síce majú záujem o členstvo v Európskej únii v budúcnosti, ale dnes ešte nespĺňajú kritériá, ktoré sú požadované pre udelenie štatútu kandidátskej krajiny. Je chvályhodné, že s týmito krajinami boli podpísané asociačné dohody a akčné plány a že tieto krajiny podniknú všetky kroky na to, aby mohli participovať na vnútornom trhu Európskej únie a aproximujú svoju legislatívu smerom k legislatíve Európskej únie.

Po rokoch, keď prehodnocujeme napĺňanie týchto dohôd, sa však zdá, že niektoré z týchto cieľov síce boli ambiciózne, ale menej realistické. Európska únia poskytuje značnú finančnú podporu krajinám, ktoré patria do politiky susedských vzťahov. Treba však kontrolovať aj ďalšiu doložku týchto zmlúv, a tou je dodržiavanie ľudských práv. Ich porušenie môže znamenať prerušenie alebo zastavenie finančnej pomoci. Zdá sa, že tieto doložky zostávajú len doložkami na papieri a krajiny dostávajú finančnú pomoc aj napriek očividným porušeniam ľudských práv. Žiadam preto o lepšie monitorovanie práve v tejto oblasti.

3-396

Anna Ibrisagic (PPE-DE). – Herr talman! Fru kommissionär! Först vill jag säga att Charles Tannocks betänkande om den europeiska grannskapspolitiken är ett dokument som jag fullständigt ställer mig bakom och jag kan bara gratulera honom för det utmärkta arbetet. Hans betänkande vittnar om att han väl känner till Europas historia och de förutsättningar som råder idag. Det är bara de som känner till det förflutna som också kan svara på morgondagens utmaningar.

Däremot har förutsättningarna för hans arbete inte alltid varit lätta. Den europeiska grannskapspolitiken omfattar nämligen idag både europeiska länder som har rätt att ansöka om medlemskap och som kan bli medlemmar i EU, och de icke-europeiska länder som inte kan bli EU-medlemmar. Enligt min personliga uppfattning borde grannskapspolitiken enbart gälla länder som är grannar till Europa. Länder som är europeiska och som vill ha medlemskap borde inte betraktas som grannar utan som potentiella EU-medlemmar och borde se ett klart EU-perspektiv.

Dessutom har debatten i dessa frågor svängt kraftigt under den senaste tiden. När vi talar om den europeiska grannskapspolitiken talar vi om ett långsiktigt perspektiv. Ett perspektiv på kort sikt saknas ofta. Betyder det att opinionen både i och utanför parlamentet har ändrats, eller saknar vi politiskt mod? För t.ex. ett år sedan var opinionen om Ukraina den att Ukraina hade ett mycket klart EU-perspektiv och utan någon som helst tvekan tillhörde den europeiska familjen. Vi minns alla de många orangefärgade sjalarna som kunde ses i detta plenum till stöd för Ukrainas demokratiseringsprocess. Hade frågan om status för förhandlingar om Ukrainas medlemskap tagits upp då, är jag ganska övertygad om att det inte hade varit så många som hade motsatt sig detta. Idag är situationen annorlunda. Visserligen säger vi fortfarande till Ukraina att vi vill se landet som medlem men vi betonar att det kommer att ta sin tid och att man inte bör skynda.

Situationen i Vitryssland, för att nämna en annan stat, är diktaturliknande och allt annat än tillfredsställande, och deras väg till ett eventuellt EU-medlemskap är lång. Trots detta anser jag att vi parallellt med uppmaningar om demokratisering borde ge klara signaler om att även Vitryssland, när det en dag blir demokratiskt, har sin plats i den europeiska familjen. Vad jag efterlyser både i grannskapspolitiken och i den europeiska debatten över huvud taget, är visioner och optimism. Utan optimism och klart uttryckt vilja om vad vi vill åstadkomma och vilket Europa vi vill ha imorgon kommer vi inte heller att lösa dagens utmaningar.

3-397

Ana Maria Gomes (PSE). – Senhor Presidente, saúdo o Deputado Tannock pelo seu relatório sobre a nova política europeia de vizinhança, que deverá ser um dos instrumentos de maior importância estratégica da União Europeia, inclusive do ponto de vista da segurança global, como sublinhou a Comissária Ferrero-Waldner, que eu também cumprimento.

De nada vale à União fechar-se nas suas fronteiras como fortaleza para se proteger contra o terrorismo, a criminalidade organizada, o tráfico de drogas, a imigração ilegal, o tráfico de mulheres e crianças, entre outras causas de insegurança. Por altos que sejam os muros eles serão sempre permeáveis. Lampedusa, Ceuta e Melilla são ilustrações dramáticas.

Uma boa vizinhança implica para os vizinhos segurança mútua acrescida. Daí a importância de uma correcta aplicação desta nova política, que vai permitir apoiar os nossos vizinhos através de programas específicos com influência directa no reforço da segurança – a deles e a nossa. Ajudando-os a resolverem os seus problemas de segurança contribuimos também para alargar o espaço de estabilidade à nossa volta.

Mas o anel de segurança da Europa que esta nova política visa construir apresentaria uma brecha no flanco sudoeste se Cabo Verde, não obstante as suas fortes ligações à Europa e uma fronteira comum com a União Europeia através das ilhas Canárias, não fosse também beneficiário deste instrumento. É preciso consagrar neste relatório uma solução que dê a possibilidade a este país de se poder habilitar a programas no âmbito da política europeia de vizinhança.

A União Europeia não pode deixar que Cabo Verde se torne num elo mais fraco do seu círculo de vizinhos. Cabo Verde pode e deve desempenhar um papel importante na segurança europeia e global se puder beneficiar de programas no quadro da política europeia de vizinhança. É necessário ajudar as autoridades cabo-verdianas a impedirem que o seu território se transforme numa plataforma de circulação para o crime organizado, a imigração ilegal e o terrorismo. Por este motivo propus, com o apoio do meu grupo, duas emendas ao relatório, que espero que tenham o apoio geral deste Parlamento.

3-398

Jana Bobošíková (NI). – Dámy a pánové, jsem ráda, že vznikla skvělá zpráva kolegy Charlese Tannocka o evropské politice sousedství. Staví se konstruktivně k problémům, které Evropská unie panikařící před globalizací nutně musí řešit. Není totiž možné do nekonečna s každým rozšířením Unie pouze posouvat poledníky a rovnoběžky po zeměpisné mapě Evropy a ohraničovat si tak jen vlastní píseček. Píseček, do kterého je vždy možné strčit hlavu před problémy okolního světa, a tedy i sousedů Evropské unie. Právě na tento jev, podle mého názoru, zpráva trefně poukazuje a snaží se ho řešit. Evropská politika sousedství znamená nabídku privilegovaných vztahů mezi Unií a jejími nejbližšími sousedy. K tomu také přispívá finančními instrumenty jako je TACIS nebo MEDA, které budou od roku 2007 nahrazeny evropským nástrojem sousedství a partnerství.

Na druhé straně si ale Evropská unie v tomto kontextu často neuvědomuje, že by si na základě poskytování finanční pomoci sousedním státům neměla přivlastňovat a nebojím se říci dokonce si kupovat právo diktovat jim, co a jak mají či nemají dělat. Nejde o žádné nesvéprávné nebo podřadnější státy a na to Unie ve své někdy arogantní zahleděnosti sama do sebe často zapomíná. Evropská unie musí své sousedy plně respektovat a ne se je snažit někam tlačit. Jen tak můžeme hovořit o dobré politice sousedství.

3-399

Alojz Peterle (PPE-DE). – Govorimo o eni od bistvenih politik Evropske unije in vesel sem, da se lahko zahvalim kolegu Tannocku za zelo dobro poročilo, vam gospa komisarka pa za ambicijo številka ena. Varnost EU je bistveno odvisna od kakovosti demokracije in gospodarskega razvoja našega sosedstva. Podpiram jasno izraženo politično voljo, da se iz pragmatičnih razlogov ne zadovoljimo s statusom quo, ampak aktivno podpiramo razvoj demokracije, spoštovanje človekovih pravic in razvoj socialno-tržnega gospodarstva na trajnostnih osnovah v našem sosedstvu.

Posebej podpiram poziv Komisiji, da postavi jasna merila za ocenjevanje dosežkov sosedske politike, in predpostavljam, da bo imelo spoštovanje človekovih pravic med temi merili ključno mesto. Ne morem mimo poudarka o izrednem pomenu regionalnega sodelovanja pa tudi projektov na lokalni ravni. V okviru akcijskih programov pa bi si želel tudi projektov mladinskega sodelovanja in še posebej projektov za razvoj civilne družbe.

Končujem z močno podporo mnenju glede OVSE in Sveta Evrope. Prepričan sem, da Evropska unija more in mora doseči skozi OVSE več kot doslej, tudi čez mejo ožjega sosedstva, pri čemer mislim še posebej na Srednjo Azijo. Hvala lepa za pozornost in želim si, da bi krepili v bodoče tudi parlamentarno dimenzijo našega sodelovanja.

3-400

Marianne Mikko (PSE). – Kallid kolleegid, mul on väga hea meel selle aktuaalse raporti valmimise üle. Peale viimast laienemist vajab Euroopa Liit rohkem kui iialgi varem sihikindlat ja paindlikku naabruspoliitikat. Euroopa Komisjon peaks väga selgelt sõnastama naabruspoliitika eesmärgid ja prioriteetid ning tema tulemuslikkuse hindamise kriteeriumid. Naabruspoliitika nagu seda praegu ellu viiakse on sumbumas. Naabruspoliitikaga hõlmatud riigid on libisemas halli tsoonis.

Euroopa Parlamendi delegatsioonid juhina olen pidanud selliste asjade kulgu jälgima Moldovas. Moldova on Transnistria probleemi pantvang. Seda tõika ei tohi me eirata. Transnistria konflikt on Moldova majandusliku mahajäämise üks kaalukamaid põhjusi.

Kuid Euroopa, nagu märgib ka käesolev raport, ei ole oma strateegilist partnerlust Venemaaga täiel määral ära kasutanud konfliktid lahendamisel. Täna kiitis kantsler Schüssel oma valitsust eduka sekkumise eest Vene-Ukraina gaasiprobleemi.

Talle sekundeeris kiitusega samal teemal härra Barroso. Et Moldova samasugune mure on täiesti tähelepanuta ning seetõttu pea kolm nädalat gaasikriis kestis, näitab praeguse naabruspoliitika küündimatust. Teadmatus naabruspoliitika partnerist, teadmatus neljamiljonilise rahvaarvuga riigist keset Euroopat ei ole käitumismall, mida Euroopa Liit peaks jätkama.

Ma toetan raportööri üleskutset tunnustada Ukraina ja Moldova pürgimusi Euroopa Liidu suunal ning tervitan nõuet anda neile võimalus saada Euroopa Liidu liikmeks. Loomulikult, kui kõik kolm Kopenhaageni kriteeriumi on täidetud. Liikmeks saamise võimalus on ülima tähendusega demokratiseerimisele ning majandusreformidele. Just seda argumenti toodi esile, põhjendades liitumiskõneluste alustamist Türgiga.

Kui andsime võimaluse Türgile, mille rahvaarv on varsti suurem kui Saksamaal, siis miks ei saa me anda selget sõnumit poole väiksemale Ukrainale ega 20 korda väiksemale Moldovale. Naabruspoliitika raport on selles mõttes suuremeelne erand Euroopa Liidus. Veelkord tänan raportööri ja tänan tähelepanu eest.

3-401

Christopher Beazley (PPE-DE). – Mr President, I should like to pay tribute to Commissioner Verheugen for his work in securing the successful enlargement to include the Baltic States. Could Commissioner Ferrero-Waldner, in her reply to this debate, clarify an aspect which is somewhat confusing? We talk about our 'neighbourhood policy', but Russia is a new neighbour of the European Union. Is Russia part of the neighbourhood policy or do we have an EU/Russia policy that is distinct?

George Orwell, one of my countrymen, wrote a book called *Animal Farm* and he used the expression: 'All animals are equal, but some are more equal than others.' I hope that the European Union Member State governments do not share that view but rather subscribe to the Common Foreign and Security Policy and to the idea that there will be no bilateral negotiations with any of our neighbours.

An American poet, Robert Frost, talking about neighbourhood, said that: 'Good fences make good neighbours.' I hope that Russia will very soon find itself in a position to be able to ratify the border agreements with Estonia and Latvia. It is very difficult, however strong our view about good relations may be, if not only Member State frontiers but our own EU borders are not recognised by a neighbour. Perhaps the Commissioner might be able to comment on the progress made with President Putin and his colleagues towards agreement on what must be a fairly fundamental issue. We are obviously investing a great deal with our Russian colleagues and friends, but unless they recognise our fences, it is surely very difficult for us to have that mutual sense of confidence and trust.

Two minutes is not a great deal of time to discuss this vitally important subject, but I would refer colleagues to paragraph 1 of Mr Tannock's excellent report, which says that the European Parliament 'declares that the aim of privileged neighbourhood relations with the EU's neighbours includes, as an essential precondition, an active and concrete commitment to common values in the fields of the rule of law, good governance, respect for human rights and fundamental freedoms, democracy and the principles of a transparent social market ...'.

I hope that President Putin may find time to read at least paragraph 1 of Mr Tannock's report.

3-402

Ιωάννης Βαρβιτσιώτης (PPE-DE). – Κύριε Πρόεδρε, επιθυμώ να ευχαριστήσω και εγώ, την Επίτροπο και τον εισηγητή κ. Tannock για τις ολοκληρωμένες τοποθετήσεις τους. Δεν υπάρχει αμφιβολία ότι η ευρωπαϊκή πολιτική γειτονίας είναι μια πετυχημένη πολιτική.

Ήρθε όμως η ώρα, νομίζω, να σκεφθούμε μήπως χρειάζεται να αποκτήσει μια θεσμική βάση. Η πρότασή μου είναι συγκεκριμένη και αναφέρεται στο εξής : όλα αυτά τα κράτη που σήμερα μετέχουν στην πολιτική της ευρωπαϊκής γειτονίας να συστήσουν μια κοινοπολιτεία, μια αναβαθμισμένη εκδοχή της βρετανικής κοινοπολιτείας. Έτσι η Ευρωπαϊκή Ένωση θα δημιουργούσε γύρω της μια μεγάλη ζώνη ειρήνης, ελευθερίας και ευημερίας.

Σ' αυτό το καθεστώς, σ' αυτή την κοινοπολιτεία, θα ισχύει η τελωνειακή ένωση για όλες τις χώρες ενώ δεν θα ισχύει ελευθερία μετεγκαταστάσεως των πολιτών προς τις χώρες της Ένωσης, ούτε η συμμετοχή τους στα κοινοτικά όργανα λήψης των αποφάσεων, ούτε στο κοινό νόμισμα.

Η ειδική αυτή σχέση θα προσφέρει οικονομικά και άλλα πλεονεκτήματα σε τομείς όπως είναι οι υποδομές, η ενέργεια, το περιβάλλον και οι μεταφορές που θα αποτελέσουν κίνητρο για την ένταξη στην κοινοπολιτεία.

Η συγκρότηση της κοινοπολιτείας μπορεί να εξελιχθεί σε μια πολύτιμη εφεδρική λύση στην περίπτωση που η πλήρης ένταξη μιας χώρας στην Ευρωπαϊκή Ένωση προσκρούει σε σοβαρά εμπόδια. Θα μπορούσε επίσης να αποτελέσει και τον τρόπο με τον οποίο οι χώρες της ευρωπαϊκής περιφέρειας θα συγκλίνουν ταχύτερα με την Ευρώπη. Θα δημιουργούσε μια ζώνη χωρών με ευρωπαϊκό προσανατολισμό και θα έλυνε οριστικά το δίλημμα ανάμεσα στη συνεχή διεύρυνση και στην εμβάθυνση της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Παράλληλα θα εκτονώσει έγκαιρα πολλά από τα προβλήματα μέσα στην Ευρώπη

και θα προλάβει νέα διλήμματα και νέες πολώσεις στην Ένωση πριν αυτές τραυματίσουν την ενότητά της. Θα μας ενώσει και θα μας ενισχύσει ταυτόχρονα χωρίς σημαντικό κόστος και με σαφώς λιγότερο κίνδυνο.

3-403

Józef Pinior (PSE). – Panie Przewodniczący! Debata dzisiejszego wieczoru w Parlamencie Europejskim dotyka jednego z najważniejszych zagadnień dla Unii Europejskiej: sformułowania takiej polityki sąsiedztwa, która pozwoli poszerzyć sferę bezpieczeństwa, demokracji, wolności politycznych i rozwoju gospodarczego we współczesnym świecie, w najbliższym otoczeniu geograficznym Unii Europejskiej.

Unia Europejska na fundamencie swoich zasad: poszanowania pokoju, poszukiwania kompromisu, obrony praw człowieka i liberalnej demokracji oddziałuje globalnie. Przyczynia się w zasadniczy sposób do demokratyzacji krajów Afryki Północnej, Bliskiego Wschodu, Kaukazu oraz Europy Wschodniej. Należy podkreślić, że na tę politykę składa się sieć wzajemnych powiązań w sferze politycznej, gospodarczej, naukowej i kulturalnej.

Pragnę zwrócić uwagę na aspekt polityki praw człowieka w europejskiej polityce sąsiedztwa. Społeczeństwa zmagające się z brakiem demokracji i poszanowania dla praw człowieka w swoich krajach, dostrzegają w Unii Europejskiej partnera oraz gwaranta dla procesów demokratyzacyjnych. Europejska polityka sąsiedztwa powinna brać pod uwagę aspiracje społeczeństw w tych krajach, wspomagać politykę wizową, społeczeństwo obywatelskie, dokonać rzeczywistego otwarcia europejskiej przestrzeni badawczej także na kraje poza samą Unią Europejską.

Wreszcie europejska polityka sąsiedztwa nie może stać się barierą dla krajów kontynentu europejskiego w ambicjach ubiegania się w przyszłości o członkostwo w Unii Europejskiej.

3-404

Libor Rouček (PSE). – Paní komisařko, dámy a pánové, v posledních dnech a týdnech se hodně hovoří o energetické závislosti Evropy na vnějších zdrojích. Státy Evropské unie jsou ve stále větší míře závislé na dovozech ropy a zemního plynu a to právě ze zemí, o kterých pojednává tato zpráva, ze zemí jako je Rusko, Alžírsko, Lybie, Egypt či Ádzerbájdžán a jiné státy jako třeba Ukrajina, Bělorusko nebo Gruzie jsou země tranzitní, přes které k nám tyto strategicky důležité suroviny proudí.

Já bych chtěl v této souvislosti poukázat na jeden aspekt susedské politiky, kterému stále ještě nevěnujeme dostatečnou pozornost, tím je regionální spolupráce. Já jsem toho názoru, že smyslem susedské politiky by nemělo být pouze posílení dvoustranných vztahů, ale právě také posílení regionální spolupráce mezi těmito státy navzájem, tzn. spolupráce ekonomické, kulturní, spolupráce také politické. A podíváme-li se do jednotlivých oblastí, jako např. do oblasti jižního Kavkazu, vidíme, že tato spolupráce je velmi obtížná, v mnohých případech dokonce vůbec neexistuje. A přitom právě dobré susedské vztahy, regionální spolupráce mezi státy v našem okolí je jedním z předpokladů naplnění cílů susedské politiky, tzn. mimo jiné i cíle zabezpečit dodávky energetických zdrojů do zemí Evropské unie.

Chtěl bych proto vyzvat Evropskou komisi, aby při provádění susedské politiky, při jednotlivých praktických krocích věnovala v mnohem větší míře než doposud právě pozornost posilování regionální spolupráce a řešení také regionálních konfliktů.

3-405

Jana Hybášková (PPE-DE). – Mr President, Commissioner, I really admire your physical capacity. I address that comment to Mr Tannock too! The last round of EU enlargement dramatically changed the European external dimension. Enlargement took place and we introduced the European Neighbourhood Policy. Today's ENP makes me think of NATO's Partnership for Peace and enlargement. The Copenhagen European Council set out the criteria for enlargement and ten countries were ultimately admitted. The process lacked concept, planning and project management. Let us not repeat the same mistake.

Point 1: Let us say that enlargement is enlargement. The ENP should be everything but enlargement. Let us speak about the ENP.

Point 2: We also need privileged partnerships. Every power in history has had special relations. The EU needs them as well. A special, new 'A minus' category should be clearly defined. We all know that, for security, energy, economic, trade and even social, cultural and political reasons, there are already countries with which we have and need special relations, yet they will never – in the foreseeable future – become members of the EU. Let us call that system the ENP.

Point 3: The biggest mistake is the current situation: We do not speak about the ENP; we speak about whether or not the Balkans, Ukraine and Turkey – with or without a clear set of criteria – should be eligible for enlargement. Clearly, the ENP must be dissociated from the names of countries, and concepts and criteria should be introduced.

Point 4: Criteria. Geographical criteria should be discussed on the basis of the Treaty. Not all eligible countries have the capacity to fulfil the Copenhagen criteria. We cannot lie to ourselves as regards the full respect of individual human rights,

equal economic opportunities, full liberalisation and privatisation. We should concern ourselves with defining the 'A minus' Copenhagen criteria. Only if we are serious and transparent can we upgrade the region.

Point 5: Institutions and our capacity. Four freedoms should be analysed. The free movement of goods is acceptable but the free movement of people should be limited, as should the free movement of capital, but not the free movement of services.

Transparency and accountability are the cornerstone of stability, understanding and the fight against frustration, extremism and radicalism. Let us be open, transparent and logical. We will all be secure and prosperous as a result.

3-406

Bernd Posselt (PPE-DE). – Herr Präsident! Um es klar zu sagen, ich bejahe voll und ganz den hervorragenden Bericht des Kollegen Tannock und auch die ausgezeichnete praktische Nachbarschaftspolitik der Frau Kommissarin.

Trotzdem kann und werde ich mich mit gewissen Begrifflichkeiten niemals abfinden können. Was haben die Vorfahren vieler Westukrainer mit den Vorfahren der Frau Kommissarin, mit meinen Vorfahren, denen der Frau Hybášková oder des Herrn Rouček, des Herrn Peterle und vieler anderer hier im Raum gemeinsam? Sie waren Bürger eines mitteleuropäischen Staates namens Österreich-Ungarn. Und warum die einen plötzlich Westeuropäer sein sollen und die anderen plötzlich Osteuropäer, warum die einen gar – wie manche gedankenlos sagen – plötzlich Europäer sein sollen und die anderen Nachbarn Europas, konnte mir noch niemand vernünftig erklären.

So wie es in der Wirtschaftspolitik einen Begriff wie Ordnungspolitik geben muss, so muss dies auch bei der Nachbarschafts- und bei der Erweiterungspolitik der Fall sein. Es ist nun einmal so, dass die Ukraine, Weißrussland und die Republik Moldau eindeutig europäische Staaten sind – ebenso wie die Staaten Südosteuropas, denen wir dieses merkwürdige Etikett „Westbalkan“ anhängen. Sie alle müssen letztlich eine Perspektive auf Vollmitgliedschaft in der Europäischen Union haben, auch wenn wir heute wissen, dass dies bei manchen – wie der Ukraine, Weißrussland oder der Republik Moldau – noch sehr lange nicht der Fall sein kann.

Deshalb ist die Nachbarschaftspolitik als Durchgangsstation durchaus sinnvoll. Aber hier muss man einfach unterscheiden zwischen jenen, für die sie eine Perspektive nach Europa darstellt, und anderen, die wir als Nachbarn dauerhaft mit uns verbinden wollen, wie z. B. den Staaten des südlichen und östlichen Mittelmeeres.

Hier hat mir heute eine Äußerung von Seiten der Grünen, vom Kollegen Özdemir, sehr gut gefallen, dass wir nämlich den Barcelona-Prozess und die Mittelmeerstaaten in der Nachbarschaftspolitik mehr miteinander verzahnen müssen, denn die Mittelmeerpolitik wird auf Dauer eine Nachbarschaftspolitik im klassischen Sinne sein müssen. Deshalb müssen wir uns heute mit den Begrifflichkeiten und Kategorien, wie sie heute gegeben sind, arrangieren. Wir sollten darüber aber nicht die Realitäten aus den Augen verlieren, denn ansonsten werden wir von den Realitäten in einer unangenehmen Weise überrascht, wie es sich in diesem Winter zwischen Russland und der Ukraine auf eine sehr kalte Art und Weise angedeutet hat.

3-407

Bogusław Sonik (PPE-DE). – Panie Przewodniczący! W sytuacjach kryzysowych, choćby takich jak ostatnie zamknięcie kurka z gazem Ukrainie i Mołdawii przez Moskwę, europejska polityka sąsiedztwa powinna odgrywać kluczową rolę i dostarczać formułę do stworzenia wspólnej wizji polityki Unii Europejskiej. Gaz stał się środkiem nacisku politycznego, dlatego jednym z priorytetowych zadań dla europejskiej polityki sąsiedztwa jest włączenie się w dialog energetyczny z krajami trzecimi oraz w organizację transeuropejskich sieci energetycznych.

W otoczeniu Unii Europejskiej umiejscowione są najważniejsze światowe rezerwy ropy naftowej i gazu ziemnego. Wiele państw sąsiadujących jest dostawcami bądź państwami tranzytowymi. To jest szerokie pole do działania w ramach polityki tworzenia przyjaznego kręgu wokół Unii Europejskiej. Dotychczasowe działania w tym wymiarze były niezadowolające. Przykładem jest polityczna zgoda na budowę Północnoeuropejskiego Gazociągu na dnie Morza Bałtyckiego. Ten system godzi nie tylko w interesy Państw Członkowskich, ale w dłuższej perspektywie osłabia kraje objęte polityką sąsiedztwa za wschodnią granicą Unii Europejskiej, tj. Ukrainę, Białoruś, również kraje zakaukaskie.

Brak zdecydowanej reakcji ze strony europejskich decydentów spowodował, że została podjęta decyzja strategiczna ponad głowami wielu Państw Członkowskich, osłabiając w ten sposób pozycję wielu krajów tranzytowych. Proszę Panią Komisarz o udzielenie mi odpowiedzi w tej sprawie i przedstawienie swojej opinii.

Europejska polityka sąsiedztwa musi stać się skutecznym narzędziem konsolidowania demokracji i rządów prawa w krajach sąsiadujących z Unią Europejską i promowania zmian w krajach, gdzie demokracja nie funkcjonuje. Należy wspierać działania ruchów demokratycznych w krajach ościennych poprzez umożliwianie dostępu do niezależnych mediów i informacji. W tym kontekście szczególną rolę odegrać może europejska inicjatywa na rzecz demokracji i praw człowieka. Instrument ten powinien wspierać, w sposób elastyczny i skuteczny, inicjatywy promujące demokrację

parlamentarą. Przypomnę, że jest to jedyny zewnętrzny instrument Unii Europejskiej, który nie wymaga zgody kraju przyjmującego.

3-408

Simon Busuttil (PPE-DE). – Grazzi Sur President, sinjura Kummissarja, nixtieq ninghaqad mà shabi jiena wkoll u nifrah lir-'rapporteur', ghax-xoghol tajjeb li ghamel. Dan huwa rapport komprensiv fuq qasam vast hafna. Għaldaqstant napprezza li l-biċċa xoghol tiegħu ma kinitx faċli. Jekk nista' nġaddi kritika fuq ir-rapport, ngħid li ma naħsibx li r-rapport ipogġi fuq l-istess livell il-pajjiżi tal-lvant ta' l-Ewropa fuq naħa u l-pajjiżi tan-nofsinhar tal-Mediterran fuq oħra. Donnu r-rapport inkiteb għall-pajjiżi tal-lvant u wara żdiedu miegħu l-partijiet dwar il-Magreb u l-Maxrek. Fil-fatt, fil-paragrafu 33 ir-rapport saħansitra jitlob lill-Kummissjoni sabiex tiċċara d-definizzjoni tar-rabta bejn il-politika Ewropea dwar il-pajjiżi ġirien u l-ishubija Ewro-Mediterranja. U allura jien ngħid, sinjura Kummissarja, jekk ahna fil-Parlament Ewropew m'ahniex nifhmu sew, u sa fejn, il-politika Ewropea dwar il-pajjiżi ġirien tkopri u tinkludi lill-pajjiżi tal-proċess ta' Barċellona, u jekk ahna mhux nifhmu kif din il-politika tikkumplimenta l-politika Ewro-Mediterranja tagħna, allura kif nistgħu nippretendu li l-pajjiżi msieħba tagħna fil-Mediterran jifhmuha. Mhux ta' b'xejn li bosta nies li jkellmuni mill-pajjiżi tal-Mediterran, li huma l-imsieħba tagħna, speċjalment fil-kapaċità tiegħi bħala Vċi-President tad-delegazzjoni Magreb, jesprimu miegħi t-thassib serju tagħhom dwar il-politika Ewropea dwar il-pajjiżi ġirien. Probabilment, għaliex bħalna ma jifhmu ir-rabta mal-proċess ta' Barċellona, probabilment għaliex jibzġu li se tibla l-proċess ta' Barċellona għas-skapitu tal-pajjiżi tal-Mediterran; probabilment għaliex jibzġu li bil-fond il-ġdid, li se jitwaqqaf is-sena d-dieħla, il-"European Partnership Neighbourhood Instrument", se jispicċaw jitilfu u mhux jirbhu; probabilment għaliex il fondi mhux se jkunu "ring fenced" u allura l-pajjiżi Mediterranji mhux se jkollom garanzija li jieħdu dak li diġà hađu, aħseb u ara kemm jieħdu aktar. Dawn huma kollha punti ta' thassib li jqajjmu miegħi kollegi tagħna minn pajjiżi bħat-Tuneżija u l-Marokk. Dawn huma punti li nittama li l-Kummissarja se tkun kapaċi twieġeb għaliex huma punti serji u legittimi. Grazzi.

3-409

Benita Ferrero-Waldner, Member of the Commission. – Mr President, first of all I should like to greet my colleague Mr Verheugen, who is behind the neighbourhood policy. It is a happy coincidence that he is here today.

Secondly, I should like to repeat that I am very appreciative of the very broad support for the report by Mr Tannock and for the neighbourhood policy. It is indeed a very broad policy and it was therefore a broad discussion. This is a policy directed towards the EU's neighbours in the East, but also towards its neighbours in the Mediterranean. I will come to that in a moment.

On the European perspective, it is clear that the neighbourhood policy is one that is distinct from enlargement, but at the same time I should also say that the future is not set in stone. At this stage we have a policy totally distinct from enlargement. I could not be clearer in distinguishing and defining that policy.

There is also a regional perspective. This is very clear, for instance, in the Mediterranean process, Euromed. It is regional and the neighbourhood policy is the bilateral, complementary part of it, so the two work together. For instance, we have always very strongly supported the south-south Agadir Cooperation between the countries.

Naturally, with regard to the East, that aspect can still be broadened. There is still a lot to be done. However, I can also tell you that during the energy crisis the regional dimension was also apparent. We have also very much enhanced, helped and encouraged Ukraine to help Moldova in the very times it has experienced recently.

In the energy field as a whole we are trying to work towards an integrated energy market. In the Mashreq there is an integrated gas market. There is also the cooperation between Palestine and Israel, which is at least aimed at more effective integration.

Let me answer a few specific questions. Many have been asked here. First, the inclusion of the southern Caucasus countries in the neighbourhood policy – something originally demanded by the European Parliament – is very welcome. The report suggests fully utilising the ENP to promote inter-state confidence building. That is very important. It is crucial for the southern Caucasus countries to create stability. I agree with everyone who has said that we have to promote and reinforce the currently-frozen conflict solution in those countries. That is what we are trying to do.

The development of the ENP, as regards the southern Caucasus, remains a high priority. You all know that technical missions have been going to those countries in order to negotiate the action plans, notably because we also want to contribute to regional stability and reinforce EU support for resolving the conflicts there. We know that this will take time, but it is highly important that we are fully engaged in it.

Another question referred to Belarus. To date the Commission has been represented through its delegation in Kiev, which is accredited to Belarus. I have requested, as a first stage, that a regionalised delegation mission be established in Belarus, headed by a chargé d'affaires under the head of mission of Kiev. I am still awaiting a positive reply from the Belarusian

authorities. However, my understanding is that if we have a delegation there then we can work much more closely with the government in Minsk and try to reinforce our own criteria.

Many of you will know that our assistance to Belarus is characterised by a two-track approach. There is also a strategy for more democratisation and human rights to meet the needs of the population at large, and a decentralised programme. That means new funding for support to democratisation, which is available under the EIDHR and direct work, for instance as regards the radio station and the possibility of directly influencing information through our independent broadcasting to Belarus. That is already under way. But we are also working for higher education and for training, if you bear in mind the closure of the university in Minsk and our work in Vilnius.

The whole question of the Transnistrian conflict has been mentioned. In line with the commitment in the action plan, we have taken a much higher profile in supporting the mediation process. Since October 2005 we have tried to work, together with the US, as observers. We now have a special representative for Moldova, Ambassador Jacobovits de Szeged, who is working for a solution to the Transnistrian conflict. In this connection we set up the Moldovan-EU border assistance mission on 1 December. It is designed to assist Moldova and Ukraine in ensuring transparent management of their common border, thus stepping up cooperation on border issues and trying to combat corruption and the misleading of customs.

I disagree with those who say that the Barcelona Summit was a failure. I really regret the media reports about Barcelona. I was there from the very beginning until the very end. I can tell you that Barcelona was excellent in its substance. There is a report on migration. Please read it. There is a common position on combating terrorism. There is the substance that the Commission, in our communication, brought forward in April. One should look at why various heads of state did not attend. For instance, it may have been somewhat difficult for the King of Morocco to go to Spain because of the differences they still have. King Abdullah II of Jordan had to change his government. President Abdelaziz Bouteflika of Algeria was in a hospital in Paris and still is, as far as I know. President Mubarak had just had elections in Egypt and was not in the best of conditions to go to Barcelona. However, many prime ministers attended and it is they who have to implement policy.

Twinning and TAIEX, the two excellent instruments that have helped the enlargement countries a great deal, are also there for the neighbourhood countries, and we will use them.

There were many other questions, but I cannot go into more detail now owing to time constraints. However, if those questions are raised again in the Committee on Foreign Affairs then I would be pleased to answer them.

3-410

Christopher Beazley (PPE-DE). – Mr President, I rise on a point of order, the number of which will be familiar to your aides, about supplementary questions following a debate.

The Commissioner was not able to answer the question as to whether or not the EU/Russia policy and the Neighbourhood Policy are allied. I would refer the Commissioner to paragraphs 16 and 26 of the Tannock Report. Perhaps she might give me a written reply.

3-411

Benita Ferrero-Waldner, Member of the Commission. – Mr President, I am very happy to answer that. I just thought that the debate was going on for too long.

Russia is not in the normal ENP. We have a special financial instrument – ENPI – the European Neighbourhood Partnership Instrument. Why? Because Russia is a huge country and feels it deserves a special strategic partnership. We have worked with Russia on the four common spaces, and for every summit we go through the agenda and the different questions, such as the one you mentioned on the border agreement with Estonia and Latvia. Other questions, such as on gas and energy, will certainly be important points. Those are bilateral issues of the countries with Russia. We have tried to facilitate those negotiations, but we have heard that for the time being those parties prefer to work on the issue themselves.

I see at least some sort of progress, but I am cautious because it will take time.

I did not forget to answer your question, but the debate was very long and there were so many interventions, all of them very valuable.

3-412

Πρόεδρος. – Η συζήτηση περατώνεται.

Η ψηφοφορία θα διεξαχθεί την Πέμπτη 19 Ιανουαρίου 2006, στις 12 το μεσημέρι.

Γραπτή δήλωση (άρθρο 142)

3-413

José Ribeiro e Castro (PPE-DE). – A política de vizinhança tem que ser um conceito mais aberto, não restrito apenas às questões próprias do Mediterrâneo ou na fronteira leste da União Europeia.

Não podemos esquecer que temos outros vizinhos nas nossas fronteiras marítimas atlânticas. Quer pela sua importância, quer pela particular sensibilidade que representam para a segurança europeia, deverão também merecer atenção específica neste quadro.

Confinando com as nossas regiões ultraperiféricas, adjacentes ao continente europeu, temos que olhar ao caso de países insulares, particularmente vulneráveis aos grandes tráficos contemporâneos, com riscos para eles mesmos e reflexamente para a nossa segurança.

Alguns dizem que o caso de Cabo Verde tem enquadramento próprio no espaço ACP. Mas isso é uma visão demasiado quadrada e inadequada à realidade. Devemos ser capazes de definir políticas que façam o cruzamento fecundo, ágil e imaginativo da política de vizinhança com outros quadros, sejam o âmbito ACP ou outros.

Essa é a nossa necessidade; e Cabo Verde também o merece pelo desempenho exemplar do seu povo em matéria de democracia, boa governação e respeito pelos direitos humanos, além das profundas afinidades históricas, sociais, políticas, culturais e geográficas com a União Europeia.

Apelo, assim, ao voto favorável das emendas 11, 12, 36 e 38.

3-414

13 - Εφαρμογή του Ευρωπαϊκού Χάρτη για τις μικρές επιχειρήσεις

3-415

Πρόεδρος. – Το επόμενο σημείο είναι η έκθεση της Dominique Vlasto, εξ ονόματος της Επιτροπής Βιομηχανίας, Έρευνας και Ενέργειας, σχετικά με την εφαρμογή του Ευρωπαϊκού Χάρτη για τις μικρές επιχειρήσεις (2005/2123(INI)) (A6-0405/2005).

3-416

Dominique Vlasto (PPE-DE), rapporteur. – Monsieur le Président, si je n'avais qu'un argumentaire à développer pour défendre ce rapport, j'aurais dit que les petites entreprises européennes représentent environ 25 millions d'entreprises et occupent près de 95 millions de personnes. Elles sont l'épine dorsale de l'économie européenne, un important vivier d'emplois et de croissance, dont nous devons développer le potentiel.

La Charte européenne des petites entreprises consacre leur importance. C'est le seul document officiel qui leur soit intégralement consacré. Cette Charte a suscité de nombreuses attentes chez les entrepreneurs. Malheureusement, cinq ans après sa naissance, les résultats obtenus demeurent très inégaux et sa mise en œuvre reste insuffisante alors même que la Charte rencontre un succès auprès des organisations professionnelles et que 35 pays l'ont signée.

Néanmoins, Monsieur le Président, ces petites entreprises se sentent orphelines d'une Europe qui ne parvient pas à mettre en place pour elles un cadre d'écoute, de dialogue, de travail. Que ce soit chez moi à Marseille ou ailleurs, les chefs des petites entreprises, les artisans, voient l'Europe comme une machine qui produit des coûts et des contraintes. Pour ces dirigeants d'entreprises, le marché intérieur – qui est pourtant une incontestable réussite – n'est pas une opportunité, c'est une fiction! Or, si ces chefs d'entreprises n'ont pas confiance dans la politique européenne, c'est qu'il y a un réel problème. Il est évident que nous ne mettons pas en place un cadre réglementaire performant si 98 % des entreprises de l'Union européenne estiment qu'il n'est pas adapté à leur activité.

C'est pourquoi la Charte doit être un instrument qui permettra de renouer cette indispensable confiance des petites entreprises envers l'Europe. Sa mise en œuvre doit permettre de mesurer les progrès accomplis par tous les États et les institutions européennes pour améliorer l'environnement réglementaire, financier et politique dans lequel les petites entreprises évoluent. C'est pourquoi nous demandons un rapport annuel plus critique. Toutefois, je regrette que le rapport annuel de suivi de cette année ne permette pas vraiment de mesurer les progrès.

Nous demandons une meilleure mise en œuvre de la Charte, qui soit un apport significatif à l'engagement essentiel de la Commission européenne: celui de mieux légiférer. C'est pourquoi nous suggérons, premièrement, de renforcer la mise en œuvre de la Charte en garantissant la conservation de sa dimension "petites entreprises et micro-entreprises" avec des actions spécifiques en leur faveur; une meilleure participation des organisations professionnelles; le maintien de la diffusion des meilleures pratiques et des échanges de bonnes pratiques; le maintien d'un rapport annuel spécifique sur la Charte.

Nous ne sommes pas opposés à une réflexion sur la mise en œuvre de la Charte, mais nous vous demandons de ne pas sacrifier la Charte des petites entreprises en la noyant dans la stratégie de Lisbonne. Cette approche doit rester complémentaire et distincte des autres politiques à destination des PME et de l'industrie.

C'est également la reconnaissance d'une réalité, dont nous devons tenir compte: les petites entreprises ont des besoins spécifiques et des capacités qui ne sont pas celles d'entreprises qui comptent de 250 à 10 000 salariés. Ce principe, la Commission européenne l'a d'ailleurs formulé, c'est penser aux petites entreprises. Il faut donc que cet engagement se traduise concrètement, car ce n'est pas toujours le cas.

Si on prend comme exemple la proposition REACH, on n'a pas l'impression que ce principe a été mis en œuvre. C'est le groupe du PPE-DE qui a introduit les aménagements et les mesures qui devraient permettre de rendre REACH supportable et applicable aux petites entreprises. C'est pour ces petites entreprises que, dans mon rapport, j'insiste à nouveau sur l'importance de la simplification réglementaire. Nous vous redemandons de mettre en place une méthode claire et précise pour les études d'impact, surtout pour les petites PME.

Ce plaidoyer en faveur de la Charte et d'une meilleure législation est au cœur de ce rapport. De nombreuses autres propositions de mes collègues ont été incluses dans ce rapport. Je les remercie de leur contribution positive. C'est tout un programme de travail qui est proposé, d'abord pour mieux connaître les petites entreprises, enfin et surtout, pour progresser dans de nombreux domaines, qu'il s'agisse de la fiscalité, du soutien à l'investissement, à l'innovation et à la recherche ...

Et je n'entrerai pas, Monsieur le Président, dans le détail des propositions qui sont formulées, mais la Commission et les États membres y trouveront une source d'inspiration pour agir.

(Applaudissements)

3-417

Günther Verheugen, *Vizepräsident der Kommission*. – Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Ich möchte den Berichterstattern für die ausgewogenen Berichte und die wertvollen Vorschläge sehr herzlich danken.

Lassen Sie mich die Gelegenheit nutzen, um ein sehr grundsätzliches Wort zur Politik der Kommission für kleine und mittlere Unternehmen zu sagen. Die Berichterstatterin hat soeben von dem „Waisenkinderdasein“ der kleinen und mittleren Unternehmen in Europa gesprochen. Ich selber gebrauche den Ausdruck „Schattenexistenz“, und in beiden Ausdrücken steckt ja eine massive Kritik. Nämlich Kritik daran, dass in der Vergangenheit zwar ständig über kleine und mittlere Unternehmen gesprochen wurde, aber keine der europäischen Institutionen wirklich ernsthaft daran gearbeitet hat, ihre Situation zu verbessern. Ich hatte mir vorgenommen, das zu ändern, und ich bin froh, Ihnen sagen zu können, dass das vergangene Jahr ein politischer Durchbruch für die Politik der kleinen und mittleren Unternehmen in Europa gewesen ist. Auf allen Ebenen wurde die Priorität der kleinen und mittleren Unternehmen für Wachstum und Beschäftigung nicht nur anerkannt, sondern es wird jetzt endlich auch überall ernsthaft daran gearbeitet, um die notwendigen Schritte zu unternehmen, damit kleine und mittlere Unternehmen das enorme Wachstums- und Beschäftigungspotenzial, über das sie verfügen, auch wirklich ausschöpfen können.

Wenn wir unsere Ziele in Europa erreichen wollen – stabiles, nachhaltiges Wachstum und Vollbeschäftigung –, dann geht das nur mit Hilfe der kleinen und mittleren Unternehmen. Wir werden diese Ziele nicht mit den Großen erreichen, die tendenziell auch in Zukunft weitere Arbeitsplätze abbauen werden. Deshalb bin ich in einem Punkt mit der Frau Berichterstatterin nicht ganz einig. Ganz anders als Sie bin ich der festen Überzeugung, dass erst die Integration der Charta-Politik in die neue Wachstums- und Beschäftigungsstrategie dazu geführt hat, dass die Politik für kleine und mittlere Unternehmen heute eine Top-Priorität in Europa ist. Ich kann überhaupt nicht verstehen, wie man sagen kann, dass zwar die großen Unternehmen in dieser Wachstums- und Beschäftigungsstrategie ihren Platz haben sollen, die kleinen aber nicht. Die kleinen und mittleren Unternehmen beschäftigen zwei Drittel aller Beschäftigten in Europa. Nicht die Großen, die Kleinen sind die Arbeitgeber! Die Kleinen und Mittleren sind das Herzstück dieser Strategie, die nur erfolgreich sein kann, wenn die kleinen und mittleren Unternehmen tatsächlich auch im Mittelpunkt bleiben.

Ich bin wirklich der festen Überzeugung, dass die deutliche Verbesserung des politischen Umfelds für kleine und mittlere Unternehmen, die wir im vergangenen Jahr erreicht haben, genau darauf zurückzuführen ist, dass wir dieser Politik den angemessenen und richtigen Platz in der Wachstums- und Beschäftigungspolitik der Europäischen Union gegeben haben. In der Zwischenzeit haben die Mitgliedstaaten in Durchführung der neuen Wachstums- und Beschäftigungspolitik auch über ihre nationalen Reformpläne berichtet. Ich bin froh, Ihnen sagen zu können, dass mehr als die Hälfte aller Mitgliedstaaten in diesen nationalen Reformplänen die Politik für kleine und mittlere Unternehmen als eine nationale Priorität bezeichnet hat. Ich denke schon, dass Verbesserungen noch möglich sind. Wir werden dem Parlament darüber in wenigen Wochen berichten. Es mangelt beispielsweise noch an Einzelheiten – manchmal jedenfalls – über die getroffenen Maßnahmen, und das könnte zu einer zu optimistischen Einschätzung führen, aber wir haben es hier ja mit dem Beginn eines Prozesses zu tun, der noch effektiver werden wird, und von dem ich glaube, dass er erfolgreich verlaufen kann. Die Charta selbst bleibt auf jeden Fall erhalten. Sie dient weiterhin als Bezugspunkt für den Austausch bewährter Verfahren und das wechselseitige Lernen. Das Hauptinstrument, die jährlichen Charta-Konferenzen, werden fortgesetzt. Bewährte Verfahren in einer ausgewählten Anzahl von KMU-Politikfeldern werden auf der jährlichen Charta-Konferenz in Wien am 13. und 14. Juni 2006 vorgestellt.

Seit das Parlament die Arbeit an seinem Bericht aufgenommen hat, haben sich einige Dinge geändert. Am 10. November des letzten Jahres hat die Kommission die Mitteilung zu einer modernen KMU-Politik für Wachstum und Beschäftigung angenommen. Wir hätten das ja nicht tun müssen, wenn ich der Überzeugung gewesen wäre, dass die bisher vorhandene Politik ausreicht. Die Mitteilung der Kommission zu einer modernen KMU-Politik für Wachstum und Beschäftigung ist nun der kohärente Rahmen für die verschiedenen Instrumente der Unternehmenspolitik und geht weit über die 10 Aktionslinien der Charta hinaus. In der Mitteilung wird die Bedeutung der kleinen und mittleren Unternehmen im Kontext von Lissabon betont und das Prinzip „*Think small first*“ in allen Bereichen der EU-Politik verankert. Sie benennt ferner konkret die Herausforderungen, denen sich kleine und mittlere Unternehmen tagtäglich gegenübersehen und schlägt Maßnahmen vor, wie deren Fähigkeit, zu wachsen und Arbeitsplätze zu schaffen, gestärkt werden kann.

Die Mitteilung unterstützt die europäische Partnerschaft für Wachstum und Beschäftigung, welche die Bedeutung der Förderung einer unternehmerischen Kultur in Europa und die Schaffung eines günstigen politischen Umfelds für kleine und mittlere Unternehmen anerkennt. Es gibt spezielle Politikbereiche, zu denen ich nur stichwortartig etwas sagen will. Die Kommission hat eine Mitteilung zum Thema *Home State Taxation* angenommen, von der sie hofft, dass sie sich durchsetzen wird. Das würde kleinen und mittleren Unternehmen im internationalen Verkehr helfen. Die Kommission legt allergrößten Wert darauf, dass der Zugang zu Finanzierungsinstrumenten für kleine und mittlere Unternehmen verbessert wird. Das ist ein zentrales Problem. Ich werde alles tun, um sicherzustellen, dass auch in der nächsten Finanzperiode die dafür vorgesehenen Mittel ausreichen, um dieses erfolgreiche Projekt fortsetzen zu können.

Die Kommission bereitet eine Initiative vor, um die Erziehung zur unternehmerischen Initiative in Europa voranzubringen. Wir haben einfach zu wenig Unternehmergeist in Europa! Wir haben einfach zu wenig Menschen, die bereit sind, Unternehmer zu werden. Das ist nicht nur eine Frage der ökonomischen Bedingungen. Das ist auch eine Frage des kulturellen, des sozialen und des politischen Umfelds. Schon an den Schulen und in den Universitäten müssen wir damit anfangen, unternehmerischen Geist zu wecken und entsprechende Kenntnisse zu vermitteln. Schließlich will ich noch darauf hinweisen, dass wir im Augenblick auch dabei sind, Vorschläge zu machen, wie bei kleinen und mittleren Unternehmen der Übergang von einem Besitzer zum anderen erleichtert werden kann. Wir werden in vielen Millionen Fällen in den vor uns liegenden Jahren Besitzübergänge haben, die, wenn sie nicht richtig gemanagt werden, dazu führen können, dass Millionen von Arbeitsplätzen gefährdet sind.

Insgesamt sind wir an einem Punkt angekommen sind, wo es darum geht, die richtigen Ideen, die richtigen Pläne und die richtigen Strategien überall zu realisieren. Dies liegt nicht in erster Linie im Verantwortungsbereich der Europäischen Institutionen. Unsere Möglichkeiten und Mittel sind begrenzt. Dies ist im Wesentlichen Aufgabe der Mitgliedstaaten. Deshalb appelliere ich an die Mitgliedstaaten, noch viel stärker als bisher die Chancen und Potenziale zu erkennen, die gerade in der Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen liegen.

(Beifall)

3-418

Κατερίνα Μπατζελή (PSE), *Εισηγήτρια της γνωμοδότησης της Επιτροπής Οικονομικών και Νομισματικών Θεμάτων*. – Κύριε Πρόεδρε, θα ήθελα κατ' αρχάς να ευχαριστήσω την εισηγήτρια κυρία Vlasto για την ολοκληρωμένη έκθεσή της καθώς και τον Επίτροπο για τη σαφή παρουσίαση της Επιτροπής όσον αφορά το θέμα των μικρομεσαίων επιχειρήσεων.

Θα ήθελα επίσης όμως να χαιρετήσω και την πρωτοβουλία της Αυστριακής Προεδρίας για τον άμεσο καθορισμό της ευρωπαϊκής Χάρτας των μικρομεσαίων, ώστε να προωθηθούν εξειδικευμένες πρωτοβουλίες και μέτρα για την ενίσχυση της ανταγωνιστικότητας και της απασχόλησης στην Ευρωπαϊκή Ένωση.

Η Οικονομική και Κοινωνική Επιτροπή στη γνωμοδότησή της επισημαίνει ορισμένα οικονομικά και φορολογικά κίνητρα τα οποία θα μπορέσουν να διευκολύνουν τις μικρομεσαίες επιχειρήσεις ώστε να εισέλθουν δυναμικά στον οικονομικό χώρο της ανταγωνιστικότητας, της έρευνας και τεχνολογίας καθώς και της κινητικότητας των εργαζομένων. Όχι όμως με αποσπασματικές και διαλυτικές κινήσεις, αλλά στο πλαίσιο ενός σαφούς ευρωπαϊκού κοινωνικού μοντέλου.

Στο σημείο αυτό θα ήθελα να αναφερθώ στο θέμα των μετεγκαταστάσεων των μεγάλων επιχειρήσεων οι οποίες έχουν σημαντικές επιπτώσεις στον κύκλο εργασιών και απασχόλησης των μικρομεσαίων επιχειρήσεων, εφόσον πολλές από αυτές εργάζονται υπεργολαβικά. Θα συμφωνήσω με την Αυστριακή Προεδρία ότι στις μικρομεσαίες επιχειρήσεις απαιτείται η προώθηση ενισχυμένων επενδύσεων σε περιφερειακό επίπεδο.

Κύριε Επίτροπε, οι μικρομεσαίες επιχειρήσεις ζουν και λειτουργούν στη σκιά των πολυεθνικών, των μεγάλων αλυσίδων καθώς και στη σκιά της γραφειοκρατίας. Για την αντιμετώπιση αυτής της πραγματικότητας επισημαίνεται ότι πρέπει να ληφθούν σημαντικά οριζόντια, εθνικά και κοινοτικά, μέτρα που θα περιλαμβάνουν:

πρώτον, την απλούστευση της γραφειοκρατίας·

δεύτερον, την προώθηση ενός απλοποιημένου γενικού συστήματος χρηματοδοτικής στήριξης των μικρομεσαίων επιχειρήσεων που θα συμπεριλαμβάνουν νέα τραπεζικά προϊόντα·

τρίτον, την απλοποίηση των φορολογικών υποχρεώσεων των μικρομεσαίων επιχειρήσεων, λαμβάνοντας υπόψη ότι προς την κατεύθυνση αυτή μπορεί να συμβάλει το πιλοτικό σχέδιο για τη φορολόγηση των μικρομεσαίων επιχειρήσεων στη χώρα εγκατάστασης, με απώτερο στόχο την υιοθέτηση μιας κοινής ενοποιημένης φορολογικής βάσης·

και τέλος την ενίσχυση κινήτρων για την ένταξη της καινοτομίας και έρευνας βάσει των προτάσεων της ίδιας της Επιτροπής για την ανταγωνιστικότητα και τις εθνικές ενισχύσεις καθώς και στα πλαίσια του 7ου προγράμματος περί έρευνας.

Τα λόγια πρέπει πλέον να γίνουν πράξεις.

(*Χειροκροτήματα*)

3-419

Philip Bushill-Matthews (PPE-DE), *draftsman of the opinion of the Committee on Employment and Social Affairs*. – Mr President, on behalf of my colleagues I am delighted to welcome here the new SME Envoy. I speak today as a Vice-President of the SME circle here in Parliament, as well as the draftsman of the opinion on the Commission report for the Committee on Employment and Social Affairs. I am delighted to record that this opinion was not only passed unanimously in that committee, but that all its suggestions were incorporated into the final report by Mrs Vlasto which was also passed unanimously in the Committee on Industry. So I thank Mrs Vlasto for her cooperation and congratulate her on an excellent report.

One might ask, then, why we are bothering to have a debate, especially at this very late hour, given this complete agreement on all sides of the House. I suggest that the answer is very simple: we do not want just a debate about SMEs, we want a debate that will lead to concrete action, and we want concrete action not just by Member States but also by the Commission.

Commissioner, I welcome the comments you made elsewhere today that 2006 will be a year of delivery for SMEs. All of us want to help you deliver. We see ourselves as on the same side as you. I would just like to mention quickly three specific ideas. We want the voice of small businesses to be heard loudly, clearly and officially within the social dialogue, not to be drowned out by the larger social partners, as happens now. A concrete proposal has been promised. Can you please confirm when it will arrive, in what form it will arrive, and how we can help you to turn it into a reality when it does arrive?

Secondly, the Charter has proposed that SMEs should be exempted from certain regulatory obligations. Can you please confirm whether the Commission will lead by example in this respect and, if so, when we can expect some concrete proposals from the Commission on this issue too?

Finally, given that apparently there will be no more annual Charter reports from the Commission in future, how will the Commission ensure that issues facing SMEs remain increasingly front-of-mind within Member States, given the temptation for it to be weaker, rather than stronger?

3-420

Paul Rübiger, *im Namen der PPE-DE-Fraktion*. – Herr Präsident! Zuerst möchte ich mich bei der Kollegin Vlasto bedanken, die diesen Bericht mit viel Engagement aufbereitet und auch die wesentlichen Punkte sehr gut herausgearbeitet hat. Heute Vormittag war Bundeskanzler Schüssel von der österreichischen Präsidentschaft hier, der selbst einmal Geschäftsführer eines Klein- und Mittelbetriebsverbandes war und deshalb auch die Problematik so gut kennt und weiß, wie wichtig es ist, in diesem Bereich mehr zu tun. Ich möchte auch Kommissar Verheugen sehr herzlich dafür danken, weil der Charta-Bericht natürlich den Fokus auf die kleinen und mittleren Betriebe wesentlich verstärkt hat. Die Bemühungen um die kleinen und mittleren Betriebe sind damit weiter in den Mittelpunkt gerückt.

Ich glaube, dass es auch gut ist, diese Vorstudie, nämlich die detaillierte, in die Tiefe gehende, in allen Mitgliedstaaten stattfindende Studie als Vorstudie zum Lissabon-Prozess zu sehen, so dass dieser Lissabon-Prozess auch entsprechend aussagekräftig wird, damit wir wissen, was wir im Bereich der kleinen und mittleren Betriebe tun müssen, damit die Nichtregierungsorganisationen, aber letztlich auch der Rat und die Kommission, sehen, wo die Stärken und die Schwächen sind. Ich finde es äußerst wichtig, dass die drei Pfeiler, die wir hier mit „makro“, „mikro“ und Beschäftigung kreiert haben, deutlich zeigen, dass die kleinen und mittleren Betriebe letztlich auch 80 % der Steuern zahlen. Das muss man bei einem sozialen Europa immer wieder in den Mittelpunkt stellen. Wir müssen schauen, woher die Steuern letztlich kommen, und da gilt es in Zukunft, die Betriebe, vor allem auch die Arbeitnehmer, zu entlasten, so dass höhere Gewinne und Löhne erzielt werden können, während auf der anderen Seite die Verbrauchsteuern dementsprechend zum Steueraufkommen beitragen sollen, weil hier insbesondere die Importe aus den Niedriglohnländern für uns eine große Chance bedeuten.

Letzter Punkt: Ich verstehe nicht, warum das CIP-Programm gekürzt wurde, wo hier die Unternehmerschaft im Mittelpunkt steht. Hier sollten wir bei dem Vorschlag gemeinsam mit der Kommission darauf hinwirken, dass das CIP-Programm in voller Höhe dem ursprünglichen Vorschlag entspricht.

3-421

Pia Elda Locatelli, a nome del gruppo PSE. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la relazione dell'onorevole Vlasto sull'attuazione della Carta europea per le piccole imprese – relazione che abbiamo apprezzato – evidenzia i principali ostacoli allo sviluppo delle piccole e medie imprese, in particolare quelli di natura fiscale, finanziaria e burocratica, invitando la Commissione a intervenire con azioni comunitarie mirate perché, come è già stato detto dalla collega Vlasto, le piccole imprese si sentono ancora orfane.

La relazione raccomanda la semplificazione di sistemi fiscali, la definizione di incentivi alle imprese innovative, la riduzione degli aspetti burocratici, soprattutto nella fase di creazione – ma non solo – delle piccole imprese, un più facile accesso al credito e l'esenzione dall'imposta sulle società per le sovvenzioni europee loro accordate.

Purtroppo, il rapporto sull'attuazione della Carta elaborato dalla Commissione europea, rapporto alla base di questa relazione, è piuttosto lacunoso: ad esempio, i dati presentati sono disomogenei ed è quindi difficile comparare situazioni che si riferiscono a diversi paesi. Avremmo preferito un rapporto più strutturato, più sistematico e anche più critico, con riferimento ad esempio ai progressi in materia di spirito e culturale imprenditoriale. Invitiamo comunque la Commissione ad agire in sinergia con gli Stati membri e soprattutto con le organizzazioni di categoria. A tal proposito, sottolineo l'importanza di un maggiore coinvolgimento di queste organizzazioni, anche attraverso la costituzione di gruppi di lavoro permanenti.

Non è il caso di sottolineare l'utilità della Carta ma credo invece di dover sottolineare con forza quanto richiesto più volte dal Parlamento e cioè la necessità che essa abbia carattere giuridico vincolante. Solo così avremo la certezza che gli Stati ne terranno conto nell'elaborazione delle politiche nazionali; diversamente corriamo il rischio che la Carta diventi una mera elencazione di buoni propositi.

Questa, pare sia l'ultima relazione annuale sull'attuazione della Carta perché in futuro essa sarà ricompresa nella relazione complessiva sulla strategia di Lisbona. Ne capisco la logica che, secondo il Commissario Verheugen, è quella di porre le PMI al centro della Strategia di Lisbona, ma vedo pure il pericolo di riduzione del valore del contributo della Carta, soprattutto con riferimento ai paesi di nuova adesione.

Vorrei infine aggiungere che mi è difficile comprendere perché la Commissione dichiari di considerare le piccole imprese il motore per il rilancio dell'economia europea, dal momento che le iniziative che le riguardano – previste nel documento della Commissione per il rilancio del processo di Lisbona – sono piuttosto limitate. Come possono essere protagoniste di questa strategia? Per non parlare poi della forte riduzione di risorse finanziarie che quasi certamente subirà il programma CIP a causa di quella che io definisco avarizia dei paesi membri nei confronti del bilancio dell'Unione. Non è pensabile promuovere il futuro delle piccole imprese in questo modo e nemmeno il futuro dell'Europa.

3-422

Jorgo Chatzimarkakis, im Namen der ALDE-Fraktion. – Herr Präsident, Herr Ratsvorsitzender, sehr geehrter Herr Kommissar Verheugen! Die kleinen und mittleren Unternehmen haben mittlerweile in allen Reden Priorität. Wir haben das heute bei der Ratspräsidentschaft gehört. Das ist gut so, und ich möchte hier auch in aller Deutlichkeit sagen, dass das auch ein Verdienst von Kommissar Verheugen ist, der diesem Thema letztendlich ein Momentum verschafft hat. Dafür sind wir auch dankbar.

Allerdings wird das Thema – außer in vielen Reden – nicht immer angemessen behandelt. Wir merken das an uns selbst, denn das Parlament setzt die Behandlung dieses Themas zu einer Uhrzeit an, die dem Thema nicht angemessen ist. Wir sollten uns also auch am eigenen Schopf fassen und dieses Thema besser behandeln.

Ein Blick auf die Zahlen – sie wurden hier genannt – zeigt, dass die kleinen und mittleren Unternehmer unsere Hauptansprechpartner bei der Lissabon-Agenda sind. Mit zwei Drittel der Beschäftigten sind sie die wichtigsten Arbeitgeber, aber auch Innovatoren in vielen Bereichen, in denen kleine und mittlere Unternehmen in Nischen- und Fragmentmärkten globale Marktführer sind und auch mehr als 50 % der Patente liefern. Das heißt, dass wir in diesen Bereichen als Europäer die Deutungshoheit und die Gestaltungskompetenz haben, die wir im globalen Wettbewerb so nötig brauchen. Im völligen Kontrast dazu stehen die finanziellen Mittel, die wir den kleinen und mittleren Unternehmen zuweisen. Hier muss man ganz klar sehen, dass im ursprünglichen Haushaltsansatz der Kommission, der großzügig gerechnet war, nur 0,3 % aller Mittel originär den KMU zur Verfügung gestellt worden wären. Einige der Kollegen haben das Thema *CIP-Competitive Innovation Programme* angesprochen. Als Berichterstatter möchte ich Klage führen. Dieser Bereich ist beschnitten worden. Wir sind uns alle einig, dass wir diese Mittel auf das höchstmögliche Maß aufstocken müssen.

Als positiven Ausgleich möchte ich dennoch anführen, dass der Kommissar eine Beauftragte für den Mittelstand berufen hat, und mit Françoise Le Bail eine sehr gute Wahl getroffen hat. Herzlichen Glückwunsch dazu und der Berichterstatlerin herzlichen Dank für ihren guten Bericht.

3-423

Ida Figueiredo, *em nome do Grupo GUE/NGL*. – Senhor Presidente, Senhores Deputados, Senhor Comissário, é importante falar das micro, das pequenas e das médias empresas. Mas mais importante é pôr em prática medidas que apoiem efectivamente os micro, os pequenos e os médios empresários, o que não tem acontecido, pelo contrário. As políticas neoliberais têm criado enormes dificuldades às micro e às pequenas empresas.

Como se refere no próprio relatório, não basta ter uma Carta Europeia das Pequenas Empresas. É preciso integrar as acções das pequenas empresas da Carta na política global a favor das PME e completar essas acções com uma acção vinculativa, quer a nível comunitário, quer no interior dos Estados-Membros. É particularmente importante que as pequenas e as micro-empresas possam recorrer aos programas europeus, pelo que importa criar as condições que facilitem o seu acesso aos fundos comunitários, seja através de alterações a introduzir nos regulamentos, seja através da criação de mecanismos de apoio directo e do apoio claro às suas associações para ultrapassar os obstáculos financeiros, burocráticos, fiscais e outros que continuam a persistir.

Importa também reforçar os instrumentos financeiros a favor das pequenas empresas e das empresas artesanais, nomeadamente os sistemas de garantia mútua e criar sistemas de micro-financiamento de carácter flexível, destinados a empresas familiares, a empresas criadas por mulheres e por jovens, contribuindo para o co-financiamento dos projectos e disponibilizando informações pertinentes. É preciso ter em conta que, se não se tomarem medidas, a União Europeia será confrontada, nos próximos 10 anos, com a cessação da actividade de milhões de pequenas empresas e de empresas artesanais, correndo-se o risco de ver desaparecer milhões de empregos, agravando a pobreza, a desertificação das zonas rurais e contribuindo para a exclusão social.

Assim, como se refere no relatório - e cumprimento a Deputada Vlasto pelo seu trabalho -, é fundamental que as instituições europeias e os Estados-Membros apliquem e desenvolvam as acções previstas na Carta Europeia em toda a sua plenitude. É preciso também dar-lhe um carácter vinculativo, que não seja um mero paliativo a esta Carta, e que o seu conteúdo não se esvazie com a sua inclusão na Estratégia de Lisboa, como o Comissário Verheugen acaba de referir, o que me preocupa.

3-424

Gerard Batten, *on behalf of the IND/DEM Group*. – Mr President, this report calls for a reduction in bureaucratic obstacles and the simplification of taxation for small businesses. Who could disagree with that?

But then the report goes on to say that EU legislation should be implemented equally across Member States and, in the case of non-compliance, rapid infringement procedures should be applied. We are immediately transported back into the world of one-size-fits-all EU legislation and penalties, which are guaranteed to strangle enterprise, initiative and business creation.

My own party pointed out during the British Presidency of 2005 that over 4 000 new regulations and legislative instruments were enacted, despite Mr Blair's rash promise to reduce overregulation.

If small and medium-sized businesses are to thrive in the EU, which is vital for job creation, then the simple answer is to reduce EU regulation, not increase it. Otherwise, one day the only way to own a small business in Europe will be to buy a big one and wait.

3-425

Guntars Krasts, *UEN grupas vārdā*. – Priekšsēdētāja kungs! Komisāra kungs! Šovakar Eiropas Mazo uzņēmumu hartu pēdējo reizi izskatām kā atsevišķu ziņojumu. Vēlos pievienoties šeit paustajām cerībām, ka tas nemazinās mazo uzņēmumu atbalsta politikas nozīmi pēc tam, kad ziņojums tiks iekļauts kopējā atskaitē par Lisabonas stratēģijas izpildi.

Uzskatu, ka Eiropas Savienībai ir būtiski ne vien saglabāt, bet arī palielināt savu lomu šajā politikas jomā. Mazajiem uzņēmumiem dalībvalstu līmenī bieži vien trūkst politiskā lobija un institucionālā atbalsta. Nodokļu un birokrātisko procedūru slogs mazo uzņēmēju daudzviet nostāda diskriminējošā situācijā, salīdzinot ar citiem tirgus dalībniekiem. Tādēļ mazajiem uzņēmumiem bieži nākas cīnīties nevis par īpašiem atvieglojumiem, nodokļu vai birokrātisko procedūru vienkāršošanu, tiem vispirms jāpanāk nediskriminējoši apstākļi savai uzņēmējdarbībai.

Eiropas Savienības politikai mazā biznesa atbalsta jomā jāklūst efektīvākai un agresīvākai, motivējot dalībvalstis ievērot šīs uzņēmējgrupas intereses. Tādēļ uzskatu, ka ir atbalstāms ierosinājums Eiropas Mazo uzņēmumu hartai piešķirt likuma spēku. Taču ar to nepietiek, lai būtiski uzlabotu situāciju šajā jomā. Harta nedrīkst palikt tikai kā instruments, lai vienas valsts pieredzi pārceļtu pāri robežai uz citu, uzņēmumiem paliekot sava nacionālās ekonomikas žoga iekšpusē. Hartas

ietekme būtiski palielinātu Eiropas Savienības politisko gribu un veicinātu rīcību ekonomikas tālākai integrācijai, pirmkārt, jau Pakalpojumu direktīvas pieņemšanu.

Iekšējā tirgus pakalpojumu sektora liberalizācija šai uzņēmumu grupai piešķirtu nebijušas attīstības iespējas un stimulus, novāktu administratīvās un finansiālās barjeras, kas liedz mazajiem un vidējiem uzņēmumiem šķērsot nacionālās robežas. Nedrīkstam aizmirst, ka tieši no mazās uzņēmējdarbības izaug uzņēmības gars, kas nodrošina ekonomikas dzīvīgumu, attīstību un stabilitāti pārmaiņās.

3-426

Pilar del Castillo Vera (PPE-DE). – Señor Presidente, en primer lugar quiero felicitar a la señora Vlasto por el informe que ha hecho, que es un informe, a mi entender, muy exhaustivo pero, a la vez, muy claro. También quiero agradecer al Comisario Verheugen su presencia hoy aquí y las explicaciones que nos ha dado.

En segundo lugar, quiero señalar que es un lugar común decir que las pequeñas y medianas empresas son la columna vertebral de la economía europea. Pero por ser un lugar común no es menos importante. Dos tercios de las empresas que hay en Europa están encuadrados en el término «PYME». Europa tiene 25 millones de pequeñas y medianas empresas que, en términos laborales, ofrecen nada menos que 95 millones de empleos.

Pero el objetivo no es sólo que las PYME sobrevivan malviviendo, sino que, por el contrario, las PYME puedan prosperar y crecer con fuerza. En ese sentido, necesitamos un modelo en el que el desarrollo de las PYME no se obtenga solamente mediante la fusión o la adquisición, que es el modelo tradicional, sino mediante el crecimiento de las propias pequeñas y medianas empresas.

Quiero subrayar alguno de los aspectos que recoge el informe presentado por la señora Vlasto. Coincido con ella en que el informe sobre la aplicación de la Carta Europea de la Pequeña Empresa en el informe de la aplicación del proceso de Lisboa puede acarrear una cierta marginación del concepto de las PYME.

Por otro lado, creo que debe reforzarse el diálogo bilateral anual con los representantes de las PYME y facilitarse la participación de las PYME mediante el uso de instrumentos adaptados a sus necesidades, como, por ejemplo, incentivos que animen a las PYME a entrar en el mundo de la investigación y el desarrollo.

Por último, quiero referirme a algo que el Comisario ha considerado en su intervención: no es posible que haya unas pequeñas y medianas empresas fuertes si permanentemente se está sojuzgando el valor de la actividad empresarial. Por eso, creo que es sumamente importante que, de una vez por todas, haya una apuesta decidida por subrayar el valor social de la acción empresarial. Me parece que es definitivo para el futuro de la pequeña y mediana empresa.

3-427

Reino Paasilinna (PSE). – Arvoisa puhemies, arvoisa komissaari, pk-yritykset ovat merkittäviä työllistäjiä ja juuri tästä syystä eurooppalainen peruskirja on kannatettava hanke. Samalla komission on ilmoitettava nopeasti, mitkä jäsenvaltiot eivät vielä ole parantaneet toimintaansa ja panneet täytäntöön peruskirjan toimintalinjoja.

Pk-yritykset ovat meille suuri voimavara ja mahdollisuus. Meidän on koko ajan virtaviivaistettava ja yksinkertaistettava lainsäädäntöä ja helpotettava uusien yritysten perustamista. Kaikki toimet, joilla yrittämisen ilmapiiriä helpotetaan, saavat ryhmämme tuen. Tärkeä tavoite tulee olla yritysverotuksen yhdenmukaistaminen. Peruskirjan ongelma on se, että siinä ei ole tarpeeksi konkreettisia toimenpiteitä, joilla tuettaisiin innovatiivisia yrityksiä ja niiden verkottumismahdollisuuksia. Internetin tehokkaampi käyttö ja sähköinen kauppa ovat alueita, jotka tarjoavat suuret mahdollisuudet. Myös jäsenvaltioiden sähköisten julkisten palveluiden kehittäminen pk-yritysten toimintaedellytyksiä tukeviksi on tärkeää.

Unionin on nopeasti ryhdyttävä toteuttamaan Basel II -sopimuksen määräyksiä, sekin helpottaisi. Komission ja neuvoston on myös ryhdyttävä jälleen toimenpiteisiin yhteisöpatentin suhteen, joka on vaikea mutta tärkeä asia. Valtiontukea koskevaa säädöstä voisi tarkastella, jotta yritykset saisivat siinäkin tapauksessa tukea, kun yksityinen riskirahoitus ei uskalla tulla mukaan.

Tietenkin pelkästään pienyritysten perustaminen oman itsensä työllistämiseksi on kannatettavaa, mutta kunnianhimoiset ja kekseliäät yritykset ovat kuitenkin se ruuti, jota me tarvitsemme ja joka on tärkeää.

3-428

Jean Marie Beaupuy (ALDE). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, mes chers collègues, je me réjouis évidemment du consensus très large qui nous réunit autour du rapport de Mme Vlasto ce soir, je me réjouis d'avoir entendu ce matin le chancelier Schüssel puis M. Barroso nous dire tout l'intérêt qu'ils portaient aux PME et assurer que ce sujet serait traité au cours du Conseil du printemps. Je voudrais, en ce qui me concerne, attirer l'attention de M. le Commissaire et de mes collègues sur deux points.

Nous parlons depuis tout à l'heure des PME comme d'une certaine abstraction, d'une entité administrative, pour lesquelles il faut simplifier les choses, donner de l'argent, favoriser le contexte environnemental, etc. La petite entreprise, c'est d'abord l'affaire d'un chef d'entreprise – je sais qu'il y en a là sur les bancs qui sont intervenus tout à l'heure – et ça fera bientôt trente et un ans que moi-même j'ai créé ma première entreprise. Par conséquent, ce chef d'entreprise, il faut le prendre en compte si on veut lui apporter des réponses concrètes, pour que sa petite entreprise fonctionne.

Si vous interrogez tous les chefs d'entreprise de ces PME d'Europe, ils vous diront une chose: c'est que la journée n'est pas assez longue et, à cette heure-ci, nombre d'entre eux sont encore au travail! Il faut donc que nous apportions des réponses concrètes, Monsieur le Commissaire. Simplifions, simplifions, mais surtout appliquons la subsidiarité pour qu'au niveau local, les collectivités, les États, les organisations professionnelles apportent leur soutien réel! Ce n'est pas à l'Union européenne de faire tout cela elle-même, mais elle doit le faire.

Le deuxième point porte sur nos concitoyens. Il faut, comme cela a été dit, sensibiliser dès l'école. Ensuite, je voudrais lancer une proposition. Comme il existe, au niveau européen, une compétition dans la chanson ou le football, pourquoi ne créerions-nous pas la journée "portes ouvertes" européenne pour les petites entreprises? Pourquoi n'organiserions-nous pas la journée européenne des bonnes pratiques? Voilà quelques idées pour communiquer et faire sentir à nos concitoyens tout l'intérêt de nos PME.

3-429

Thomas Mann (PPE-DE). – Herr Präsident! 25 Millionen Kleinunternehmen beschäftigen fast 100 Millionen Menschen. Sie stellen weit über die Hälfte aller privaten Jobs in der EU und haben eine große Bedeutung für die regionale, kulturelle und soziale Entwicklung auch im ländlichen Raum. Sie haben es verdient, dass wir uns in jedem Jahr mit ihren Innovations- und Wettbewerbschancen befassen. Ihr Gewicht hat heute – die Kolleginnen haben schon darauf hingewiesen – Wolfgang Schüssel bei der Vorstellung der österreichischen Ratspräsidentschaft unterstrichen, indem er forderte, „den schlafenden Riesen zu wecken“. Ich bin ganz seiner Meinung.

Von vielen Seiten gibt es aber auch Kritik an der Charta, weil sie zu viele unverbindliche Appelle enthält. Auch ich wünsche mir handfeste Maßnahmen auf Gemeinschaftsebene und – Kommissar Verheugen hat es gesagt – auf der Ebene der Mitgliedstaaten. Immerhin sind die zehn Aktionslinien der Charta wichtige Leitgedanken, um den Austausch der bewährten Verfahren zu verstärken, die Gründung neuer Unternehmen zu fördern und insgesamt ein positives Umfeld zu schaffen. Das fängt im Schulunterricht an, und da haben wir von der Primarstufe an wichtige Akzente zu setzen. Hier ist Finnland erneut ein Vorbild. Die Niederlande sind beispielhaft für die Vereinfachung von Vorschriften, nicht zuletzt aufgrund ihrer standardisierten Folgenabschätzungen. Die erheblichen bürokratischen und steuerlichen Hindernisse in den Mitgliedstaaten müssen weiter abgebaut werden, da sind wir einverstanden. Fördermittel sollten von der Unternehmensbesteuerung gänzlich befreit werden, das ist wichtig.

In unserem mitberatenden Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten hat Philip Bushill-Matthews einen sehr guten Bericht verfasst. Ich denke an den Vorschlag, ein Grünbuch zum Abbau dieser Hindernisse zu erarbeiten, ebenso wie an die Forderung eines verbesserten Zugangs zu Strukturfonds und zum Risikokapitalfonds. Ich halte es persönlich für wichtig, dass kleine Unternehmen beim transnationalen Austausch ihre Auszubildenden und ihre weiteren Mitarbeiter im Rahmen des Programms Leonardo und anderer Programme verstärkt fördern. So wird die Mobilität erhöht und gleichzeitig eine Voraussetzung dafür geschaffen, dass Klein- und Kleinunternehmen in Zukunft sehr viel besser zusammenarbeiten.

3-430

Brigitte Douay (PSE). – Monsieur le Président, je me réjouis que les petites entreprises soient aujourd'hui au cœur de l'actualité européenne, tout d'abord avec les propos très encourageants du chancelier Schüssel ce matin, qui fait de ce sujet une priorité de la Présidence autrichienne. Au cœur du débat, ensuite, avec vos interventions, Monsieur le Commissaire, devant l'intergroupe PME cet après-midi, et, ici, ce soir, affirmant que la situation des PME préoccupe beaucoup la Commission et qu'il faut créer de meilleures conditions politiques pour les PME en Europe. Au cœur du débat, enfin, avec le débat de ce soir.

Dans le difficile contexte économique actuel, ce sont souvent les petites entreprises et les artisans qui assurent la création de richesses et constituent la principale source d'emplois, des emplois qui se délocalisent peu et qui permettent de maintenir la cohésion sociale en irrigant tout le territoire de l'Union. L'Union européenne doit soutenir vigoureusement ces petites entreprises en renforçant le poids de l'instrument spécifique d'intervention qu'est la Charte et en allant au-delà des bonnes intentions, comme le demande l'excellent rapport de Mme Vlasto.

Pour assurer la création et la transmission de ces petites entreprises, il faut alléger les formalités administratives en Europe et dans les États membres; faciliter leur accès aux capitaux, aux programmes européens, notamment sur la recherche; mieux faire circuler l'information sur les mesures en leur faveur; encourager l'innovation et la lutte contre la contrefaçon. Mais, pour tout cela, il faut des moyens ambitieux. Alors souhaitons que les bonnes fées qui se sont penchées aujourd'hui sur l'avenir de ces petites entreprises – ce géant endormi selon les termes du chancelier Schüssel – concrétisent leurs vœux

en allouant les budgets nécessaires aux différentes actions et que les bonnes intentions soient garanties par des engagements financiers concrets.

3-431

Šarūnas Birutis (ALDE). – Pirmininke, Komisijos nary, mažos įmonės yra vienas iš pagrindinių Europos konkurencingumo variklių. Tačiau aš pastebėčiau, kad ataskaita yra gana formali ir ne visai atitinka realią padėtį. Aš norėčiau atkreipti dėmesį į mažų įmonių ir verslo plėtros problemas naujosiose Europos Sąjungos valstybėse narėse. Verslumo lygis daugelyje iš jų, kaip ir mano šalyje Lietuvoje, deja, yra 4 kartus mažesnis negu senbuovėse narėse ir prognozės smulkiam verslui augti nėra pakankamai palankios. O tai mažins bendrą Europos Sąjungos konkurencingumą. Įmonėms ir darbo vietoms kurti reikia patrauklių sąlygų pradėti verslą, taip pat palankių finansavimo galimybių. Piliečių verslumas, jų iniciatyva yra harmoningos socialinės raidos prielaida. Tai dar kol kas yra problema naujosiose valstybėse narėse. Todėl joms yra būtinas postūmis iš Europos Komisijos ir papildomos naujos išimtinės priemonės bei sąlygos, skatinančios smulkų verslą. Kaip? Pirma, labai svarbu panaikinti smulkaus verslo investicijų apmokestinimą, tai turėtų smulkiam verslui suteikti daugiau galimybių pasinaudoti kapitalu. Antra, nacionaliniu lygmeniu smulkiam verslui turi būti užtikrintas prieiga prie Struktūrinių fondų. Mano nuomone, tam tikras lėšų procentas turėtų būti skiriamas būtent smulkiam verslui. Toliau būtina supaprastinti biurokratinės procedūras, maksimaliai sumažinti mokesčių našta mažoms inovatyvioms įmonėms panaikinant pelno mokesčių, ypač jų veiklos pradžioje.

(Plojimai)

3-432

Edít Herczog (PSE). – Tisztelt Elnök Úr! A KKV-charta egy fontos és szükséges politikai szándéknyilatkozat, de alig több ennél önmagában. A céljainak megvalósítására javasolt nyílt koordinációs módszer rugalmas, ami nemesak előny, hanem egyúttal hátrány is lehet. Egyetértek tehát az előadóval és a biztos úrral. A KKV-kat nem csak szándékainkkal, hanem mind európai, mind tagállami szintű kötelező szabályozásainkkal is támogatnunk kell.

Nagyon fontos, hogy a charta, illetve a mellette, olykor túlságosan távoli, párhuzamosan futó programok ne csak a KKV-król, hanem a KKV-knak is szóljanak. Az elveken túl pragmatikus, közérthető és valósággal házhoz szállítható tájékoztatási és támogatási megoldások kellenek. Máskülönbén soha nem jutunk el ahhoz a több tízezer kényszervállalkozóhoz, akinek se ideje, se kapacitása nincs ezeknek utánajárni.

Ugyanakkor ne felejtjük, hogy a KKV-politika nem egy speciális különálló témakör, hanem az egyik horizontális pillér. Ha már egyszer tudjuk, hogy a gazdasági vállalkozásaink túlnyomó többsége KKV, akkor tudatosítanunk kell azt is, hogy a kohéziós politika megvalósítására, a munkanélküliség csökkentésére, a versenyképesség és gazdasági növekedés fokozására, a vidékfejlesztésre, kutatásfejlesztésre vagy éppen innovációra egyetlen tartós, strukturális megoldásunk: saját KKV-inkra építeni.

Ezt az alapot nem szabad elhanyagolnunk. Ezért kérem, hogy a chartát a vita végén ne tegyük el a fiókba, hanem mindenki tűzze ki az íróasztalára emlékeztetőül, hogy tudjuk, milyen hosszú utat kell még megtenni addig, hogy sikerként könyveljük el a kisvállalkozásokat Európában.

3-433

Πρόεδρος. – Η συζήτηση περατώνεται.

Η ψηφοφορία θα διεξαχθεί την Πέμπτη 19 Ιανουαρίου 2006 στις 12 το μεσημέρι.

Γραπτές δηλώσεις (άρθρο 142)

3-434

Alessandro Battilocchio (NI). – La carta per le PMI è un grande passo in avanti in difesa di quel settore industriale che rappresenta la peculiarità, la vivacità e la ricchezza dell'UE. Migliore accesso ai fondi europei, un'amministrazione più snella, formazione, agevolazioni fiscali, sono tutti strumenti indispensabili affinché le PMI continuino ad esistere, a produrre, a investire, ad assumere. Occorre però che l'Unione Europea, una volta riconosciuta l'importanza di questo settore, vegli attentamente sulla coerenza delle sue politiche: i recenti dibattiti sulla registrazione di sostanze chimiche, o sulla brevettabilità dei softwares, per citarne solo alcuni, hanno fatto talvolta nascere nei nostri cittadini il dubbio sull'effettiva volontà dell'UE di impegnarsi a fondo per difendere le PMI. L'ultimo, spiacevole esempio ci è dato dall'ormai stranoto dibattito sul settore tessile e sui rapporti commerciali con la Repubblica Cinese. Promuovere ed applicare una carta per le PMI saranno solo sforzi vani finché l'UE, ed in particolare la Commissione Europea, non alzerà finalmente la voce per esigere con fermezza il rispetto delle regole commerciali, già di per sé estremamente sfavorevoli alle piccole imprese, e pretendere dai partners internazionali le migliori condizioni possibili perché questo tessuto possa continuare a fiorire.

3-435

Gábor Harangozó (PSE). – Progress in promoting SMEs has been achieved in the new Member States, mainly in: education for entrepreneurship, better regulation and skills shortages. Concrete actions to foster SMEs friendly environment are the cornerstone for achieving Union's objectives of growth and employment.

Bets-practices suggest that the new Member States should focus on setting up systems to monitor skills gaps; developing policies to address bankruptcy and competition laws; adapting SMEs friendly taxation systems; using impact assessments for developing better regulation and fostering innovation and technological capacities.

It is therefore necessary that the SME dimension is further integrated within the other policies of the Union through increased consultation and better representation of the SMEs at national and Community levels.

Addressing this report is also the opportunity to welcome the Jaspers and Jeremy initiatives that will certainly play an important role in developing more effective SMEs friendly environment within the Union.

I also welcome the geographical expansion of the objectives of the Charter to the enlarged EU, the candidate countries, the Western Balkans, Moldova and the Mediterranean partners.

Finally, I support the rapporteur when calling for a wider consistent overview and for more systematic and critical review of the situation in future reports.

3-436

PRESIDENCIA DEL SR. BORRELL FONTELLES

Presidente

3-437

14 - Normas de buena conducta aplicables a los diputados (modificación del Reglamento PE)

3-438

El Presidente. – De conformidad con el orden del día se procede al debate del informe (A6-0413/2005) del Sr. Onesta, en nombre de la Comisión de Asuntos Constitucionales, sobre la modificación del Reglamento relativa a las normas de buena conducta aplicables a los diputados al Parlamento Europeo.

3-439

Gérard Onesta (Verts/ALE), rapporteur. – Monsieur le Président, vous avez devant vous un exemplaire de notre règlement actuel. Selon ce règlement, vous devriez me faire expulser immédiatement par vos huissiers, puisque je porte un tee-shirt qui a un petit slogan politique imprimé devant et derrière. Or, selon notre règlement, il est totalement interdit d'afficher ses opinions politiques de manière visuelle, quel qu'en soit le support. Voyez l'absurdité du système actuel, d'autant plus absurde que dans les cas de violences, d'invectives, de diffamation, d'insultes, dans l'hémicycle ou ailleurs, le règlement actuel ne nous permet pas d'intervenir. Nos outils actuels en la matière sont très faibles. Rien ou l'arme atomique et l'arme atomique, c'est vous, Monsieur le Président. Vous pouvez proposer à l'Assemblée de sanctionner le contrevenant, mais comme le contrevenant n'a quasiment aucun droit, vous hésitez à le faire et, en hésitant, c'est vous qui risquez d'être sanctionné, Monsieur le Président. Voilà pourquoi ni vous-même ni aucun de vos prédécesseurs n'avez jamais utilisé cette arme atomique, et c'est tant mieux.

Donc, il a fallu faire évoluer les choses et je tiens ici, non seulement à vous remercier – je suis vraiment très touché de votre présence si tardive pour présider ce débat –, mais également à saluer les quatre rapporteurs fictifs qui nous ont aidés à dégager un consensus: Íñigo Méndez de Vigo pour le PPE, Richard Corbett pour le PSE, Ignasi Guardans Cambó pour les libéraux et Sylvia-Yvonne Kaufmann pour la GUE. Ce rapport nous donne l'occasion non seulement de mettre au point un règlement plus raisonnable, plus adapté, plus souple et plus proportionné, mais également – et c'est tant mieux – de faire progresser les droits fondamentaux individuels de chaque député.

Pour la première fois, grâce à ce nouveau règlement, nous aurons une protection du droit primaire, inscrite dans notre règlement. Nous avons également une protection du statut des membres. Pour la première fois, un contrevenant aura le droit d'être informé individuellement, il aura le droit de s'expliquer devant vous, Monsieur le Président. La sanction devra être motivée par écrit. Fini tout pouvoir discrétionnaire. Le contrevenant aura un droit de recours interne, qui s'ajoutera à un droit de recours externe. Ce recours sera suspensif. Si jamais notre instance de recours est trop lente, la sanction sera réputée nulle et non avenue. Le député aura également – et c'est tant mieux – un nouveau droit d'expression visuel. Je pourrai enfin porter ce genre de tee-shirt sans que vos huissiers interviennent, Monsieur le Président, à partir du moment où ce que je porte n'est ni insultant ni diffamatoire et ne perturbe pas la séance, ce qui est, j'espère, le cas ce soir.

Également, pour la première fois, nous allons sanctuariser le droit de vote. Actuellement, si un collègue est expulsé pendant quelques jours, il perd son droit de vote. C'est-à-dire que non seulement on le sanctionne lui, mais on sanctionne également tous ses électeurs qui ne sont pour rien dans sa faute. Nous avons donc choisi de dire que la démocratie est suffisamment forte pour aller jusque là, pour protéger même le pire des membres de cette Assemblée: celui qui ne

respecterait pas la démocratie. La démocratie, elle, le respecterait jusqu'aux plus petits de ses droits. Mais je pense que c'est tout à l'honneur de notre Assemblée.

Une fois de plus, je remercie tous les rapporteurs fictifs d'avoir permis de dégager ce consensus. Le garde-fou lui-même est inscrit dans le règlement où figurerait désormais la phrase suivante: "Le présent règlement n'entrave en aucune façon la vivacité des débats parlementaires ni la liberté de parole des députés".

J'ai gardé un exemple pour la fin. Rappelez-vous que, dans cet hémicycle, il y a un an de cela, un groupe parlementaire avait provoqué une grande agitation pendant le vote sur la Constitution européenne. Vous-même, Monsieur le Président, vous aviez eu pas mal de difficultés pour rétablir l'ordre dans notre Assemblée et lui permettre de poursuivre ses travaux. Vous aviez fait preuve d'un grand calme, mais la situation était très difficile et les images de cette agitation à l'extérieur n'ont pas fait honneur à la démocratie européenne.

Il faut certainement s'attendre à ce que, demain, lors du vote sur le sujet qui nous préoccupe, le même groupe fasse un nouveau *happening*, mais d'une tout autre nature. Certains sont venus me dire qu'ils avaient déjà intégré l'esprit du nouveau règlement. Ils comptent utiliser quelques marionnettes, montrer des autruches; ce ne sera ni violent ni perturbateur et certainement pas agressif. Le fait même qu'ils aient déjà intégré ce nouveau règlement montre que nous allons dans la bonne direction.

Pour conclure, je crois que, grâce à l'effort de tous les collègues, nous aurons un Parlement vivant mais digne, digne mais vivant et vous pouvez compter, Monsieur le Président, sur votre rapporteur, qui est largement connu comme un agitateur politique, pour veiller à ce que ce Parlement reste très vivant.

3-440

Le Président. – Merci, Monsieur le rapporteur, pour vos explications, mais je dois vous expulser de la plénière, puisque c'est ce que prévoit notre règlement actuel qui est toujours en vigueur.

3-441

Ingo Friedrich, im Namen der PPE-DE-Fraktion. – Herr Präsident! Was ist der Sinn dieser Geschäftsordnung und was ist neu daran? Der Sinn ist, dass die Lebhaftigkeit und Spontaneität voll gewährleistet werden sollen, dass aber jemand, der wirklich böse, nachhaltig und ständig den ordnungsgemäßen Ablauf dieser Parlamentsarbeit stört, zur Ordnung gerufen werden kann.

Dies wurde neu definiert und es wird geklärt, was bisher in der Satzung sehr unspezifisch dargelegt wurde, nämlich der Unterschied zwischen dem „normalen“ Sitzungsleiter, dem Präsidenten einer Delegation oder eines Ausschusses, oder einem Vizepräsidenten, der diese große Versammlung leitet, und dem einzigen Präsidenten – Sie sind ja heute persönlich anwesend. Der „normale“ Sitzungsleiter darf eine Rüge erteilen, er darf einen nachhaltig störenden Kollegen des Saales verweisen und er darf eine Sitzung unterbrechen. Aber die wirklich schmerzlichen Sanktionen kann nur der Präsident verhängen. Es klingt zunächst einmal überraschend, dass der Präsident alleine, ohne das Plenum, so eine wirksame Sanktion verhängen kann. Dies wird aber korrigiert oder ausbalanciert dadurch, dass eine Beschwerdemöglichkeit neu eingeführt wird, so dass der Kollege, der sich vom Präsidenten ungerecht behandelt fühlt, sich beschweren kann und eine womöglich falsch verhängte Sanktion dann korrigiert werden kann.

Wirklich neu ist, dass auch der Geheimnisverrat jetzt sanktioniert werden kann. Neu ist eine gewisse Erhöhung der Sanktionsmöglichkeit. Bisher gibt es die Möglichkeit, einen Kollegen zwei bis fünf Tage von den Arbeiten auszuschließen, neu wäre die Dauer von zwei bis zehn Tagen. Ich meine – so wie dies auch Herr Onesta gesagt hat – dass es sich um einen ausbalancierten Entwurf, einen Vorschlag, der die Lebhaftigkeit ermöglicht und trotzdem den ordnungsgemäßen Ablauf gewährleistet, handelt. Unsere Fraktion wird deshalb Ja zu diesem Vorschlag sagen.

3-442

Richard Corbett, on behalf of the PSE Group. – Mr President, as I am sure you are aware, almost all parliaments have rules in order to protect themselves against disruptive behaviour that is aimed at preventing them from working. It is not that the rules ever need to be used, maybe they will never be necessary, but it is important to have them as a democratic safeguard.

What our committee is proposing today is a modest set of proposals. They would give you, Mr President, powers that are far smaller than the powers of, for instance, the Speaker of the House of Commons; they are strictly circumscribed and are combined with safeguards to reassure those colleagues who feared that we were going to clamp down on any kind of behaviour that was in any way colourful or lively. That is not the case. But we are right to bring in a coherent and proportionate set of rules to protect ourselves if necessary. After all, at the last European election, a Member was elected who seems to have disappeared now, but who, at the time of the election, said his ambition was to come here to disrupt Parliament, to prevent it from working. In the end, he did not manage to do that. But, who knows, he might, in combination with others, have made a serious effort to stop us from working. That is why it is necessary to protect the democratic process, or at least to have the instruments just in case we need them.

I notice that some members of our press are saying that these rules are aimed at silencing those who oppose the European Union, silencing a minority viewpoint. That is not true and anyone who looked at the proposals would know that viewpoint is not plausible. We have gone out of our way to say that the pluralism of Parliament – the right to express yourself, the right of freedom of expression and even, within proportion, visual expression – is safeguarded and guaranteed. So, this is not to stamp down on any minority. Those who are saying it are aiming at gullible journalists or at the Eurosceptic press, hoping to get a story making us look silly or ridiculous. Unless they think it targets them, and I can scarcely believe that, those behind this story must either be planning to disrupt our work – and I hope that is not the case – or they are paranoid. Given their general attitude to the European Union – that anything coming out of our institutions is necessarily an evil plot – I rather think it is paranoia that is governing their actions in telling the press the story about this very reasonable report.

My group will support the proposals of Mr Onesta and I hope that this gives our Parliament a proportionate set of rules that we need, just in case we need to safeguard ourselves.

3-443

Ignasi Guardans Cambó, *en nombre del Grupo ALDE*. – Señor Presidente, mi Grupo va a apoyar claramente este informe tal y como ha quedado después de la aprobación de varias enmiendas, y querría felicitar al ponente por el texto que finalmente hemos podido acordar entre todos. Lo han explicado muy bien quienes me han precedido y es imposible que yo no repita alguna de las mismas ideas.

Básicamente, este texto racionaliza el régimen actual –que ya es mucho–, codifica pero racionaliza, establece mucho más claramente cuáles son las funciones de cada cual y logra, sobre todo, un equilibrio entre dos extremos.

El primero es considerar que esto es un Parlamento y no una escuela, ni una iglesia y –tomémelo como una broma, señor Presidente– tampoco es un teatro de ópera. Esto tiene que tener su vivacidad, su movimiento, su gente. Ahora bien, se tienen que mantener las reglas de funcionamiento y se tiene que permitir que el Parlamento conserve, en todo momento, la dignidad de su función.

Es intolerable –y voy a citar un ejemplo que a mí particularmente me escandalizó, si me permite la expresión– interrumpir una sesión solemne con un Presidente, Jefe de Estado, en su último discurso, probablemente una de sus últimas actuaciones políticas en Europa y en su carrera política. Me refiero a la intervención en esta Cámara del Presidente Ciampi. Eso es intolerable. Y otras actuaciones similares son absolutamente intolerables.

Eso es lo que debe poder sancionarse, mucho más que el enseñar un día tal o cual pasquín, tal o cual pequeño panfleto, lo que en nada perturba los trabajos de la Cámara.

Por tanto, por un lado sí a la vivacidad, a la energía, al contraste de ideas, que a veces se manifiestan en gritos y otras reacciones que, a quienes venimos de Parlamentos latinos, incluso nos parece que faltan, porque la interpretación simultánea hace difícil que la risa salga de golpe o que se pueda reaccionar a un comentario, pero no hasta el punto de perder la dignidad de la función que tenemos encomendada y de lo que cada uno de nosotros representa, que es mucho más de lo que cada uno de nosotros es. Por eso estamos aquí incluso a estas horas.

Creo que este equilibrio se refleja bien en el informe que se va a someter a votación mañana. Hay unas sanciones que son proporcionales, hay unas garantías para quien puede ser sancionado, hay unos poderes del Presidente, que están equilibrados por un derecho de recurso ante la Mesa. Creo que todo ello supone un paso adelante.

Le deseo a este texto lo mejor que se le puede desear a un texto de esta naturaleza: que no haya que aplicarlo. Espero que quede ahí, que prácticamente todos olvidemos que existe y que pase tan desapercibido que sea innecesario tener que aplicarlo. Ése será el mejor triunfo derivado de tener unas reglas claras respecto al régimen disciplinario interno de esta casa.

3-444

Erik Meijer, *namens de GUE/NGL-Fractie*. – Voorzitter, rapporteur Onesta heeft zijn best gedaan om een evenwicht te vinden tussen verontwaardiging over het optreden van sommige parlementsleden, en garanties voor de vrijheid om botsende meningen te uiten. Positief is dat gestrafte leden hun stemrecht niet verliezen en dat ze in beroep kunnen gaan. Toch denk ik dat dit voorstel contraproductief kan uitwerken. Het is een uitnodiging aan parlementsleden om het nieuws te halen door strafmaatregelen over zichzelf uit te roepen en daarmee voor het publiek een martelaarsrol te vervullen. Het brengt ook angstige voorzitters in de verleiding om onnodig hard te zijn tegenover mensen die zij niet als hun vrienden beschouwen. Bovendien zal elk incident leiden tot de roep om alle onvoorziene ergernissen uit te sluiten door nog strengere regels.

Interruptiedebatten en het zichtbaar tonen van afwijkende meningen behoren tot de normale parlementaire gebruiken. Het Europees Parlement maakt zich belachelijk, als dit leidt tot uitsluiting van een aantal vergaderingen of zelfs tot schorsing als lid. Dan berichten de media minder over de inhoud van het debat en de besluitvorming en meer over het gebrek aan

tolerantie. Dat is het verkeerde signaal naar de kiezers, daarom zou het beter zijn, als zo'n regeling zich beperkt tot het verhinderen en bestraffen van fysiek geweld.

3-445

Gerard Batten, *on behalf of the IND/DEM Group*. – Mr President, since my party, the UK Independence Party, came to this Parliament in 1999 and returned in more force in 2004, we have established the first genuine opposition to the process of European political integration. My concern is that the proposed measures may be used to try to stifle the voice of national independence and opposition to the European Union. If that is the case, it will not succeed.

However, I should like to offer some constructive suggestions to improve the proceedings. Firstly, the presiding Presidents should ensure that speakers are kept to their allotted time: pro-EU speakers are given much more leeway to overrun than anti-EU speakers. Secondly, during the vote some presiding Presidents need to slow down a little. In that way we might have time to vote properly. At the same time, the Presidents might not make so many glaring mistakes in estimating the vote and there would be less call for electronic checks.

3-446

Íñigo Méndez de Vigo (PPE-DE). – Señor Presidente, voy a intervenir por cortesía parlamentaria: en primer lugar, porque está usted aquí y creo que eso hay que agradecerse y, en segundo lugar, porque mi Grupo fue el que solicitó la realización de este debate.

Este debate, de acuerdo con nuestro Reglamento, podría no haberse celebrado porque la votación en comisión fue enormemente favorable al informe del señor Onesta, pero mi Grupo lo pidió, precisamente porque a mi Grupo le gusta la transparencia.

Quiero decirle que me alegro de haberlo pedido, pese a estas horas, porque creo que ha sido un debate modélico, porque quienes han intervenido antes que yo han expresado perfectamente lo que significa esta reforma del Reglamento. Y, utilizando de nuevo la cortesía parlamentaria y habida cuenta de la hora que es, no seguiré hablando más y así podemos irnos todos a casa.

3-447

Rainer Wieland (PPE-DE). – Herr Präsident! Ich möchte ausdrücklich klarstellen, dass ich hier nicht als Ersatz für Herrn Martin auftrete, sondern dass mir meine Fraktion zwei Minuten eingeräumt hat, obwohl ich nicht dem zuständigen Ausschuss angehöre. Ich goutiere sehr, Herr Präsident, dass Sie sich für diese Fragen herbegeben haben, und ich goutiere auch sehr, dass Sie ein Präsident sind, der versucht, manchen Missbrauch beim Aufruf der Geschäftsordnung von Seiten einiger Kollegen einzudämmen. Ich möchte mich jetzt nicht darüber auslassen, ob man manche Kollegen nicht aufwertet, indem man ihr fragwürdiges Verhalten in der Geschäftsordnung sanktioniert. Ich möchte auch nicht diskutieren, ob nicht manches Präsidiumsmitglied einfach über weniger Souveränität verfügt, die man ihm auch durch eine Änderung der Geschäftsordnung nicht verleihen kann. Ich befürworte ausdrücklich, dass der Geheimnisverrat in diesen Text aufgenommen worden ist. Ich empfinde aber ein gewisses Unbehagen darüber, dass dieser Text nicht vom Rechtsausschuss, der für das Mandat der Abgeordneten zuständig ist, mitberaten werden konnte.

Der Ausschuss für konstitutionelle Fragen ist mit gutem Grund für die Geschäftsordnung zuständig. Dort ist diese Sache in den richtigen Händen. Aber manchmal kollidiert das Recht des Abgeordneten auch mit Bestimmungen in der Geschäftsordnung. Natürlich beschränkt sich das Recht des Abgeordneten nicht auf die bloße Abstimmung. Wir sind ein Parlament und kein „Votament“. Mit gutem Grund sagen Gerichte dann, dass – wenn ein Abgeordneter nicht anwesend sein und seine Argumente nicht vortragen konnte – in diesem Fall eine Abstimmung eventuell rechtswidrig zustande kommt. Wenn der Rechtsausschuss beteiligt worden wäre, hätte ich einen Punkt thematisiert, der an die Substanz geht. Bisher konnte ein Abgeordneter, der sanktioniert worden ist, fünf Minuten Redezeit im Parlament beantragen. Die Abgeordneten haben darüber bestimmt. Deshalb brauchte man auch keine Beschwerdemöglichkeit. Jetzt verschwindet das Verfahren, das öffentlich gewesen wäre, gewissermaßen in den Gremien des Parlaments. Das empfinde ich als einen Rückschritt. Ich stimme trotzdem mit Bauchweh zu. Ich bitte aber, dass, wenn man künftig über die puren Organisationsabläufe hinausgeht und auch nur theoretisch das Mandat berührt werden könnte, der Rechtsausschuss in die Beratung mit einbezogen wird.

3-448

El Presidente. – El debate queda cerrado.

La votación tendrá lugar el jueves a las 12.00 horas.

Declaraciones por escrito (artículo 142 del Reglamento)

3-449

Glyn Ford (PSE). – Mr President, I congratulate Mr Onesta on his report, which will, if passed, amend our Rules of Procedure to institute stronger and more flexible procedures to discipline Members who disrupt the proceedings of the House or its committees. I am not entirely sure of the meaning of the new Rule 147(3)b, which suggests one penalty will be the forfeiture of entitlement to the daily subsistence allowance for a period of between two and ten days. Does this mean the Member concerned cannot sign in for the specified number of days – i.e. stay at home – or, rather differently, that when he or she does sign in they receive no subsistence allowance? Maybe the rapporteur can clarify his intention here?

I welcome Amendment 3 to Rule 9, paragraph 1b (new), laying down as it does a protection of Members' freedom of speech. If this is passed and included in our rules I will immediately, if it comes into force next session, test its strength by retabling my written declaration on boycotting Ferrero-Rocher which, prior to this rule, was declared irreceivable by a former President of Parliament. Freedom of speech is not limited by the wishes of Europe's multinational corporations.

3-450

David Martin (PSE). – Given the behaviour of certain Members and groups in the plenary of the Parliament it is unfortunately necessary to introduce new rules to govern Members' conduct. In my opinion the report sets the right balance between the need to ensure freedom of parliamentary expression and vibrant debate on the one hand and dignified conduct of business on the other.

3-451

15 - Orden del día del próximo período parcial de sesiones: véase el Acta

3-452

16 - Cierre de la sesión

3-453

(Se levanta la sesión a las 24.00 horas)